



**Studie
zur Lebenssituation
von Frauen
in Brandenburg**

Studie zur Lebenssituation von Frauen in Brandenburg

Aktuelle Chancen und Stolpersteine
auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit

vorgelegt von
Prof. Dr. Christine Färber
Competence Consulting
Potsdam

G//S//A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt
Bereich Forschung und Information
Thomas Claus, Manja Gruner
Magdeburg



Liebe Leserinnen und Leser,

wie leben Frauen in Brandenburg? Welche Chancen haben sie? Wie gerecht geht es zu zwischen Frauen und Männern? Wo sind die Hürden? Ist realistisch, was subjektiv empfunden wird? Was kann, was muss Politik tun für mehr Gleichheit? Das sind nur einige von vielen Fragen, denen diese Studie nachgeht. Sie lotet weibliche Chancen aus und zeigt die Stolpersteine auf dem Weg zu größerer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern.

Dafür nutzten wir zunächst die externe Betrachtung, womit wir das Gender-Institut Sachsen-Anhalt beauftragt hatten. Später übernahm das Politikberatungsinstitut Competence Consulting Potsdam den Auftrag. Beide Institute beschäftigten sich intensiv mit der Lage von Frauen in Brandenburg. Sie analysierten und bewerteten einschlägige Daten, gingen wissenschaftlichen Arbeiten nach, führten zahlreiche Interviews mit Frauen und Männern; und auch die Frauen- und Gleichstellungspolitik des Landes wurde kritisch unter die Lupe genommen. Im Ergebnis unterbreiteten sie Vorschläge, wie die Herausforderungen zur Umsetzung der Chancengleichheit zu bewältigen wären. Dabei ging der Blick auch auf die Bundesebene und nach Europa. Ich danke den Autorinnen und dem Autor herzlich für dieses Kompendium einer akribisch zusammengetragenen Informationsvielfalt.

Die einzelnen Abschnitte der Studie beleuchten ganz unterschiedliche Lebensbereiche von Frauen – wie z. B. ihre Beschäftigungssituation, ihre wirtschaftliche Lage, die Situation von Familien, ihre Möglichkeiten, sich politisch und ehrenamtlich für das Gemeinwohl zu engagieren. Betrachtet wird auch die Situation von behinderten und älteren Frauen, von Frauen mit Migrationshintergrund oder von allein erziehenden Müt-

tern. Aus allem ist ein Gesamtbild entstanden, das auf einem hohen frauen- und gleichstellungspolitischen Sachverstand fußt. Das letzte Kapitel der Studie nutzt Frau Prof. Färber für eine ganz persönliche Einschätzung der Ergebnisse.

Die Studie bescheinigt der Landesregierung insgesamt, Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus politischen Handelns gerückt zu haben und damit auf gutem Weg zu sein. Vieles ist bereits erreicht, einiges viel versprechend begonnen, anderes muss energischer angepackt werden. Es ist ein gutes Gefühl, schon so weit vorangekommen zu sein und unseren Kurs bestätigt zu bekommen. Die Landesregierung wird der Gleichstellungs- und Frauenpolitik auch künftig einen hohen Stellenwert beimessen. Ich sehe meine Verantwortung als zuständige Ministerin und Landesgleichstellungsbeauftragten darin, diesen Weg konsequent fortzusetzen und die strukturellen Benachteiligungen von Frauen weiter abzubauen. Mit diesem Ziel werden wir die Empfehlungen der Studie sorgfältig prüfen und daraus konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung der Geschlechtergerechtigkeit entwickeln.

Es freut mich, dass wir mit dieser Studie nun eine wissenschaftlich fundierte Basis haben, auf der wir Frauen- und Gleichstellungspolitik intensiver diskutieren können. Diese Politik kann nur erfolgreich sein, wenn alle gesellschaftlich Verantwortlichen sie zu ihrem eigenen Anliegen machen. Deshalb müssen wir miteinander reden – über unsere Erwartungen und Wünsche ebenso, wie über unsere Möglichkeiten und Grenzen. Ehrlich und mit den notwendigen Fakten ausgestattet.

Mit dieser Studie sind wir einmal mehr besser gewappnet für die künftigen Debatten und können den Herausforderungen wirksamer begegnen. Beteiligen Sie sich daran – es geht auch um Ihre Chancen! Ich hoffe, Sie neugierig gemacht zu haben und wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Dagmar Ziegler
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
und Landesgleichstellungsbeauftragte



1. Einleitung: Eine Untersuchung zu Geschlechtergerechtigkeit, Chancen und Barrieren	11
2. Geschlechtergerechtigkeit, Chancen und Barrieren	13
2.1 Ausgewählte Politikfelder	13
2.2 Aufbau der Politikfeldanalyse	13
2.3 Methoden der Datenerhebung und Datenanalyse	13
2.4 Kriterien für die Bewertung der Maßnahmen	15
3. Wertorientierungen und Bewertung der Lebensbedingungen	17
3.1 Wertorientierungen	17
3.2 Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen	20
3.3 Einfluss der Zufriedenheit mit Rahmenbedingungen auf die Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen	22
3.4 Zusammenhang von Wertorientierungen und Zufriedenheit	23
4. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern	25
4.1 Beteiligung am Erwerbsleben	25
4.1.1 Entwicklung der Arbeitsmarktdaten 2003–2005	26
4.1.2 Regionalanalyse	27
4.1.3 Erwerbstätigkeit in Brandenburg im Vergleich zu Deutschland und Europa	28
4.2 Struktur der Erwerbspersonen	28
4.2.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	28
4.2.2 Teilzeitbeschäftigung	29
4.2.3 Geringfügige Beschäftigung	29
4.2.4 Erwerbstätigkeit als Unternehmerin und in Führungsfunktionen	31
4.3 Umfang und Struktur der Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern in Brandenburg	31
4.3.1 Langzeitarbeitslosigkeit	33
4.4 Migration und Arbeitsmarkt	33
4.5 (Un-)Zufriedenheit mit der Arbeitsmarktsituation in Brandenburg	34
4.6 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Frauen und deren gleichstellungsbezogene Bewertung	37
4.7 Handlungsfelder, Probleme und Potenziale in Bezug auf die Arbeitsmarktsituation von Frauen	40
4.8 Empfehlungen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Frauen in Brandenburg	43

5. Wirtschaftliche Situation von Frauen	45	8. Demographische Entwicklung	79
5.1 Einkommen	45	8.1 Allgemeine Entwicklung der weiblichen und männlichen Bevölkerung	79
5.1.1 Quellen des Lebensunterhalts	45	8.2 Geburtenentwicklung und Sterbefälle	81
5.1.2 Höhe der monatlichen Nettoeinkommen	45	8.3 Wanderungsbewegung	83
5.2 Armutsgefährdung und Leistungsbezug von Frauen	49	8.4 Frauen und Männer mit Migrationshintergrund	84
5.3 Subjektive Reflexion der wirtschaftlichen Verhältnisse	52	8.5 Wanderungsabsichten	85
5.4 Bewertung der Ergebnisse und Handlungsfelder	53	8.6 Bewertung der Ergebnisse und Handlungsfelder	86
5.5 Handlungsempfehlungen	54		
6. Bildung und Ausbildung von Frauen	55	9. Häusliche Gewalt	89
6.1 Schulische Ausbildung	55	9.1 Ausprägung häuslicher Gewalt	89
6.1.1 Lehrpersonal an Schulen	58	9.2 Aktionsplan der Landesregierung „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“	91
6.1.2 Geschlechterverhältnisse in der Schulbildung	58	9.3 Handlungsfelder und Bewertung der Maßnahmen	92
6.2 Berufliche Ausbildung	59	9.4 Handlungsempfehlungen	94
6.2.1 Übergang von der Ausbildung in den Beruf	60		
6.3 Studium	61	10. Politische Partizipation, bürgerschaftliches Engagement und Frauenpolitik	95
6.4 Subjektive Reflexion der Bildungs- und Ausbildungssituation	62	10.1 Politikbeteiligung	95
6.5 Bewertung der bildungspolitischen Gleichstellungsmaßnahmen im Land Brandenburg	63	10.1.1 Wahlbeteiligung	95
6.6 Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen	64	10.1.2 Parteimitgliedschaft	96
		10.1.3 Repräsentanz in Parlamenten	96
7. Familien und Haushalte von Frauen und Männern	65	10.1.4 Repräsentanz in politischen Führungspositionen	97
7.1 Haushaltsstruktur	65	10.1.5 Repräsentanz bei Gremienvertretungen des Landes	98
7.2 Formen des familiären Zusammenlebens	67	10.1.6 Bürgerschaftliches Engagement	99
7.3 Wirtschaftliche Situation von Familien	68	10.2 Subjektive Reflexion der politischen Partizipation	100
7.4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf	69	10.2.1 Bereitschaft zur Übernahme politischer Mandate	102
7.5 Subjektive Reflexion der familiären Situation	71	10.3 Frauenpolitik im Land Brandenburg	103
7.6 Maßnahmen für Familien in Brandenburg	73	10.4 Maßnahmen zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen und der Frauenpolitik	103
7.7 Bewertung der familienpolitischen Maßnahmen	74	10.5 Bewertung der Ergebnisse und Handlungsfelder	104
7.8 Bewertung der Familienfreundlichkeit im Land Brandenburg	75	10.6 Handlungsempfehlungen zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen	106
7.8.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf	75		
7.8.2 Wohnsituation und Wohnumfeld	75	11. Zusammenfassung und Bewertung	107
7.8.3 Bildung und Ausbildung	75		
7.8.4 Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche	76	Tabellenanhang	115
7.8.5 Arbeitsmarkt und Demographie	76	Diagrammanhang	123
7.8.6 Zusammenfassende Bewertung	76	Literaturverzeichnis	126
7.9 Handlungsfelder	77	Internetquellen/Abkürzungsverzeichnis	129

Einleitung: Eine Untersuchung zu Geschlechtergerechtigkeit, Chancen und Barrieren ¹



Die Gleichstellungspolitik des Landes Brandenburg hat zum Ziel, die gesellschaftlichen Veränderungen geschlechtergerecht zu gestalten. Frauen und Männer, Mädchen und Jungen sollen im Land Brandenburg gleiche Chancen und Perspektiven haben. Die Landesregierung hat die hier vorliegende Studie beauftragt, um Chancen, aber auch Probleme auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in Brandenburg zu identifizieren. Ziel der Studie ist es, die Lebenswirklichkeit von Frauen in Brandenburg anhand von Statistiken und einer repräsentativen Befragung zu beschreiben, bislang Erreichtes zu bewerten und künftige Handlungsbedarfe aufzuzeigen, die sich an den Bedürfnissen von Frauen in Brandenburg ausrichten. Die Studie wurde vom Gender-Institut Sachsen-Anhalt, G//S/A, und dem Politikberatungsinstitut Competence Consulting in Potsdam im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie erstellt.

Im Folgenden werden gleichstellungspolitisch wichtige Politikfelder untersucht, um folgende Fragen zu klären: Welche Perspektiven bestehen für Frauen und Männer in Brandenburg? Wo sehen sie selbst in der Befragung Chancen und Probleme? Welche Maßnahmen setzt das Land zur Problemlösung ein? Und wo liegen Verbesserungsmöglichkeiten?

Um diese Fragen zu klären, werden zunächst die Politikfelder, die Analysefragen und die Methoden der repräsentativen Erhebung im zweiten Kapitel vorgestellt. Das dritte Kapitel analysiert die Wertorientierungen und die Zufriedenheit der brandenburgischen Bevölkerung. Denn für die Untersuchung der Lebenslagen ist es entscheidend, zu wissen, was den Brandenburgerinnen und Brandenburgern besonders wichtig ist.

Zentral für Frauen und Männer in Brandenburg sind dabei die im vierten Kapitel beschriebene Arbeitssituation und die im fünften Kapitel analysierte wirtschaftliche Lage. Das sechste Kapitel setzt sich mit der Bildungs- und Ausbildungssituation auseinander, denn diese sind einerseits für eine Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und der Wirtschaftsentwicklung wichtig, andererseits sehen hier vor allem Frauen in Brandenburg Handlungsbedarf.

Neben den ökonomischen Entwicklungen ist die Lebenssituation in Brandenburg durch die sich verändernden Familienstrukturen geprägt, denen sich das siebte Kapitel widmet, was auch eng mit der demographischen Entwicklung zusammenhängt, die in Kapitel

acht beschrieben wird. Das neunte Kapitel befasst sich mit einem für Frauen sehr wichtigen Sicherheitsproblem, nämlich der häuslichen Gewalt. Das zehnte Kapitel wendet sich der Partizipation von Frauen in Politik und Ehrenamt sowie der Struktur der Frauenpolitik im Land Brandenburg zu.

Auch wenn die Fertigstellung der Studie mehr Zeit in Anspruch nahm als geplant und die Daten nicht alle aktualisiert werden konnten, sind wichtige Handlungsempfehlungen aus der Studie abzuleiten, die im elften Kapitel von Christine Färber zusammengefasst werden.





Kapitel zwei gibt Aufschluss über die Methoden der Studie, die Auswahl der Politikfelder, die Befragung und die Kriterien für die Bewertung der Maßnahmen.

■ 2.1 Ausgewählte Politikfelder

Der hier vorgelegte Bericht zeigt am Beispiel wichtiger Politikfelder auf, welche Perspektiven und Probleme für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Land Brandenburg bestehen.

Um diese wichtigen Politikfelder zu identifizieren, wurden umfangreiche Daten über die Situation von Frauen und Männern im Land Brandenburg erhoben und ausgewertet. Daten des Statistischen Landesbetriebs¹ oder Berichte der Landesregierung wurden auf Gleichstellungsaspekte überprüft. Damit lässt sich die Lage in Brandenburg beschreiben. Diese wird mit der Situation in Deutschland, teilweise auch spezifisch in Ostdeutschland, und in der Europäischen Union verglichen.

Das G//S/A führte im März 2007 eine repräsentative Befragung der erwachsenen Bevölkerung im Land Brandenburg zur Lebenssituation von Frauen und Männern durch, so dass die Perspektiven der Bevölkerung zu den einzelnen Politikfeldern geschlechtervergleichend einbezogen werden können. Das Vorgehen orientiert sich von vornherein an den Bedürfnissen und Interessen der Frauen und macht ihre Perspektive zu einem wichtigen Gegenstand der Studie und damit einem zentralen Ausgangspunkt künftiger Gleichstellungsaktivitäten.

Aus den Daten der Landesverwaltung und der repräsentativen Befragung ergaben sich sieben für die Gleichstellung von Frauen und Männern besonders wichtige Politikfelder, denen im Bericht einzelne Kapitel gewidmet werden:

1. Situation am Arbeitsmarkt
2. Wirtschaftliche und soziale Situation
3. Bildung, Ausbildung und Studium
4. Bevölkerungsentwicklung
5. Situation von Familien
6. Häusliche Gewalt
7. Politische Partizipation, Frauenpolitik und Gender Mainstreaming

¹ Seit 2007 ist der Statistikbereich des früheren LDS im neu gebildeten Amt für Statistik Berlin-Brandenburg aufgegangen.

■ 2.2 Aufbau der Politikfeldanalyse

Die Studie ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der Lebenssituation von Frauen in Brandenburg. Aus dem Vergleich der brandenburgischen Situation mit Deutschland und Europa, der Meinung der brandenburgischen Frauen und Männer und aus fachlichen Gleichstellungsstandards leitet die Studie Handlungsfelder ab und bewertet die Maßnahmen des Landes. Die einzelnen Politikfelder werden in fünf Schritten aufbereitet:

1. Analyse von Daten über die Situation im Land Brandenburg
2. Analyse vergleichender Daten über die Situation in Ostdeutschland, Deutschland und der Europäischen Union
3. Ergebnisse der repräsentativen Befragung der erwachsenen Bevölkerung im Land Brandenburg
4. Maßnahmen des Landes Brandenburg
5. Identifikation von Handlungsfeldern unter Einbezug der Perspektive der frauenpolitischen Expertinnen aus dem Land Brandenburg
6. Bewertung der Maßnahmen
7. Handlungsempfehlungen

■ 2.3 Methoden der Datenerhebung und Datenanalyse

Im Interesse einer möglichst umfassenden Darstellung der Lebenssituation von Frauen werden die wichtigsten Daten zur Lebenssituation von Frauen ausgewertet. Die Studie stützt sich dabei insbesondere auf die Aufarbeitung der genderrelevanten Daten der amtlichen Statistik in Kooperation mit dem Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam (unter Einbeziehung länderspezifischer Daten des Bundesamtes für Statistik) sowie spezielle Analysen von Daten des Mikrozensus für Brandenburg und einzelne Regionen des Landes und die Analyse und Bewertung weiterer statistischer Materialien zum Geschlechterverhältnis (u. a. der Regionaldirektion der Arbeitsagentur Brandenburg-Berlin, der polizeilichen Kriminalstatistik des Landes Brandenburg, Statistiken verschiedener Landesämter).

Zur Bewertung der im Land Brandenburg vorhandenen Angebote für Frauen diente eine Gruppendiskussion,



Tabelle 1
Geschlecht der Befragten

Merkmal	Daten der offiziellen Statistik (LDS 2005)		Netto-Stichprobe (n = 1.181)	
	%	N	%	
Geschlecht				
Weiblich	50,5	608	51,5	
Männlich	49,5	573	48,5	
Gesamt	100,0	1.181	100,0	

die mit Expertinnen der Gleichstellungspolitik (Vertreterinnen von Frauenorganisationen, -verbänden und -einrichtungen sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten) am 19. Februar 2007 im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie in Potsdam durchgeführt wurde. Die Ergebnisse des Workshops wurden protokolliert und werden bei den jeweiligen Politikfeldern in die Auswertung einbezogen.

In der Zeit vom 8. bis 26. Februar 2007 wurde eine Repräsentativerhebung in Form einer halbstandardisierten Telefonbefragung unter Bürgerinnen und Bürgern des Landes Brandenburg durchgeführt. Es wurden insgesamt 1.181 nach dem Häder-Gabler-Verfahren ausgewählte Frauen und Männer im Alter ab 18 Jahren befragt. Die Stichprobe ist repräsentativ. Dies zeigt sich an der Verteilung der Befragten nach Geschlecht, Alter, Region, Nationalität und Behinderung. So entspricht der Anteil der befragten Frauen und Männer dem Anteil der Geschlechter an der brandenburgischen Bevölkerung (vgl. Tabelle 1).

Auch die Altersverteilung entspricht insgesamt der Verteilung der Bevölkerung, wobei die Verteilung zwischen den Geschlechtern abweichend von der Bevölkerung mehr hochbetagte Männer als Frauen einschließt (vgl. Tabelle 2).

Die regionale Verteilung der Befragten entspricht im Wesentlichen der Verteilung der Bevölkerung auf die Landkreise (vgl. Tabelle 3).

Mit der Befragung konnten auch in angemessenem Umfang Brandenburgerinnen und Brandenburger erreicht werden, die nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sind, und zwar 10 Frauen und 8 Männer. Dies stellt hier ein Nachweis über die Repräsentativität dar, während sich aus den geringen Fallzahlen keine statistisch validen Aussagen im Staatsangehörigkeitsvergleich generieren lassen (vgl. Tabelle 4).

Bei der Befragung wurden auch Menschen mit Behinderungen erreicht, und zwar 74 Frauen und 95 Männer.

Die Festlegung der Untersuchungsindikatoren und die darauf basierende Fragestellungen in der Untersuchung erfolgten über die Operationalisierung der

Problemstellung sowie in Auswertung der im Zuge der Sekundäranalysen bereits gewonnenen Erkenntnisse. Der Fragebogen, der insgesamt mehr als 70 Einzelindikatoren umfasste, wurde vor seinem Einsatz mit den Auftraggebenden abgestimmt und ist im Anhang dokumentiert.

Tabelle 3
Verteilung der Befragten nach Landkreisen

Merkmal	Daten der offiziellen Statistik (LDS 2005)		Netto-Stichprobe (n = 1.181)		
	%	Frauen	Männer	%	
Landkreise					
Brandenburg an der Havel	2,9	23	23	3,8	
Cottbus	4,1	26	28	4,6	
Frankfurt (Oder)	2,5	24	20	3,7	
Potsdam	5,8	38	31	5,8	
Barnim	6,9	39	56	8,0	
Dahme-Spreewald	6,3	37	51	7,5	
Elbe-Elster	4,8	30	22	4,6	
Havelland	6,1	41	35	6,4	
Märkisch-Oderland	7,5	44	46	7,6	
Oberhavel	7,8	38	41	6,7	
Oberspreewald-Lausitz	5,2	26	23	4,1	
Oder-Spree	7,5	48	51	8,4	
Ostprignitz-Ruppin	4,2	27	25	4,4	
Potsdam Mittelmark	7,9	49	31	6,8	
Prignitz	3,5	18	14	2,7	
Spree-Neiße	5,3	28	21	4,1	
Teltow-Fläming	6,3	38	30	5,8	
Uckermark	5,4	34	25	5,0	
Keine Angabe		0	0		
Gesamt	100,0	608	573	100,0	

Tabelle 2
Befragte nach Altersgruppen

Merkmal	Daten der offiziellen Statistik (LDS 2005)		Netto-Stichprobe (n = 1.181)		
	%	Frauen	Männer	%	
Altersgruppen					
18 b. u. 20 Jahre	3,4	13	11	2,0	
20 b. u. 30 Jahre	13,8	81	72	13,0	
30 b. u. 40 Jahre	14,9	115	71	15,7	
40 b. u. 50 Jahre	21,5	126	147	23,1	
50 b. u. 60 Jahre	15,9	108	106	18,1	
60 b. u. 70 Jahre	16,1	95	80	14,8	
70 Jahre u. älter	14,4	70	86	13,2	
Gesamt	100,0	608	573	100,0	

Tabelle 4
Befragte nichtdeutscher Nationalität

Merkmal	Daten der offiziellen Statistik (LDS 2005)		Netto-Stichprobe (n = 1.181)		
	%	Frauen	Männer	%	
Ausländer/-innen	1,7	10	8	1,5	
Deutsche	98,3	598	563	98,5	
Alle Nationalitäten k. A.	100,0	608	571	100,0	
			2		

■ 2.4 Kriterien für die Bewertung der Maßnahmen

Zu den einzelnen Politikfeldern werden ausgewählte Maßnahmen der Landespolitik dargestellt, mit denen die Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert wird.

Als Kriterien für die Bewertung der Maßnahmen werden die Einschätzungen der Bevölkerung zum Politikfeld, die Einschätzungen der frauenpolitischen Expertinnen und Qualitätsindikatoren für gleichstellungsbezogene Maßnahmen herangezogen. Als Qualitätsindikatoren dienen folgende Aspekte:

1. Liegen geschlechtervergleichende Daten vor?
Sind die Daten nach relevanten Lebenslagen geschlechterdifferenziert aufbereitet?
2. Liegen Genderanalysen auf der Basis der Daten vor? Wurden Gendergaps (Geschlechterdifferenzen) identifiziert? Wurden Chancen oder Probleme bei der Entwicklung der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse identifiziert?
3. Wie werden Genderaspekte in Programmen und Maßnahmen berücksichtigt? Sind diese konzeptionell verankert, werden sie systematisch und durchgängig integriert, gibt es gleichstellungsrelevante Oberziele und operationelle Genderziele? Erfolgt die Integration ex ante, d. h. von vornherein?
4. Wie werden Frauen ermutigt und beteiligt? (Empowerment)
5. Gibt es gendersensitive Evaluationsinstrumente (Gendermonitoring, Gendercontrolling)?

Niemand kennt die Lebenssituation von Frauen im Land Brandenburg besser als die Brandenburgerinnen selbst. Deshalb wurde im Rahmen der Studie zur Lebenssituation von Frauen in Brandenburg eine repräsentative Erhebung bei der erwachsenen Bevölkerung durchgeführt. Um die Perspektive von Frauen vergleichen zu können, wurden Männer in die Erhebung einbezogen. Dabei wurde erfragt, was den Frauen und Männern in Brandenburg besonders wichtig ist und wie sie mit wichtigen Lebensbedingungen im Land zufrieden sind.

■ 3.1 Wertorientierungen

Die Bewertung wichtiger Lebensaspekte wird in der Forschung als „Wertorientierung“ bezeichnet. Die in Tabelle 5 dargestellte Rangfolge und Bewertung macht deutlich, dass zwischen den Wertorientierungen von Frauen und Männern in Brandenburg grundsätzlich keine größeren Differenzen zu verzeichnen sind. Wichtig sind Frauen wie Männern in Brandenburg Schutz und Sicherheit, Familie und Partnerschaft sowie Arbeit und Existenzsicherung.

Wertorientierungen wie „materieller Wohlstand“ oder das „Leben genießen“ sind – trotz ihrer nicht zu unterschätzenden Bedeutung – für die Brandenburgerinnen und Brandenburger eher nachrangig.

Ähnlich wie in anderen ostdeutschen Bundesländern (Nauenburg 2002:453 ff.; Winkler et al. 2006; Claus/Grüner 2006b:84) dominieren innerhalb der Wertehierarchie von Frauen und Männern private Lebensbereiche, während das soziale und politische Engagement („für andere Menschen da sein“, „sich politisch engagieren und Einfluss nehmen“) eine eher untergeordnete Rolle spielen.

Die Unterschiede zwischen den Wertorientierungen von Frauen und Männern im Land Brandenburg sind – bezogen auf die jeweiligen Rangplätze – vergleichsweise gering. Sie differieren lediglich bei den Rängen 10 bis 15 und hier auch jeweils nur in einer Variationsbreite von maximal 2 Rangplätzen.



Tabelle 5
Wertorientierungen von Frauen und Männern im Land Brandenburg, 2007 (Mittelwerte, Rangplätze in Klammern)

Wertorientierung	Frauen	Männer	Gesamt
	Mittelwerte (Rang)		
Erhaltung des Friedens	1,15 (1.)	1,25 (1.)	1,20 (1.)
glückliche Familie/Partnerschaft	1,23 (2.)	1,28 (2.)	1,25 (2.)
sicherer Arbeitsplatz	1,24 (3.)	1,29 (3.)	1,26 (3.)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	1,29 (4.)	1,37 (4.)	1,33 (4.)
gute Bildung/Ausbildung	1,29 (5.)	1,42 (5.)	1,35 (5.)
Liebe und Zuneigung	1,32 (6.)	1,50 (6.)	1,41 (6.)
sinnerfüllte Arbeit	1,37 (7.)	1,53 (7.)	1,44 (7.)
finanzielle Unabhängigkeit	1,42 (8.)	1,53 (8.)	1,47 (8.)
Kinder haben	1,42 (9.)	1,61 (9.)	1,51 (9.)
für andere Menschen da sein	1,46 (10.)	1,68 (11.)	1,57 (10.)
gesunde Lebensweise	1,55 (11.)	1,81 (13.)	1,68 (12.)
Gleichstellung von Frauen und Männern	1,58 (12.)	1,63 (10.)	1,61 (11.)
Erfolg im Beruf	1,69 (13.)	1,76 (12.)	1,72 (13.)
das Leben genießen	1,81 (14.)	1,81 (14.)	1,86 (15.)
sinnvolle Freizeitgestaltung	1,85 (15.)	1,84 (15.)	1,84 (14.)
materieller Wohlstand	2,32 (16.)	2,38 (16.)	2,35 (16.)
sich pol. engagieren u. Einfluss nehmen	2,77 (17.)	2,90 (17.)	2,83 (17.)
nach religiösen Werten leben	3,48 (18.)	3,98 (18.)	3,72 (18.)

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/IS/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt



Frauen schätzen die Bedeutung der einzelnen Wertorientierungen im Durchschnitt jeweils leicht höher ein als Männer.² Deshalb können einzelne Wertorientierungen auf der Skala von 1 (sehr wichtig) bis 6 (überhaupt nicht wichtig) im Mittelwert für Frauen wichtiger sein als für Männer, sich jedoch in einem niedrigeren Rangplatz manifestieren. Dies wird deutlich bei der Bewertung der Relevanz der „Gleichstellung von Frauen und Männern“: Beide Geschlechter geben dem Bereich eine relativ hohe Bedeutung. Frauen bewerten ihn im Durchschnitt mit 1,58. Damit erhält Gleichstellung bei den Frauen Rangplatz 12. Männer bewerten das Politikfeld im Durchschnitt mit 1,63. Damit erreicht die Gleichstellung bei Männern aber Rang 10 und damit einen höheren relativen Wert als bei Frauen. Die homogenen Wertorientierungen von Frauen und Männern sind eine landestypische Besonderheit Brandenburgs. Dies zeigt sich bei Messungen der Wertorientierungen für Deutschland im Westen und im Osten (vgl. World Value Service) und auch in einem direkten

Vergleich mit dem Nachbarland Sachsen-Anhalt (vgl. Tabelle 6).

In Sachsen-Anhalt herrschen im Gegensatz zum Land Brandenburg klare Geschlechterdifferenzen bezüglich der Werte „finanzielle Unabhängigkeit“, „Erfolg im Beruf“ sowie „Kinder haben“. Die wirtschaftliche Selbstständigkeit spielt bei Frauen in Sachsen-Anhalt eine geringere Rolle als bei dort lebenden Männern und den Brandenburgerinnen und Brandenburgern.

² Die Bewertung der einzelnen Indikatoren erfolgte auf Basis einer Skala von 1 für „sehr wichtig“ bis 6 „überhaupt nicht wichtig“. Die in Tabelle 6 dargestellten Rangfolgen wurden auf Grundlage der Mittelwerte für die einzelnen Merkmalsdimensionen ermittelt. Innerhalb der Interpretation steht dabei nicht die Differenz zwischen den Mittelwerten, sondern die Verteilung der Rangplätze im Mittelpunkt, die Aussagen darüber zulässt, welche Orientierungen innerhalb handlungsrelevanter Entscheidungen dominieren.

Tabelle 6
Wertorientierungen von Frauen und Männern in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt im Vergleich (Rangfolgen)

Wertorientierung	Brandenburg			Sachsen-Anhalt		
	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
	Rangplätze			Rangplätze		
Erhaltung des Friedens	1	1	1	1	1	1
glückliche Familie/Partnerschaft	2	2	2	2	2	2
sicherer Arbeitsplatz	3	3	3	3	4	3
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	4	4	4	9	8	7
gute Bildung/Ausbildung	5	5	5	5	5	5
Liebe und Zuneigung	6	6	6	4	3	4
sinnerfüllte Arbeit	7	7	7	7	6	6
finanzielle Unabhängigkeit	8	8	8	12	7	10
Kinder haben	9	9	9	6	11	8
für andere Menschen da sein	10	11	10	8	10	9
gesunde Lebensweise	11	13	12	11	14	12
Gleichstellung von Frauen und Männern	12	10	11	*	*	*
saubere Umwelt	**	**	**	10	12	11
Erfolg im Beruf	13	12	13	14	9	14
das Leben genießen	14	14	15	13	13	13
sinnvolle Freizeitgestaltung	15	15	14	15	15	15
materieller Wohlstand	16	16	16	16	16	16
sich pol. engagieren u. Einfluss nehmen	17	17	17	17	17	17
nach religiösen Werten leben	18	18	18	18	18	18

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007) und Sachsen-Anhalt (2006)

*in Sachsen-Anhalt nicht im Indikatorenset zu Wertorientierungen enthalten

**in Brandenburg nicht im Indikatorenset zu Wertorientierungen enthalten

Wendet man sich im Weiteren den einzelnen Wertekategorien zu, dann ist für Brandenburg zu erkennen, dass der „Erhaltung des Friedens“ durch Frauen wie auch Männer die größte Bedeutung beigemessen wird. Dies überrascht insofern nicht, da Frieden zunächst als globale Rahmenbedingung fungiert. Wie wichtig den Brandenburgerinnen und Brandenburgern auch konkrete Sicherheitsbedürfnisse sind, lässt sich daran ersehen, dass der „Schutz vor Gewalt und Kriminalität“ mit Platz 4 auf einem der vorderen Plätze in der Rangfolge der Wertorientierungen zu finden ist. Im Nachbarland Sachsen-Anhalt rangierte dieser Wert im Jahr 2006 bei Frauen lediglich auf Platz 9 und bei Männern auf Platz 8 der entsprechenden Skala. Frauen in Brandenburg schätzen mit 76,6 Prozent deutlich häufiger als Männer mit 66,7 Prozent den „Schutz vor Gewalt und Kriminalität“ als sehr wichtig ein. Hier kann sich das starke Engagement der brandenburgischen Landesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen dahingehend auswirken, dass ein höheres Problembewusstsein vorliegt.

Ganz besonders hohen Wert haben partnerschafts- und familienorientierte Bedürfnisse. Sowohl Frauen als auch Männer messen einer „glücklichen Familie oder Partnerschaft“ den zweithöchsten Stellenwert nach dem „Erhalt des Friedens“ bei. Das Streben nach „Liebe und Zuneigung“ zeigt den Wunsch nach intakten Sozialbeziehungen und erreicht mit Platz 6 einen hohen Wert. Das Streben nach einer „glücklichen Familie oder Partnerschaft“ ist stärker ausgeprägt als das Interesse, „Kinder zu haben“ (Rangplatz 9). „Kinder haben“ ist besonders für diejenigen von Bedeutung, die bereits mit Kindern leben. Als für die Politik von besonderer Bedeutung ist die Altersdifferenzierung bei diesem Wert: Gerade bei jüngeren Frauen und Männern ist „Kinder haben“ als Wert am wenigsten relevant, die Bedeutung von Kindern steigt mit dem Alter an. Speziell bei Jüngeren zeigen sich ausgeprägte Konflikte zwischen dem Streben nach Existenzsicherung einerseits und dem Bestreben „Kinder zu haben“ andererseits.

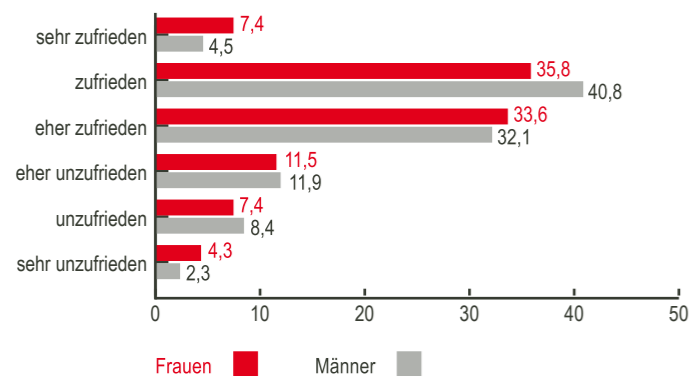
An dritter Stelle stehen arbeitsbezogene Werte. Hier ist die Notwendigkeit der Existenzsicherung im Vordergrund, als ausgeprägtes Streben nach einem „sicheren Arbeitsplatz“, „guter Bildung und Ausbildung“ sowie „sinnerfüllter Arbeit“. Frauen und Männer in Brandenburg unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Arbeitsorientierungen, speziell in Bezug auf einen „sicheren

Arbeitsplatz“, nicht wesentlich. Mit 75,6 Prozent sind es aber deutlich mehr Frauen als Männer (63,6 Prozent), die eine „gute Bildung und Ausbildung“ für „sehr wichtig“ halten. Arbeit als sinnstiftender Wert ist für Frauen mit 69,0 Prozent von signifikant größerer Bedeutung als für Männer, von denen lediglich 55,1 Prozent diese Auffassung vertreten. Dies spricht dafür, dass die geringere Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben in Brandenburg keineswegs ein subjektiv gewollter Lebensstil, sondern eine durch objektive Rahmenbedingungen erzwungene Lebenslage ist. „Erfolg im Beruf“ ist für Frauen und Männer gleichermaßen wichtig, aber nicht von herausragender Bedeutung. Das Streben nach „materiellem Wohlstand“ ist ähnlich wie beruflicher Erfolg für beide Geschlechter eher nachrangig. Existenzsicherung, Sicherheit und ökonomische Unabhängigkeit stehen bei der Erwerbsorientierung im Vordergrund.

Hinsichtlich soziodemographischer Merkmale existieren zwischen arbeitsbezogenen Wertorientierungen und familiären Verpflichtungen geschlechterbezogen gegenläufige Zusammenhänge. Bei Frauen, besonders bei denjenigen, die in Partnerschaften und mit Kindern leben, ist in der Familienphase das Interesse an arbeitsmarktrelevanten Belangen weniger ausgeprägt. Bei Vätern in der Familienphase ist die Bedeutung dagegen höher. Hier sind Geschlechtermuster angelegt, die in Brandenburg nach der Wende neu sind: „Kinder haben“ bedeutet für Väter, dass sie eher in die Ernährerrolle schlüpfen müssen, und für Frauen, dass sie den Kindern eher Priorität gegenüber ihrer eigenen Erwerbsorientierung einräumen.

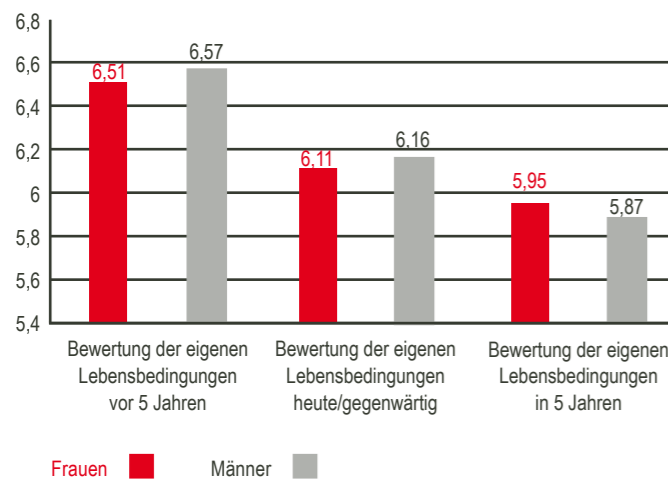
Im Gegensatz zu dem hohen Stellenwert privaten Glücks und ökonomischer Existenzsicherung wird soziales und politisches Engagement als weniger wichtig betrachtet. Hier zeigen sich Geschlechterunterschiede. „Für andere Menschen da sein“ hat bei den Brandenburgerinnen mit einem Wert von 1,46 und Rang 10 einen recht hohen Stellenwert, bei den Brandenburgern mit 1,68 und Rang 11 einen etwas geringeren. Noch deutlicher wird der Stellenwert, wenn man die Verteilung auf die Kategorie „sehr wichtig“ betrachtet: Dem stimmen 57,4 Prozent der Frauen und nur 39,8 Prozent der Männer zu. „Sich politisch engagieren und Einfluss nehmen“ ist im Vergleich auf Rang 17 bei Frauen und Männern kaum wichtig.

Diagramm 1
Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation in Brandenburg 2007 (Angaben in Prozent)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

Diagramm 2
Bewertung der Lebensbedingungen im Land Brandenburg 2007, (Mittelwerte)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

3.2 Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen

Neben der Wertorientierung ist die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Lebensverhältnissen ein wichtiger Maßstab für die Politik. In der Befragung wurde dazu einerseits die „Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation“ erfragt, andererseits die Zufriedenheit mit spezifischen Lebensbedingungen in Brandenburg. Über drei Viertel der Befragten, nämlich 76,8 Prozent der Frauen und 77,4 Prozent der Männer in Brandenburg, sind mit ihrer persönlichen Lebenssituation zufrieden (vgl. Diagramm 1). Diese Ergebnisse korrespondieren mit den im Sozialreport für die neuen Bundesländer im Jahr 2006 ermittelten Werten (Winkler et al, 2006).³ In den Gruppen der „sehr Zufriedenen“ und „sehr Unzufriedenen“ sind Frauen jeweils in stärkerem Umfang vertreten als Männer. Dies hängt mit den Lebenslagen der Frauen zusammen: Frauen, die allein leben, allein erziehen oder mit einer Behinderung leben, sind deutlich unzufriedener als Frauen in anderen Lebenslagen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist bei jenen Frauen und Männern am größten, in deren Haushalt keine Kinder leben, während die Zufriedenheit mit zunehmender Kinderzahl im Haushalt signifikant abnimmt.

Um weiter Einblicke in die Lebenssituation zu gewinnen, wurden die Befragten um eine „Bewertung der persönlichen Lebensbedingungen“ gebeten. Sie konnten die Qualität ihrer persönlichen Lebensbedingungen vor fünf Jahren, zum heutigen Zeitpunkt und die erwartete Qualität in fünf Jahren mit Hilfe einer Punkteskala von 0 – 10 (0 = ganz und gar schlechte Lebensbedingungen, 10 = sehr gute Lebensbedingungen) bewerten. Die in Diagramm 2 in Form von Mittelwerten ausgewiesenen Ergebnisse belegen, dass die Werte im positiven Bereich lagen, dass aber sowohl Frauen als auch Männer insgesamt eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation sehen und eine weitere Verschlechterung für die Zukunft erwarten.

Je schlechter die Bewertung der Lebensbedingungen dabei ausfällt, desto geringer ist die Bereitschaft, sich gesellschaftlich z. B. im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten oder politisch zu engagieren. Dies gilt für Frauen in stärkerem Umfang als für Männer.

Der Zukunftspessimismus von Teilen der Bevölkerung kann sozial desintegrativ wirken. Die subjektive Einschätzung der Verschlechterung der Lebensbedingungen kann die Abwanderung aus Brandenburg begünstigen und sich damit negativ auf die Bevölkerungsentwicklung auswirken (vgl. Diemel/Gerloff 2003). Außerdem kann sie zu sinkender Wahlbeteiligung und Protestwahlverhalten führen und damit die demokratischen Strukturen gefährden.

Die Analyse der Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensbedingungen bietet Ansatzpunkte, wie auf die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen und Männern Einfluss genommen werden kann.

Ein Blick auf Tabelle 7 zeigt, dass die Frauen und Männer in Brandenburg zu teilweise weit über drei Vierteln mit verschiedenen Lebensbedingungen zufrieden sind, so mit der „Gleichstellung von Frauen und Männern“ im Land, mit dem „Kultur-, Sport und Freizeitangebot“. Auch die allgemeine Lebenszufriedenheit ist sehr hoch.

Frauen bewerten die Gleichstellung von Frauen und Männern dabei kritischer als Männer. Die „medizinische Versorgung“, der „Schutz vor Kriminalität und Gewalt“ sowie die „Möglichkeiten der politischen Mitwirkung“ werden von beiden Geschlechtern zu über zwei Dritteln zufrieden bewertet. Die politische Mitwirkung beurteilen Frauen nicht ganz so positiv wie Männer. Mit der Unterstützung der Familien, den politischen Verhältnissen und der wirtschaftlichen Situation ist über die Hälfte der Befragten zufrieden. Allerdings sind Frauen mit der Unterstützung der Familien erheblich weniger zufrieden als Männer.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger schätzen die Bildungs- und Ausbildungssituation unterschiedlich ein. Frauen sind hier eher kritisch, Männer eher zufrieden, insgesamt ist die Hälfte der Bevölkerung mit der Bildung zufrieden. Eindeutig unzufrieden sind die Befragten mit dem Arbeitsmarkt.

Tabelle 7
Zufriedenheit mit ausgewählten Modalitäten der Lebenssituation im Land Brandenburg, 2007 (Angaben in Prozent)

Zufriedenheit mit ...		Frauen	Männer	Gesamt
		Prozent		
der Gleichstellung von Frauen und Männern	zufrieden	85,4	92,0	88,7
	unzufrieden	14,6	8,0	11,3
dem Kultur-, Sport- und Freizeitangebot	zufrieden	83,4	83,6	83,5
	unzufrieden	16,6	16,4	16,5
mit der persönlichen Lebenssituation	zufrieden	76,8	77,5	77,1
	unzufrieden	23,2	22,5	22,9
der medizinischen Versorgung	zufrieden	73,6	74,0	73,8
	unzufrieden	26,4	26,0	26,2
dem Schutz vor Kriminalität und Gewalt	zufrieden	72,4	73,6	73,0
	unzufrieden	27,6	26,4	27,0
den Möglichkeiten der politischen Mitwirkung	zufrieden	72,5	76,3	74,5
	unzufrieden	27,5	23,7	25,5
der Unterstützung von Familien	zufrieden	65,0	75,3	70,0
	unzufrieden	35,0	24,7	30,0
den politischen Verhältnissen	zufrieden	62,0	64,7	63,3
	unzufrieden	38,0	35,3	36,7
der wirtschaftlichen Situation	zufrieden	59,1	61,3	60,2
	unzufrieden	40,9	38,7	39,8
der Bildungs- und Ausbildungssituation	zufrieden	42,5	57,9	49,9
	unzufrieden	57,5	42,1	50,1
der Arbeitsmarktsituation	zufrieden	23,5	21,8	22,7
	unzufrieden	76,5	78,2	77,3

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

³ In dieser Untersuchung wurde im Unterschied zur vorliegenden Erhebung eine 5er-Skala verwendet, weshalb keine direkten Datenvergleiche möglich sind. Wenn in der aktuellen Erhebung eine 6er-Skala gewählt wurde, dann vor dem Hintergrund, dass diese eine eindeutige Zuordnung zu „Zufriedenen“ und „Unzufriedenen“ gestattet. In der Studie von Winkler u. a. zeigt sich eine rückläufige Tendenz der Zufriedenheit in den vergangenen Jahren, von der auch für Brandenburg auszugehen ist.



■ **3.3 Einfluss der Zufriedenheit mit Rahmenbedingungen auf die Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen**

Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen der Zufriedenheit mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen zeigt, was die Zufriedenheit der Frauen und Männer in Brandenburg beeinflusst, und gibt Hinweise

auf mögliche gleichstellungsrelevante Prioritäten. Erwartungsgemäß hängen nahezu sämtliche Einzelzufriedenheiten mit der allgemeinen Lebenszufriedenheit zusammen. Geordnet nach der Stärke des Zusammenhangs, zeigen sich Abhängigkeiten zwischen den Einzelzufriedenheiten und der allgemeinen Lebenszufriedenheit in der folgenden Form:

Allgemeine Lebenszufriedenheit von Frauen

- Zufriedenheit mit der Arbeitsmarktsituation
- Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation
- Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Mitwirkung
- Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen
- Zufriedenheit mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität
- Zufriedenheit mit der Unterstützung von Familien
- Zufriedenheit mit der Bildungs- und Ausbildungssituation
- Zufriedenheit mit der Gleichstellung von Frauen und Männern
- Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung

Allgemeine Lebenszufriedenheit von Männern

- Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation
- Zufriedenheit mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität
- Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Mitwirkung
- Zufriedenheit mit der Arbeitsmarktsituation
- Zufriedenheit mit dem Kultur-, Sport- und Freizeitangebot
- Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung
- Zufriedenheit mit der Bildungs- und Ausbildungssituation
- Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen
- Zufriedenheit mit der Unterstützung von Familien
- Zufriedenheit mit der Gleichstellung von Frauen und Männern

Lediglich ein Indikator weist bei Frauen keine Relevanz für die allgemeine Lebenszufriedenheit auf – die Zufriedenheit mit dem Kultur-, Sport- und Freizeitangebot, was auf die geringeren Freizeitressourcen von Frauen und die auch deshalb geringere Inanspruchnahme entsprechender Angebote verweist. Ähnlich wie im Bereich Gleichstellung wurden die Freizeitangebote in Brandenburg sehr hoch bewertet, so dass es auch weniger Unzufriedene gab als bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit und daher rechnerische Zusammenhänge schwer möglich sind.

Es zeigt sich, dass die Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensverhältnissen bei Frauen und Männern unterschiedlich motiviert ist. Die Zufriedenheit von Frauen wird am stärksten beeinflusst von ihrer Zufriedenheit mit dem Arbeitsmarkt, der Wirtschaft und den politischen Mitwirkungsmöglichkeiten, während bei Männern die Wirtschaft, der Schutz vor Kriminalität und Gewalt und die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten die persönliche Zufriedenheit besonders prägen. Damit werden verschiedene Prioritäten von Frauen und Männern deutlich.

■ **3.4 Zusammenhang von Wertorientierungen und Zufriedenheit**

Werden Zufriedenheitswerte für die einzelnen Lebensbereiche und Wertorientierungen zusammen betrachtet, zeigen sich die Bereiche, in denen eine objektive Verbesserung der Lebenssituation auch eine subjektiv positivere Einschätzung der Lebensbedingungen und eine höhere Lebensqualität erreicht. Dabei ist es gleichstellungspolitisch wichtig, dass die Prioritäten von Frauen angemessen Berücksichtigung finden. Aus der Analyse der Wertorientierungen und Zufriedenheiten lassen sich folgende konkrete Bedürfnisse und Interessen von Frauen erkennen:

Arbeit für Frauen

Frauen in Brandenburg ist die eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit besonders wichtig. Die hohe Unzufriedenheit der Frauen mit der Arbeitsmarktsituation wirkt sich sehr stark aus auf ihre allgemeine Lebenszufriedenheit, und zwar stärker als bei Männern. Mehr Geschlechtergerechtigkeit und eine höhere Lebenszufriedenheit von Frauen im Land Brandenburg ist deshalb vor allem mit einem gleichberechtigten Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt, der Sicherung existenzsichernder Arbeitsplätze für Frauen und bei der Ausbildung von Frauen zu erreichen.

Existenzsicherung für Frauen

Frauen im Land Brandenburg wollen finanziell unabhängig sein und ihre Existenz durch Erwerbstätigkeit sichern. Gleichzeitig hat die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen einen starken Einfluss auf die Lebenszufriedenheit von Frauen. Es ist deshalb erforderlich, auf eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen hinzuwirken und bestehende Abhängigkeiten und geschlechterdifferenzierte Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung abzubauen.

Gute Bedingungen für Familie und Partnerschaft

Für Frauen wie für Männer haben Familie und Partnerschaft die zentrale Bedeutung im Leben. Frauen befinden sich in Wertekonflikten zwischen arbeitsorientierten Interessen an Existenzsicherung und Sinnerfüllung und familiären Verpflichtungen. Hier geht es einerseits politisch darum, Familie und Beruf für Frauen mit Kindern besser vereinbar zu machen. Bei jüngeren Frauen hat die Erwerbsorientierung Priorität, hier geht es auch dar-

um, ein Leben mit Kindern für Frauen und für Männer attraktiver zu gestalten, denn gerade Eltern sind mit den persönlichen Lebensbedingungen unzufriedener. Familiäre Verhältnisse beziehen sich aber nicht nur auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern gerade für Alleinerziehende oder allein Lebende resultieren Unzufriedenheitspotenziale aus der privaten Lebenssituation.

Politische Mitbestimmung von Frauen stärken

Frauen legen sehr großen Wert auf demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten, ebenso wie Männer, denn ihre Zufriedenheit mit ihren persönlichen Lebensverhältnissen hängt in hohem Maße mit ihrer Zufriedenheit mit ihren Partizipationsmöglichkeiten zusammen. Gleichzeitig sind Frauen mit ihren Mitwirkungsmöglichkeiten weniger zufrieden als Männer. Für die Frauenpolitik des Landes Brandenburg besteht deshalb eine wichtige Aufgabe darin, die gesellschaftliche und politische Mitwirkung von Frauen zu stärken. Bei Frauen besteht die große Gefahr, dass sie das Interesse an Politik verlieren. Im Sinne eines Empowerment im Sinne von Bestärkung und Ermutigung sollten Frauen darin bestärkt werden, politische Ämter zu übernehmen und sich stärker an Entscheidungsgremien des öffentlichen Lebens zu beteiligen.

Sicherheit vor Gewalt

Bei den Werten zeigte sich eine besondere Bedeutung des Schutzes vor Gewalt und Kriminalität. Mit dem Schutz vor Gewalt sind Frauen in Brandenburg weitgehend zufrieden. Frauenpolitik fokussiert hier vor allem den Bereich häuslicher Gewalt. Diese Strukturen sind wichtig und offenbar in Brandenburg erfolgreich. Sicherheit im öffentlichen Raum ist darüber hinaus ein wichtiges Thema für die Stadt- und Verkehrsplanung. Für die Lebenszufriedenheit von Frauen ist Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität bei weitem nicht so wichtig wie für Männer.

Bildung und Ausbildung verbessern

Frauen und Männer bewerten die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in Brandenburg unterschiedlich. Frauen sind hier viel kritischer. Eine Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation in Brandenburg wird daher vor allem von Frauen eingefordert.



Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein bedeutender Wert für Frauen und Männer in Brandenburg. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sind mit der Gleichstellung zufriedener als mit allen anderen abgefragten Lebensbereichen. Frauen sind weniger zufrieden als Männer. Sie nehmen als häufiger benachteiligtes Geschlecht Benachteiligungen stärker wahr. Gleichzeitig ist die hohe Gleichstellungszufriedenheit ein Fallstrick für die Gleichstellungspolitik: Leicht werden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts übersehen, weil sie nicht erwartet werden.

Diese wichtigen Handlungsfelder werden im Folgenden in Hinblick auf mögliche Geschlechterdifferenzen, auf Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, aber auch auf Potenziale und Chancen für gleichstellungsorientierte Politik untersucht. Zu jedem Handlungsfeld werden Handlungsempfehlungen erarbeitet. Darüber hinaus wird die demographische Entwicklung betrachtet, weil sie für die Familienpolitik, aber auch für alle anderen Politikfelder eine entscheidende Grundlage bildet. Die Analysen bilden wichtige Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung der Frauenpolitik und der Fachpolitiken im Land Brandenburg. Sie erheben nicht den Anspruch, Gender Mainstreaming in der Facharbeit zu ersetzen.

Brandenburg nimmt in Deutschland und auch in der Europäischen Union eine Vorreiterfunktion ein, was die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt betrifft. Gleichzeitig ist in Brandenburg die Arbeitslosenquote infolge des Strukturwandels nach der Wiedervereinigung immer noch sehr hoch.

Den Brandenburgerinnen und Brandenburgern ist Erwerbsarbeit besonders wichtig. Befragt nach der Bedeutung eines sicheren Arbeitsplatzes, gaben sowohl Frauen als auch Männer in Brandenburg den dritten Rang und damit eine sehr hohe Bedeutung an. Auch sinnerfüllte Arbeit (Rang 7) und finanzielle Unabhängigkeit (Rang 8) sind in Brandenburg für Frauen und Männer ein hoher Wert. Erfolg im Beruf (Rang 12 bei Männern, Rang 13 bei Frauen) werten sie als wichtig, aber er hat nicht so hohe Priorität wie Sicherheit, Unabhängigkeit und Sinnhaftigkeit der Erwerbsarbeit (vgl. Tabelle 5 oben).

Das folgende Kapitel fasst die Daten zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern in Brandenburg zusammen und vergleicht die Daten für beide Geschlechter mit der Arbeitsmarktsituation in Deutschland und der Europäischen Union. Im Anschluss wird die Zufriedenheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger mit der Arbeitsmarktsituation im Land auf der Basis der Repräsentativerhebung analysiert. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen werden dargestellt und gleich-

stellungsbezogen bewertet. Abschließend werden künftige gleichstellungsbezogene Handlungsfelder der Arbeitsmarktpolitik beschrieben und Handlungsempfehlungen formuliert.

4.1 Beteiligung am Erwerbsleben

Die wichtigste Kenngröße für die Beteiligung am Arbeitsmarkt sind die Erwerbspersonen, das sind alle Personen, die als Erwerbstätige oder arbeitslos Gemeldete am Arbeitsmarkt beteiligt sind. Da die hier vorgenommenen vertiefenden Analysen auf Vergleichsdaten angewiesen waren, werden in Bezug auf die Strukturen des Arbeitsmarktes die Daten des Jahres 2005 betrachtet. Aktuelle Daten aus dem Jahr 2007 wurden einbezogen, hierzu konnten jedoch wegen fehlender Detaildaten keine vertieften Analysen erfolgen.

Die **Erwerbsquote** ist der prozentuale Anteil der Erwerbspersonen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren an der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. In Brandenburg ist die Quote der Erwerbspersonen sehr hoch, und zwar sowohl unter Männern als auch unter Frauen, allerdings sinkt sie langsam ab gegenüber noch höheren Werten direkt nach der Wende. Zwischen Frauen und Männern besteht in Brandenburg nur eine sehr geringe Differenz (vgl. Tabelle 8)

Tabelle 8

Entwicklung der Erwerbspersonen und der Erwerbsquote im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Land Brandenburg, Zeitraum 2003–2005

Jahr	Frauen		Männer		Gesamt	
	1.000/ %	Zeilen- %	1.000/ %	Zeilen- %	1.000/ %	Zeilen- %
Erwerbspersonen						
2003	653,8	47,0	738,0	53,0	1.391,7	100,0
2004	645,1	46,7	736,5	53,3	1.381,6	100,0
2005	636,4	46,5	732,5	53,5	1.368,8	100,0
Erwerbsquote*						
2003	74,8		80,4		77,7	
2004	74,5		80,5		77,6	
2005	73,4		79,4		76,5	

Tabelle 9

Entwicklung der Erwerbstätigen und der Erwerbstätigenquote im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Land Brandenburg, Zeitraum 2003–2005

Jahr	Frauen		Männer		Gesamt	
	1.000/ %	Zeilen- %	1.000/ %	Zeilen- %	1.000/ %	Zeilen- %
Erwerbstätige						
2003	522,6	47,1	586,7	52,9	1.109,1	100,0
2004	512,6	47,0	579,1	53,0	1.091,7	100,0
2005	521,2	46,6	597,4	53,4	1.118,6	100,0
Erwerbstätigenquote**						
2003	59,3		62,6		61,0	
2004	59,9		62,3		60,6	
2005	60,1		64,7		62,5	

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam und eigene Berechnungen – Mikrozensus „Bevölkerung und Erwerbsleben im Land Brandenburg 2003–2005“

*Anteil der Erwerbspersonen im Alter 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung dieser Altersgruppe

**Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter 15 bis unter 65 Jahren

Die **Erwerbstätigenquote** erfasst alle Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Hier zeigen sich die Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Nur 60,1 Prozent der Frauen und 64,7 Prozent der Männer konnten im Jahr 2005 faktisch erwerbstätig sein. Die Werte sanken im Vergleich zum Jahr 1991 um 8 Prozentpunkte, ähnlich wie in anderen neuen Bundesländern (vgl. Tabelle 9).

Die **Arbeitslosenquote** bildet den Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen an den Erwerbspersonen ab. Hier zeigt sich eine langsame Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, die Werte im Oktober 2007 lagen bei 15,3 Prozent Arbeitslosigkeit für Frauen und 14,4 Prozent Arbeitslosigkeit für Männer. Auch hier sind die Strukturen in Brandenburg weitgehend geschlechteregalitär (vgl. Tabelle 10).

Nichterwerbspersonen sind diejenigen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen. Die Nichterwerbspersonen erfassen Menschen in Schule, Ausbildung und Hochschule. Dazu zählen auch Menschen, die aufgrund der Pflege von Angehörigen nicht erwerbstätig sind oder sein können, aber auch alle diejenigen, die keine Erwerbsbeteiligung suchen oder die eine solche Suche aufgegeben haben, nachdem sie sich aufgrund mangelnder Beschäftigungsperspektiven und fehlender Leistungsansprüche nicht mehr arbeitssuchend mel-

deten. Hier ist der Anteil der Frauen höher als der Anteil der Männer. 26,5 Prozent der Brandenburgerinnen im erwerbsfähigen Alter und damit mehr als jede Vierte waren Nichterwerbspersonen, aber nur 20,6 Prozent und damit ungefähr jeder Fünfte der Brandenburger (vgl. Tabelle 11).

Insgesamt bilden die Erwerbstätigen in Brandenburg die überwiegende Mehrheit der 15- bis 65-Jährigen, gefolgt von den Nichterwerbspersonen und den Arbeitslosen (vgl. Diagramm 3). Frauen sind unter den Nichterwerbspersonen höher repräsentiert als Männer, unter den Erwerbstätigen und Arbeitslosen aber geringer vertreten.

4.1.1 Entwicklung der Arbeitsmarktdaten 2003–2005

In Brandenburg entwickelt sich insgesamt die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in den letzten Jahren unterschiedlich, und zwar zu Ungunsten von Frauen. Bei den Männern stieg die Erwerbstätigenquote in den letzten Jahren stärker als bei den Frauen, und auch die absolute Zahl der erwerbstätigen Männer stieg an. Bei den Frauen dagegen stieg zwar die Erwerbstätigenquote minimal an, vor allem aber verringerte sich die Gesamtzahl der weiblichen Erwerbstätigen. Hier zeichnen sich möglicherweise für Brandenburg neue geschlechtersegregierende Entwicklungen ab.

Tabelle 11

Entwicklung der Nichterwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Land Brandenburg, Zeitraum 2003–2005

Jahr	Frauen		Männer		Gesamt	
	1.000/ %	Zeilen- %	1.000/ %	Zeilen- %	1.000/ %	Zeilen- %
Nichterwerbspersonen						
2003	219,8	55,0	179,8	45,0	399,7	100,0
2004	221,3	55,4	178,4	44,6	399,7	100,0
2005	230,9	54,9	189,9	45,1	420,8	100,0
Nichterwerbspersonenquote**						
2003	25,1		19,6		22,3	
2004	25,6		19,4		22,4	
2005	26,6		20,6		23,5	

Tabelle 10

Entwicklung der Arbeitslosen und der Arbeitslosenquote im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Land Brandenburg, Zeitraum 2003–2005

Jahr	Frauen		Männer		Gesamt	
	1.000/ %	Zeilen- %	1.000/ %	Zeilen- %	1.000/ %	Zeilen- %
Arbeitslose						
2003	131,2	46,4	151,3	53,5	282,6	100,0
2004	132,5	45,7	157,4	54,3	289,9	100,0
2005	115,2	46,0	135,1	54,0	250,4	100,0
Arbeitslosenquote*						
2003	20,1		20,5		20,3	
2004	20,5		21,4		21,0	
2005	18,1		18,4		18,3	

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam und eigene Berechnungen – Mikrozensus „Bevölkerung und Erwerbsleben im Land Brandenburg 2003–2005“

*Anteil der Arbeitslosen im Alter 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung dieser Altersgruppe

**Anteil der Nichterwerbspersonen im Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung

4.1.2 Regionalanalyse

Innerhalb von Brandenburg zeigen sich deutliche Unterschiede, wenn man den engeren Verflechtungsraum um Berlin und den äußeren Entwicklungsraum getrennt betrachtet.

Im äußeren Entwicklungsraum nahm die Zahl der Erwerbstätigen von 2003 bis 2005 ab, und zwar um –1,5 Prozentpunkte bei Frauen und –4,2 Prozentpunkte bei Männern. Der für Brandenburg insgesamt festzustellende Anstieg der Erwerbstätigen resultierte bis dahin allein aus der Entwicklung im engeren Verflechtungsraum. Der Anstieg für Männer betrug hier 10 Prozentpunkte, für Frauen aber nur 1,5 Prozentpunkte. Das Arbeitsplatzangebot im engeren Verflechtungsraum scheint demnach die Erwerbstätigkeit von Männern stärker zu begünstigen als die von Frauen.

Bei beiden Geschlechtern stieg die Zahl der Nichterwerbspersonen in diesem Zeitraum an, bei Frauen nahm aber auch die Zahl der Erwerbspersonen durch Abwanderung viel stärker ab.

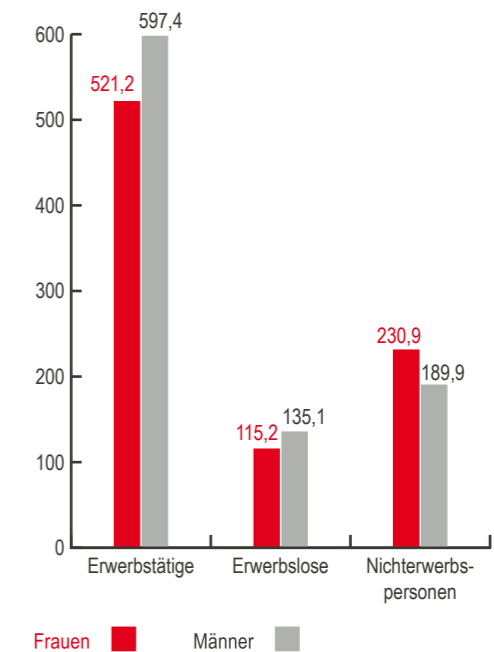
Nur 73,4 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter, aber 79,4 Prozent der Männer sind erwerbstätig. Eine Analyse der Daten nach wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen Regionen zeigt eine gegenläufige Entwicklung bei Frauen (vgl. Tabelle 1 im Anhang).

Im engeren Verflechtungsraum stieg die Zahl der Nichterwerbspersonen bei den Frauen im beschriebenen Zeitraum um mehr als 26 Prozent von 74.400 auf 94.000 Frauen, im äußeren Entwicklungsraum ging die Zahl der weiblichen Nichterwerbspersonen dagegen um 6 Prozent zurück. Bei den Männern erhöhte sich die Zahl der Nichterwerbspersonen im engeren Verflechtungsraum um 12 Prozent, im äußeren Entwicklungsraum um 2 Prozent.

Die höhere Bildungsbeteiligung von jungen Menschen im engeren Verflechtungsraum, insbesondere von jungen Frauen, kann einen Teil dieser Entwicklung und auch der Geschlechterdifferenz erklären. Es kann auch eine für Brandenburg neue höhere Familienorientierung im Berliner Einzugsgebiet vorliegen, so dass in jungen Familien mit kleinen Kindern die Mütter eine Zeitlang keine Erwerbstätigkeit anstreben. Es kann auch eine Benachteiligung von Frauen vorliegen in Hinblick auf Erwerbschancen oder auf Leistungsbezüge in Bedarfsgemeinschaften.

Diagramm 3

Bevölkerung des Landes Brandenburg (15 b. u. 65 Jahre) nach der Beteiligung am Erwerbsleben im Land Brandenburg, Mikrozensus 2005 (Personen, Angaben in 1.000)



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam und eigene Berechnungen – Mikrozensus „Bevölkerung und Erwerbsleben im Land Brandenburg 2005“

In diesem Zusammenhang steht die Entwicklung, dass die Zahl der Arbeitslosen in ganz Brandenburg zurückgegangen ist, am stärksten bei den Frauen im äußeren Entwicklungsraum mit 13,2 Prozent. Insgesamt ist der äußere Entwicklungsraum für alle Erwerbspersonen eine Problemregion, in der die Arbeitslosigkeit im Untersuchungszeitraum bei Frauen und Männern bei ca. 22 Prozent lag, während im engeren Verflechtungsraum 11,7 Prozent der Frauen und 12,8 Prozent der Männer arbeitslos waren.

Tabelle 12

Entwicklung der Erwerbspersonen und Arbeitslosen in den Regionen Brandenburgs, Zeitraum 2003–2005

Merkmal	engerer Verflechtungsraum		äußerer Entwicklungsraum		Land Brandenburg	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Erwerbsquote*						
2003	76,8	81,5	73,4	79,8	74,8	80,4
2004	75,4	82,2	73,8	79,5	74,5	80,5
2005	72,9	80,8	73,7	78,5	73,4	79,4
Arbeitslosenquote**						
2003	12,9	15,4	24,6	23,6	20,1	20,5
2004	13,7	16,0	25,0	24,8	20,5	21,4
2005	11,7	12,8	22,3	22,3	18,1	18,4

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte A VI 2-j/03-05; A VI 4-j/03-05

*Anteil der Erwerbspersonen im Alter 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung dieser Altersgruppe

**Anteil der Arbeitslosen im Alter 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe

4.1.3 Erwerbstätigkeit in Brandenburg

im Vergleich zu Deutschland und Europa

Brandenburg weist im Vergleich zu anderen Bundesländern, zur Bundesrepublik Deutschland insgesamt und zur Europäischen Union eine sehr hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen auf. Die Erwerbstätigenquote von Frauen in Brandenburg lag trotz der schwierigen arbeitsmarktpolitischen Situation leicht über dem Bundesdurchschnitt von 59,6 Prozent. Hier sind allerdings teilzeit- und geringfügig Beschäftigte eingeschlossen, die oft kein existenzsicherndes Einkommen erzielen.

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, die Erwerbstätigenquote von Frauen bis 2010 auf 60 Prozent zu steigern, diesen Wert erfüllt Brandenburg. Allerdings erzielen viele Länder eine erheblich höhere Erwerbstätigenquote: Dänemark (71,9 Prozent), Schweden (70,4 Prozent), Finnland (66,5 Prozent), die Niederlande (66,4 Prozent) und Großbritannien (65,9 Prozent) liegen hier weit vor Brandenburg. In diesen Ländern ist aber auch die Arbeitslosigkeit sehr viel geringer. Die geringsten Erwerbstätigenquoten von Frauen in der Europäischen Union weist nach Malta (33,7 Prozent), Italien (45,3 Prozent) und Griechenland (46,1 Prozent) das Nachbarland Brandenburgs, Polen, mit 46,8 Prozent auf. Bei den Geschlechterdifferenzen zwischen den Erwerbstätigenquoten ist Malta mit 40 Prozentpunkten Differenz Spitzenreiter, in Finnland und Schweden wurden dagegen nur 4 Prozentpunkte Differenz festgestellt, in Estland 5 Prozentpunkte. Brandenburg hat hier im deutschen wie im internationalen Vergleich eine Spitzenposition. Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist allerdings im Zeitverlauf leicht rückläufig.

4.2 Struktur der Erwerbspersonen

Bessere Einsichten in die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern lassen sich gewinnen, wenn die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, der Anteil an Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung sowie die Entwicklung der selbstständigen unternehmerischen Tätigkeit betrachtet werden.

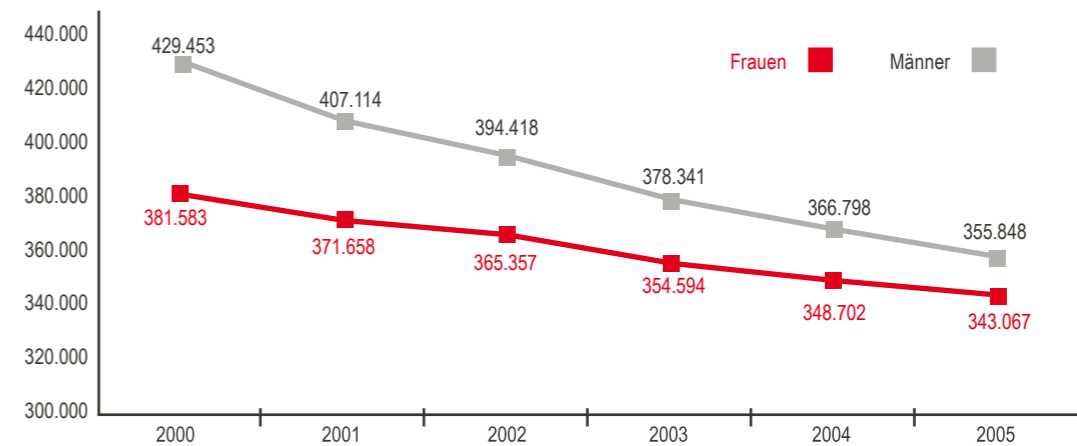
4.2.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung war in Brandenburg bis in das Jahr 2005 rückläufig, bei Frauen wie bei Männern. Mehr Männer als Frauen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (vgl. Diagramm 4).

Insgesamt nahm in Deutschland die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse kontinuierlich ab, von 29.325.000 im Jahr 1992 auf 26.354.000 im Jahr 2006 (Statistisches Bundesamt, Jahrbuch 2007:70 f.). Insgesamt stieg in Deutschland die Zahl der Beschäftigten seit dem Jahr 1993 langsam wieder an, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden pro erwerbstätiger Person sank jedoch kontinuierlich ab, weil Teilzeit und geringfügige Beschäftigung ausgebaut wurden. Im März 2007 waren von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg 48,8 Prozent Frauen, in Ostdeutschland 49,8 Prozent und in Gesamtdeutschland nur 45,3 Prozent Frauen.

Diagramm 4

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Brandenburg, 2000–2005 (jeweils 2. Quartal)



Quelle: Statistisches Bundesamt – Fachserie 1 / Reihe 4.2.1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2005“

4.2.2 Teilzeitbeschäftigung

Frauen sind in weitaus größerem Umfang teilzeitbeschäftigt als Männer. Im Land Brandenburg galt dies im Jahr 2005 für 36,8 Prozent der erwerbstätigen Frauen und für 10,8 Prozent der erwerbstätigen Männer (vgl. Diagramm 5).

Im Jahr 2006 war der Anteil bei Frauen auf 38 Prozent gestiegen. Die 11. Welle des Brandenburgischen Betriebspanels weist aus, dass im Jahr 2006 in Brandenburg 200.000 Personen teilzeitbeschäftigt waren, davon 77 Prozent Frauen. Seit 1996 ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Beschäftigten insgesamt von 13 auf 23 Prozent gestiegen (Betriebspanel, S. 30 f.). Zum einen zeigen sich hier allgemeine Arbeitsmarktprobleme, aber auch eine geschlechterdifferenzierte Integration in den Arbeitsmarkt. Dafür, dass Arbeitsmarktprobleme die hohe Teilzeitquote begründen, spricht der hohe Anteil bei den Männern, der drei Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegt. Beispielsweise im Lehramt oder in der Wissenschaft sind Teilzeitstellen für beide Geschlechter üblich, weil nicht genug Mittel für Vollzeitstellen vorhanden sind. In Deutschland insgesamt sind Frauen mit 43,8 Prozent aller erwerbstätigen Frauen weitaus häufiger teilzeitbeschäftigt als in Brandenburg. Brandenburg lag im Anteil der Teilzeitbeschäftigung leicht über dem EU-Durchschnittswert.

4.2.3 Geringfügige Beschäftigung

Die Zahl der Minijobs stieg in Brandenburg erheblich an. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung übten im Land Brandenburg im Jahr 2005 fast 94.000 Personen aus, gegenüber dem Jahr 1999 stellt dies eine Steigerung um 61 Prozent dar. Bei der Beschäftigung von Männern war dieser Anstieg mit 77 Prozent höher als bei den Frauen mit 50 Prozent. Insgesamt sind aber in Brandenburg weitaus mehr Frauen als Männer geringfügig beschäftigt, das Verhältnis beträgt 55,8 Prozent bei den Frauen zu 44,2 Prozent bei den Männern (vgl. Tabelle 13).⁴

Auch nach 2005 stieg der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Beschäftigten an, auf 7 Prozent im Jahr 2006. Innerhalb Brandenburgs gibt es hier Differenzen, so lag der Anteil im Nordosten bei 5 Prozent, im Südwesten bei 8 Prozent (Land Brandenburg 2006:32). Im Jahr 2007 stieg der Anteil der Frauen unter den geringfügig Beschäftigten in Brandenburg auf 56,2 Prozent an, liegt damit aber im Vergleich zu Ostdeutschland (58,2 Prozent) und der Bundesrepublik insgesamt mit sogar 67,2 Prozent Frauenanteil bei eher geschlechteregalitären Werten.⁵

Der Anteil der befristet Beschäftigten ist in Brandenburg hoch, 10 Prozent der Beschäftigten hatten im Jahr 2006 keine Dauerperspektive, damit lag Brandenburg über dem ostdeutschen Schnitt von 9 Prozent und dem westdeutschen Schnitt von 6 Prozent. 46 Prozent der befristet Beschäftigten waren Frauen, das ist der bundesweit

Tabelle 13

Frauen und Männer in Minijobs im Land Brandenburg, Zeitraum 1999–2005

Jahr	ausschließliche geringfügig entlohnte Beschäftigte					Nebenjob				
	Frauen		Männer		Gesamt	Frauen		Männer		Gesamt
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%		absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	
Jun 99	34.788	59,8	23.426	40,2	58.214	-		-		-
Jun 00	41.283	59,3	28.360	40,7	69.643	-		-		-
Jun 01	43.552	58,4	31.003	41,6	74.555	-		-		-
Jun 02	44.808	57,5	33.129	42,5	77.937	-		-		-
Jun 03	49.349	56,2	38.430	43,8	87.779	9.204	57,6	6.789	42,4	15.993
Jun 04	56.094	55,4	45.195	44,6	101.289	13.585	57,5	10.026	42,5	23.611
Jun 05	52.266	55,8	41.474	44,2	93.740	14.529	59,5	9.898	40,5	24.427

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Datenzentrum Nürnberg, Sonderauswertung, vorläufig für 2004 und 2005, Anstieg aufgrund der Änderung der rechtlichen Grundlage.

niedrigste Frauenanteil (Land Brandenburg 2006:31). Die höhere Unzufriedenheit der teilzeit- und geringfügig Beschäftigten mit ihrer Beschäftigungssituation weist darauf hin, dass viele dieser Personen eigentlich eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung anstreben, diese aber auf dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht.⁶ Insbesondere Migrantinnen und Migranten finden den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt, ganz besonders in den neuen Bundesländern, häufig nur über Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung. Vor allem für Frauen mit Migrationshintergrund, aber auch für Männer aus Nicht-EU-Staaten, ist die Situation prekär (Färber u. a. 2008).

In einer im Jahr 2006 veröffentlichten Befragung gaben 34 Prozent der Minijobberinnen aus Ostdeutschland an, dass sie kein anderes Beschäftigungsverhältnis gefunden hätten, dies galt nur für 17 Prozent der Minijobberinnen in Westdeutschland und der männlichen Minijobber in Ostdeutschland. 37 Prozent der ostdeut-

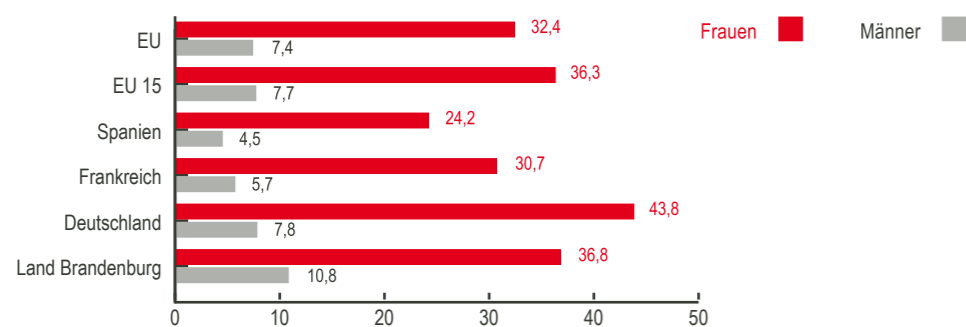
schen geringfügig Beschäftigten waren vor Arbeitsaufnahme arbeitslos, mehr als zwei Drittel davon in höher bezahlten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Nur 15 Prozent wählten diese Beschäftigungsform, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können.⁷

In Brandenburg, wo 44 von 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, spielt geringfügig entlohnte Beschäftigung eine weitaus geringere Rolle als in den alten Bundesländern, wo bei den Spitzenreitern Bremen mit 98 und Baden-Württemberg mit 93 von 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Anteil viel höher liegt. Im ostdeutschen Vergleich hat nur Sachsen-Anhalt mit 43 geringfügig Beschäftigten unter den Einwohnerinnen und Einwohnern ein besseres Bild aufzuweisen.

Viele geringfügig Beschäftigte, und zwar Frauen wie Männer, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, wünschen sich eine sozialversicherungspflichtige Er-

Diagramm 5

Teilzeitquote von erwerbstätigen Frauen und Männern im Vergleich, 2005



Quelle: Daten für Deutschland, Frankreich, Spanien, EU, EU 15: Eurostat online Datenbank; Daten für das Land Brandenburg: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg, Bevölkerung und Erwerbsleben, Ergebnisse des Mikrozensus 2005

werbstätigkeit, die ihre Existenz sichert. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bieten für diese Gruppe den letzten Notnagel, um auf dem Arbeitsmarkt verankert zu bleiben, und sind für sie häufig mit Dequalifizierungsprozessen, geringen Aufstiegsmöglichkeiten, Niedrigeinkommen und mangelhafter sozialer Sicherung verbunden.

4.2.4 Erwerbstätigkeit als Unternehmerin und in Führungsfunktionen

Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen ist im Land Brandenburg im Jahr 2005 auf 8,1 Prozent angestiegen und erreichte damit einen hohen Wert, der über dem Bundesdurchschnitt von 7,5 Prozent lag. Der Frauenanteil unter den Selbstständigen lag bei 32,2 Prozent, ein Drittel aller brandenburgischen Unternehmen wird demnach von Frauen geführt.

Erwerbstätige Frauen sind nicht so gut in Führungsfunktionen verankert wie Männer, das wird als vertikale Segregation des Arbeitsmarktes bezeichnet. Die Werte für Brandenburg im Jahr 2004 lagen mit 30 Prozent Frauenanteil und 70 Prozent Männeranteil in Leitungsfunktionen genau im Durchschnitt der ostdeutschen Betriebe, während in Westdeutschland nur 26 Prozent der Leitungsfunktionen mit Frauen besetzt

Tabelle 14

Anteil der Frauen mit Vorgesetztenfunktionen in verschiedenen Führungsebenen (30.06.2004)

Bundesland	Frauenanteil in der ...		
	1. Führungsebene	2. Führungsebene	Leitungspositionen in Projekten
	%		
Sachsen-Anhalt	33	42	38
Berlin-Ost	31	42	39
Brandenburg	29	40	30
Sachsen	29	37	23
Mecklenburg-Vorpommern	28	43	21
Thüringen	25	38	34
Ost	29	40	30
West	24	32	26

Quelle: Betriebspanel für Brandenburg 2005, 9. Welle

waren. In Brandenburg liegt der Frauenanteil in der ersten Führungsebene nur bei 29 Prozent, in der zweiten Führungsebene aber bei 40 Prozent. Der Anteil von Frauen in Führungsfunktionen ist in Deutschland nur in Sachsen-Anhalt und Ost-Berlin höher als in Brandenburg (vgl. Tabelle 14).

4.3 Umfang und Struktur der Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern in Brandenburg

Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg geht seit 2004 für Männer und seit 2005 für Frauen zurück. Von 2002 bis 2005 war die Quote der Arbeitslosen bei den Männern höher als bei den Frauen, zuvor lag die Arbeitslosenquote bei Frauen teilweise sehr stark über derjenigen der Männer, zum Beispiel mit 23,9 Prozent bei Frauen gegenüber 16,8 Prozent bei Männern im Jahr 1997. Die Bundesagentur für Arbeit weist für Oktober 2007 eine Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen von 15,3 Prozent bei Frauen und von 14,4 Prozent bei Männern aus. Unter allen Arbeitslosen bilden Frauen damit 50,6 Prozent.⁸

Das Land Brandenburg hat im Vergleich der Bundesländer eine insgesamt hohe Arbeitslosigkeit, mit Rang 13 bei den Frauen und bei den Männern, bei beiden Geschlechtern nimmt das Land den 3. Rang unter den ostdeutschen Bundesländern mit Berlin ein.

⁴ Der steigende Anteil nach 2003 erklärt sich auch aus der Veränderung der Rechtslage (Betriebspanel 2006:30).

⁵ Statistisches Bundesamt 2007, Jahrbuch, S.70 ff.

⁶ In der repräsentativen Befragung des G/I/S/A sind die Differenzen signifikant, Vollzeit-Erwerbstätige sind zu 89 Prozent mit ihrer Erwerbssituation zufrieden, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte nur zu 76 Prozent.

⁷ Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik in Zusammenarbeit mit dem Gender-Institut Sachsen-Anhalt (2006).

⁸ Vgl. <http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php?id=BR&dbtyp=3&typ=BL>, Zugriff 8.11.2007.

Frauenarbeitslosigkeit Oktober 2007 nach Bundesländern

1. Baden-Württemberg	5,5 Prozent
2. Bayern	5,9 Prozent
3. Rheinland-Pfalz	7,1 Prozent
4. Hessen	8,3 Prozent
5. Schleswig-Holstein	8,3 Prozent
6. Hamburg	9,1 Prozent
7. Saarland	9,4 Prozent
8. Niedersachsen	9,6 Prozent
9. Nordrhein-Westfalen	10,2 Prozent
10. Bremen	12,9 Prozent
11. Thüringen	14,4 Prozent
12. Berlin	14,8 Prozent
13. Brandenburg	15,3 Prozent
14. Mecklenburg-Vorpommern	16,0 Prozent
15. Sachsen	16,1 Prozent
16. Sachsen-Anhalt	17,2 Prozent

Männerarbeitslosigkeit Oktober 2007 nach Bundesländern

1. Baden-Württemberg	4,4 Prozent
2. Bayern	4,5 Prozent
3. Rheinland-Pfalz	6,0 Prozent
4. Hessen	7,5 Prozent
5. Saarland	8,0 Prozent
6. Schleswig-Holstein	8,1 Prozent
7. Niedersachsen	8,5 Prozent
8. Nordrhein-Westfalen	9,4 Prozent
9. Hamburg	10,6 Prozent
10. Thüringen	11,2 Prozent
11. Bremen	13,6 Prozent
12. Sachsen	13,7 Prozent
13. Brandenburg	14,4 Prozent
14. Sachsen-Anhalt	14,7 Prozent
15. Mecklenburg-Vorpommern	15,6 Prozent
16. Berlin	18,4 Prozent

Auch im europäischen Vergleich weist Brandenburg eine hohe Arbeitslosenquote auf. Im Jahr 2005, für das Vergleichsdaten vorliegen, lag Brandenburg 8,5 Prozentpunkte über der Arbeitslosenquote für Deutschland, 9,1 Prozent über der Europäischen Union insgesamt und 9,8 Prozent über den EU-15-Staaten.

Die Arbeitslosigkeit differiert in Brandenburg stark nach Altersgruppen. Jüngere stellen einen geringeren Anteil der Arbeitslosen als Ältere. In den Altersgruppen über 55 Jahren senken die Möglichkeiten der Frühverrentung die Arbeitslosenzahlen wieder. Den größten Anteil an den Arbeitslosen hat in Brandenburg die Altersgruppe von 40 bis 55, vor allem bei Frauen. Bei den Unter-35-Jährigen haben die Männer einen höheren Anteil an den Arbeitslosen (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 15
Arbeitslose nach Altersgruppen im Land Brandenburg, August 2005

Alter in Jahren	Frauen		Männer		Gesamt	
	absolut	Spalten-%	absolut	Spalten-%	absolut	Spalten-%
unter 20	2.642	2,4	3.065	2,5	5.707	2,4
20 – 24	9.827	8,9	16.115	13,1	25.942	11,1
25 – 29	9.497	8,6	14.140	11,5	23.637	10,1
30 – 34	9.560	8,6	10.610	8,7	20.170	8,6
35 – 39	13.553	12,2	13.127	10,7	26.680	11,4
40 – 44	17.468	15,8	17.190	14,0	34.658	14,8
45 – 49	17.218	15,5	17.487	14,3	34.705	14,9
50 – 54	18.297	16,5	18.056	14,7	36.353	15,6
55 – 59	12.083	10,9	11.167	9,1	23.250	10,0
60 und mehr	736	0,7	1.616	1,3	2.352	1,0
Gesamt	110.881	100,0	122.573	100,0	233.454	100,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg und eigene Berechnungen
„Strukturmerkmale der Arbeitslosen im Land Brandenburg, Ende August 2005“

4.3.1 Langzeitarbeitslosigkeit

Die Dauer der Arbeitslosigkeit gilt neben der allgemeinen Arbeitslosenquote als besonders wichtiger Indikator für schlechte Arbeitsmarktchancen. Frauen sind weit häufiger als Männer langzeitarbeitslos. Im August 2005 waren von den arbeitslosen Frauen 51,8 Prozent länger als ein Jahr arbeitslos und ein Drittel schon länger als zwei Jahre, das waren über 36.000 Frauen. Bei den Männern waren 43,7 Prozent der Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos, und ein knappes Viertel länger als zwei Jahre (vgl. Tabelle 16).

Langzeitarbeitslosigkeit betrifft Frauen und Männer mit gesundheitlichen Einschränkungen in besonderem Maße. Unter den arbeitslosen Frauen mit gesundheitlichen Einschränkungen waren im Jahr 2005 57,1 Prozent der Arbeitslosen langzeitarbeitslos, unter den arbeitslosen Männern 55,2 Prozent.

Frauen haben insgesamt noch stärker als Männer unter Langzeitarbeitslosigkeit zu leiden. Für Langzeitarbeitslose bestehen besondere Probleme hinsichtlich der Entwertung ihrer beruflichen Qualifikationen, hinzu kommen hohe gesundheitliche Risiken, die dann wieder in eine besondere Risikogruppe führen, nämlich die der Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, ein Teufelskreis.

4.4 Migration und Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktdaten für Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die in Brandenburg wohnen, zeigen, dass sie erheblich geringere Erwerbsquoten aufweisen. Die Erwerbstätigkeit liegt bei Frauen und Männern meist unter der Quote der deutschen Staatsangehörigen, was auf Integrationsprobleme auf dem Arbeitsmarkt hinweist.

Frauen und Männer mit Migrationshintergrund sind in Brandenburg unterschiedlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Geschlechterdifferenzierte Daten über die Arbeitslosigkeit von Menschen ausländischer Staatsbürgerschaft werden von der Arbeitsagentur nicht ausgewiesen. Aus den Daten der Arbeitsagentur, der Einwohnerstatistik, dem Ausländerzentralregister und dem Mikrozensus konnten aber Arbeitslosenquoten für ausgewählte Staatsbürgerschaften berechnet werden, die Hinweise geben auf große Arbeitsmarktprobleme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ein wichtiger Grund für Migration ist der Erwerb eines Arbeitsplatzes. In der angespannten Arbeitsmarktlage in Brandenburg gab es bisher wenig Anlass für Frauen und Männer ausländischer Staatsbürgerschaft, nach Brandenburg zu migrieren oder dort zu verbleiben, wenn sie hier keine Arbeit haben (vgl. Tabelle 17).

Tabelle 16
Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit im Land Brandenburg, August 2005

Dauer von ... bis ... unter Monate	Frauen		Männer		Gesamt	
	absolut	Spalten-%	absolut	Spalten-%	absolut	Spalten-%
unter 1 Monat	7.433	6,7	9.474	7,7	16.907	7,2
1 – 3 Monate	12.512	11,3	15.339	12,5	27.851	11,9
3 – 6 Monate	12.722	11,5	15.385	12,6	28.107	12,0
6 – 12 Monate	20.725	18,7	28.764	23,5	49.489	21,2
1 Jahr u. länger	57.489	51,8	53.611	43,7	111.100	47,6
– dar. 2 Jahre u. länger	36.341	32,8	28.815	23,5	65.156	27,9
Gesamt	110.881	100,0	122.573	100,0	233.454	100,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg und eigene Berechnungen
„Strukturmerkmale der Arbeitslosen im Land Brandenburg – Ende August 2005“



Tabelle 17
Arbeitslosenquote in Brandenburg nach Staatsbürgerschaft und Geschlecht 2004⁹

Brandenburg						
Nationalität	Frauen			Männer		
	Erwerbs- personen	Arbeitslosen- quote	Langzeitarbeits- losenquote	Erwerbs- personen	Arbeitslosen- quote	Langzeitarbeits- losenquote
Deutschland	552.355	21,85 %	49,62 %	509.523	25,88 %	38,17 %
EU 15 ohne Deutschland*	618	6,37 %	24,84 %	1.233	7,44 %	34,41 %
Türkei	232	14,21 %	26,68 %	1.137	15,56 %	24,94 %
Bosnien-Herzegowina	35	43,06 %	40,50 %	93	37,61 %	30,51 %
Polen	1.058	35,80 %	47,28 %	2.800	19,73 %	48,73 %
Ungarn	72	29,13 %	48,71 %	812	43,35 %	47,68 %
Rumänien	58	37,89 %	23,15 %	2.355	33,93 %	41,19 %
Russische Föderation	939	57,93 %	32,88 %	2.584	56,78 %	33,21 %
Ukraine	725	61,67 %	32,48 %	1.946	61,16 %	27,65 %
Kasachstan	232	78,02 %	28,17 %	931	70,60 %	27,26 %
Vietnam	362	36,41 %	46,30 %	1.593	30,22 %	43,06 %

*2004, ohne die Beitrittsstaaten. Quellen: Mikrozensus, Bundesagentur für Arbeit, Einwohnerstatistik, Ausländerzentralregister. Eigene Berechnungen.

Unter allen registrierten Arbeitslosen in Brandenburg stellten Ausländerinnen und Ausländer im September 2006 15,1 Prozent, und zwar bei Frauen und bei Männern (BA-Statistik 542). Flüchtlinge haben sehr schlechte Arbeitsmarktchancen, was dazu führt, dass die Arbeitslosenquoten der ausländischen Bevölkerung in Brandenburg weit über denen der deutschen Staatsangehörigen liegen. Bei einigen Migrationsgruppen aus den neueren EU-Beitrittsländern, zum Beispiel den polnischen Staatsangehörigen, sind Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer, bei den Ungarn allerdings seltener. Ausländische Migrantinnen und Migranten, die in Brandenburg arbeitslos gemeldet sind, sind besonders hoch qualifiziert. 61 Prozent der Frauen verfügen über einen Hochschulabschluss (Bundesagentur 2006, 2007). Das Problem ausländischer Migrantinnen ist, dass sie anders als viele deutsche Frauen und ausländische Männer ihre Hochschulabschlüsse und Berufsausbildungen sowie ihre Erfahrungen in entsprechend qualifizierter Berufstätigkeit in den Herkunftsländern nicht in Arbeitsmarktchancen umsetzen können, weil einerseits die rechtliche Anerkennung der Abschlüsse oft nicht gegeben ist, andererseits bei nicht anerkennungsrelevanten Berufen der brandenburgische Arbeitsmarkt das nicht zulässt. Die Integration von in Brandenburg lebenden Migrantinnen in den Arbeitsmarkt, zum Beispiel zur Deckung des Ärztinnen- und Ärztebedarfs, ist deshalb ein wichtiges

Handlungsfeld für Gleichstellungspolitik. Brandenburg hat bereits im Jahr 2007 einen Antrag in die Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz (GFMK) eingebracht, um die Anerkennung von Abschlüssen und Kenntnissen bzw. Nachqualifizierung für zugewanderte Frauen zu erleichtern. Im Ärzteprojekt des Landes Brandenburg für Migrantinnen und Migranten sind 50 Prozent Frauen beteiligt. Auch der Lotsendienst für Existenzgründungen von Menschen mit Migrationshintergrund bezieht Frauen gezielt ein, und zwar zu 54 Prozent.

■ 4.5 (Un-)Zufriedenheit mit der Arbeitssituation in Brandenburg

Die repräsentative Befragung von Frauen und Männern in Brandenburg ergab, dass Frauen mit der Arbeitssituation im Land Brandenburg besonders unzufrieden sind. 78,1 Prozent der Männer und 76,6 Prozent der Frauen gaben an, unzufrieden zu sein, aber Frauen bezeichnen sich mit 17,6 Prozent weitaus häufiger als Männer mit 9 Prozent als sehr unzufrieden (vgl. Diagramm 6).

⁹ Die Berechnung der Beteiligung der Migrationsgruppen auf dem Arbeitsmarkt erfordert zurzeit das Zusammenfügen von Informationen aus unterschiedlichsten Datenquellen. Hier sind künftig geschlechterdifferenzierte und nach Migrationsstatus differenzierte Regionalanalysen erforderlich, für die die Bundesagentur für Arbeit als Datenhalter zuständig wäre.

Die Unzufriedenheit ist größer bei Menschen mit Behinderungen. Männer mit Behinderungen sind zu 86,6 Prozent unzufrieden, aber die starke Unzufriedenheit ist auch hier bei Frauen höher. Unter den Frauen mit Behinderungen ist mehr als jede fünfte sehr unzufrieden mit der Arbeitssituation (vgl. Diagramm 7). Im Unterschied zu der sehr kritischen Einschätzung der allgemeinen Arbeitssituation in Brandenburg sind viele Frauen und Männer im Land mit ihrer persönlichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation zufrieden (vgl. Diagramm 8).

Fast drei Viertel der befragten Frauen (72,4 Prozent) und Männer (73,6 Prozent) bezeichnen sich als eher zufrieden bis sehr zufrieden. Frauen sind häufiger sehr unzufrieden als Männer, und zwar 13,1 Prozent gegenüber 10 Prozent.

Vor dem Hintergrund der großen Unzufriedenheit mit der Gesamtlage sind diese Werte jedoch mit Vorsicht zu interpretieren: Die negative Einschätzung der Gesamtlage kann auch das Anspruchsniveau senken, so dass viele Menschen eventuell mit einer Arbeit zufrieden sind, die nicht ihren eigentlichen Ansprüchen an

Diagramm 6
Zufriedenheit mit der Arbeitssituation im Land Brandenburg, 2007 (Angaben in Prozent)

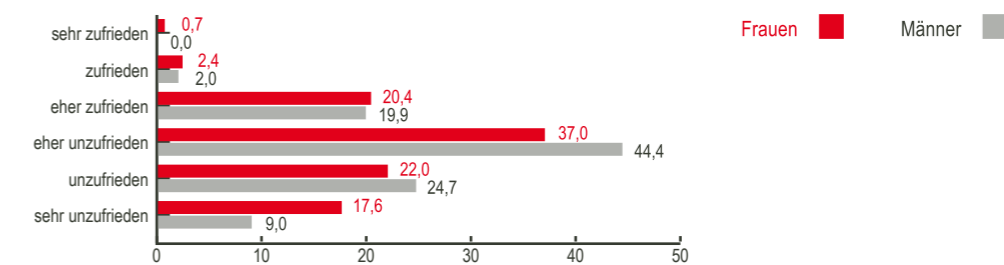


Diagramm 7
Zufriedenheit mit der Arbeitssituation im Land Brandenburg, 2007 – Menschen mit Behinderungen (Angaben in Prozent, n = 74 Frauen, 95 Männer)

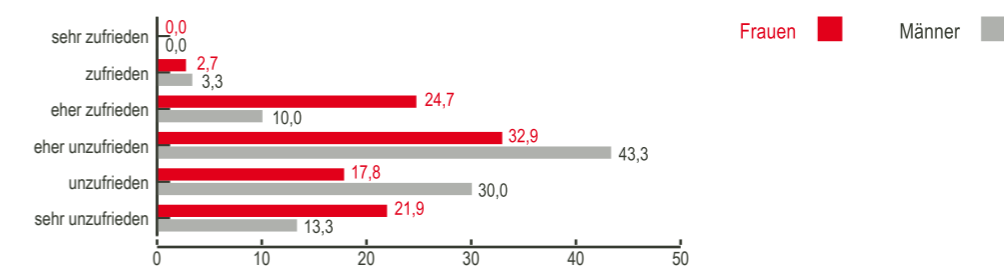
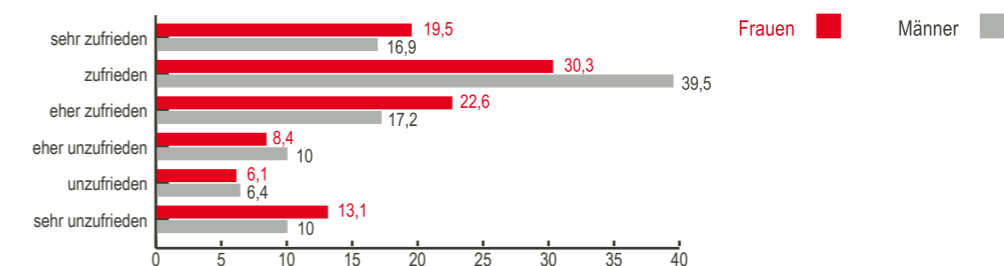


Diagramm 8
Zufriedenheit mit der persönlichen Arbeits- und Beschäftigungssituation, 2007 (Angaben in Prozent)



Quelle Diagramm 6 – 8: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), GII/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

das Einkommen, an die Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte oder ihrer eigenen Qualifikation genügt.

Ein differenzierter Blick auf die soziodemographischen Merkmale erklärt die teilweise extrem entgegengesetzten Zufriedenheitswerte von Frauen:

Erwartungsgemäß hängt die Zufriedenheit mit der persönlichen Erwerbssituation zusammen: In der Altersgruppe zwischen 15 und 65 sind Erwerbstätige und in Ausbildung Befindliche weitaus zufriedener mit ihrer persönlichen Erwerbssituation als Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner oder Hausfrauen und Hausmänner.¹⁰

Unter den erwerbstätigen Frauen weisen insbesondere die Selbstständigen eine höhere Zufriedenheit auf als andere Gruppen, hier sind 82,4 Prozent zufrieden. Eine selbstständige Erwerbstätigkeit zielt offenkundig für Frauen stärker als für Männer auf Selbstverwirklichung, was Befunde aus der Forschung über geschlechterdifferenzierte Motive bei Existenzgründungen bestätigt (vgl. Claus 2001).

Der Umfang der Erwerbstätigkeit weist eine nicht signifikante Tendenz bei der Zufriedenheit mit der eigenen Arbeitsmarktsituation auf: Vollzeitbeschäftigte Frauen sind etwas zufriedener als Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigte. Frauen mit dem Beschäftigungsstatus „Hausfrau“ weisen in Brandenburg deutlich geringere Zufriedenheit mit ihrer Beschäftigungssituation auf als weibliche Berufstätige. Auch unter den Hausfrauen ist damit die Erwerbsorientierung stark ausgeprägt. Das weist darauf hin, dass viele Hausfrauen Familientätigkeit mit Berufstätigkeit verbinden möchten und viele in der Arbeitsmarktstatistik nicht geführte sogenannten „Nichterwerbspersonen“ eine hohe Erwerbsorientierung haben.

Arbeitslose Frauen sind erwartungsgemäß unzufriedener mit ihrer Erwerbssituation als weibliche Erwerbstätige. Wichtig in diesem Kontext ist, dass sich die Zufriedenheitswerte arbeitsloser Frauen nicht unterscheiden, wenn sie an Fördermaßnahmen teilnehmen oder nicht.

Besonders alleinerziehende Frauen, und zwar fast 80 Prozent, sind unzufrieden mit ihrer persönlichen Arbeits- und Beschäftigungssituation. Im Kapitel Familien und Haushalte wird gezeigt, dass die Gruppe von alleinerziehenden Frauen wächst, so dass hier ein ganz besonderer Unterstützungsbedarf besteht.

Mit zunehmendem Alter ist eine wachsende Unzufriedenheit mit der eigenen Arbeitsmarktsituation gegeben. In der Altersgruppe der 50- bis 60-jährigen Frauen ist mehr als ein Drittel mit der persönlichen Situation unzufrieden, was mit den oben beschriebenen geringen Arbeitsmarktchancen dieser Gruppe erklärt werden kann. Ältere Frauen arrangieren sich dann offensichtlich eher mit der Perspektive Ruhestand.

In der Befragung ergab sich kein Unterschied in der Zufriedenheit nach Schul- und Berufsabschluss. Das bedeutet, dass Frauen und Männer eine höhere Bildung und Ausbildung nicht angemessen in persönliche Zufriedenheit umsetzen können, was auf Probleme auf dem Arbeitsmarkt für Qualifizierte hinweist.

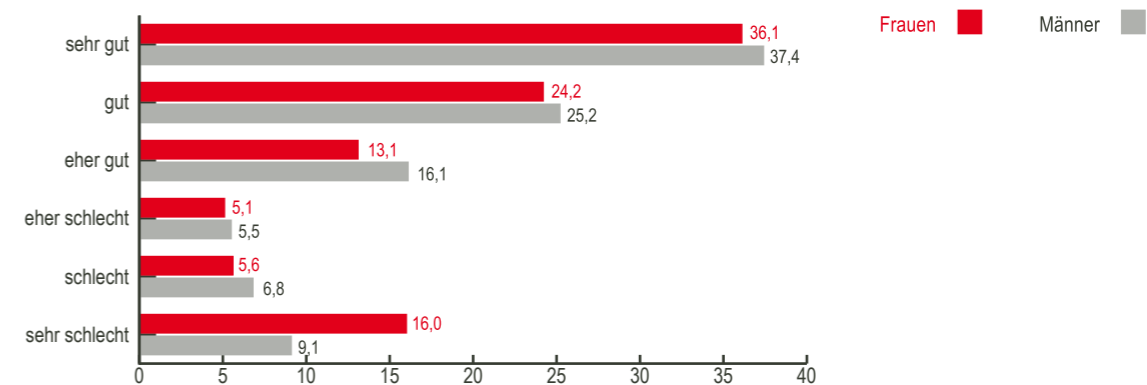
Nach Staatsangehörigkeit oder bei Frauen mit und ohne Behinderung bestehen keine feststellbaren Differenzen in der Zufriedenheit, Männer mit Behinderung dagegen sind deutlich unzufriedener als Männer ohne Behinderung.

Besonders aussagekräftig für die eigene Arbeitsmarktsituation ist die Beurteilung der Chancen, in den nächsten zwei Jahren den Arbeitsplatz zu behalten oder einen neuen zu finden. Mit 73,4 Prozent sind fast drei Viertel aller befragten Frauen zuversichtlich (vgl. Diagramm 9), Männer sind mit 78,7 Prozent noch optimistischer. Alarmierend ist die Einschätzung von 16 Prozent der befragten Frauen und 9,1 Prozent der befragten Männer, diese Chancen seien sehr schlecht. Die Befragung spiegelt die Arbeitsmarktsituation, die tatsächlich Männern bessere Chancen bietet als Frauen, und den hohen Anteil der langzeitarbeitslosen Frauen wider. Die arbeitslosen Frauen und ALG-II-Empfängerinnen bewerten unabhängig davon, ob sie an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen oder nicht, ihre beruflichen Zukunftsaussichten zu zwei Dritteln negativ. Dies drückt sehr große Perspektivlosigkeit aus. Nach Alter differenziert zeigt sich, dass bis in die Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen die Zuversicht auf eine stabile bzw. sich verbessernde Beschäftigungssituation wächst, während sie in den älteren Gruppen

¹⁰ Der statistische Zusammenhang zwischen den Variablen Zufriedenheit mit der persönlichen Arbeitssituation und der derzeitigen Beschäftigungssituation ist mit einem Kontingenzkoeffizienten von 0,601 hoch signifikant (0,000).

Diagramm 9

Beurteilung der Chancen, in den nächsten 2 Jahren den Arbeitsplatz zu behalten oder einen neuen zu finden, 2007 (Angaben in Prozent)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/WS/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

wieder absinkt. Ein Warnsignal setzen die Auskünfte der 18- bis 25-jährigen Frauen. Diese sehen ihre persönliche Chance, einen Arbeitsplatz zu finden, viel pessimistischer als andere Gruppen, ca. die Hälfte und damit eine nicht nur statistisch signifikante, sondern alarmierende Menge bezeichnet ihre Chance auf einen Arbeitsplatz als schlecht.

4.6 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Frauen und deren gleichstellungsbezogene Bewertung

Die arbeitsmarktpolitische Programmatik des Landes Brandenburg zeigt eine kontinuierliche und sehr hohe Sensibilität für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. In den Dokumenten der Arbeitsmarktpolitik ist die Förderung von Frauen im Sinne der Verbesserung ihrer Erwerbschancen fest verankert und durch Maßnahmen untersetzt (vgl. u. a. MASGF 2006a, 2007a; Land Brandenburg 2007). Das Land Brandenburg hat sich die Aufgabe gestellt, sämtliche Arbeitsmarktstrategien und arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen an den konkreten Lebenswirklichkeiten und Potenzialen von Frauen und von Männern zu orientieren. Dafür hat es eine Genderprüfung aller arbeitsmarktpolitischen Förderansätze und -programme etabliert (vgl. Ziegler 2005a). Bundesweit beispielhaft ist die geschlechterdifferenzierte Ausgestaltung der Maßnahmen des Europä-

ischen Sozialfonds (ESF) in Brandenburg, über den die Arbeitsmarktpolitik im Land wesentlich umgesetzt wird. Im operationellen Programm des ESF wird die europäische Gleichstellungsstrategie konsequent umgesetzt, sie kombiniert spezifische Maßnahmen für Frauen mit einem durchgängigen und systematischen Gender Mainstreaming, das Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in allen Maßnahmen verankert (Land Brandenburg 2007). Die Gleichstellung der Geschlechter wird in Brandenburg als Ziel formuliert und konkret in den einzelnen Programmen und Maßnahmen untersetzt.

In die Arbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg wurde der Genderansatz in die sozioökonomischen Analysen ebenso integriert wie in die SWOT-Analyse der Strengths (Stärken), Weaknesses (Schwächen), Opportunities (Chancen) und Threats (Gefahren), die auf dem Arbeitsmarkt in Brandenburg bestehen. Durch diese Berücksichtigung wurden systematisch Gleichstellungsziele und -maßnahmen entwickelt und in die Schwerpunkte der Landespolitik integriert. Als überregional vorbildhaft kann darüber hinaus gelten, dass in Brandenburg das Begleit- und Abrechnungsverfahren zum ESF bewusst auf ein gendersensibles Monitoring, u. a. vermittelt geeigneter Genderindikatoren zielt. Mit der Arbeitsgruppe „Chancengleichheit in den Strukturfonds“ wurde ein spezielles Gremium eingerichtet, das die Umsetzung des Querschnittsziels Gleichstellung seit Jahren aktiv begleitet.

Das Land Brandenburg hat seine Arbeitsmarktpolitik nach geschlechterdifferenzierten Zielgruppen ausgerichtet und dabei die Arbeitsmarktbarrieren für Frauen besonders fokussiert:

1. Langzeitarbeitslose und Nichtleistungsbeziehende

Das Landesprogramm „Aktiv für Arbeit“ wendet sich insbesondere an Frauen. Es verfolgt das Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern, sowie Chancen auf Integration in reguläre Beschäftigung oder andere Auswege aus der Arbeitslosigkeit zu erhöhen.

2. Ältere Arbeitslose

Die „Akademie 50 plus“ hat die Zielgruppe ältere Arbeitslose. Sie hat das Ziel, diese durch Beratung, Orientierung und Qualifizierung beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Von den 876 im Jahr 2006 geförderten Personen waren 635 Frauen und 241 Männer, der Frauenanteil betrug damit 72,5 Prozent. Viele dieser Personen nahmen an mehreren Trainingsmaßnahmen teil.

3. Junge Arbeitslose

Das Landesprogramm „Einstiegsteilzeit“ (Träger: IHK-Projektgesellschaft Frankfurt/Oder) richtet sich an arbeitslose junge Fachkräfte, denen nach der Ausbildung der Berufseinstieg in den Betrieb über eine Teilzeitbeschäftigung ermöglicht werden soll. Zudem können auch Qualifizierungen gefördert werden. Neu ist, dass seit Juni 2007 erstmals auch Qualifizierungen in Form von Auslandspraktika gefördert werden. Vom 1.3.2006 bis zum 8.10.2007 wurden mit „Einstiegsteilzeit“ rund 900 Jugendliche in Arbeit gebracht, davon waren 42 Prozent junge Frauen. Der Frauenanteil entspricht somit nahezu dem Anteil junger Frauen an allen arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren (44,2 Prozent). Dafür wurden im Jahr 2006/2007 einschließlich Einstiegsteilzeit – International rund 2,2 Millionen Euro eingesetzt. Die Initiative besteht seit 2002, bis 10.8.2006 wurden 1.336 Jugendliche vermittelt, darunter 50 Prozent Frauen. Die bisherigen Evaluationen zeigen eine hohe Stabilität der Arbeitsverhältnisse. Die Fördermaßnahme „Berufsbezogener internationaler Jugendaustausch“ (BIJ) zielt auf arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Ausbildung. Sie können hier

internationale Arbeitserfahrungen sammeln. Seit 1992 wurden bis zum 31.7.2006 6.832 junge Frauen und Männer für Berufspraktika in 22 Länder vermittelt, der Frauenanteil betrug 45 Prozent.

4. Junge qualifizierte Frauen

Die Innopunkt-Kampagne 13 „Perspektiven für junge qualifizierte Frauen in Brandenburger Unternehmen“ ist von Mitte 2005 bis Mitte 2007 durch fünf Träger im ganzen Land insgesamt erfolgreich umgesetzt worden. Obwohl die Evaluation der Kampagne noch nicht abgeschlossen ist und die Abschlussveranstaltung voraussichtlich erst im Februar 2008 stattfindet, kann man bereits jetzt eine positive Bilanz ziehen:

- In der Kampagne wurden gut 900 junge qualifizierte Frauen intensiv beraten und gecoacht.
 - 120 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse wurden abgeschlossen, 77 Arbeitsverhältnisse unbefristet, 43 enthalten Befristungen des Arbeitsvertrages von mindestens 1 Jahr und zum Teil deutlich länger.
 - Knapp 100 junge Frauen konnten in ihren kleinen und mittleren Unternehmen Qualifizierungen absolvieren, die ihnen zukünftige Aufstiegschancen ermöglichen, eine größere Verantwortung im Unternehmen zuweisen, eine Anreicherung ihrer Tätigkeit darstellen.
 - 1.449 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind für die Einbeziehung von jungen Frauen in ihr Unternehmensprofil sensibilisiert worden, wobei mit knapp 700 KMU eine intensive Zusammenarbeit entstanden ist.
- Durch die Innopunkt-Kampagne wurden wichtige Erfahrungen zur Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt gesammelt: Vielen jungen qualifizierten Brandenburgerinnen fehlt es trotz erfolgreichem Berufsabschluss an Selbstvertrauen einerseits und Selbstvermarktungsfähigkeiten andererseits. Beides bedingt sich gegenseitig. Bei dem Prozess der Einfädung in den Beruf kommt es daher darauf an, den jungen Frauen Selbstvertrauen zu geben. Dies stärkt ihre Fähigkeit, sich einen Arbeitsplatz zu suchen. Anlaufstellen für junge Frauen müssen ihnen nicht nur Informationen zu regionalen Arbeitsplatzangeboten geben, sondern auch ihr Selbstvertrauen und ihre sozialen Kompetenzen unterstützen und stärken. Als erfolgreich hat es sich erwiesen, in kleinen Dialogveranstaltungen direkt zwischen Unternehmen und jungen arbeitssuchenden Frauen den gegenseitigen

Austausch über Angebot und Nachfrage von Arbeit vor Ort zu betreiben. Durch intensive Vermittlungsprozesse zwischen Unternehmen und jungen Frauen – am besten aus einer Hand – kann ihnen ein Berufseinstieg gelingen. So werden auch die Unternehmen unterstützt, offen auf junge qualifizierte Frauen zuzugehen.

5. Selbstständige

Das Land Brandenburg bietet Lotsendienste für Selbstständige. Bisher gab es solche Lotsendienste gezielt für Frauen, aber nicht in allen Regionen. Inzwischen haben alle Lotsendienste die integrierte Aufgabe, Frauen mit Gründungsabsichten bei der Existenzgründung gemäß eventuellen geschlechtsspezifischen Anforderungen zu beraten. Mit dieser Unterstützung des Landes starteten viele Frauen erfolgreich ein Unternehmen, der Frauenanteil bei denen, die Lotsen in Anspruch nahmen, betrug zwischen den Jahren 2001 und 2004 am Beginn 32 Prozent, am Ende 41 Prozent. Die Lotsen wirken demnach für Frauen besonders erfolgreich, denn die 41 Prozent liegen über dem bundesweiten Anteil an Gründerinnen von 38 Prozent. Mit dem Programm „Junge Leute machen sich selbstständig“ werden seit 2003 Existenzgründungen Jugendlicher in Gründungswerkstätten unterstützt. Ziel ist es, gut ausgebildete und motivierte Frauen und Männer im Land zu halten. Im Programm wurden bis 31.12.2005 266 Gründungen gefördert, darunter mehr als ein Drittel von Frauen. Die Gründerwerkstätten eröffnen gründungsinteressierten Jugendlichen bis zum vollendeten 27. Lebensjahr berufliche Perspektiven, indem sie diese auf den Weg in die Selbstständigkeit unterstützen, abgestimmt auf den individuellen Bedarf. Ihre Angebote beinhalten:

- vielfältige Möglichkeiten der Beratung und Qualifizierung,
- Coaching in der Nachgründungsphase,
- Zugang zu Mikrokrediten wird bei Bedarf ermöglicht,
- Vermittlung von Startpartnern und Mentoren,
- Netzwerkaktivitäten,
- Kinderbetreuung, sofern diese durch Teilnahme am Projekt erforderlich wird,
- Öffentlichkeitsarbeit.

In der Zeit vom 01.03.2005 bis zum 28.02.2007 haben sich mithilfe der Gründerwerkstätten insgesamt 279

Jugendliche, darunter 102 junge Frauen (36,5 Prozent) selbstständig gemacht. Das MASGF fördert gegenwärtig in jedem der drei Brandenburger Kammerbezirke ein Projekt: im Kammerbezirk Potsdam das Projekt „enterprise“ (Träger: IQ-Gesellschaft für innovative Qualifizierung e. V. Berlin), im Kammerbezirk Frankfurt (Oder) das Projekt „Young Companies“ (Träger: STIC Wirtschaftsfördergesellschaft Märkisch-Oderland mbH) sowie im Kammerbezirk Cottbus das Projekt „garage-lausitz“ in Trägerschaft des Puls e. V. Für das Programm werden 2007/2008 aus ESF- und Landesmitteln rund 1,9 Millionen Euro eingesetzt. Das MASGF und das Wirtschaftsministerium Brandenburg führen mit zweijährigem Rhythmus den Unternehmerinnen- und Gründerinnentag durch. Das Land gibt eine Broschüre „Selbstständig ist die Frau“ heraus, die 2007 neu überarbeitet wurde.

6. Frauen in Führungspositionen

Das Mentoringprogramm des Landes Brandenburg zielt auf weiblichen Führungskräftenachwuchs in der Landesverwaltung. Ziel ist es, den Frauenanteil in Führungspositionen durch Kompetenzförderung und Netzwerke zu erhöhen. Die Mentees werden ermutigt und befähigt, langfristig Führungspositionen einzunehmen.

Diese verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Angebote für Frauen im Land Brandenburg sind gleichstellungspolitisch sehr positiv zu bewerten. Mit den im Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (MASGF 2007a) zusammengefassten arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten stehen umfangreiche Förderangebote zur Verfügung, die auf die spezifische Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt gegenstandsorientiert Bezug nehmen. Diese Maßnahmen scheinen geeignet, den in der Analyse aufgezeigten Beschäftigungsproblemen wirksam zu begegnen. Diese Bewertung ergab auch der Workshop mit den frauenpolitischen Expertinnen: Dort wurden viele dieser Maßnahmen sehr positiv hervorgehoben. Es bestanden sehr gute Erfahrungen mit Regionalstellen und Initiativbüros, Frauenzentren und speziellen Beratungs- und Weiterbildungsangeboten für Frauen sowie mit Unterstützungsangeboten durch Chancengleichheitsbeauftragte der Arbeitsagentur. Die frauenpolitischen Expertinnen halten es für erforderlich, dass die Angebote für Frauen flächendeckend



sind, d. h. dass sie jeden Landkreis abdecken und für die Frauen gut erreichbar sind. Dafür müssen sie teilweise ausgebaut werden. Die Zahl der Frauenzentren soll ihrer Ansicht nach erhöht werden, um Frauen bessere Beratungs- und Vernetzungsmöglichkeiten zu bieten. Sie kritisieren, dass Projekte für Frauen gemessen an den Zielen mit zu geringen Mitteln ausgestattet sind. Gute Angebote wie den Lotsendienst sollten dem Bedarf entsprechend ausgebaut werden. Hier liegen demnach noch Verbesserungspotenziale, die sich aber vorrangig an den Mainstream der Arbeitsmarktpolitik und damit an die Agentur für Arbeit wenden. Das Land kann hier mit Projekten nur initiiierend oder kompensatorisch wirken.

Insgesamt ist die Arbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming weitgehend geschlechtergerecht gesteuert. In allen Maßnahmen wird der Anteil von Frauen und Männern und die Wirksamkeit der Maßnahmen für beide Geschlechter differenziert betrachtet. Die Maßnahmen setzen an den besonderen Barrieren gegen die Beschäftigung von Frauen zielgruppenorientiert und lebenslagendifferenziert an.

■ 4.7 Handlungsfelder, Probleme und Potenziale in Bezug auf die Arbeitsmarktsituation von Frauen

Die Darstellung macht deutlich, dass die Arbeitsmarktsituation von Frauen in Brandenburg durch die für Ostdeutschland typische, im Vergleich zu West- und vor allem Süddeutschland schwächere gesamtwirtschaftliche Entwicklung geprägt ist. Hier kann das Land Brandenburg mit eigenen arbeitsmarktpolitischen Mitteln nur den Strukturwandel der wirtschaftlichen Entwicklung begleiten und darauf hinwirken, dass die **Bundesagentur für Arbeit** und das **Bundesarbeitsministerium** die spezifische Arbeitsmarktlage der ostdeutschen Frauen besonders in den Blick nehmen. In Brandenburg sind oft qualifizierte Frauen mit langjähriger Berufserfahrung arbeitslos, zum Beispiel Ingenieurinnen oder andere Hochschulabsolventinnen oder Facharbeiterinnen, was durch den Strukturwandel nach 1990 bedingt ist. Die grundständigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente, nicht nur die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, sollten wirksam auf diese Zielgruppe ausgerichtet werden.

Insgesamt ist die Beschäftigungssituation von Frauen in Brandenburg im internationalen Vergleich im Verhältnis zu den Männern gut, die Arbeitsmarktsituation insgesamt in Brandenburg aber trotz jüngster deutlicher Verbesserungen immer noch angespannt. Der aktuelle wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland ist auch am Arbeitsmarkt in Brandenburg festzustellen, allerdings profitieren Männer stärker als Frauen. Hier sollte bei der Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Land Brandenburg weiter gezielt darauf geachtet werden, dass Frauen intensiv berücksichtigt werden und auch vom Arbeitsplatzzuwachs im engeren Verflechtungsraum ebenso stark profitieren können wie Männer.

Geschlechterdifferenzierte Regionalanalysen der Feinstruktur der Beschäftigten und der Arbeitslosigkeit sind für die Entwicklung regionaler Fördermaßnahmen wichtig. Dabei sollten die Daten grundsätzlich für alle beobachteten Gruppen – zum Beispiel nach Alter, Migrationshintergrund, gesundheitlicher Beeinträchtigung – für alle Indikatoren (Erwerbstätigkeit, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung etc.) regional nach Geschlecht differenziert werden. Hier fällt an der Arbeitsmarktstatistik auf, dass geschlechterdifferenzierte Analysen für Migrationshintergrund nach Regionen nicht ausreichend möglich sind aufgrund der Datenstruktur. Die aktuellen geschlechtersegregierenden Entwicklungen der Erwerbsbeteiligung auf dem Arbeitsmarkt in Brandenburg müssen weiter näher untersucht werden. In Bezug auf die dynamische Entwicklung im engeren Verflechtungsraum, von der hauptsächlich Männer profitieren, wäre eine regionale Untersuchung der branchenspezifischen Hintergründe und ggf. die Entwicklung geeigneter Frauenfördermaßnahmen in Kooperation mit der Industrie ein wichtiges Handlungsfeld für die Zukunft, damit sich hier die Schere zwischen Frauen und Männern nicht weiter öffnet. Hier wären arbeitsmarktpolitische Managing-Diversity-Programme für die Wirtschaft sinnvoll, um einer Diskriminierung durch Arbeitgeber entgegenzuwirken. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bietet hierzu Anlass. Zu prüfen wäre hier die Verfügbarkeit von weiblichem Führungskräftenachwuchs und die Stärkung von Frauenfördermaßnahmen. Regional spezifisch ist die Reserve der weiblichen Fachkräfte noch nicht genügend ausgeschöpft. Hier sollte die Arbeits-

marktpolitik die Personalverantwortlichen sensibilisieren und bei der Förderung regionaler Wachstumskerne Gleichstellung besonders berücksichtigen.

Erhalt und Förderung der Erwerbsorientierung von Frauen: In Brandenburg stellt Erwerbstätigkeit für Frauen wie für Männer einen hohen Wert dar. Brandenburg ist hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung von Frauen international führend. Es gibt im Vergleich zu den anderen Bundesländern und auch im europäischen Vergleich geringe Geschlechterdifferenzen in der Erwerbsorientierung. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen liegt trotz hoher arbeitsmarktpolitischer Anstrengungen der Landespolitik sowie hoher Erwerbsorientierung der brandenburgischen Frauen und einem hohen Qualifikationsniveau der arbeitslosen Frauen unter derjenigen der Männer. Die sehr hohe Erwerbsorientierung der Brandenburgerinnen ist in den letzten Jahren langsam gesunken. Arbeitsmarktpolitisch gilt es, die hohe Erwerbsorientierung zu erhalten.

Förderung arbeitsloser und langzeitarbeitsloser Frauen: Frauen sind in Brandenburg häufiger arbeitslos und erheblich häufiger langzeitarbeitslos als Männer. Sie beurteilen ihre Arbeitsmarktperspektiven schlechter, und ihre Arbeitsmarktperspektiven sind auch objektiv schlechter. Arbeitslose Frauen und die besondere Zielgruppe der langzeitarbeitslosen Frauen brauchen deshalb eine besondere Unterstützung. Die Repräsentativerhebung ergab, dass Frauen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen, daraus nicht mehr Hoffnung schöpfen als andere Frauen. Hier liegt ein weiteres wichtiges Handlungsfeld: Arbeitsmarktinstrumente sollten stärker so ausgerichtet werden, dass sie Frauen auch auf der Werteebene besser erreichen und damit besser zum Empowerment beitragen, das heißt zur Ermutigung und zur Stärkung des Selbstwertgefühls arbeitsloser Frauen.

Förderung der Frauen im Nichterwerbspersonenpotenzial: Frauen stellen einen höheren Anteil an Nichterwerbspersonen als Männer. Dies hat unterschiedliche Hintergründe, denen zielgruppenspezifisch begegnet werden muss:

– Frauen weisen eine höhere Bildungsbeteiligung auf und werden in der Bildungsphase den Nichter-

werbspersonen zugeordnet. Hier wäre weiter eine intensive, ggf. über die Einstiegsteilzeit und Mentoring hinausgehende verstärkte Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt in Anschluss an die Ausbildung und das Studium erforderlich. Es gilt im Operationellen Programm Frauen besonders in Zukunftsbranchen zu fördern.

– Einige Brandenburgerinnen melden sich bei Arbeitslosigkeit nicht mehr arbeitslos und werden deshalb statistisch den Nichterwerbspersonen zugeordnet, obwohl sie eigentlich eine Erwerbstätigkeit anstreben. Dies sind vor allem langzeitarbeitslose Frauen ohne eigenen Leistungsanspruch, die nicht arbeitslos gemeldet sind. Maßnahmen für Langzeitarbeitslose dürfen sich daher nicht nur an arbeitslos gemeldete Frauen richten. Wichtig ist es, Frauen weiter zu mobilisieren, sich arbeitslos zu melden. Die Förderung der Nichterwerbspersonen, also die Aktivierung der stillen Reserve, sollte stärker berücksichtigt werden, zum Beispiel in den Regionalbudgets.

– Frauen gehen zu einem früheren Lebensalter in Rente, teilweise obwohl sie noch erwerbstätig sein könnten und dies auch eigentlich wollen. Hier haben sich Menschen vom Arbeitsmarkt verabschiedet, die arbeitsmarktbezogen die Verliererinnen der vereinigungsbedingten wirtschaftlichen Umstrukturierung sind, die aber für gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht mehr zur Verfügung stehen. Neben den individuellen Enttäuschungen und Kränkungen entsteht ein sozialpolitisches Problem, dass ein geringer Rentenbezug zu Altersarmut führen kann. Insbesondere für von Armut bedrohte ältere Frauen sollten gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer existenzsichernden Rente beitragen. Öffentliche Mittel sind hier, falls zum späten Förderzeitpunkt noch eine Existenzsicherung erreicht werden kann, besser investiert, als wenn im Alter Sozialgeld gezahlt werden muss.¹¹ Maßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen können die Sozialkassen entlasten und Seniorinnen einen würdevolleren

¹¹ Frauen gehen in den neuen Bundesländern nach Statistik der Deutschen Rentenversicherung vom Oktober 2007 mit 61,7 Jahren, Männer mit 62,9 Jahren in Rente. Dabei spielen auch unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen für vorgezogene Altersrenten eine Rolle.



Ruhestand ermöglichen. Es entsteht aber auch ein soziales Potenzial zur Stärkung der Zivilgesellschaft durch hoch qualifizierte und engagierte Seniorinnen.

- Zu den Nichterwerbspersonen gehören auch Hausfrauen und Hausmänner. Durch die Herausbildung suburbaner Strukturen im engeren Verflechtungsraum nimmt die Anzahl derjenigen zu, die in einer Lebensphase gezielt nur familientätig sind. Allerdings streben auch Hausfrauen in Brandenburg häufig eine Erwerbstätigkeit an, werden aber statistisch als Nichterwerbspersonen geführt, wenn sie nicht arbeitslos gemeldet sind. Im Land Brandenburg sind weitere Maßnahmen erforderlich, die Frauen nach einer Familienphase Unterstützung beim Einstieg in das Erwerbsleben geben. Familienphasen können durch Kinderbetreuung oder die Pflege Angehöriger entstehen. Um Frauen und Männer in Familienphasen zu unterstützen, sollten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verstärkt werden. Sie sollten auch darauf zielen, dass Betriebe ihre Arbeitszeitmodelle den Bedürfnissen von Familien anpassen.
- In Zusammenarbeit mit der Bundesagentur sollte auf eine bessere Einbeziehung nicht Leistungsbeziehender in die Förderung und die Statistik hingewirkt werden.

Förderung junger Frauen: Junge Frauen suchen nach der Schule den Einstieg in eine gute Berufsausbildung oder in ein Studium und danach in den Arbeitsmarkt. Gerade die jungen Frauen bewerten aber ihre Chancen auf dem brandenburgischen Arbeitsmarkt sehr schlecht. Junge Frauen benötigen deshalb besondere Unterstützung, um sie im Land Brandenburg zu halten. In jungen Jahren steht für Frauen die Entscheidung für Kinder an. In der Befragung wurde ermittelt, dass 2,9 Prozent der befragten Frauen und 0,6 Prozent der befragten Männer sich in Elternzeit befanden. Die Männer in Brandenburg nahmen im Jahr 2007 in Deutschland nach Berlin die zweite Stelle im Ländervergleich ein, was die Inanspruchnahme von Elterngeld betrifft, aber der weit überwiegende Teil der Elternzeit wird von Frauen geleistet. Hier sind Daten über die Situation von Berufsrückkehrerinnen und über Personen in Elternzeit erforderlich, ebenso wie gezielte Integrationsmaßnahmen für Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer.

Förderung hoch qualifizierter Frauen: Auch Qualifizierte, besonders Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, die über einen Hochschulabschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, haben in Brandenburg Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Sie benötigen besondere Unterstützung zur Integration auf dem Arbeitsmarkt, auch um Abwanderung entgegenzuwirken. Es ist in erster Linie Aufgabe der Arbeitsagentur und der regionalen Träger, **individuelle Fördermaßnahmen** anzubieten, um das hohe Qualifikationsniveau zu halten und ggf. dem Bedarf am Arbeitsmarkt anzupassen. Hier kann das Land die **Orientierung der lokalen Akteurinnen und Akteure auf Gender Mainstreaming und Maßnahmen für Frauen** stärken. Es bedarf einer Genderqualifizierung der regionalen arbeitsmarktpolitischen Akteurinnen und Akteure im Land und das Fallmanagement gleichstellungsbezogen auszurichten. Das Land sollte einen Erfahrungsaustausch der ARGEN und der zugelassenen kommunalen Träger zu Gender Mainstreaming fördern. Gleichzeitig kann das Land mit eigenen Maßnahmen aus dem Operationellen Programm Frauen weiter gezielt unterstützen. Dabei sollte auf Frauen mit Migrationshintergrund ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Das Land könnte hier mit Mentoringprogrammen Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft vernetzen und unterstützen.

Förderung von Teilzeit und geringfügig Beschäftigten: Viele Frauen in Brandenburg sind teilzeit- und geringfügig beschäftigt, obwohl sie eine Vollzeittätigkeit anstreben. Hier liegt ein Handlungsfeld in Bezug auf Qualifikationserhalt und Qualifikationsförderung. Denn oft findet diese Beschäftigung nicht auf dem Qualifikationsniveau statt, das die Frauen eigentlich haben, so dass Teilzeit und geringfügige Beschäftigung zu einem beruflichen Abstieg führen. Das Land sollte bei der Bundesagentur anregen, Instrumente für geringfügig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte anzubieten, um bestehende Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern oder die Qualifikation für höherwertige Tätigkeiten zu erhalten und zu erhöhen. Betriebe sollten besonders motiviert werden, damit Teilzeitbeschäftigte an Qualifizierungsmaßnahmen beteiligt werden. Besonders sollte darauf hingewirkt werden, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit existenzsichernden Einkommen begründet werden, und

zwar auch mit Frauen und auch mit Migrantinnen. Selbst wenn dies angesichts der aktuell noch hohen Arbeitslosigkeit noch wenig vordringlich erscheint, so liegt hier doch ein hohes Potenzial zur Vermeidung des künftigen Fachkräftemangels. Die hohe Bildungsbereitschaft von Frauen stellt für diese Maßnahmen eine sehr gute Voraussetzung dar. Hier sollte auf Maßnahmen für Migrantinnen besonders geachtet werden, da sie oft sehr hoch qualifiziert sind und in Brandenburg keiner angemessenen Beschäftigung nachgehen können.

Förderung Alleinerziehender: Frauen, die allein erziehen, sind auf dem Arbeitsmarkt, wie die Repräsentativerhebung zeigt, besonders perspektivlos. Deshalb sollten gezielte arbeitsmarktpolitische Fördermöglichkeiten für alleinerziehende Frauen, aber auch für alleinerziehende Männer entwickelt werden. Hier geht es auch um ein Einwirken auf die Rahmenbedingungen der Förderung und die Stärkung von Bedingungen für Teilzeitbeschäftigung, die existenzsichernd und den Bedürfnissen der Eltern und Kinder entsprechend flexibilisiert ist. Die Altersteilzeit bietet ein interessantes Modell, das alternativ als Familienteilzeit für Beschäftigte hoch attraktiv wäre.

Förderung von Unternehmerinnen und Existenzgründerinnen: Bei der Leitung von Unternehmen sind Frauen noch erheblich unterrepräsentiert. Existenzgründung und Kleinunternehmerintum sind eine wichtige Beschäftigungsalternative zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Hier sind weiter frauenspezifische Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen, zur kontinuierlichen Förderung von Kleinunternehmerinnen und zur Vernetzung von Unternehmerinnen erforderlich. Zielt man auf die Förderung von Frauen in Führungsfunktionen der Wirtschaft, so sollten Maßnahmen zur Förderung der Übernahme von Führungsverantwortung für die Frauen in der zweiten Führungsebene in Unternehmen erfolgen, wo es ein hohes Potenzial qualifizierter Frauen in Brandenburg gibt.

■ 4.8 Empfehlungen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Frauen in Brandenburg

Vergleicht man die Handlungsfelder und die oben beschriebenen Maßnahmen, so ist festzustellen, dass das Land Brandenburg mit den eingeschränkten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die ihm durch die Arbeitsteilung im Föderalstaat zur Verfügung stehen, viele Handlungsfelder in hervorragender Weise bereits abdeckt. Der hohe Anteil erwerbstätiger Frauen und die hohe Erwerbsorientierung von Frauen im Land Brandenburg sind nicht nur in der DDR-Tradition begründet, sondern sie sind wesentlich das sehr positive Ergebnis der gendergerechten Arbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg.

Insgesamt sind konkrete, an der realen Beschäftigungssituation von Frauen orientierte Zielstellungen erforderlich, die sich der aktuellen Situation am Arbeitsmarkt anpassen, wie das im operationellen Programm erfolgt. Das Land hat hier sehr gute Monitoring-Instrumente und Analysemethoden entwickelt. Die amtliche Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit sollte verbessert werden, um Regionalanalysen nach Migrationshintergrund möglich zu machen.

Auch ist es kompliziert, in der föderalen Struktur gegenüber den Bundesakteuren und den Regionalakteuren eine hohe Genderqualität, wie sie die Arbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg auszeichnet, durchzusetzen. Hier liegen große Potenziale zur Unterstützung und Qualifizierung der regionalen Akteurinnen und Akteure durch das Land. Es sollte ein gezieltes Gendermonitoring in der Arbeitsmarktpolitik aufgebaut werden, das die Wirkungen des Fallmanagements und der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst. Das Land sollte eine landesweite, gleichstellungsbezogene Vernetzung der regionalen Arbeitsmarktakteure etablieren.

Angesichts der sehr guten, frauengerechten Arbeitsmarktpolitik des Landes ist es schwer, über eine positive Würdigung des bisher Geleisteten hinaus weitere Empfehlungen abzugeben, insbesondere weil der Arbeitsmarkt sich aktuell erfreulich dynamisch entwickelt. Aus den oben beschriebenen Handlungsfeldern und dem Vergleich mit den Maßnahmen werden folgende Empfehlungen abgeleitet:



1. Besonders schwierig ist es, angesichts der aktuellen hohen Arbeitslosigkeit Maßnahmen zu ergreifen, die Nichterwerbspersonen mobilisieren. Dies ist aber notwendig, um dem künftigen Fachkräftemangel zu begegnen und junge Frauen im Land zu halten. Daher wird hier ausdrücklich empfohlen, Maßnahmen zur Integration des weiblichen Nichterwerbspersonenpotenzials zu ergreifen, die Frauen in der Ausbildung und im Studium, in der Familienphase, alleinerziehende und Migrantinnen gezielt ansprechen.
2. Die bisherigen Fördermaßnahmen für Arbeitslose sollten stärker auf ein Empowerment von Frauen ausgerichtet werden. Arbeitslose und langzeitarbeitslose Frauen, ob gemeldet oder nicht, benötigen intensive Förderung und Unterstützung. Dies gilt für Landesmaßnahmen, die bereits sehr weitgehend auf Frauen ausgerichtet sind, aber auch für die Tätigkeit der regionalen arbeitsmarktpolitischen Akteurinnen und Akteure, die vom Land in Genderfragen intensiv unterstützt werden sollten. Dabei ist zu beachten, dass es unterschiedliche Wirkungen auf Frauen haben kann, ob sie an Maßnahmen mit Männern oder ausschließlich mit Frauen teilnehmen. Gerade das Empowerment kann in Maßnahmen nur für Frauen höher sein, zumindest ist ein gendersensitives Vorgehen in Kursen erforderlich.
3. Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte sollten, da sie häufiger als Vollzeitbeschäftigte mit ihrer Beschäftigung unzufrieden sind und in Brandenburg häufig eine Vollzeitbeschäftigung anstreben, ausdrücklich zu einer Zielgruppe der Arbeitsmarktpolitik werden. Dabei sollten Unternehmen eingebunden werden. Ziel ist der Ausbau sozialversicherungspflichtiger, existenzsichernder Beschäftigung und der Erhalt sowie der Ausbau der Qualifikation. Das Land sollte keine öffentlichen Aufträge vergeben an Unternehmen, die ihre Beschäftigten nicht mindestens nach einem festzulegenden Lohn bzw. nach Tarif vergüten. Auch sollte der Zersplitterung der Beschäftigtenstruktur in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse entgegen gewirkt werden.
4. Unternehmen sollten unterstützt werden, Frauen zu fördern und nicht zu diskriminieren, zum Beispiel durch Monitoringsysteme und Diversity-Programme.
5. Die Förderung von Existenzgründungen durch Frauen sollte weiter gezielt fortgesetzt werden und auch die Ressourcen des Wirtschaftsministeriums stärker unter Gendergesichtspunkten eingesetzt werden.
6. Frauen profitieren von Netzwerkarbeit ganz besonders. Diese sollten weiter vom Land gefördert und regionale Akteurinnen und Akteure befähigt werden, die Mittel geschlechtergerecht einzusetzen, zum Beispiel über die Regionalbudgets. Dazu könnte ein gezieltes Monitoring durch das Land Unterstützung bieten. Frauenzentren und fest institutionalisierte Kooperationsstrukturen zwischen frauen- und arbeitsmarktpolitischen Akteurinnen und Akteuren in den Regionen sollten als Netzknoten flächendeckend etabliert und gefördert werden. Die Arbeitsagentur und die kommunalen Verantwortlichen müssen in die Pflicht genommen werden, wirksame Strukturen zur Unterstützung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren.

Eine gesicherte wirtschaftliche Situation zählt zu den Grundvoraussetzungen für die Chancengleichheit der Geschlechter. Finanzielle Unabhängigkeit bildet für Frauen und Männer gleichermaßen die Basis für selbstbestimmtes Handeln und eine angemessene Lebensqualität. Daten zur wirtschaftlichen Situation von Frauen und Männern sind daher wichtig, um das Geschlechterverhältnis in der Gesellschaft analysieren und angemessen bewerten zu können. Im Folgenden wird deshalb zunächst die Einkommenssituation unter geschlechterdifferenzierten Gesichtspunkten einer näheren Betrachtung unterzogen.

Die Daten zu Vermögen und Verschuldung zeigen, dass in Ostdeutschland das durchschnittliche Vermögen wertmäßig die Hälfte der Vermögen in Westdeutschland beträgt. Die Verschuldung ist in Norddeutschland stärker als in Süddeutschland einschließlich Sachsen, und in Nordbrandenburg höher als in Südbrandenburg.¹² Im Mittelpunkt der Genderanalyse der Einkommen in Brandenburg stehen die Erwerbseinkommen, da diese für die eigenständige Existenzsicherung von besonderer Bedeutung sind. Anschließend wird auf die besonderen Leistungen an sozial- und einkommensschwache Menschen eingegangen.

Ergänzt werden diese Ausführungen durch die Analyse von Daten zur subjektiven Reflexion der wirtschaftlichen Situation und dem sich daran anschließenden Versuch, Konfliktpotenziale in der wirtschaftlichen Situation von Frauen als Ansatzpunkte für gleichstellungspolitische Interventionen zu identifizieren.¹³

■ 5.1 Einkommen

Das Einkommen lässt sich in seiner Struktur anhand der Quellen des Lebensunterhalts und der Höhe des monatlichen Nettoeinkommens beschreiben.

■ 5.1.1 Quellen des Lebensunterhalts

Hinsichtlich der Einnahmesituation lassen sich Geschlechterdisparitäten bereits in Bezug auf die verschiedenen Quellen des Lebensunterhalts erkennen (vgl. die Diagramme 1 und 2 im Anhang). Obwohl der Großteil aller Frauen und Männer ihren Lebensunterhalt aus Erwerbs- bzw. Berufstätigkeit bestreitet, liegt der entsprechende Anteil der Frauen (37,7 Prozent) um 7 Prozentpunkte unter dem der Männer (44,7 Prozent). Deutlich mehr Frauen als Männer realisieren aufgrund ihres größeren Anteils an der Gruppe der Älteren ihren Lebensunterhalt hauptsächlich über Renten und Pensionen.¹⁴ Dagegen weisen Frauen geringere Ansprüche auf Arbeitslosengeld I und II auf als Männer. Die Geschlechterproportionen beim Unterhalt durch Angehörige, Sozialhilfe und sonstige Unterstützungen – bei jeweils höherem absolutem Anteil der Frauen – fallen nahezu gleich aus bzw. differieren nur geringfügig.

■ 5.1.2 Höhe der monatlichen Nettoeinkommen

Augenfällig sind die Geschlechterdifferenzen, die sich bei einer Analyse des monatlichen Nettoeinkommens der Erwerbstätigen zeigen (vgl. Diagramm 10).

So befinden sich in den Einkommensgruppen bis 900 € knapp 36 Prozent aller erwerbstätigen Frauen, während dies bei Männern nur auf ca. 23 Prozent zutrifft. Mit zunehmenden Einkommen verschiebt sich dieses Verhältnis deutlich zu Ungunsten der Frauen. Während lediglich 8,1 Prozent aller weiblichen Erwerbstätigen ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 2.000 € realisieren, sind es mit 15,3 Prozent nahezu doppelt so viele Männer (vgl. Tabelle 18).

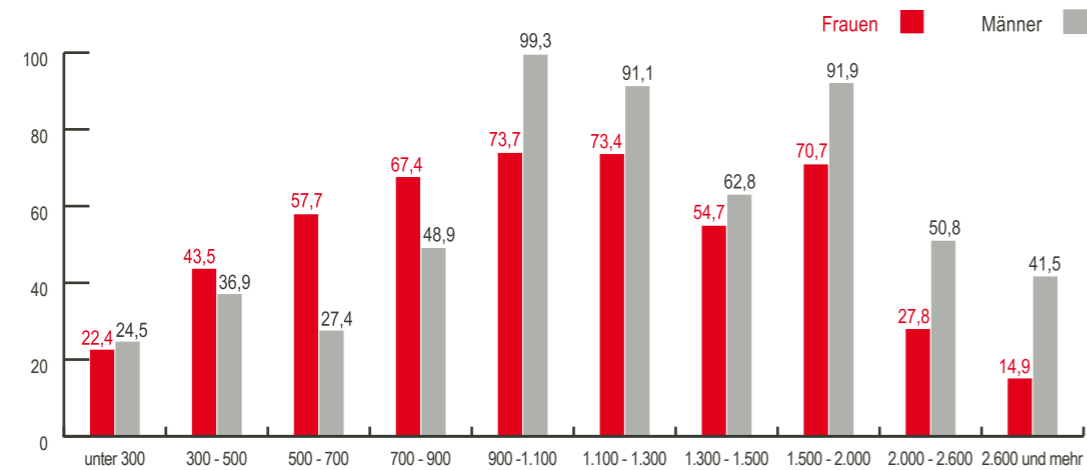
¹² 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Lebenslagen%20in%20Deutschland-Bericht, Zugriff 26.11.2007.

¹³ Die Einkommenssituation ist ein komplexer sozialer Sachverhalt, der sich über eine Vielzahl von Indikatoren abbilden lässt. Dabei besteht das Problem, dass zurzeit weder in Deutschland noch auf europäischer Ebene Statistiken existieren, die einen kompletten Überblick zur Situation und Entwicklung der Einkommen von Frauen und Männern liefern (Ziegler 2006). Unterschiedliche Statistiken liefern dabei z. T. erheblich voneinander abweichende Ergebnisse und weisen keine Daten auf Landesebene aus. Für Brandenburg wird der Lebenslagenbericht künftig nähere Auskunft geben.



Diagramm 10

Erwerbstätige nach monatlichem Nettoeinkommen im Land Brandenburg, Mikrozensus 2005 (Personen, Angaben in 1.000)



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte A VI 2-j/05; A VI 4-j/05

Tabelle 18

Erwerbstätige nach monatlichem Nettoeinkommen, Anteil in ausgewählten Einkommensgruppen im Vergleich (Angaben in Prozent), 2005

	unter 900 €			mehr als 2.000 €		
	Frauen	Männer	Differenz	Frauen	Männer	Differenz
Brandenburg	36,3	22,8	13,5	8,1	15,3	-7,2
Ostdeutschland	38,7	24,0	14,7	7,7	15,4	-7,7
Westdeutschland	41,2	12,0	29,2	9,3	34,9	-25,6
Deutschland	40,7	14,3	26,4	9,0	31,2	-22,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005, Fachserie 1/Reihe 4.1.1 für Deutschland, neue Länder einschl. Berlin und früheres Bundesgebiet ohne Berlin sowie Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg – Mikrozensus Erwerbstätigkeit

Eine regional differenzierte Betrachtung zeigt, dass die Differenzen beim monatlichen Nettoeinkommen zwischen erwerbstätigen Frauen und Männern im äußeren Entwicklungsraum deutlich höher ausfallen – und dies zum Nachteil von Frauen – als im engeren Verflechtungsraum. Dabei sind die Verdienste im äußeren Entwicklungsraum im Durchschnitt insgesamt niedriger als jene im engeren Verflechtungsraum (vgl. Tabelle 19).

Trotz dieser geschlechtertypischen Einkommensdisparitäten weist Brandenburg im Einkommensbereich bis 900 € jeweils einen geringeren Anteil von Frauen auf als die anderen ostdeutschen und auch als die westdeutschen Bundesländer. Bei Einkommen über 2.000 € liegt der Anteil der Frauen im Land über dem Durchschnitt der neuen, jedoch unter demjenigen der alten Bundesländer.

Ein deutschlandweiter Vergleich macht deutlich, dass Brandenburg bei denjenigen Frauen, die ihren Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit bestreiten, die Spitzenposition einnimmt (vgl. Tabelle 20). Bezeichnenderweise liegt dieser Höchstwert bei Frauen mit 37,7 Prozent noch unter dem schlechtesten Wert für Männer im Bundesland Bremen (41,3 Prozent). Nach Berlin und Mecklenburg-Vorpommern weist das Land Brandenburg zugleich die geringsten Geschlechterunterschiede auf. Innerhalb Deutschlands bestehen dabei weiterhin größere Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern, die für eine Bewertung der Einkommenssituation in Brandenburg zu berücksichtigen sind. In Deutschland insgesamt befinden sich Frauen durch zu geringe Einkommen viel stärker in wirtschaftlichen Abhängigkeiten als Männer. Die Entwicklung in Brandenburg bleibt von dieser spezifisch deutschen Situ-

Tabelle 19

Erwerbstätige nach monatlichem Nettoeinkommen im engeren Verflechtungsraum und äußeren Entwicklungsraum im Land Brandenburg, Mikrozensus 2005

Nettoeinkommen	weiblich		männlich		gesamt	
	1.000	Spalten-%	1.000	Spalten-%	1.000	Spalten-%
engerer Verflechtungsraum						
unter 500 €	26,4	11,7	24,1	9,2	50,5	10,3
500 € bis unter 900 €	42,4	18,7	25,7	9,8	68,1	13,9
900 € und mehr	151,0	66,7	202,5	77,0	353,4	72,2
gesamt	226,4	100,0	262,9	100,0	489,3	100,0
äußerer Entwicklungsraum						
unter 500 €	39,5	13,2	37,4	11,0	76,9	12,0
500 € bis unter 900 €	82,7	27,6	50,6	14,9	133,3	20,9
900 € und mehr	164,2	54,8	235,0	69,2	399,2	62,5
gesamt	299,4	100,0	339,8	100,0	639,2	100,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte A VI 2-j/05; A VI 4-j/05 und eigene Berechnungen

Tabelle 20

Anteile von Frauen und Männern an der Bevölkerung, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit bestreiten, im Vergleich der Bundesländer 2005 (Angaben in Prozent)¹⁵

	Frauen	Männer	Gesamt
Brandenburg	37,7	44,7	41,2
Berlin	37,5	42,7	40,0
Hamburg	37,5	49,5	43,3
Thüringen	36,8	45,8	41,2
Mecklenburg-Vorpommern	36,2	42,9	39,6
Bayern	35,6	51,5	43,4
Sachsen-Anhalt	35,3	43,7	39,4
Sachsen	35,1	44,4	39,6
Hessen	34,8	48,8	41,7
Baden-Württemberg	34,5	50,6	42,4
Schleswig-Holstein	33,2	46,5	39,7
Rheinland-Pfalz	32,7	48,4	40,4
Niedersachsen	31,5	45,9	38,5
Bremen	31,2	41,3	36,1
Nordrhein-Westfalen	30,9	45,8	38,2
Saarland	30,2	44,9	37,4
Früheres Bundesgebiet – ohne Berlin –	33,2	48,2	40,5
Neue Länder – einschl. Berlin –	36,4	44,0	40,1
Deutschland	33,8	47,3	40,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005, Fachserie 1/Reihe 4.1.1 für Deutschland Band 2

ation nicht unberührt, da die Sozialsysteme und das Steuersystem sowie die Tarife diese Abhängigkeiten fördern. Brandenburg als Bundesland ist nicht die zuständige Regelungsinstanz, aber es hat im Bundesrat Mitspracherecht. Zum Beispiel stellt das Ehegattensplitting im Steuerrecht eine Förderung von Ehen dar, in denen das Einkommen der Partner besonders ungleich ist, z. B. Hausfrauenehen. Dieser Transfer geht zu über 93 Prozent in die westdeutschen Bundesländer. Zu Abhängigkeit von Frauen führt auch das sozialrechtliche Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft, in der ein Partner zum Sprecher der Bedarfsgemeinschaft gegenüber den Ämtern erklärt werden muss und die Leistungen für sich und die anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft bezieht, die von dieser Person, oft ist das der Ehemann, abhängig werden. Das Wohngeld kennt noch den „Haushaltsvorstand“, der ebenfalls die Leistungen für den gesamten Haushalt bezieht. Dass die Gesamtsituation in Deutschland hier nicht als alleiniger Maßstab für eine Bewertung herangezogen werden kann, bestätigt ein Blick auf die Entwicklung in anderen

¹⁴ Durch den höheren Anteil älterer Frauen sind die Anteile in der Phase vor dem Renteneintritt direkt mit den Daten zu den Männern vergleichbar.

¹⁵ Der hohe Anteil für die neuen Bundesländer resultiert auch daraus, dass hier die Rentnerinnen eingerechnet sind. Auswertungen nur für das Erwerbsalter konnten hier leider nicht geleistet werden.



Staaten der EU. Aktuelle EU-Studien kommen zu dem Schluss, dass die Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern in Deutschland besonders hoch ausfallen. Im Vergleich mit sämtlichen in der Studie untersuchten europäischen Staaten weist Deutschland mit 26 Prozent den höchsten Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern auf (BMFSFJ 2006b). Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass im Produzierenden Gewerbe, Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe tätige vollzeitbeschäftigte Frauen im Jahr 2005 im Osten Deutschlands einen um 11,7 Prozent geringeren Durchschnittsverdienst realisierten als Männer (vgl. Diagramm 11).

Weitaus höher fiel diese Differenz mit 20,2 Prozent in den westlichen Bundesländern aus. Während im früheren Bundesgebiet in den letzten Jahren eine leichte Verringerung der Geschlechterunterschiede zu verzeichnen war, ließ sich in den neuen Bundesländern eher eine stagnierende Entwicklung verzeichnen. Zu berücksichtigen ist an diesem Punkt, dass im Osten weder die Erwerbseinkommen der Frauen noch die der Männer das Niveau der im Westen durch beide Geschlechter realisierten Einkommen erreichen.

Für die dargestellten Einkommensdifferenzen zwischen den Geschlechtern zeichnen verschiedene Komponenten verantwortlich. Gewöhnlich wird dabei unterschieden zwischen

- a) Einkommensdifferenzen aufgrund verschiedener Strukturmerkmale, z. B. Unterschiede in der Branchenzugehörigkeit, in der Ausbildung, im Beruf oder in der Tätigkeit und
 - b) der Einkommensdiskriminierung aufgrund des Geschlechts (vgl. Allinger 2003, Ziegler 2005).
- Einkommensdifferenzen nach Strukturmerkmalen lassen sich dabei umfangreich auch für Brandenburg nachweisen. So fallen beispielsweise Verdienste in sogenannten „frauentypischen Branchen“ weiterhin vergleichsweise niedrig und in sogenannten „männertypischen Branchen“ entsprechend hoch aus. „Je ‚weiblicher‘ die Branchen ... sind, umso geringer ist das durchschnittliche Jahreseinkommen“, wird dazu bereits im Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern im Jahr 2001 festgestellt (BMFSFJ 2001). Weitere Strukturmerkmale, die eine Ungleichverteilung der Einkommen von Frauen und Männern bedingen, sind Arbeitsmarktbedingungen wie Unterschiede bei

Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, in verschiedenen Berufs- und Tätigkeitsgruppen oder die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungsebenen. Maßnahmen zur Förderung einer gleichberechtigten Erwerbsbeteiligung von Frauen versprechen damit auch Fortschritte beim Abbau der Einkommensdiskriminierung. Dass dabei nicht nur zwischen verschiedenen Strukturmerkmalen, sondern beispielsweise auch innerhalb von Branchen Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern bestehen, lässt u. a. ein Blick auf Tabelle 21 erkennen.

Trotz gleicher Leistungsgruppen sind Geschlechterdifferenzen nicht zu übersehen. Je höher dabei die Leistungsgruppe, desto größer ist tendenziell der Unterschied im Einkommen zwischen Frauen und Männern.

Die dargestellte Situation verweist auf unmittelbare oder direkte Einkommensdiskriminierung aufgrund des Geschlechts sowie eine indirekte oder mittelbare Lohndiskriminierung.¹⁶ Es besteht eine unterschiedliche Bewertung von Funktionen, die durch Frauen und Männer wahrgenommen werden, sowie eine ungleiche gesellschaftlich Wertschätzung von Tätigkeiten, die als „typische“ Frauen- oder Männerarbeit angesehen werden. Aktivitäten zum Abbau geschlechterbezogener Einkommensunterschiede müssen deshalb auf eine gerechte Gestaltung der Eingruppierungs- und Aufstiegspraxis in Unternehmen ebenso wie auf eine diskriminierungsfreie Bewertung gleicher und gleichartiger Tätigkeiten zielen. Auch wenn es sich dabei um Aufgaben handelt, die vorrangig im Zuge der Aushandlung von Tarifverträgen durch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Gewerkschaften zu lösen sind, kann das Land Brandenburg durch Mo-

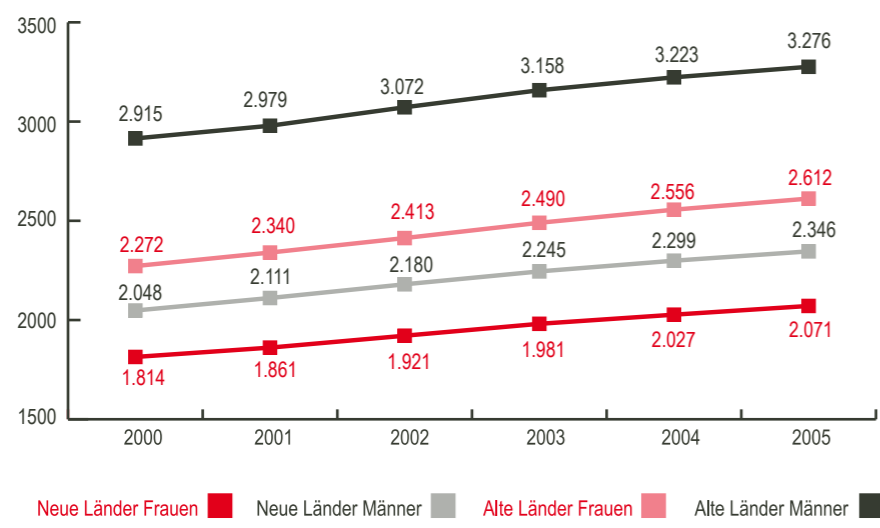
onitoring, Öffentlichkeitsarbeit und Anreizsysteme wie beispielsweise die Auszeichnung von Unternehmen, die geschlechtergerecht bezahlen, das Thema ins Bewusstsein rücken. Es gilt zu bewirken, dass sich die Einkommen in Brandenburg dem Westniveau angleichen, aber die Geschlechterdifferenz bei den Einkommen gering bleibt, so dass Brandenburg hier seine sehr gute Position im EU-Vergleich halten kann.

5.2 Armutsgefährdung und Leistungsbezug von Frauen

Die sozialen Sicherungssysteme wurden in den letzten Jahren durch umfangreiche Reformen auf Bundesebene umstrukturiert. Die bisherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe für grundsätzlich erwerbsfähige Hilfebedürftige und deren Familienangehörige wurden im Zweiten Sozialgesetzbuch zusammengefasst. Ab dem 1. Januar 2005 erhalten diese Personen Grundversicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld).

¹⁶ Bei der Einkommensdiskriminierung aufgrund des Geschlechts wirken die oben skizzierten Strukturmerkmale nicht unabhängig voneinander. Sie stehen vielmehr in einer funktionalen Beziehung, die zu einer unterschiedlichen „Ausstattung“ von Frauen und Männern mit diesen Merkmalen und in der Folge zu geschlechterdiskriminierenden Einkommensstrukturen führt (vgl. Ziegler 2005). Eine indirekte Diskriminierung liegt vor „wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren einen wesentlich höheren Anteil der Angehörigen eines Geschlechts benachteiligen, es sei denn, die betreffenden Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sind angemessen und notwendig und nicht durch auf das Geschlecht bezogene sachliche Gründe gerechtfertigt.“ (Richtlinie des Rates 97/80/EG)

Diagramm 11
Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen in Deutschland im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe*, 2000–2005 (Euro)



*Arbeiterinnen und Arbeiter werden nur im Produzierenden Gewerbe erfasst, Angestellte in allen Branchen
Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 7. März 2006

Tabelle 21
Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe nach Leistungsgruppen im Land Brandenburg, Juli 2006

Leistungsgruppe	weiblich	männlich	prozentualer Anteil des Einkommens von Frauen am Einkommen der Männer
II	3.326 €	3.833 €	86,8
III	2.562 €	2.899 €	88,4
IV	2.080 €	2.414 €	86,2
V	1.767 €	2.098 €	84,2

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik 2006c, Potsdam, „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Land Brandenburg Oktober und Jahresdurchschnitte 2005“ sowie eigene Berechnungen

Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen erhalten nur noch erwerbsunfähige Personen auf Zeit, Vorruheständler mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte und hilfebedürftige Kinder mit selbst nicht hilfebedürftigen Eltern.¹⁷

Die entsprechenden Daten zur laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt sind im Jahr 2005 erwartungsgemäß stark zurückgegangen, denn nun erhielten viele Anspruchsberechtigte Arbeitslosengeld II (vgl. Diagramm 12).

Fundierte Aussagen zu den Auswirkungen der skizzierten Reformen lassen sich auf Basis der verfügbaren Statistik nicht ableiten. Geschlechterdifferenzierte Daten zu möglichen Veränderungen des Gesamtvolumens der Leistungen fehlen hier ebenso wie qualitative Erkenntnisse zur Umsetzungspraxis der neuen Regelungen. Festgehalten werden kann jedoch bereits jetzt, dass Frauen trotz eines geringeren Einkommensniveaus und einer höheren Armutsgefährdung in geringerem Umfang als Männer direkt Unterstützungsleistungen empfangen.

Die Zahl der nichtdeutschen Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt lag im Jahr 2005 mit insgesamt 135 Empfängerinnen und Empfängern unter 2 Prozent und damit unter dem Anteil der ausländischen Bevölkerung. Auch hier nehmen wie bei den deutschen Staatsangehörigen hauptsächlich Männer diese Hilfe in Anspruch. Bei den Regelleistungen an Asylbewerberinnen und Asylbewerber stellen Frauen 30,4 Prozent der Leistungsempfängerinnen.

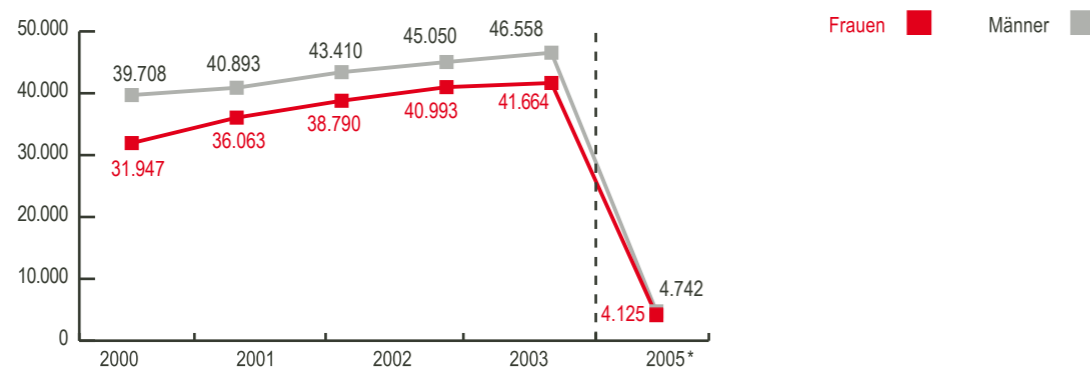
Eine weitere wichtige Sozialleistung ist die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dabei handelt es sich um eine eigenständige, bedürftigkeitsabhängige Leistung, die älteren bzw. dauerhaft voll erwerbsgeminderten Personen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes dienen soll. Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, und Volljährige, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, haben Anspruch auf Grundsicherung.¹⁸ Im Land Brandenburg erhielten im Jahr 2005 insgesamt 16.133 Personen eine Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, davon 8.316 Frauen und 7.817 Männer. Die Geschlechterrelation in dieser Gruppe zeigt damit ein nahezu ausgeglichenes Bild (52 Prozent Frauen, 48 Prozent Männer), und das obwohl Frauen viel häufiger von Armut bedroht sind als Männer, und zwar in allen Altersgruppen, insbesondere aber ab 65 Jahren (vgl. Diagramm 13).

In den Blick genommen werden müssen in diesem Zusammenhang auch die sogenannten „Nichtleistungsbeziehenden“, das sind „Arbeits- und Langzeitarbeitslose ohne Leistungsansprüche nach dem Sozialgesetzbuch III“ (Land Brandenburg 2007:16). Für das Land Brandenburg liegen keine Daten über diese Personengruppe vor. Lediglich eine parlamentarische Anfrage an die Bundes-

¹⁷ Vgl. dazu Definition des Landesbetriebs für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam (ab 1.1.2007 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg).

¹⁸ Vgl. dazu Definition des Landesbetriebs für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam (ab 1.1.2007 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg).

Diagramm 12
Entwicklung der Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im Land Brandenburg, Zeitraum 2000–2005 (Personen)



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, „Sozialhilfe im Land Brandenburg 2000–2005“
*Inkrafttreten gesetzlicher Änderungen

regierung im April 2005 ergab, dass Frauen in den Jahren 2003 und 2004 in Gesamtdeutschland deutlich über drei Viertel derjenigen stellten, deren Antrag auf Arbeitslosenhilfe abgelehnt wurde (BMWA 2005). Insofern kann auch für das Land Brandenburg angenommen werden, dass überwiegend Frauen keine Leistungsansprüche nach dem Sozialgesetzbuch III haben.

Neben dem Leistungsbezug aus der sozialen Sicherung, die einen wichtigen Indikator für Armut bildet, gibt es internationale Standards für die Erfassung von Armutsgefährdung. Hier können nur Daten für Ost- und Westdeutschland verglichen werden, da geschlechterdifferenzierte Daten für Brandenburg erst zurzeit erhoben und ausgewertet werden.

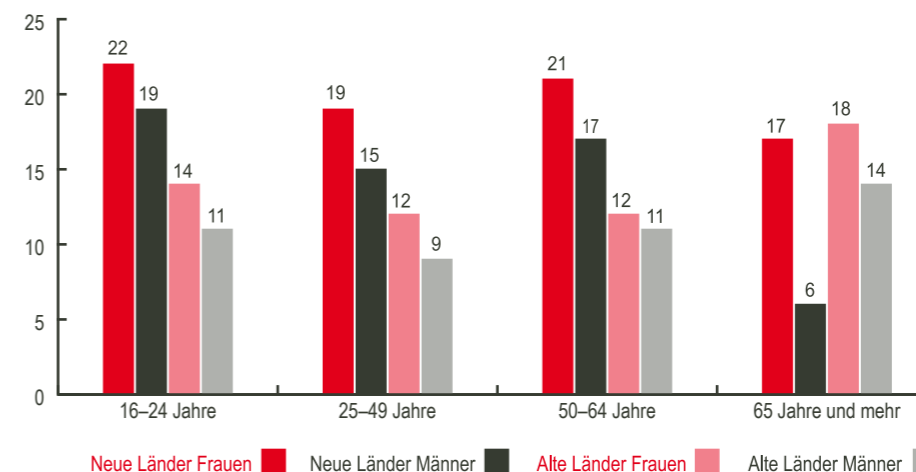
Nach einer erstmals im Jahr 2005 durch das Statistische Bundesamt erstellten Statistik „LEBEN IN EUROPA“ zu Armut und sozialer Ausgrenzung waren in Deutschland im Jahr 2004 13 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Die Armutsgefährdung wird dabei auf Basis des sogenannten „Äquivalenzeinkommens“ berechnet. Danach gilt „in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ... jemand als armutsgefährdet, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Äquivalenzeinkommens (Median) des jeweiligen Mitgliedstaats beträgt“ (Statistisches Bundesamt 2006b). Entsprechend der unterschiedlichen Gewichtung nach Haushaltsgroßen und darin lebenden Personen lag die Armutsgefährdungsgrenze in Deutschland im Jahr 2006 beispielsweise für Singles bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 856 Euro, bei Paaren mit einem

Kind unter 14 Jahren bei 1.541 Euro und für Alleinerziehende mit einem Kind unter 14 Jahren bei 1.113 Euro. Die Armutsgefährdungsgrenze ist ein wichtiger Indikator, um wirtschaftlich und sozial schwache Personen und damit auch ihre Förderwürdigkeit zu definieren.

Behilft man sich bis dahin zur Annäherung an die Verhältnisse in Brandenburg mit den für Ostdeutschland insgesamt bereits vorliegenden Daten, dann lassen diese deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern und damit potenzielle Förderschwerpunkte erkennen (vgl. Diagramm 13).

Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern weisen in sämtlichen Altersgruppen jeweils Frauen eine höhere Armutsgefährdung auf als Männer. Das höchste Armutsrisiko besteht für ostdeutsche Frauen, mehr als jede 5. Frau bis zum Alter von 64 Jahren gilt hier als armutsgefährdet. Vor dem Hintergrund des vormals höheren Beschäftigungsniveaus von Frauen in der DDR und in Ostdeutschland ist deren Armutsgefährdung in der Gruppe der 65-Jährigen und Älteren ganz leicht geringer als die westdeutscher Frauen, liegt aber, und dies ist sozialpolitisch sehr wichtig, fast dreimal so hoch wie die Armutsgefährdung ostdeutscher Männer. Setzt man voraus, dass die dargestellten Proportionen für die neuen Bundesländer näherungsweise auch für Brandenburg gelten, wird deutlich, dass Frauen für ihre selbstständige Existenzsicherung gezielter staatlicher Unterstützung bedürfen.

Diagramm 13
Armutsgefährdungsquote in den neuen und alten Bundesländern, 2004



Quelle: Statistisches Bundesamt, Presseexemplar Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus „LEBEN IN EUROPA“ für Deutschland 2005



5.3 Subjektive Reflexion der wirtschaftlichen Verhältnisse

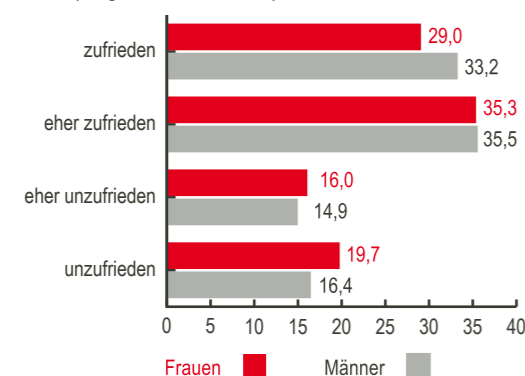
Zusammenfassend sind Frauen in Bezug auf ihre wirtschaftliche Situation im Land Brandenburg ganz entscheidend schlechter gestellt als Männer. Sie erzielen geringere Erwerbseinkommen und Renten und erhalten seltener Sozialleistungen. Insbesondere junge Frauen sind ganz erheblich von Armut bedroht.

Befragt nach der Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation, äußert sich der Großteil der in der Repräsentativerhebung des G/I/S/A befragten Frauen und Männer zufrieden (vgl. Diagramm 14).

Mit 68,7 Prozent sind Männer dabei in etwas größerem Umfang „zufrieden“ bzw. „eher zufrieden“ als Frauen mit 64,3 Prozent, während jeweils ca. ein Drittel beider Geschlechter sich als „eher unzufrieden“ bzw. „unzufrieden“ bezeichnet.

Frauen sind entsprechend ihrer objektiv schlechteren wirtschaftlichen Situation häufiger unzufrieden und Männer häufiger zufrieden. Eine vertiefende Analyse zeigt auch hier, dass Frauen gegenüber Männern, aufgrund eines weniger stark ausgeprägten Anspruchsniveaus, eine „Zufriedenheit auf geringerem Niveau“ aufweisen. Offensichtlich wird dies anhand des Zusammenhangs zwischen dem Nettoeinkommen und der Zufriedenheit mit der „finanziellen Situation“. Frauen zeigen sich mit einem geringeren monatlichen Nettoeinkommen deutlich zufriedener als Männer, bei denen erst ab 1.100 Euro die Zufriedenheit gegenüber der Unzufriedenheit überwiegt, während dies bei Frauen bereits ab 900 Euro der Fall ist.

Diagramm 14
Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation, 2007 (Angaben in Prozent)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

Darüber hinaus zeigen die ermittelten Zufriedenheitswerte von Frauen und Männern eine starke Übereinstimmung mit ihrer sozioökonomischen Situation. Während sich die Gruppe der „Zufriedenen“ in größerem Umfang aus Personen mit höheren Erwerbseinkommen, Erwerbstätigen, Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie Personen mit einem Lebensalter zwischen dreißig und fünfzig Jahren zusammensetzt, sind es vor allem gering Verdienende, Arbeitslose, gering Qualifizierte sowie junge Menschen unter dreißig und Ältere ab fünfzig Jahren, die sich als „unzufrieden“ bezeichnen.

In der empirischen Erhebung wurde gefragt, ob und inwieweit Frauen und Männer in Brandenburg in der Lage sind, auf Basis ihres Einkommens ihren Lebensunterhalt zu bestreiten (vgl. Tabelle 22).

Zwar gaben mehr als 70 Prozent aller Frauen und 85 Prozent aller Männer als Antwort, dass sie keine größeren Probleme haben, aktuell ihren Lebensunterhalt auf Basis des vorhandenen Einkommens zu bestreiten. Das bedeutet aber auch, dass 30 Prozent der Frauen und 15 Prozent der Männer größere Schwierigkeiten haben. Sowohl in der Gruppe jener, die auf Unterstützung durch Dritte angewiesen sind, als auch bei denen, die sich zum Bestreiten ihres Lebensunterhaltes verschulden mussten, liegt der Anteil der Frauen jeweils annähernd doppelt so hoch wie bei Männern.

Die besonders stark ausgeprägten Existenzrisiken konzentrieren sich insbesondere auf alleinerziehende, ältere, allein lebende sowie arbeitslose Frauen. Eine Kumulation dieser Risikomerkmale ist speziell bei jenen auszumachen, die sich zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes verschulden mussten.

Die Repräsentativerhebung bestätigt damit, dass Frauen in erheblich prekäreren wirtschaftlichen Verhältnissen und tiefer in Armut leben als Männer. Sie sind stärker auf Hilfe angewiesen und von anderen finanziell abhängig. Gleichzeitig sind sie seltener Bezieherinnen von Sozialleistungen. Um die wirtschaftliche Benachteiligung von Frauen zu beseitigen, muss deshalb an der Entlohnung ebenso angesetzt werden wie an den Sozialsystemen. Frauen benötigen eigenständige, individuelle Ansprüche auf Sozialleistungen und eine individuelle Besteuerung. Gleichzeitig sind Frauen von Lohndiskriminierung betroffen, so dass Frauen ganz besonders von einem Mindestlohn profitieren würden.

5.4 Bewertung der Ergebnisse und Handlungsfelder

Die wirtschaftliche Situation von Frauen im Land Brandenburg ist in Bezug auf die Einkommensunterschiede zu Männern bei der Erwerbsarbeit grundsätzlich gut und entspricht europäischen Standards. Frauen können aber dennoch oft nicht ihren Lebensunterhalt durch ein eigenes Erwerbseinkommen bestreiten.

Strukturelle Merkmale der Erwerbsbeteiligung wie die vertikale und horizontale Geschlechtersegregation des Arbeitsmarktes und eine unmittelbare Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts sind dafür verantwortlich, dass Frauen – wenn sie erwerbstätig sind – geringere Verdienste erzielen als Männer (vgl. u. a. Achatz 2005).

Die Differenzen zwischen den Erwerbseinkommen von Frauen und Männern in Brandenburg fallen sowohl im bundesweiten Vergleich als auch in Relation zu den ostdeutschen Bundesländern moderat aus. Dennoch besteht erheblicher Handlungsbedarf, damit mehr Einkommensgerechtigkeit hergestellt wird, um vorhandene wirtschaftliche Abhängigkeiten von Frauen aufzubrechen und es ihnen zu ermöglichen, ihr Leben selbstbestimmt zu organisieren.

Die in Brandenburg notwendigen Anstrengungen für einen weiteren Abbau geschlechterbezogener Einkommensungerechtigkeiten sollten auch als integraler Bestandteil der Bemühungen um einen Abbau des Ost-West-Einkommensgefälles vorangetrieben werden. Eine Angleichung der Einkommen an Westniveau birgt dabei die Gefahr, dass die Geschlechterdifferenz bei den Einkommen mit Tendenz zur Angleichung an Westverhältnisse steigt. Eine Mindestlohnregelung würde zumindest die Situation besonders benachteiligter Erwerbstätiger mit Niedrigst-Stundenlöhnen verbessern, unter denen Frauen einen hohen Anteil bilden.

Das Steuersystem belastet innerhalb einer Partnerschaft die niedriger verdienende Person bei der Steuererhebung ungerecht hoch. Gleichzeitig subventioniert das Ehegattensplitting die Ehen, in denen ein Partner viel verdient und einer gar nichts oder sehr wenig, was in Brandenburg sehr selten der Fall ist, weil die Einkommensgleichheit zwischen Frauen und Männern groß ist und es nicht viele Menschen mit hohen Einkommen gibt. Vom Ehegattensplitting profitiert daher der Westen, von den über 22 Milliarden Euro, die jähr-

Tabelle 22
Bewertung des persönlichen Einkommens, Land Brandenburg 2007 (Angaben in Prozent)

Aussage	Frauen (%)	Männer (%)
kann von meinem Einkommen meinen Lebensunterhalt bestreiten und auch etwas für besondere Anschaffungen/ Ausgaben zurücklegen	31,0	46,6
kann meinen Lebensunterhalt davon bestreiten, aber nichts für besondere Anschaffungen zurücklegen oder sparen	41,7	38,6
kann meinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten und bin auf Unterstützung anderer angewiesen	22,9	12,7
kann meinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten und musste mich deshalb verschulden	4,4	2,1
Gesamt	100,0	100,0

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

lich über das Ehegattensplitting umverteilt werden, profitieren die neuen Bundesländer nur zu 7 Prozent, 93 Prozent entfallen auf die alten Bundesländer, das sind mindestens 18 Mrd. Euro (vgl. Färber u. a. 2007a). Die Vereinten Nationen und die Europäische Union haben das Ehegattensplitting in Deutschland kritisiert, weil es zum Ausschluss von Frauen vom Arbeitsmarkt beiträgt und international unüblich ist. Es läuft den brandenburgischen Interessen zuwider.

Frauen und Männer profitieren auch unterschiedlich von den sozialen Sicherungssystemen. Bedarfsgemeinschaften schaffen auf der Mikroebene des Haushalts ökonomische Abhängigkeiten vom „Sprecher“ in Ehen und Lebensgemeinschaften, was vorrangig zu Lasten von Frauen geht, wie die Repräsentativerhebung zeigt: Frauen müssen sich anteilig doppelt so häufig verschulden wie Männer und bezeichnen sich doppelt so häufig als angewiesen auf die Unterstützung Dritter. Was die Verschuldung betrifft, so zeigen Erhebungen für Deutschland, dass Frauen sich oft wegen ihrer Partner und ihrer Kinder verschulden müssen, während Männer öfter selbst über ihre Verhältnisse leben und Frauen und Kindern die diesen zustehenden (Sozial-) Leistungen nicht zukommen lassen. Frauen brauchen deshalb eine Überweisung der Sozialleistungen an sie persönlich und nicht an eine „Bedarfsgemeinschaft“, in denen ggf. eine andere erwachsene Person für sie „spricht“. Brandenburgerinnen erwarten eine eigenständige Existenzsicherung, Abhängigkeit, auch vom Lebenspartner, empfinden sie als entwürdigend.



Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik liegen viele Daten nicht geschlechterdifferenziert vor. Dies erschwert Genderanalysen und die Identifikation von Problemgruppen. Gleichstellung und Unterstützung der sozial Benachteiligten sind Bestandteil der brandenburgischen Sozialpolitik. Ein Empowerment angesichts finanzieller Abhängigkeit und Verschuldung kann hier nur kompensatorisch wirken. Entscheidend ist es, Verarmung, Abhängigkeit und Verschuldung zu verhindern. Die Handlungsspielräume, über welche die Landespolitik zum Abbau der vorhandenen Einkommensungerechtigkeiten verfügt, sind durch Zuständigkeiten im Föderalstaat und durch begrenzte öffentliche Mittel eingeschränkt. Innerhalb gleichstellungspolitischer Ziele sollte der Abbau von Einkommensunterschieden im Sinne der Stärkung der wirtschaftlichen Situation von Frauen dennoch gebührend Berücksichtigung finden.

■ 5.5 Handlungsempfehlungen

Es wird empfohlen, dass das Land Brandenburg weiter ausdrücklich eine selbstbewusste, an den spezifischen brandenburgischen Verhältnissen ausgerichtete emanzipative sozialpolitische Perspektive vertritt und diese offensiv auf Bundesebene vertritt. Dort, wo Brandenburg eigene sozialpolitische Handlungsspielräume hat, sollte es diese Perspektive weiter in die Praxis umsetzen. Die neuen Strukturen der Arbeitslosenfinanzierung und Sozialhilfe machen es notwendig, die Regionen zu koordinieren und weiter auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu orientieren.

1. Gleichstellungspolitik sollte auf die Erweiterung der Erwerbsbeteiligung von Frauen hinwirken und zum **Abbau frauendiskriminierender Einkommensdifferenzen** beitragen. Es ist daher dringend notwendig, einen **Mindestlohn** einzuführen. Das Land Brandenburg sollte keine Aufträge an Unternehmen vergeben, die ihre Beschäftigten unter einem festzulegenden Mindestlohn entgelten. In diesem Rahmen sollte die Frauenförderverordnung des Landes auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.
2. Gleichstellungspolitik sollte auf eine gleichberechtigte Bewertung von Funktionen, die durch Frauen und Männer wahrgenommen werden, zielen. Dabei geht es auch um den Einsatz für eine **angemessene**

gesellschaftliche Wertschätzung von Frauen- und Männerarbeit in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern. Dazu zählt eine gerechte Gestaltung der Eingruppierungs- und Aufstiegspraxis in Unternehmen ebenso wie die diskriminierungsfreie Bewertung gleicher und gleichartiger Tätigkeiten. Das Land sollte ein **geschlechterdifferenziertes, regional differenziertes Monitoring der wirtschaftlichen Situation von Frauen und Männern** aufbauen, die Öffentlichkeit über die Situation informieren und gezielte Öffentlichkeitsarbeit gegenüber Unternehmen und Gewerkschaften betreiben. Das Land sollte die Tarifparteien mit solchen Informationen zu Tarifverträgen aktiv unterstützen und Anreize für Unternehmen setzen, zum Beispiel durch einen Preis für Unternehmen, die Frauen gerecht entlohnen. Das Land Brandenburg sollte eine geschlechterdifferenzierte Armuts- und Reichtumsberichterstattung aufbauen und im Sinne des Gender Mainstreaming spezifische Armutsrisiken von brandenburgischen Frauen und Männern gezielt untersuchen lassen, wie zum Beispiel das Verschuldungsverhalten, den Aufbau von Vermögen und die Verteilung von Sozialleistungen innerhalb von Bedarfsgemeinschaften.

3. Das Steuersystem der Bundesrepublik benachteiligt Frauen und Paare mit egalitärem Einkommen. Brandenburg als Bundesland mit der höchsten Lohngleichheit zwischen Ehegatten in Deutschland sollte deshalb finanzpolitisch aktiv auf die **Abschaffung des Ehegattensplittings** hinwirken.
4. Um die Abhängigkeit und Verschuldung von Frauen zu verringern, die in Armut oder in armutsgefährdeten, prekären wirtschaftlichen Situationen leben, sollten **Sozialleistungen direkt an Frauen gezahlt und Absenkungen für Bedarfsgemeinschaften abgeschafft** werden. Auch sollte ein Hilfefprogramm für Alleinerziehende etabliert werden, damit sie in besonderen Notsituationen finanzielle Unterstützung erhalten.

Bildung und Erziehung sind von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der (Wissens-)Gesellschaft und für die individuellen Lebenschancen. Vom Bildungsniveau hängt es zunehmend ab, wie Frauen und Männer ihr Leben gestalten können und welche Berufs- und Einkommenschancen sie haben.

Das folgende Kapitel fasst die Leistungen des Landes Brandenburg in der schulischen Bildung, in der beruflichen Ausbildung und im Studium zusammen. Die Ergebnisse der Repräsentativerhebung leisten eine Bewertung dieses Angebots. Daraus werden Handlungsfelder abgeleitet und schließlich Handlungsempfehlungen zur Verankerung von Gleichstellung in der Bildung erarbeitet.

■ 6.1 Schulische Ausbildung

Nach Schulformen betrachtet, existieren in Brandenburg erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern in der Bildungsbeteiligung und im Bildungserfolg. So absolvieren Mädchen häufiger das Gymnasium (57,3 Prozent) oder die gymnasiale Oberstufe (54,3 Prozent), während Jungen zahlreicher in Förderschulen (64 Prozent) und Oberschulen (54,6 Prozent) vertreten sind (vgl. Tabelle 23). Relevant für die Beurteilung der Bildungschancen von Mädchen und jungen Frauen ist damit der Vergleich mit Jungen, aber auch der Vergleich mit den Geschlechterverhältnissen in Ostdeutschland, in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union.

Der Anteil von Mädchen in Gymnasien fällt im Land Brandenburg mit 57,3 Prozent im Bundesvergleich relativ hoch aus. Kein anderes Bundesland kann auf einen derart ausgeprägten Anteil von Mädchen verweisen. An allen Schülerinnen machen Gymnasiastinnen im Land Brandenburg einen Anteil von rund 29 Prozent aus. Dieser Wert liegt im Vergleich aller Bundesländer im Mittelfeld (vgl. Tabelle 24). Das zeigt nicht von vornherein eine geringere Bildungsbeteiligung in Brandenburg, denn Brandenburg hat anders als andere Bundesländer einen sehr hohen Anteil von Gesamtschulen und Oberschulen mit gymnasialer Oberstufe.

Bei den Schulabgängen verzeichnet Brandenburg einen überdurchschnittlich hohen Prozentsatz von Mädchen mit dem höchsten Schulabschluss, der allgemeinen Hochschulreife. Von allen Abiturientinnen und Abiturienten waren 59 Prozent weiblichen und 41 Prozent männlichen Geschlechts. Nur Mecklenburg-Vorpommern kann mit einem Mädchenanteil von 59,1 Prozent in dieser Gruppe ähnliche Ergebnisse vorweisen. Viel wichtiger als der Mädchenanteil beim Abitur im Vergleich zu Jungen ist der Bildungserfolg gemessen am Altersjahrgang. Die Bildungsbeteiligung und der Bildungserfolg der Mädchen sind in Brandenburg sehr hoch. So erreichten im Jahr 2004 41,2 Prozent des Altersjahrgangs bei den Mädchen das Abitur. Bei den Jungen erreichten 25,3 Prozent des Altersjahrgangs das Abitur. Die brandenburgischen Mädchen liegen damit 9 Prozentpunkte über dem bundesdeutschen und

Tabelle 23
Schülerinnen und Schüler nach Schulformen im Land Brandenburg, 2005/2006

Schulform	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
Grundschule	45.726	49,4	46.792	50,6	92.518	100,0
Gesamtschule	13.069	50,4	12.862	49,6	25.931	100,0
Oberschule	22.822	45,4	27.461	54,6	50.283	100,0
Gymnasium	35.794	57,3	26.659	42,7	62.453	100,0
Gymnasiale Oberstufe						
am OSZ	2.363	54,3	1.988	45,7	4.351	100,0
Förderschule	4.565	36,0	8.108	64,0	12.673	100,0
Einrichtung des Zweiten Bildungsweges	898	43,5	1.167	56,5	2.065	100,0
Gesamt	125.237	50,0	125.037	50,0	250.274	100,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, „Allgemein bildende Schulen im Land Brandenburg Schuljahr 2005/2006“ und eigene Berechnungen



Tabelle 24

Schülerinnen und Schüler in Gymnasien im Ländervergleich, Schuljahr 2005/06

Bundesland	Mädchen	Jungen	Gesamt	Anteil der Mädchen an Gesamt in %	Anteil der Mädchen an allen Schülerinnen in %
Baden-Württemberg	173.536	154.913	328.449	52,8	26,9
Bayern	187.167	169.975	357.142	52,4	25,8
Berlin	45.193	38.108	83.301	54,3	26,3
Brandenburg	35.794	26.659	62.453	57,3	29,1
Bremen	11.367	10.219	21.586	52,7	31,7
Hamburg	27.971	24.903	52.874	52,9	31,1
Hessen	104.704	90.860	195.564	53,5	30,1
Mecklenburg-Vorpommern	26.258	21.504	47.762	55,0	33,9
Niedersachsen	139.851	115.622	255.473	54,7	28,7
Nordrhein-Westfalen	305.682	263.395	569.077	53,7	26,9
Rheinland-Pfalz	69.172	57.852	127.024	54,5	28,7
Saarland	16.310	14.247	30.557	53,4	28,7
Sachsen	51.816	43.806	95.622	54,2	30,6
Sachsen-Anhalt	37.798	29.975	67.773	55,8	35,5
Schleswig-Holstein	41.747	37.417	79.164	52,7	24,9
Thüringen	31.730	25.778	57.508	55,2	32,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Genesis-Datenbank – Online

5 Prozentpunkte über dem ostdeutschen Durchschnitt. Sie lassen selbst die Stadtstaaten weit hinter sich und sind die bildungsbereitesten und erfolgreichsten Mädchen in ganz Deutschland. Die brandenburgischen Jungen erreichen auch einen guten Wert mit knapp einen Prozentpunkt über dem bundesdeutschen und ostdeutschen Durchschnitt und liegen im Ländervergleich auf Platz acht. Kein anderes Bundesland hat so hohe Differenzen zwischen den Geschlechtern aufzuweisen (vgl. Tabelle 25). Es gilt damit im Land Brandenburg, die Jungen auch am Bildungserfolg der Mädchen teilhaben zu lassen.

Bei den Jugendlichen mit geringstem Bildungserfolg, nämlich denjenigen ohne Schulabschluss, liegen die brandenburgischen Mädchen bei 5,7 Prozent, die Jungen bei 11,5 Prozent, die Mädchen besser, die Jungen schlechter als der Bundesdurchschnitt. Die Jungen in Brandenburg sind aber deutlich besser als der ostdeutsche Durchschnitt.

Auffällig sind die Geschlechterdifferenzen bei ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern. Hier beträgt der Anteil junger ausländischer Frauen gegenüber Jungen am Abitur 72 Prozent. Ausländische Jungs sind besondere Verlierer des brandenburgischen Bildungssystems.

Betrachtet man die Absolventinnen und Absolventen nach Verwaltungsbezirken, dann fällt zunächst auf, dass im äußeren Entwicklungsraum der Anteil von

Tabelle 25

Abitur von Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2004

Bundesland	Anteil der Jungen in Prozent des Altersjahrgangs	Anteil der Mädchen in Prozent des Altersjahrgangs
Baden-Württemberg	28,7	33,0
Bayern	18,2	23,2
Berlin	30,1	38,7
Brandenburg	25,3	41,2
Bremen	26,8	34,1
Hamburg	29,1	35,8
Hessen	27,5	34,3
Mecklenburg-Vorpommern	19,4	31,7
Niedersachsen	22,3	30,8
Nordrhein-Westfalen	26,3	34,4
Rheinland-Pfalz	22,6	29,6
Saarland	20,4	25,6
Sachsen	24,4	34,8
Sachsen-Anhalt	21,3	33,9
Schleswig-Holstein	25,2	31,1
Thüringen	24,0	37,6

Quelle: BMBF 2006:251f

Absolventinnen mit Hochschulreife noch über dem Landesdurchschnitt liegt. In den Verwaltungsbezirken Elbe-Elster, Ostprignitz-Ruppin, Spree-Neiße und Uckermark sind jeweils Werte von mehr als 60 Prozent zu beobachten (vgl. Tabelle 26).

Demgegenüber sind es vor allem die kreisfreien Städte, in denen ein überdurchschnittlich hoher Prozentsatz von Absolventinnen ohne Bildungsreife die Schule verlässt (Cottbus: 37,2 Prozent, Frankfurt/Oder: 34,8 Prozent und Brandenburg/Havel: 32,4 Prozent) (vgl. dazu Tabelle 27).

Bei den Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Land Brandenburg gibt es mit 66 Prozent deutlich mehr Jungen als Mädchen. Jungen sind innerhalb der sonderpädagogischen Förderung verstärkt im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung vertreten, und zwar rund 15 Prozent der Jungen gegenüber nur 5 Prozent der Mädchen.

Zusammenfassend kann zunächst festgestellt werden, dass Mädchen in Brandenburg sich ein national herausragendes Niveau der Schulbildung erarbeiten und in größerem Umfang über die Möglichkeit verfügen, ein Hochschulstudium aufzunehmen, als Jungen. Diese verlassen die Schulen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen als Mädchen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Infrastruktur der Oberstufen im Land Brandenburg zu reflektieren. Offenbar sind junge Männer weniger mobil und weniger bildungsbereit. Ein langes gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler und Oberstufen in räumlicher Nähe zum Wohnort senken die Hemmschwelle für die Bildungsbeteiligung. Investitionen in die Bildung junger Männer – und Frauen – und in die Bildungsinfrastruktur vor Ort könnten spätere Investitionen in Nachqualifizierung vermeiden.

Tabelle 26

Absolventinnen und Absolventen nach Landkreisen und kreisfreien Städten mit Hochschulreife im Land Brandenburg, 2005

Kreisfreie Stadt Landkreis	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
Brandenburg a. d. Havel	256	58,6	181	41,4	437	100,0
Cottbus	429	55,4	346	44,6	775	100,0
Frankfurt (Oder)	292	55,0	239	45,0	531	100,0
Potsdam	546	58,3	390	41,7	936	100,0
Barnim	362	57,6	267	42,4	629	100,0
Dahme-Spreewald	373	57,7	273	42,3	646	100,0
Elbe-Elster	336	63,0	197	37,0	533	100,0
Havelland	333	57,7	244	42,3	577	100,0
Märkisch-Oderland	331	58,0	240	42,0	571	100,0
Oberhavel	408	55,7	324	44,3	732	100,0
Oberspreewald-Lausitz	317	57,7	232	42,3	549	100,0
Oder-Spree	561	62,1	343	37,9	904	100,0
Ostprignitz-Ruppin	342	63,2	199	36,8	541	100,0
Potsdam Mittelmark	437	54,7	362	45,3	799	100,0
Prignitz	200	58,5	142	41,5	342	100,0
Spree-Neiße	399	64,6	219	35,4	618	100,0
Teltow-Fläming	335	57,5	248	42,5	583	100,0
Uckermark	372	61,1	237	38,9	609	100,0
Brandenburg	6.629	58,6	4.683	41,4	11.312	100,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte B I 5 – j / 05 und eigene Berechnungen



Tabelle 27

Absolventinnen und Absolventen nach Landkreisen und kreisfreien Städten ohne Bildungsreife im Land Brandenburg, 2005

Kreisfreie Stadt Landkreis	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
Brandenburg a. d. Havel	22	32,4	46	67,6	68	100,0
Cottbus	29	37,2	49	62,8	78	100,0
Frankfurt (Oder)	16	34,8	30	65,2	46	100,0
Potsdam	15	27,3	40	72,7	55	100,0
Barnim	25	29,4	60	70,6	85	100,0
Dahme-Spreewald	35	28,0	90	72,0	125	100,0
Elbe-Elster	18	20,0	72	80,0	90	100,0
Havelland	32	25,6	93	74,4	125	100,0
Märkisch-Oderland	37	24,5	114	75,5	151	100,0
Oberhavel	27	23,7	87	76,3	114	100,0
Oberspreewald-Lausitz	21	18,8	91	81,3	112	100,0
Oder-Spree	32	21,2	119	78,8	151	100,0
Ostprignitz-Ruppin	21	22,3	73	77,7	94	100,0
Potsdam Mittelmark	27	25,2	80	74,8	107	100,0
Prignitz	31	33,0	63	67,0	94	100,0
Spree-Neiße	25	26,6	69	73,4	94	100,0
Teltow-Fläming	43	32,1	91	67,9	134	100,0
Uckermark	34	27,0	92	73,0	126	100,0
Brandenburg	490	26,5	1.359	73,5	1.849	100,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte B I 5 – j / 05 und eigene Berechnungen

6.1.1 Lehrpersonal an Schulen

Das Gesamtbild der Geschlechtersituation im Bildungswesen erfordert neben dem Blick auf die Schülerinnen und Schüler auch Aussagen zum Verhältnis von Frauen und Männern im Lehrpersonal. Bei den hauptberuflichen Lehrkräften im Land Brandenburg war im Zeitraum von 2000 bis 2005 ein Rückgang um insgesamt rund 19 Prozent zu verzeichnen. Von allen hauptberuflich tätigen Lehrkräften waren 2005 81 Prozent Frauen und 19 Prozent Männer. In Grundschulen beträgt der Frauenanteil 92 Prozent, an Gymnasien 69,6 Prozent.

6.1.2 Geschlechterverhältnisse in der Schulbildung

Geschlechterverhältnisse in der Bildung sind nicht nur eine rein zahlenmäßige Angelegenheit. Relevant sind auch geschlechterbezogene Ansätze in der Didaktik und Pädagogik, bei den Lehrinhalten und den vermittelten Schlüsselkompetenzen. Hier ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern interessant, die Arbeit in kleinen Gruppen, binnendifferenzierter Unterricht, die Integration von Bewegung in den Unterricht, die Arbeit der Vermittlung technischer Lerninhalte usw. Im Rahmen einer Anfrage im Landtag im Herbst 2007 wurden erstmals Geschlechterverhältnisse in der Schulbildung systematisch thematisiert und Maßnahmen zur Beseitigung geschlechterbezogener Benachteiligungen in Aussicht gestellt. Das Abitur nach Klasse 12 an Gymnasien setzt Kapazitäten frei, die für geschlechterbezogene Förderung genutzt werden können.

6.2 Berufliche Ausbildung

Eine abgeschlossene Berufsausbildung gilt als wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Einstieg in das Arbeitsleben. Auch an dieser ersten Schwelle des Arbeitsmarktes sind Geschlechterunterschiede nicht zu übersehen. So konnten im Jahr 2005 zum wiederholten Male mehr junge Männer (11.298 – 62 Prozent) als Frauen (7.101 – 38 Prozent) eine Berufsausbildung aufnehmen, obwohl Mädchen einen wesentlich höheren Bildungserfolg aufweisen als Jungen. Mädchen können demnach ihren Bildungserfolg auf dem betrieblichen Ausbildungsmarkt nicht angemessen umsetzen, was auf Diskriminierung durch die Einstellenden schließen lässt. Mädchen sind dagegen bei den vollzeitschulischen Berufsausbildungen sehr hoch repräsentiert. Im Jahr 2007 erhielten in Brandenburg alle Mädchen und Jungen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig waren, einen Ausbildungsplatz. Die Tatsache, dass die Zahl der Auszubildenden sich im Zeitraum von 2000 bis 2005 bei Frauen mit 9 Prozentpunkten stärker als bei Männern (6 Prozentpunkte) reduzierte, lässt auf eine Verschlechterung der betrieblichen Ausbildungssituation für Frauen schließen (vgl. Diagramm 3 im Anhang). Bei den ausländischen Auszubildenden zeigt sich demgegenüber ein ausgeglichenes Bild zwischen Frauen und Männern (Frauen: 49,6 Prozent, Männer: 50,4 Prozent). Innerhalb einer Interpretation dieser Daten ist allerdings die geringe Fallzahl zu berücksichtigen – so waren im Jahr 2005 lediglich 65 weibliche Auszubildende und 66 männliche Auszubildende ausländischer Herkunft (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Ausländische junge Frauen und Männer sind auf dem brandenburgischen Ausbildungsmarkt daher besonders unterrepräsentiert. Nach Ausbildungsbereichen und Ausbildungsberufen unterscheiden sich Frauen und Männer z.T. erheblich. Hier zeigt sich nach wie vor – so wie auch in anderen Bundesländern – ein weiterhin wirksames geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten (vgl. u. a. Statistisches Bundesamt 2006c; Bothfeld et al. 2005). Frauen dominieren vor allem in den Ausbildungsbereichen Hauswirtschaft sowie in Freien Berufen, während Männer vorrangig im Handwerk und in der Landwirtschaft Ausbildungsberufe wählen.

In einigen als zukunftssträftig betrachteten Berufen – wie beispielsweise im Bereich des Gesundheitswesens – sind Frauen überdurchschnittlich stark vertreten. Viele der von jungen Frauen erlernten Berufe weisen

ein geringes Einkommensniveau auf. Im Zeitraum 2001 bis 2005 erhöhte sich die Zahl weiblicher Auszubildender in den „frauentypischen“ Bereichen kaum, es kam in diesen Berufen aber zu einem starken Anstieg der absoluten Zahlen der Ausbildung bei jungen Männern. Stellten junge Männer im Jahr 2001 lediglich 17,6 Prozent aller Auszubildenden in diesem Bereich, so waren es im Jahr 2005 bereits 26,7 Prozent. Das zeigt, dass sich Männer zunehmend auch für sogenannte „typische Frauenberufe“ entscheiden. Hier findet vor dem Hintergrund einer insgesamt angespannten Ausbildungssituation ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten von Frauen statt, denn der Frauenanteil in männertypischen Ausbildungsberufen erhöhte sich nicht entsprechend. Tendenzen, dass sich Frauen umgekehrt auch häufiger für die typischen männlichen Ausbildungsberufe im Handwerk oder der Landwirtschaft entscheiden bzw. über entsprechende Angebote für eine Ausbildung verfügen, sind nicht zu erkennen. Eher das Gegenteil ist der Fall: So ist im Handwerk im Zeitraum 2001 bis 2005 ein Rückgang an weiblichen Auszubildenden um 18 Prozent zu beobachten. In der Landwirtschaft zeigt sich zwar ein Zugewinn an weiblichen Auszubildenden im gleichen Zeitraum von rund 9 Prozent, allerdings fällt hier der Anstieg beim männlichen Geschlecht mit mehr als 25 Prozent bedeutend höher aus. Der Zukunftstag, der Jungen und Mädchen über geschlechteruntypische Berufe informiert, lässt sich offensichtlich für Jungen besser verwerten als für Mädchen, die tendenziell auch in den ihnen bisher besonders offenstehenden Berufsfeldern zurückgedrängt werden. Der Zukunftstag ist damit als Ersatz für den Girls' Day, der die Berufsorientierung von Mädchen und die Offenheit der Betriebe für Mädchen gezielt fördern soll, ungeeignet, denn er führt nicht zu einem Anstieg der Ausbildung von jungen Frauen in Betrieben. Es bedarf künftig einer besonderen Sensibilisierung der Betriebe für die Ausbildung von Frauen. Darüber hinaus bedarf es einer stärkeren Berufsweltorientierung der Schulbildung, die auch über Einkommensverhältnisse und Aufstiegsmöglichkeiten in der Berufswelt informiert.

Insgesamt zeigt sich in Deutschland eine schlechtere Ausbildungsbeteiligung bei den jungen Frauen als bei den jungen Männern (BMBF 2006). Frauen haben trotz besserer Schulabschlüsse nur Chancen in frauentypischen, eher zuarbeitenden Berufen mit wenigen Aufstiegsmöglichkeiten.



Festzuhalten bleibt mit Blick auf die Ausbildungssituation von jungen Frauen, dass sie gegenüber jungen Männern in der betrieblichen Ausbildung stark benachteiligt sind. Es ist bislang nicht gelungen, in diesem Bereich beim Abbau von Geschlechterdisparitäten echte Fortschritte zu erzielen. Offenbar werden in vermeintlichen „Männerberufen“ frauendiskriminierende Strukturen eher noch stärker. Die beruflichen Chancen junger Frauen werden so von vornherein beschnitten. Rollenklischees, die den Hintergrund für derartige Entwicklungen bilden, gewinnen offenbar an Gewicht.

6.2.1 Übergang von der Ausbildung in den Beruf

Der Übergang von der Ausbildung in den Beruf wird durch die Statistik nicht umfassend erhoben. Lediglich Einzeluntersuchungen zum Übergang von der betrieblichen Ausbildung in die Beschäftigung liegen vor (siehe MASGF 2006b).

Danach haben sich die Übernahmequoten auf niedrigem Niveau stabilisiert. So wurden im Jahr 2005 in Brandenburg 34 Prozent der Auszubildenden durch den Ausbildungsbetrieb übernommen. Seit 2000 verringerte sich jedoch die Übernahmequote damit um 5 Prozentpunkte.

Eine Betrachtung der Übernahmequoten nach dem Geschlecht offenbart Unterschiede. So wurden im Jahr 2005 nur 30 Prozent der Frauen in Brandenburg durch den Ausbildungsbetrieb übernommen, während bei den Männern eine um 7 Prozentpunkte höhere Übernahmequote auszumachen ist. Brandenburg weist da-

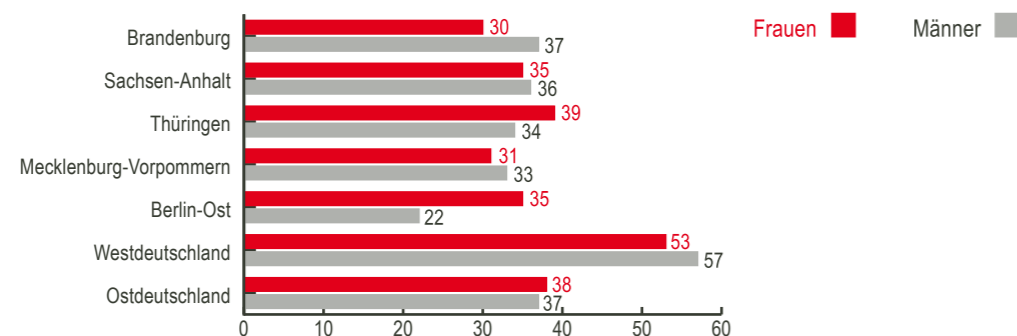
mit im Jahr 2005 die geringste Übernahmequote von jungen Frauen in den neuen Bundesländern auf und liegt bei Männern genau im ostdeutschen Durchschnitt. In den westdeutschen Bundesländern werden dagegen 53 Prozent der weiblichen und 57 Prozent der männlichen Auszubildenden vom Betrieb übernommen (vgl. Diagramm 15). Damit ist ein Abwanderungsgrund für junge Frauen aus dem Land Brandenburg identifiziert.

Zwischen den einzelnen Branchen treten bei der Übernahmepraxis größere Differenzen auf, was auch bundesweit dokumentiert ist (BMBF 2006). Im Land Brandenburg sind in der öffentlichen Verwaltung sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern jeweils die höchsten Übernahmequoten zu verzeichnen (Übernahmequoten: Frauen = 70 Prozent, Männer = 75 Prozent). Mit die geringsten Übernahmequoten treten bei den Dienstleistungen auf (Übernahmequoten: Frauen = 28 Prozent, Männer = 25 Prozent). Die Brandenburger Fachkräftestudie kam zu dem Schluss, dass „in den von Frauen dominierten Branchen Tourismus und Gesundheits- und Sozialwirtschaft ... relativ schlechte Übernahmeperspektiven nach der Ausbildung“ bestehen (MASGF 2005b:9).

Als Gründe für die Nichtübernahme von Auszubildenden gaben 47 Prozent der Betriebe an, dass über den Bedarf hinaus ausgebildet wurde und somit nicht alle Auszubildenden übernommen werden konnten. 16 Prozent der Betriebe gaben an, dass die Auszubildenden keine Übernahme wollten, und 9 Prozent übernahmen nur die Erfolgreichsten.

Diagramm 15

Übernahmequoten von Auszubildenden in den neuen Bundesländern sowie im Ost/West-Vergleich, 2005 (Angaben in Prozent)



Quelle: IAB-Betriebspanel 2005 für einzelne Bundesländer

Tabelle 28

Studierende im europäischen Vergleich, 2004*

	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
Brandenburg	20.313	49,5	20.723	50,5	41.036	100,0
Deutschland	938.616	47,4	1.042.757	52,6	1.981.373	100,0
Tschechische Republik	133.224	50,7	129.306	49,3	262.530	100,0
Spanien	821.384	54,5	686.136	45,5	1.507.520	100,0
Frankreich	855.290	55,4	688.471	44,6	1.543.761	100,0
Schweden	237.219	60,8	153.152	39,2	390.371	100,0
EU 27	8.282.707	54,5	6.923.161	45,5	15.205.868	100,0

Quelle: Eurostat-Online Angebot sowie Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam und eigene Berechnungen

*aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden Daten für das Jahr 2004 gewählt, Daten für das Jahr 2005 liegen nur für das Bundesland Brandenburg und Deutschland vor.

6.3 Studium

In Brandenburg schrieben sich für das Studienjahr 2005/2006 insgesamt 41.688 Studierende an den Hochschulen des Landes ein, davon mit 20.720 Studentinnen seit 2003 erneut etwas weniger junge Frauen als Männer, deren Zahl sich auf 20.968 belief. Wie weitere Daten erkennen lassen, liegt der Frauenanteil unter den Studierenden im Land Brandenburg mit 49,5 Prozent zwei Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass Länder wie Schweden (60,8 Prozent), Frankreich (55,4 Prozent) oder Spanien (54,5 Prozent) insgesamt höhere Frauenanteile innerhalb der akademischen Ausbildung aufweisen.¹⁹ Der europäische Durchschnitt (EU-27-Länder) des Anteils junger Frauen an den Studierenden lag im Jahr 2004 bei 54,6 Prozent. In Deutschland insgesamt, aber auch im Bundesland Brandenburg besteht international Nachholbedarf.

Obwohl junge Frauen das allgemeinbildende Schulsystem mit beeindruckend besseren Leistungen verlassen und sehr viel häufiger über eine Hochschulreife verfügen, sind sie an den Hochschulen des Landes unterrepräsentiert. Die aktuellen Analysen aus dem Jahr 2007 zeigen, dass in den letzten Jahrgängen zwischen 57 und 61 Prozent der brandenburgischen Frauen mit

Hochschulzugangsberechtigung ein Studium aufgenommen haben, von den Männern zwischen 70 und 73 Prozent. Die Studierquote der Frauen liegt damit in Brandenburg erheblich unter der Studierquote von Abiturientinnen in anderen Bundesländern (HIS 2007:26). In Brandenburg mangelt es demnach an ausreichend attraktiven Studienangeboten für weibliche Studierende, denn brandenburgische Abiturientinnen realisieren erheblich häufiger als Abiturienten ihre Studienwünsche in anderen Bundesländern: Brandenburg hat den höchsten Wanderungsverlust aller Bundesländer bei den Studienanfängerinnen und Studienanfängern (BMBF 2006:107).

Dass die Wahl der Fächergruppen in Brandenburg nicht anders als in Deutschland insgesamt eine deutliche Geschlechterdifferenzierung aufweist, ist in diesem Kontext ambivalent zu bewerten. Der Frauenanteil ist in Brandenburg besonders hoch in Studiengängen der Sprach- und Kulturwissenschaften (71,4 Prozent), während der Männeranteil in Mathematik und Naturwissenschaften (65,4 Prozent) sowie den Ingenieurwissenschaften (71,6 Prozent) sehr hoch ist (vgl. Diagramm 4 im Anhang). Angesichts der Tatsache, dass es eher die stärker naturwissenschaftlich-technischen Richtungen sind, denen man gegenwärtig das größte Innovationspotenzial zuschreibt und die

¹⁹ Vgl. Eurostat-Online-Angebot, Anzahl der Studierenden nach ISCED-Stufe (ISCED5a-Tertiärprogramm mit akademischer Orientierung).



deshalb auch qualitativ und quantitativ die besseren Berufs- und Karrierechancen bieten, wirkt sich das dargestellte Geschlechterverhältnis in den einzelnen Studiengruppen eher nachteilig auf die späteren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen aus. Die Schulen interessieren junge Frauen nicht ausreichend für Technik. Hier liegt ein dringendes Innovationserfordernis. Gleichzeitig öffnen sich die technischen Fächer an Hochschulen offenbar auch zu wenig für die spezifischen naturwissenschaftlichen und Technikinteressen der jungen Frauen. Pharmazie und Medizin, Veterinärmedizin, Chemie und Biologie sind naturwissenschaftliche Fächer mit sehr hohem Frauenanteil, gerade die Life Sciences haben ein sehr hohes Innovationspotenzial. Auch Architektur, Bauingenieurwesen oder Ökologiefächer sind Technikfächer, sie weisen im Vergleich zu Maschinenbau oder Elektrotechnik sehr hohe Frauenanteile auf. Das Profil der Hochschulen sollte stärker an den naturwissenschaftlichen und geistes- sowie gesellschaftswissenschaftlichen Studieninteressen der Mädchen und jungen Frauen ausgerichtet werden.

Die Chancen für Frauen, im Anschluss an das Studium in Brandenburg eine Hochschulkarriere zu realisieren, sind im Bundesvergleich schlecht. Obwohl weibliche Studierende mit 52 Prozent häufiger als Studenten auf einen erfolgreichen Abschluss des Studiums verweisen können und insgesamt auch bessere Studienleistungen zeigen, beträgt ihr Frauenanteil unter den Promotionen für Deutschland völlig atypisch niedrige Werte von nur 28,5 Prozent. Dies lässt auf eine für Frauen sehr unattraktive Studienstruktur schließen und zeigt, dass Frauen nach dem Studium in Brandenburg sehr schlecht den Einstieg in eine wissenschaftliche Karriere finden (vgl. Tabelle 29).

Der Anteil von Frauen an Habilitationen erreichte mit 28 Prozent einen im nationalen Vergleich hohen Wert. Der Frauenanteil bei Professuren liegt mit 18,3 Prozent auf dem Spitzenplatz im Vergleich deutscher Länder. Der Einbruch bei den Frauenquoten der Promotionen zeigt ungewöhnlich starke geschlechterkonservative Arrangements in der akademischen Nachwuchsqualifizierung. Darauf sollte dringend mit einem Landesprogramm zur Förderung der Promotionen von Frauen, aber auch mit einer an Gleichstellung ausgerichteten leistungsorientierten Mittelvergabe an Hochschulen reagiert werden.

Tabelle 29
Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn in Deutschland und im Land Brandenburg im Vergleich, 2005 (Angaben in Prozent)

	Deutschland	Brandenburg
Studienanfängerinnen	48,8	48,1
Studierende	47,8	49,7
Absolventinnen	49,5	50,1
Promotionen	39,6	28,5
Habilitationen	23,0	28,0
Hochschulpersonal insg.	51,2	45,3
Hauptberufliches wissenschaftliches u. künstlerisches Personal	30,2	33,5
Professorinnen	14,3	18,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Potsdam und eigene Berechnungen

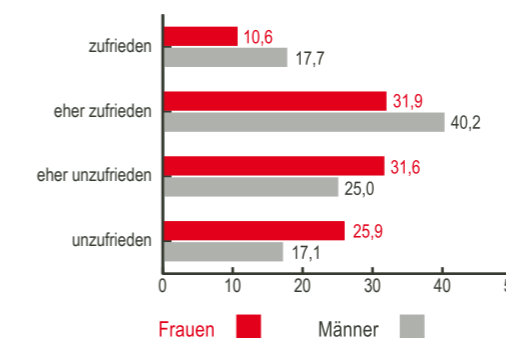
6.4 Subjektive Reflexion der Bildungs- und Ausbildungssituation

Eine gute Bildung und Ausbildung ist für die erwachsene Bevölkerung in Brandenburg ein sehr hohes Gut und nimmt innerhalb einer Rangfolge verschiedener Wertorientierungen sowohl bei Frauen als auch Männern einen vorderen Platz ein. Diese hohe Bildungsorientierung steht einer angespannten Ausbildungsplatzsituation und einer spezifischen Studienstruktur gegenüber, die dazu führen, dass ein Großteil der Frauen (57,5 Prozent) mit der Bildungs- und Ausbildungssituation in Brandenburg unzufrieden ist. Männer sind hingegen überwiegend zufrieden (57,9 Prozent) (vgl. Diagramm 16).

Bei genauerer Analyse zeigt sich, dass mehr als jede vierte Frau in Brandenburg mit der Bildungs- und Ausbildungssituation in Brandenburg sehr unzufrieden ist. Da Frauen sehr gute Bildungserfolge in der Schule haben, zielt diese Unzufriedenheit eher auf die Qualität der Schulbildung als auf den Zugang zur Schulbildung und vor allem auf den frauendiskriminierenden Ausbildungsmarkt und die an vielen Abiturientinnen vorbezielende Studienstruktur in Brandenburg. Der Ausbildungsmarkt lässt sich staatlich nur teilweise beeinflussen, die Hochschullandschaft dagegen liegt in staatlicher Verantwortung.

Die repräsentative Befragung zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Bewertung der Hoch-

Diagramm 16
Zufriedenheit mit der Bildungs- und Ausbildungssituation im Land Brandenburg, 2007 (Angaben in Prozent)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

schul- und Universitätsausbildung und der Wanderungsabsicht junger Frauen (vgl. Tabelle 30). Danach geht eine negativere Bewertung der Hochschulausbildung durch Frauen in Brandenburg mit einer Erhöhung der Abwanderungsabsicht einher.

Obwohl nicht zwangsläufig davon ausgegangen werden kann, dass Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss des Studiums im Lande bleiben, was nämlich entsprechende Arbeitsangebote voraussetzen würde, besteht hier eine Steuerungsmöglichkeit des Landes. Gerade in der Entwicklung von Studienangeboten, die verstärkt auf die Bedürfnis- und Interessenlagen junger Frauen abzielen, liegen gute Möglichkeiten, um der Abwanderung junger Frauen zu begegnen.

Dies gilt einerseits für die inhaltlichen Orientierungen von Frauen auf bestimmte Studienrichtungen, die in Brandenburg, und ganz besonders im Raum Cottbus, wo auch die Kritik der Frauen an den Bildungsangeboten noch erheblich höher ist, zu einseitig klassisch technisch ausgerichtet erscheinen. Die eher mit Geisteswissenschaften ausgestattete Universität Potsdam liegt im engeren Verflechtungsraum und bietet für Frauen in den äußeren Entwicklungsräumen keine räumlichen Vorteile gegenüber Berlin, Leipzig oder Rostock. Andererseits sind auch die Rahmenbedingungen des Studiums entscheidend, wie öffentliche Verkehrsanbindung, Wohnsituation und Freizeitangebot sowie die Aufstiegschancen in der Wissenschaft.

Tabelle 30
Zusammenhang zwischen einem möglichen Wegzug aus Brandenburg in den nächsten 2 Jahren und der Bewertung der Hochschul-/Universitätsausbildung im Land Brandenburg, 2007 (Angaben in Prozent, n = 608)

Wegzug	Bewertung der Hochschul- und Universitätsausbildung Frauen			
	gut	eher gut	eher schlecht	schlecht
Ja	6,8	2,1	11,1	45,5
denke darüber nach	8,8	7,4	7,4	-
Nein	84,4	90,4	81,5	54,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

6.5 Bewertung der bildungspolitischen Gleichstellungsmaßnahmen im Land Brandenburg

Gender Mainstreaming ist in der Bildungspolitik des Landes Brandenburg unzureichend verankert, vor allem in den Bereichen Schule und Berufliche Bildung liegen wenige Erfahrungen vor. Dennoch bestehen aus der Frauenpolitik und aus der Arbeitsmarktpolitik heraus geschlechterbezogene Ansätze.

Der Zukunftstag für Mädchen und Jungen wird jährlich veranstaltet und stellt insbesondere die geschlechteruntypischen Aspekte der Berufsorientierung in den Vordergrund. Das erfolgreiche Instrument wirkt in der Praxis vor allem in Hinblick auf die Öffnung sogenannter „frauentypischer“ Berufsfelder für Jungen.

Ein Modellprojekt „Ausbildung für junge Mütter ohne Berufsabschluss zur Kauffrau für Bürokommunikation“ erprobt die maßgeschneiderte Berufsausbildung junger Mütter. Zielgruppe sind junge Mütter, aber auch junge Väter ohne Berufsabschluss, vor allem mit ALG-II-Bezug.

In der Hochschulpolitik gibt es frauenpolitische Maßnahmen und an einigen Hochschulen auch gezieltes Gender Mainstreaming. Hier besteht ein Mentoring für Frauen zum besseren Zugang in Führungsfunktionen, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft wie beispielsweise Kinderbetreuungsangebote an der Universität Potsdam und das landesweite Projekt JUWEL (Jung, Weiblich, Lust auf Technik), das



zum Ziel hat, mehr junge Frauen für naturwissenschaftliche und technische Studiengänge zu gewinnen. Es bestehen Programme zur Förderung von Frauen beim Zugang zu Professuren.

■ 6.6 Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen

Mädchen und junge Frauen in Brandenburg sind die Bildungsbereitesten in ganz Deutschland. Sie erreichen ein im nationalen Vergleich besonders hohes Schulbildungsniveau. An den Schulen sind sie viel erfolgreicher als Jungen und junge Männer. Sie verfügen damit über erheblich bessere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Berufsausbildung und ein erfolgreiches Studium. Die Schulen werden Bildungsinteressen junger Frauen gerecht, nicht aber den Bildungsinteressen der Jungen. Die Schulen in Brandenburg wecken in Mädchen und jungen Frauen zu selten Interesse an Mathematik, Informatik, Maschinenbau und verwandten technisch-naturwissenschaftlichen Fächern. In den Schulen besteht demnach Handlungsbedarf für ein differenziertes geschlechterbezogenes Monitoring und innovative geschlechterbezogene didaktische Konzepte. Hierzu gehört die Vermittlung arbeits- und berufsweltrelevanter Wissens in der Schule. Hier sollten zügig Gender-Mainstreaming-Konzepte entwickelt und geschlechterspezifische Fördermaßnahmen etabliert werden. Die Lehrpläne, die Schulformen, der Personaleinsatz, die didaktischen Konzepte, die Planung der Schulstandorte und die Leistungsüberprüfungsverfahren besonders beim Übergang in die Sekundarstufe sollten dringend geschlechterbezogen überprüft werden.

Vor diesem Hintergrund erweist sich der Zukunftstag im Land Brandenburg als ambivalent. Er unterstützt offenbar junge Männer beim Zugang zu sogenannten frauentypischen Berufen, ohne dass Frauen im Gegenzug größere Ausbildungsmöglichkeiten erhalten in sogenannten männertypischen Berufen. Vor allem Mädchen benötigen dringend starke staatliche Unterstützung auf dem betrieblichen Ausbildungsmarkt.

Die jungen Frauen im Land Brandenburg können ihre sehr qualifizierten Schulabschlüsse nicht angemessen in Ausbildung und Studium umsetzen. Bei der Ausbildung sind sie benachteiligt bei der Auswahl für Ausbil-

dungsplätze, selbst in frauentypischen Berufsfeldern entwickelt sich der betriebliche Ausbildungsmarkt für Jungen positiver. Nach der Ausbildung werden Frauen seltener übernommen. Das Land sollte die Ausbildung von Frauen, vor allem in Zukunftsberufen, und die Übernahme der Frauen in den Betrieben durch Maßnahmen, zum Beispiel aus dem Europäischen Sozialfonds, unterstützen. Die Arbeitsmarktpolitik setzt hier schon mit unterstützenden Maßnahmen an, diese sollten aber erheblich ausgeweitet und auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet werden. Betriebe müssen gezielt auf Mädchen angesprochen und für frauenbenachteiligende Strukturen sensibilisiert werden. Ein Girls' Day sollte etabliert werden.

Trotz der hohen Quote von Abiturientinnen nehmen in Brandenburg weniger junge Frauen als Männer ein Studium auf. Hier besteht ein Zusammenhang mit den Wanderungsverlusten des Landes gerade bei jungen Frauen. Diese bewerten die Hochschulausbildung im Land Brandenburg negativer als Männer, was eine deutlich steigende Abwanderungsneigung zur Folge hat. Hier ist das Land nicht nur originär für die Studienstruktur und das Fächerangebot zuständig, sondern es hat gerade im Rahmen der aktuellen Studienstrukturreform auch ganz hervorragende Handlungsmöglichkeiten. Das Land sollte dringend und zügig darauf hinwirken, dass ausreichend attraktive Angebote für weibliche Studierende geschaffen werden. Hier gibt es vor allem Potenzial in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die auch vergleichsweise kostengünstig zu etablieren sind, aber auch in den Life Sciences und in spezifischen Ingenieursdisziplinen mit hohem Frauenanteil. Es bedarf nicht nur eines Gender Mainstreaming an den einzelnen Hochschulen, sondern die Hochschullandschaft des Landes muss gezielt auf Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet werden. Dies ist in Bezug auf die Professuren und die Habilitationsförderung gelungen, die Promotionsförderung und der Studienfachschnitt sind bisher unzureichend im Blick. In allen drei Bereichen, der Schulbildung, der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung, sollte Gender Mainstreaming eingeführt bzw. vertieft und erweitert werden. Es müssen Gleichstellungsziele definiert werden, die systematisch alle Ebenen erfassen. Bildung ist das wichtigste Instrument, um jungen Frauen im Land Brandenburg langfristige Perspektiven zu eröffnen.

Ein glückliches und erfülltes Familienleben ist den Frauen und Männern in Brandenburg ganz besonders wichtig. Die Geburtenrate war insgesamt in Ostdeutschland nach der Wende außerordentlich drastisch gesunken, hat sich inzwischen langsam gesteigert und beträgt aktuell in Ost- wie in Westdeutschland 1,3 Kinder pro Frau (Die ZEIT vom 8.11.2007). Die niedrige Geburtenrate führt zu Problemen für die sozialen Sicherungssysteme. Familienpolitik wird deshalb stärker wahrgenommen und modernisiert. Der Familienbegriff wird immer mehr auf das Zusammenleben mit Kindern ausgerichtet, wie im Brandenburger „Programm für Familien- und Kinderfreundlichkeit“ vom 25.10.2005, das die Familie als Ort definiert, „... wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen“. (MASGF 2005c) Als positives Ergebnis dieser Entwicklung kann auch die neue Definition der offiziellen Statistik gelten, nach der die Familie alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche Lebensgemeinschaften, eingetragene Partnerschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit Kindern im Haushalt umfasst (LDS Brandenburg 2006a). Im Unterschied zum traditionellen, stark an der Institution der Ehe ausgerichteten Familienbegriff, gestattet die neue Definition eine wirklichkeitsnahe Abbildung der gewachsenen Komplexität der Familien- und darin wirkenden Geschlechterverhältnisse.

Das Kapitel gibt eine Übersicht über die Haushaltsstrukturen in Brandenburg und über die verschiedenen Formen des familiären Zusammenlebens. Es beschreibt die wirtschaftliche Situation von Familien und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Land Brandenburg. Es wird ein bundesweites Bewertungsinstrument für die Familienfreundlichkeit des Landes gezeigt und das Abschneiden der brandenburgischen Kreise und Städte diskutiert. Im Anschluss wird gezeigt, wie die Brandenburgerinnen und Brandenburger ihre familiäre Situation einschätzen und die Familienpolitik bewerten. Eine Auswahl von familienpolitischen Maßnahmen des Landes wird vorgestellt und bewertet. Zum Abschluss werden wichtige Handlungsfelder zusammengefasst und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

■ 7.1 Haushaltsstruktur

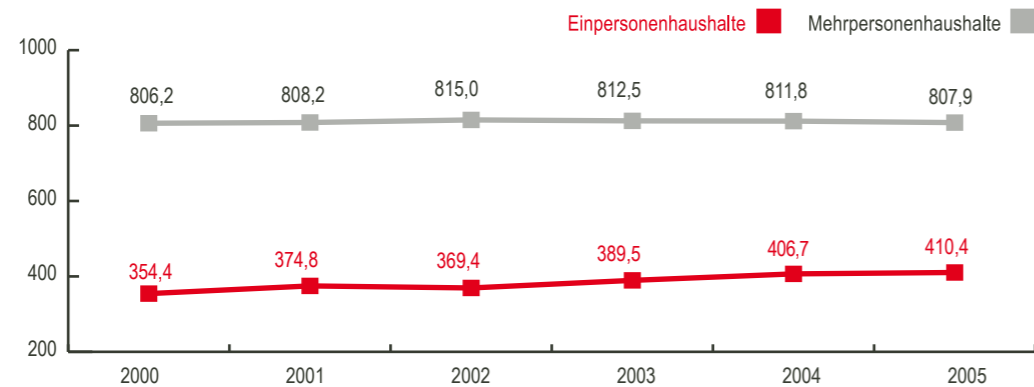
Die Betrachtung der Haushaltsstrukturen bildet elementare Entwicklungen in den Formen des Zusammenlebens ab und liefert damit erste Hinweise, wie Frauen und Männer ihr Leben gestalten und welche Rolle dabei Kinder spielen.

In Brandenburg lebten im Jahr 2004 durchschnittlich 2,11 Personen im Haushalt, in Deutschland mit 2,16 Personen geringfügig mehr, während in den EU-15-Ländern noch durchschnittlich 2,44 Personen in einem Haushalt lebten. So wuchs im Land Brandenburg in den Jahren von 2000 bis 2005 die Zahl der Privathaushalte von 1.160.800 auf 1.218.300 und erhöhte sich damit um annähernd 5 Prozent. Während dabei allein die Zahl der Einpersonenhaushalte um 16 Prozent stieg, ging parallel dazu die Anzahl der Mehrpersonenhaushalte mit mehr als 3 Personen um 13 Prozent zurück (vgl. Diagramm 17).

Diese Zahlen sind Ausdruck eines schon länger anhaltenden Trends, der durch eine Zunahme der Privathaushalte bei gleichzeitiger Verringerung der Haushaltsgröße gekennzeichnet ist. In Brandenburg verlief der Anstieg der Einpersonenhaushalte dabei dynamischer als in Deutschland insgesamt (Anstieg um 7 Prozent). Mit 33,7 Prozent liegt der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Privathaushalten im Land Brandenburg jedoch noch um rund 3,8 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Anteil in Deutschland insgesamt (37,5 Prozent).

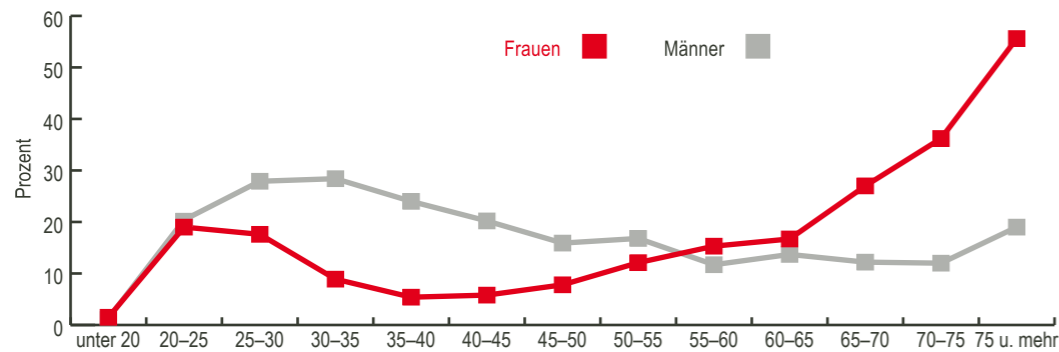
Im Land Brandenburg leben 16 Prozent der Bevölkerung allein im Haushalt, das entspricht fast dem hohen Bundesdurchschnitt. Im europäischen Vergleich weisen Deutschland und Finnland mit jeweils 17 Prozent die höchsten Anteile von Einpersonenhaushalten an der Gesamtbevölkerung auf und liegen damit um 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedsstaaten. Ein Leben als Single kann die Chance einer Erweiterung individueller Freiheitsgrade in der Lebensgestaltung bieten, andererseits aber auch die Gefahr sozialer Isolation und Vereinzelung bergen. Diese Chancen und Risiken bestehen für Frauen und Männer in ganz unterschiedlicher Form, wie ein Blick auf die Altersstruktur der Einpersonenhaushalte in Brandenburg zeigt (vgl. Diagramm 18).

Diagramm 17
Entwicklung der Ein- und Mehrpersonenhaushalte im Land Brandenburg, Mikrozensus Zeitraum 2000–2005



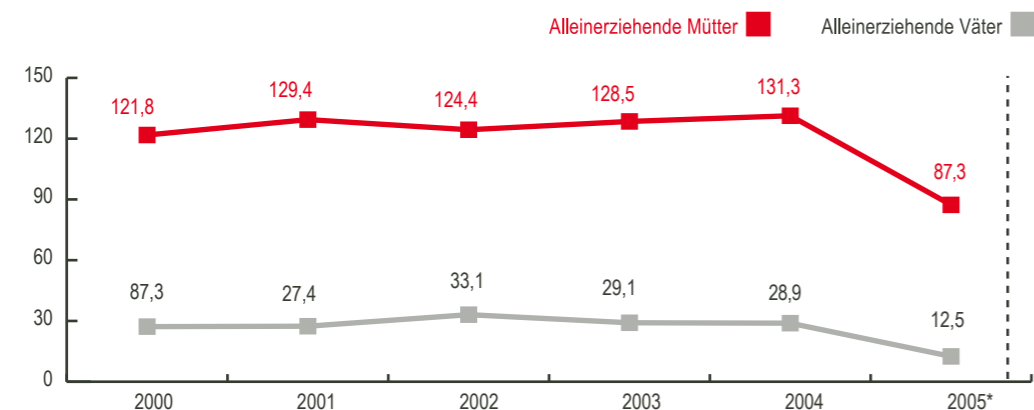
Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte A1 5-j 05/A1 7-j 05

Diagramm 18
Frauen und Männer in Einpersonenhaushalten nach Altersgruppen im Land Brandenburg, 2005



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Sonderauswertung aus dem Mikrozensus Familie 2005

Diagramm 19
Alleinerziehende Frauen und Männer im Land Brandenburg, Zeitraum 2000–2005 (Angaben in 1.000)



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte A1 5-j 05/A1 7-j 05
*Ab dem Jahr 2005 veränderte Methodik zur Erfassung der Alleinerziehenden

Frauen leben im Land Brandenburg vor allem im höheren Alter ohne andere Familienmitglieder im Haushalt, da sie eine höhere Lebenserwartung haben als ihre Partner. Demgegenüber liegt der Anteil von Männern in Einpersonenhaushalten gerade in den jüngeren Altersgruppen, also speziell in Altersgruppen, in denen Sozialkontakte in der Regel noch ausgeprägter sind, deutlich höher als bei Frauen, was eine flexiblere Gestaltung der beruflichen Bildung und Karriere ermöglicht. Gleichzeitig fällt auf, dass Männer in Brandenburg in der Lebensphase bis 40 keine Familien gründen. Es ist zwar davon auszugehen, dass alleinlebende Frauen aufgrund ihres hohen Lebensalters stark mit den negativen Folgen des Alleinlebens konfrontiert sind, aber auch jungen Männern droht soziale Desintegration. Es ist davon auszugehen, dass von vielen jungen Männern in Brandenburg ein Leben als Single nicht angestrebt wird, sondern dass die Lebensplanung eigentlich auf Partnerschaft und Familiengründung zielt.

7.2 Formen des familiären Zusammenlebens

Die Formen des Zusammenlebens mit Kindern nehmen an Vielfalt weiter zu. Die eheliche Gemeinschaft bildete in Brandenburg im Jahr 2005 mit insgesamt 256.700 Paaren mit Kindern die Hauptform des familiären Zusammenlebens, gefolgt von 99.900 alleinerziehenden Müttern und Vätern sowie 54.600 nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern (vgl. Diagramm 19 unten und Tabelle 3 im Anhang).

Während zwischen Brandenburg und den übrigen neuen Bundesländern kaum Differenzen auszumachen sind, zeigt ein Vergleich mit den alten Bundesländern dort eine stärkere Dominanz der Ehe und einen deutlich geringeren Umfang von nichtehelichen Lebensgemeinschaften (vgl. Tabelle 31).

Der Sachverhalt, dass in Brandenburg im Jahr 2005 in 43,7 Prozent aller Ehen und 50,9 Prozent aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften Kinder lebten, unterstreicht, dass Lebensgemeinschaften – speziell in Ostdeutschland – in ihrer Bedeutung als eigenständige Familienform gesellschaftlich weiter an Gewicht gewinnen. Dafür spricht auch, dass in der Zeit von 2000 bis 2005 die Zahl der Ehepaare mit Kindern im Land stark zurückging, während gleichzeitig die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern stieg

(vgl. LDS 2006a). Seit dem Jahr 2000 sank die Zahl von Familien mit mehr als zwei Kindern, seit dem Jahr 2003 auch die Zahl von Ein-Kind-Familien in Brandenburg.

Die Gruppe der Alleinerziehenden nahm in der Zeit von 2000 bis 2004 weiter zu, insbesondere die Zahl allein erziehender Frauen stieg stark um 7,8 Prozentpunkte (vgl. Diagramm 19), wobei der Anteil von Frauen an allen Alleinerziehenden 82 Prozent ausmachte.

Die auf Basis des neuen Familienbegriffs erfolgte neue statistische Erfassung der Alleinerziehenden, zu denen nun die in Lebensgemeinschaften eingebundenen Mütter und Väter nicht mehr hinzugezählt werden, führte im Jahr 2005 zu einer Verringerung der erfassten Gesamtzahl Alleinerziehender und einem weiteren Anstieg des Frauenanteils in dieser Gruppe auf 87,5 Prozent.

Veränderungen im Jahr 2005, die hier abgebildet werden, liegen demnach an der anderen statistischen Erfassung.

Tabelle 31
Familien nach Familienformen im Vergleich, 2005 (Angaben in Prozent)

Familienform	Land Brandenburg	Ostdeutschland	Westdeutschland	Deutschland
Ehepaare	62,4	62,3	76,2	73,4
Lebensgemeinschaften	13,3	12,2	4,6	6,2
alleinerziehende Mütter	21,2	22,5	16,6	17,8
alleinerziehende Väter	3,0	3,0	2,6	2,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Leben in Deutschland, Mikrozensus 2005, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Bevölkerung, Privathaushalte und Lebensformen – Mikrozensus 2005

7.3 Wirtschaftliche Situation von Familien

Die Angaben zum Familiennettoeinkommen im Land Brandenburg dokumentieren sowohl größere Unterschiede in der Einkommenssituation verschiedener Familienformen als auch zwischen den Geschlechtern innerhalb der jeweiligen Kategorien. Die gravierendsten Differenzen finden sich hier zwischen Ehepaaren und Alleinerziehenden. Die Daten bilden die schlechtere wirtschaftliche Situation von Frauen ab.

Ein bundesweiter Vergleich der Nettoeinkommen von Familien mit Kindern unter 18 Jahren liefert dazu das folgende Bild²⁰ (vgl. Tabelle 32):

– Alleinerziehende in den neuen Bundesländern verfügen über das geringste Einkommen. So befinden sich rund 27 Prozent aller Alleinerziehenden in den Einkommensgruppen unter 900 Euro, während dieser Wert in den alten Bundesländern mit rund 19 Prozent bedeutend geringer ausfällt. Das Land Brandenburg weist mit 28,4 Prozent eine noch größere Armut von Alleinerziehenden auf als Ostdeutschland insgesamt.

²⁰ Die Daten aus dem Mikrozensus basieren auf identischen Erhebungen, Brandenburg ist daher mit dem Bund vergleichbar.

Tabelle 32

Familien nach monatlichem Nettoeinkommen im Vergleich, 2005 (Angaben in Prozent)

Region	Familienform	unter 900 €	900 € b. u. 2.000 €	2.000 € und mehr	Gesamt
Land Brandenburg	Alleinerziehende	28,4	55,8	10,3	100
	Lebensgemeinschaften	/	42,4	48,1	100
	Ehepaare	/	28,6	63,2	100
Ostdeutschland	Alleinerziehende	27,2	62,2	10,6	100
	Lebensgemeinschaften	3,9	47,1	49,0	100
	Ehepaare	2,6	34,7	62,7	100
Westdeutschland	Alleinerziehende	18,7	63,7	17,7	100
	Lebensgemeinschaften	2,5	32,0	65,5	100
	Ehepaare	1,2	23,3	75,5	100

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Leben in Deutschland – Mikrozensus 2005* sowie Amt für Statistik Berlin-Brandenburg – *Bevölkerung, Privathaushalte und Lebensformen – Mikrozensus 2005*

Tabelle 33

Monatliches Familiennettoeinkommen von Ehepaaren nach Anzahl der Kinder im Land Brandenburg, Mikrozensus 2005

Monatliches Nettoeinkommen der Familie (von ... bis unter ... €)	mit 1 Kind		mit 2 Kindern		Gesamt	
	1.000	Spalten-%	1.000	Spalten-%	1.000	Spalten-%
unter 300	-	-	/	/	/	/
300–700	/	/	/	/	/	/
700–900	/	/	/	/	/	/
900–1.300	10,1	6,8	5,2	5,6	16,2	6,3
1.300–1.500	6,0	4,1	/	/	10,2	4,0
1.500–1.700	11,1	7,5	/	/	15,6	6,1
1.700–2.000	14,1	9,5	7,9	8,5	23,6	9,2
2.000–2.300	17,3	11,7	9,7	10,4	29,3	11,4
2.300–2.600	17,4	11,8	8,9	9,6	28,4	11,1
2.600–3.200	26,3	17,8	16,4	17,6	45,1	17,6
3.200–4.500	22,2	15,0	19,5	20,9	43,8	17,1
4.500 und mehr	9,1	6,2	10,5	11,3	21,6	8,4
Sonstige	9,6	6,5	6,3	6,8	17,4	6,8
Gesamt	147,7	100,0	93,1	100,0	256,7	100,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, *Statistische Berichte A1 5 - j 05/A1 7 - j 05* und eigene Berechnungen

- Die Zahlen in den höheren Einkommensgruppen für Ostdeutschland und Brandenburg fallen erheblich geringer aus. In der Gruppe mit einem Einkommen von mehr als 2.000 Euro befinden sich im Land Brandenburg lediglich 10,3 Prozent und in Ostdeutschland 10,6 Prozent aller Alleinerziehenden, während sich der Vergleichswert für Westdeutschland auf immerhin 18 Prozent beläuft.
- Die höchsten Familieneinkommen realisieren Ehepaare in Westdeutschland. Ca. drei Viertel dieser Paare verfügen über ein monatliches Einkommen von mehr als 2.000 Euro. In Ostdeutschland sind dies lediglich 62,7 Prozent und im Land Brandenburg 63,2 Prozent aller Ehepaare.
- Tendenziell erzielen in Brandenburg Lebensgemeinschaften ein geringeres Einkommen als Ehepaare, aber die Haushaltseinkommen aller Paare liegen klar über den Haushaltseinkommen von Alleinerziehenden, unabhängig von der Kinderzahl.

Erwerbstätigkeit ist in allen Familienformen die wichtigste Einnahmequelle, vor allem ist eine höhere Erwerbsbeteiligung von Vätern zu verzeichnen. Verheiratete Mütter sind dabei noch in größerem Umfang erwerbstätig als Mütter in Lebensgemeinschaften (vgl. Tabellen 4 und 5 im Anhang), weshalb Letztere auch eine größere finanzielle Abhängigkeit von ihren Partnern aufweisen. Ausschlaggebend für eine stärkere Konzentration von Frauen auf „Familienarbeit“ können sowohl tradierte Rollenbilder als auch geschlechtertypische Einkommensdifferenzen sein (u. a. BMFSFJ 2006a). Obwohl für die Gruppe der Alleinerziehenden in Brandenburg keine belastbaren Aussagen vorliegen, kann davon ausgegangen werden, dass hier – ähnlich wie für die Bundesrepublik durch den Mikrozensus insgesamt ermittelt – alleinerziehende Väter ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbs- oder Berufstätigkeit finanzieren, während alleinerziehende Frauen ihren Lebensunterhalt häufiger durch Arbeitslosengeld I bzw. II oder auch durch Sozialgeld realisieren. Generell gilt, je jünger alleinerziehende Mütter oder ihre Kinder sind, desto häufiger leben sie in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen. Je höher das Alter der Alleinerziehenden oder ihrer Kinder, desto seltener die Einkommensarmut in dieser Familienform (vgl. Eggen 2005).

Eine Differenzierung der Einkommensverhältnisse nach der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder zeigt bei

Ehepaaren mit Kindern einen Zusammenhang in der Form, dass mit einem höheren Einkommen die Zahl der im Haushalt lebenden Kinder zunimmt (vgl. Tabelle 33). Dies spricht dafür, dass Eltern ihre Entscheidung für ein Kind, speziell das zweite Kind, in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation der Familie treffen. Bei Erfüllung dieses Wunsches begeben sich vor allem Frauen zunehmend in ökonomische Abhängigkeiten. Die Armutsgefährdung von Familien mit Kindern stellt damit eine Ursache der niedrigen Geburtenrate dar.

7.4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Erkenntnis, dass von einer gerechteren Verteilung der Familien- und Berufsarbeit auf beide Geschlechter sowohl Frauen als auch Männer profitieren und dies der Gesellschaft insgesamt zugutekommt, wird kaum noch ernsthaft bestritten (u. a. BMFSFJ 2006a; Maier 2000). Auch neuere Studien zur Gesundheit von Müttern zeigen, dass die Erwerbstätigkeit der Mütter schon bei kleinen Kindern die psychische Gesundheit der Mütter erhöht und somit auch für die Kinder gut ist (Richter u. a. 2007). Gegenwärtig bestehen aber noch erhebliche und z. T. weiter zunehmende Ungleichgewichte in der Beteiligung von Frauen und Männern am Arbeitsleben sowie in der Wahrnehmung von familiären Aufgaben (vgl. Tabelle 34).

Tabelle 34

Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern zwischen 25 u. 45 Jahren nach Familienformen im Land Brandenburg, 2005

	Frauen	Männer
mit Kindern	82,5	89,7
ohne Kinder	87,6	78,7
Ehefrauen/Ehemänner		
mit Kindern	84,8	90,9
ohne Kinder	92,0	89,1
Lebenspartner/in		
mit Kindern	85,8	86,8
ohne Kinder	91,4	88,9
Alleinstehende		
mit Kindern	72,6	83,7
ohne Kinder	83,5	72,7

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg – *Bevölkerung, Privathaushalte und Lebensformen – Mikrozensus 2005*

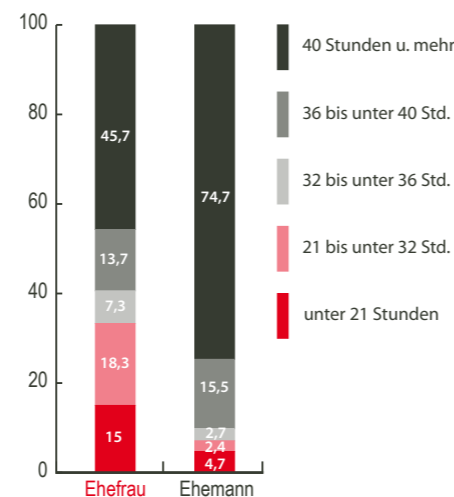


So unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Alter zwischen 25 und 45 Jahren: Frauen mit Kindern weisen eine geringere Erwerbstätigenquote auf als Männer mit Kindern und Frauen ohne Kinder. Männer mit Kindern weisen umgekehrt eine höhere Erwerbstätigenquote auf als Frauen mit Kindern und Männer ohne Kinder.

Betrachtet man einzelne Familienformen nach der Beteiligung am Erwerbsleben in Brandenburg, lässt sich erkennen, dass insbesondere alleinerziehende Frauen im Alter von 25 bis unter 45 Jahren eine vergleichsweise niedrige Erwerbstätigenquote aufweisen. So sind 72,6 Prozent der erwerbsfähigen alleinerziehenden Mütter in dieser Altersgruppe erwerbstätig, während dies für 85,8 Prozent der erwerbsfähigen Frauen mit Kindern in Lebensgemeinschaften und 84,8 Prozent der erwerbsfähigen Ehefrauen mit Kindern zutrifft. Auch alleinerziehende Väter sind seltener erwerbstätig als alle anderen Männergruppen und als Mütter, die in einer Partnerschaft leben. Diese geschlechtersegregierte Erwerbssituation von Vätern und Müttern ist nicht nur ein brandenburgisches Phänomen, sondern zeigt sich auch in anderen europäischen Ländern. So liegt die Erwerbstätigenquote der Frauen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren mit Kindern unter 12 Jahren in den EU-25-Staaten bei 60 Prozent, bei den Frauen ohne Kinder beträgt sie 75 Prozent. Die Erwerbstätigenquote der Männer mit Kindern unter 12 Jahren hingegen ist mit 91 Prozent um 5 Prozentpunkte höher als die kinderloser Männer (Eurostat 2005:1).

Auch ein Blick auf die geleisteten Wochenarbeitsstunden von Ehepaaren mit Kindern im Land Brandenburg unterstreicht, dass Ehemänner im größeren Umfang einer beruflichen Beschäftigung nachgehen als ihre Ehefrauen (vgl. Diagramm 20). Die These einer geschlechterbezogenen Ungleichverteilung der Erwerbsarbeit in Familien kann damit weiter untermauert werden. Die zu Beginn des Kapitels bereits erwähnte Familiendefinition des Landes Brandenburg verweist darauf, dass Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht einseitig auf die Betreuung von Kindern zu beschränken ist, sondern auch die Pflege von Angehörigen umfasst.

Diagramm 20
Geleistete Wochenarbeitsstunden von Ehepaaren mit Kindern, 2005 Brandenburg



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam und eigene Berechnungen, Sonderauswertung aus dem Mikrozensus Familie 2005

Verschiedene Untersuchungen (u. a. Jasper 2007; Häuser 2007) lassen auch bezüglich der Pflegeleistungen, die für Angehörige erbracht werden, eine Reihe von Analogien zur Kinderbetreuung erkennen. Auch in der häuslichen Pflege leisten Frauen deutschlandweit drei Viertel der Arbeit: nahezu 75 Prozent der Pflegenden sind Ehefrauen, Partnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter (Jasper 2007:7). „Der Anteil der pflegenden (Ehe-)Männer und (Schwieger-)Söhne und/oder Partner hat von 17 Prozent im Jahr 1991 auf 25 Prozent im Jahr 2002 zugenommen.“ (Jasper 2007:7). Die Notwendigkeit geschlechterdifferenzierter Aktivitäten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gilt damit auch für die hohe Verantwortung von Frauen in der häuslichen Pflege von Angehörigen, was durch die demographische Entwicklung als Problem zunimmt.

7.5 Subjektive Reflexion der familiären Situation
Familie und Partnerschaft haben sowohl für Frauen als auch Männer im Land Brandenburg einen ganz herausragenden Stellenwert. Ihnen ist eine „glückliche Familie und Partnerschaft“, die hinter der Erhaltung des Friedens den zweiten Rang auf der Werteskala belegt, besonders wichtig, auch „Liebe und Zuneigung“ wird mit Rang 6 von beiden Geschlechtern als hoher Wert angesehen.²¹ Die Familie als Wert hat damit in Brandenburg eine noch höhere Bedeutung als die Erwerbstätigkeit, und zwar für beide Geschlechter. Sehr viele Frauen und Männer in Brandenburg können ihren Wunsch nach einer glücklichen Familie oder Partnerschaft erfüllen. 92,8 Prozent aller befragten Frauen und 93,8 Prozent aller befragten Männer gaben an, mit ihrem Familienleben zufrieden zu sein (vgl. Diagramm 21).

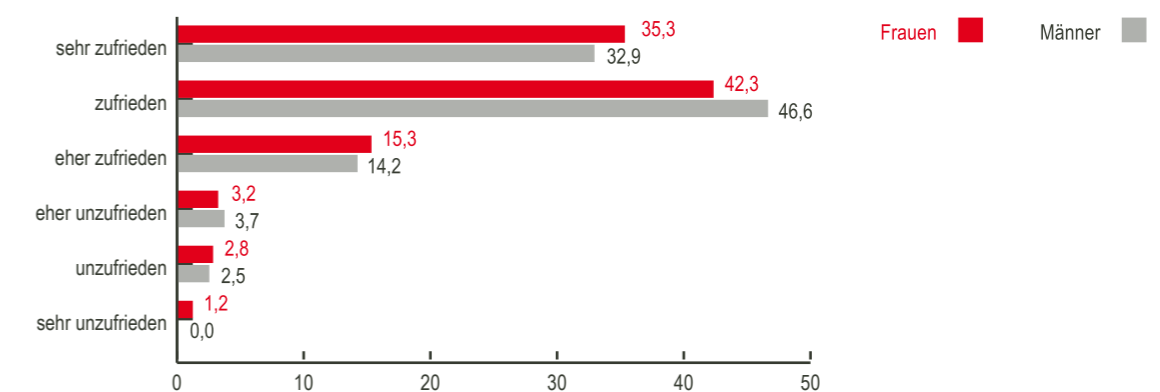
Gegenüber jeweils etwas mehr als 40 Prozent aller in Partnerschaft lebenden Frauen und Männer geben nur 24,9 Prozent der allein lebenden Frauen und 18,2 Prozent der alleinstehenden Männer an, mit ihrem Familienleben sehr zufrieden zu sein. Alleinerziehende Mütter weisen in der Gruppe allein lebender Frauen

besonders hohe Unzufriedenheitswerte auf. Gerade unter Alleinlebenden ist die Zufriedenheit mit dem Familienleben deutlich niedriger als bei jenen, die in eine Partnerschaft eingebunden sind. Dies macht deutlich, dass der Single-Status oft kein frei gewählter bzw. angestrebter ist. Vielmehr sind viele ältere alleinstehende Frauen verwitwet, viele jüngere Männer ohne Partnerin hätten sich eine Familie gewünscht und haben keine Partnerin gefunden. Mit der Unterstützung von Familien in Brandenburg durch Staat und Gesellschaft ist ein großer Teil aller Frauen und Männer zufrieden (vgl. Diagramm 22).

Frauen äußern sich diesbezüglich jedoch kritischer: mehr als jede dritte Frau, aber nur jeder vierte Mann, ist mit der Unterstützung der Familien eher oder gänzlich unzufrieden. Deutlich unzufriedener sind die alleinerziehenden Frauen sowie arbeitslose Mütter und Väter. Hinzu kommt, dass mit steigender Zahl der im Haushalt lebenden Kinder auch die Unzufriedenheit mit der Unterstützung von Familien im Land Brandenburg zunimmt.

²¹ Repräsentativerhebung des G/I/S/A 2007.

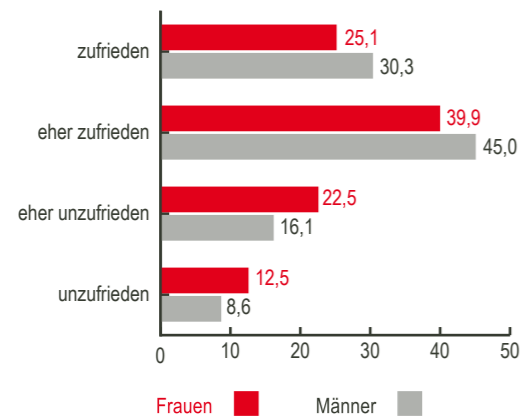
Diagramm 21
Zufriedenheit mit dem Familienleben, Brandenburg, 2007 (Angaben in Prozent)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt



Diagramm 22
Zufriedenheit mit der Unterstützung von Familien im Land Brandenburg, 2007 (Angaben in Prozent)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

Dennoch ist der Wunsch nach Kindern (gefragt wurde nach dem Wunsch, in den nächsten zwei Jahren ein Kind bekommen zu wollen)²², besonders in den jüngeren Altersgruppen noch relativ stark ausgeprägt (vgl. Tabelle 35).

Tabelle 35
Kinderwunsch in den nächsten zwei Jahren nach Altersgruppen im Land Brandenburg, 2007 (Angaben in Prozent)

Altersgruppe	Frauen		Männer	
	ja	nein	ja	nein
18 b. u. 20 Jahre	0,0	100,0	18,2	81,8
20 b. u. 30 Jahre	44,9	55,1	26,5	73,5
30 b. u. 40 Jahre	23,9	76,1	30,3	69,7
40 b. u. 50 Jahre	2,4	97,6	8,6	91,4
50 b. u. 60 Jahre	0,0	100,0	2,9	97,1
60 b. u. 70 Jahre	0,0	100,0	0,0	100,0
70 Jahre und älter	0,0	100,0	2,3	97,7
Gesamt	10,2	89,8	10,3	89,7

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

Bei den befragten Frauen zeigen sich andere Kinderwunschmuster als bei den Männern. Erwartungsgemäß geben Frauen jenseits des gebärfähigen Alters keinen Kinderwunsch an, und auch bei Männern über fünfzig liegt nur sehr vereinzelt ein Kinderwunsch vor. Dagegen will keine der befragten Frauen unter 20 ein Kind in den nächsten zwei Jahren, aber jeder fünfte junge Mann bis 20 Jahre äußert einen Kinderwunsch. Dies deutet darauf hin, dass sehr junge Frauen anders als diese Männer ihre Ausbildung und den Berufseinstieg erfolgreich abschließen wollen, bevor sie Kinder bekommen. In der Altersgruppe zwischen 20 und 30 wünschen sich mehr Frauen als Männer ein Kind, bei Männern ist der Kinderwunsch dagegen ausgeprägter in den Altersgruppen zwischen 30 und 50.

Ein Kinderwunsch wird nicht immer in die Tat umgesetzt, dies hängt von vielen Rahmenbedingungen ab.²³ Eine davon ist die Partnerschaft. Hier zeigt sich, dass der Kinderwunsch bei Frauen und Männern altersspezifisch differiert. Es ist deshalb schwierig, in einer konkreten Partnerschaft die zeitlich unterschiedlichen Präferenzen für Kinder und die biologischen Bedingungen bei den Frauen unter einen Hut zu bringen. Partnerschaften bleiben zunehmend kinderlos, weil sich die Paare, und hier oft auch die Männer, zu spät für Kinder entscheiden.

²² Obwohl versucht wurde, mit der Begrenzung der Frage auf einen überschaubaren Zeitraum von zwei Jahren den Kinderwunsch möglichst konkret zu erfassen, entspricht dieser Wunsch nicht den zu erwartenden Geburten. Es muss aber mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass die Absicht, keine Kinder zu bekommen, in dieser Form auch umgesetzt wird (vgl. Klein 2006).

²³ Wie sich die Realisierung eines einmal geäußerten Kinderwunsches gestaltet, hängt dabei stark von den objektiven Rahmenbedingungen der Familiengründung sowie der Komplexität und Stärke konkurrierender Bedürfnisse ab. Einschlägige Untersuchungen bestätigen (u. a. Klein 2006), dass ein wesentlich geringerer Prozentsatz derjenigen, die einen Kinderwunsch äußern, diesen auch realisiert. Insofern liefert der gerade bei Jüngeren relativ stark ausgeprägte Kinderwunsch lediglich einen Hinweis auf diesbezügliche vorhandene Potenziale.

7.6 Maßnahmen für Familien in Brandenburg

Das Land erhebt den Anspruch, Brandenburg zu einer besonders kinder- und familienfreundlichen Region zu machen.

Die Familienpolitik wird dabei als eine Querschnittsaufgabe von zentraler Bedeutung verstanden, die eng verknüpft ist mit allen anderen Politikfeldern. Die Familienpolitik soll die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am gesellschaftlichen Leben und die Generationengerechtigkeit zur Geltung bringen.

Brandenburg verwirklicht diesen politikfeldübergreifenden Ansatz mit dem Programm „Die Brandenburger Entscheidung: Familien und Kinder haben Vorrang“ und verdeutlicht damit, dass die Entscheidung für ein kinder- und familienfreundliches Brandenburg nur durch eine integrierte Politik verwirklicht werden kann. Akteure hierbei sind neben dem Land auch der Bund und die Kommunen, die Wirtschaft, Sozialpartner, Initiativen und Verbände wie auch die Familien selbst.

Das Land nimmt seine Verantwortung wahr, indem es bundespolitisch Einfluss nimmt und auf Landesebene die Rahmenbedingungen für Kinder und Familien verbessert sowie die kommunale Familienpolitik gezielt unterstützt. Insgesamt werden für das Programm „Familien und Kinder haben Vorrang“ in den Jahren 2006 bis 2008 zusätzliche Mittel von bis zu 1,7 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Hervorzuheben sind die besonders bedeutsamen Vorhaben mit einem innovativen Modellcharakter, wie die Lokalen Netzwerke Gesunde Kinder (360.000 Euro), die Eltern-Kind-Zentren (398.000 Euro) oder die Lokalen Bündnisse für Familie (170.000 Euro).

Wichtige familienpolitische Maßnahmen des Landes im Maßnahmenpaket des Programms sind:

- audit berufundfamilie®: Mit dem von der Hertie-Stiftung durchgeführten Audit werden Unternehmen bei der Implementierung einer familiengerechten Personalpolitik unterstützt. Brandenburg unterstützt die Auditierung aus ESF-Mitteln.
- „Flexibilisierung und Unterstützung Studierender mit Kindern sowie werdender Mütter“: Neben individueller Beratung und besonderen Festlegungen in Studien- und Prüfungsordnungen richtet sich die Unterstützung auf flexible Formen der Kinderbetreuung

in Kooperation mit Studentenwerken, kommunalen Kindereinrichtungen und Stadtverwaltungen. Die Zahl der Betreuungsplätze wurde erhöht. Studierenden mit Kindern wird u. a. durch Teilzeitstudiengänge, individuelle Stundenpläne, berufsbegleitende Lehrangebote das Studium erleichtert bzw. ermöglicht. Die Sicherung familiengerechter Rahmenbedingungen ist in der Präambel der Zielvereinbarungen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur mit den Hochschulen verankert.

- Eltern-Kind Zentren: Insbesondere in sozial benachteiligten Einzugsbereichen werden modellhaft Familien unterstützende Angebote entwickelt und erprobt. Eltern erhalten in ihrer Erziehungsverantwortung Förderung und Unterstützung durch das Land.
- Lokale Netzwerke Gesunde Kinder: Die vom Land geförderten Netzwerke haben zum Ziel, Mütter und Väter im Übergang zur Elternschaft zu unterstützen. Dies geschieht unmittelbar vor Ort, niedrigschwellig und unbürokratisch. Regelmäßig werden die Familien durch Paten oder Lotsen aufgesucht. Auf diese Art und Weise werden die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt. Die Netzwerke vermitteln so nicht nur Angebote der gesundheitlichen Vorsorge und der Familienbildung, sondern entlasten und unterstützen Eltern und verwirklichen somit präventiven Kinderschutz.
- Sprachstandserhebung und Sprachförderung: Im Jahr vor der Einschulung werden Sprachstandserhebungen und Sprachförderungen durchgeführt. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Kinder beim Schuleintritt über gute sprachliche Voraussetzungen verfügen, die ihnen einen erfolgreichen weiteren Bildungsverlauf ermöglichen.
- Familienpass: Brandenburg stellt einen Familienpass mit konkreten und preisermäßigten Leistungsangeboten bereit, der den Zugang zu Freizeit- und Kultureinrichtungen erleichtert und Familien so bei der Erziehung und Bildung unterstützt.
- Elternbriefe: Alle Eltern neugeborener Kinder erhalten über die Standesämter kostenfrei ein Begrüßungspaket u. a. mit dem Ratgeber für Familien und den ersten vier Elternbriefen. Die Elternbriefe beziehen sich dabei auf unterschiedliche Themenfelder. Es werden Informationen, Tipps, Hinweise, Adressen zusammengefasst und wichtige Anregungen



gegeben. Weitere Briefe können von den Eltern für Kinder bis zum achten Lebensjahr jeweils kostenfrei bestellt werden.

- Lokale Bündnisse für Familien: Die lokalen Bündnisse sind ein Zusammenschluss von vielen gesellschaftlichen Gruppen mit dem Ziel, vor Ort für familien- und kinderfreundliche Bedingungen zu sorgen und Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Das Land unterstützt und fördert die Initiativen zur Bildung lokaler Bündnisse für Familie.

Im familien- und kinderpolitischen Programm sind darüber hinaus auch Maßnahmen wie die Wohnraumförderung in der Innenstadt mit dem Schwerpunkt Mehrgenerationenwohnformen oder altersgerechtes Wohnen, die Schaffung sicherer Schul- und Spielwege, eine sichere Straßeninfrastruktur, die Sanierung und Ergänzung des Bestandes an öffentlichen Spielplätzen im Sinne einer „Kindgerechten Stadt“ wie auch Maßnahmen zur Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements und zur Stärkung der Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Familien und Kindern integriert.

Brandenburg geht zudem neue Wege in der Pflege: Unter dem Motto „Später beginnt jetzt“ wurde am 21. Juni 2007 eine „Pflegeinitiative“ gestartet. Die in der Pflegeinitiative vereinten Partner haben ein Ziel: Sie wollen die Lebenssituation hilfe- und pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen verbessern. Ein Kernpunkt ist unter anderem auch das Thema „Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege“.

Im Land Brandenburg werden folgende Familienverbände in die Politikgestaltung eingebunden und gefördert:

- Deutscher Familienverband Landesverband Brandenburg e. V.
- Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg e. V.
- Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen
- Familienbund der Katholiken Landesverband Brandenburg
- SHIA – Landesverband Brandenburg e. V. (Selbsthilfe Alleinerziehender)
- Verband Alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Brandenburg e. V.

■ 7.7 Bewertung der familienpolitischen Maßnahmen

Der Workshop mit den frauenpolitischen Expertinnen zeigte, dass das Land in seiner Familienpolitik zwar wichtige Aspekte behandelt, aber auch Spannungsfelder bestehen. Nicht nur die Namensgebung des MASGF, in dem das früher für „Frauen“ stehende „F“ durch „Familie“ ersetzt wurde, anstatt wie in anderen Bundesländern zu erweitern, wurde kritisiert. Es wurde auch problematisiert, dass die komplexen Anforderungen an Frauen und an Männer bei der Gestaltung ihrer Berufs- und Lebensverläufe und ihre Auswirkungen auf die Geburtenraten stärker wahrgenommen werden müssen. Die Vertreterinnen von Frauenverbänden und Frauenorganisationen des Landes Brandenburg wiesen im Expertinnenworkshop besonders darauf hin, dass sich auf dem Arbeitsmarkt die Vorurteile hartnäckig halten, dass Frauen von vornherein eine verstärkte Ausrichtung auf Familie und eine deshalb geringere Erwerbsorientierung hätten. Sie wünschen sich einen offensiveren Umgang der Landesregierung gegenüber den Betrieben mit dem Thema Vereinbarkeit von Familien und Beruf.

Sie sehen vor allem Probleme für Berufsrückkehrerinnen und junge Mütter ohne Ausbildung und fordern für diese beiden spezifischen Zielgruppen konkrete Maßnahmen, die sie auch in der brandenburgischen Arbeitsmarktpolitik wiederfinden. Sie sehen aber auch für Frauen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen sehr große Probleme. Daher fordern sie eine hohe Priorität für Kindertagesstätten, Tagespflege, Horte und Schulen. Hier fehlen ihnen Ganztagsangeboten, flexible Öffnungszeiten und Ferienöffnung von Horten und Kindertagesstätten. Die Angebote sind ihrer Erfahrung nach nicht optimal kombinierbar, wie zum Beispiel Tagespflege und Kindertagesstätten. Auch bei der Schülerinnen- und Schülerbeförderung sehen sie eine hohe Wichtigkeit, denn diese erspart den Eltern Begleitmobilität und damit Zeit. Als wirksam bewerten sie Zuschüsse zum Familienurlaub, zu Maßnahmen von Familienverbänden und zu frauenspezifischen Angeboten für Beratung und Vernetzung. Sie vermissen landespolitische Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege über die Kinderbetreuung hinaus.

■ 7.8 Bewertung der Familienfreundlichkeit im Land Brandenburg

Der Familienatlas der Bundesregierung (www.prognos.com/familienatlas) bietet eine gute Möglichkeit, die Familienfreundlichkeit des Landes im Bundesvergleich zu bewerten und Handlungsfelder zu identifizieren. Der Familienatlas formuliert vier familienpolitische Handlungsfelder: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnsituation und Wohnumfeld, Bildung und Ausbildung sowie Freizeit- und Kulturangebote.

Brandenburg schneidet bei diesen Handlungsfeldern gemischt ab. Mit Potsdam hat Brandenburg eine Top-Region für Familien zu bieten. In der zweiten Gruppe, die in Bezug auf Arbeitsmarkt und demographische Entwicklung nicht ganz so günstige Rahmenbedingungen aufweist, aber sehr viel für Familien tut, finden sich die beiden Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald. Die meisten Landkreise in Brandenburg haben schlechtere ökonomische und demographische Rahmenbedingungen, engagieren sich aber stark familienpolitisch, dies gilt für die Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark, Potsdam-Mittelmark, Märkisch-Oderland, Oder-Spree, Elbe-Elster und Spree-Neiße sowie die Städte Brandenburg, Frankfurt/Oder und Cottbus. Brandenburg hätte damit in Gesamtdeutschland eine Vorreiterposition, gäbe es nicht vier Landkreise, in denen die familienpolitischen Anstrengungen nur im Mittelfeld liegen. Die betrifft den ökonomisch und demographisch etwas stärkeren Landkreis Oberhavel, aber auch die wirtschaftsschwachen und in der demographischen Entwicklung problematischeren Landkreise Havelland, Barnim und Oberspreewald-Lausitz. Die letzten drei Landkreise werden als „gefährdete Regionen“ klassifiziert.

Bei den einzelnen Handlungsfeldern sind differenzierte Indikatoren für familienfreundliche Bedingungen entwickelt. Im Folgenden wird zusammengefasst, wie Brandenburg im Vergleich mit anderen Bundesländern abschneidet, aber auch, wie die Binnendifferenzierung in Brandenburg sich darstellt.

■ 7.8.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In diesem Handlungsfeld werden als Indikatoren die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, die Betreuungsquote unter-dreijähriger Kinder und die Ganztagsbetreuungsquote im Kindergartenalter ausgewiesen.

Brandenburg schafft es mit den Städten Cottbus, Potsdam, Frankfurt und Brandenburg sowie dem Landkreis Barnim unter die besten 25 Regionen Deutschlands. Die Landkreise Elbe-Elster und Uckermark sind im Bundesvergleich zwar noch überdurchschnittlich, liegen aber in Brandenburg und in Ostdeutschland auf den letzten Plätzen.

■ 7.8.2 Wohnsituation und Wohnumfeld

Für dieses Handlungsfeld wurden als Indikatoren die Erschwinglichkeit von Wohneigentum, also der Preis gemessen an der Kaufkraft gewertet, die Entfernung zu Mittelzentren, die Frei- und Erholungsflächen je Einwohnerin und Einwohner, der Anteil der Familienwohnungen mit mehr als drei Räumen, die Zahl der im Straßenverkehr verunglückten Kinder, die Kriminalitätsrate und die Dichte an Kinderärztinnen und Kinderärzten. In Brandenburg erreicht kein Landkreis Spitzenwerte, überdurchschnittlich liegen immerhin die Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Frankfurt, Cottbus, Spree-Neiße und Elbe-Elster. Potsdam, Havelland, Oberhavel und Barnim erreichen aber nur unterdurchschnittliche Werte.

■ 7.8.3 Bildung und Ausbildung

Im Handlungsfeld Bildung und Ausbildung wurden Qualitätsindikatoren gewählt, die die Relation zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern, die Klassengröße in der Primarstufe und Sekundarstufe I, die erteilten Unterrichtsstunden pro Schülerin und Schüler sowie die Ausbildungsplatzdichte abbilden. Da es sich bei der allgemeinen Schulbildung um Länderkompetenzen handelt, liegt hier ein wichtiges Handlungsfeld für Brandenburg als Bundesland. Bildung und Ausbildung werden daher auch in diesem Bericht in eigenen Kapiteln diskutiert. Das Land Brandenburg hat anders als die umliegenden ostdeutschen Bundesländer die Schulen stärker zurückentwickelt. Brandenburg bildet deshalb, betrachtet man die im Atlas geographisch abgebildeten Landkreise, eine durchschnittliche Insel im weit überdurchschnittlichen Osten, während Westdeutschland kaum gute Werte erreicht. In Brandenburg erreichen lediglich Potsdam und Ostprignitz-Ruppin überdurchschnittliche Werte. Bildung ist in Brandenburg daher im ostdeutschen Vergleich ein Negativfaktor.



tor bei der Familienfreundlichkeit, im gesamtdeutschen Vergleich ist Brandenburg allerdings noch überdurchschnittlich. Verbindet man die Ergebnisse des Familienatlas mit der Unzufriedenheit vor allem der Frauen in Brandenburg mit der Bildungslandschaft, die sich in der Abwanderung der Studieninteressentinnen und in den Ergebnissen der repräsentativen Umfrage der hiesigen Studie zeigt, so wird deutlich, dass die Bildung in Brandenburg stärker auf geschlechtersensitive Ansätze und die Förderung von Frauen und von Familien ausgerichtet und insgesamt erweitert werden sollte.

■ 7.8.4 Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

Zur Familienfreundlichkeit gehört auch das Handlungsfeld Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, für das fünf Indikatoren gewählt wurden: Betreuungspersonen in der Jugendarbeit, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Sportvereinen und Musikschulen, die Nutzung öffentlicher Bibliotheken und Kinos. Brandenburg hat hier überwiegend unterdurchschnittliche Angebote vorzuweisen, die Städte Potsdam, Brandenburg und Frankfurt erreichen überdurchschnittliche Werte, die Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark, Oder-Spree, Cottbus, Spree-Neiße und Dahme-Spreewald sind im Bundesvergleich immerhin durchschnittlich, der Rest ist unterdurchschnittlich. Hier zeigt sich zwar ein Stadt-Land-Gefälle, aber auch manche Landkreise erreichen durchaus gute Werte.

■ 7.8.5 Arbeitsmarkt und Demographie

Der Familienatlas stellt den familienpolitischen Handlungsfeldern die Arbeitsmarkt-Rahmenbedingungen und die demographische Entwicklung gegenüber. Beim Arbeitsmarkt wurden die Quoten für Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, das Beschäftigungswachstum und der Anteil der Beschäftigten in 11 besonders zukunftssträchtigen Branchen gezählt. Hier zeigt in Brandenburg nur Potsdam überdurchschnittliche Werte im Bundesvergleich, Dahme-Spreewald kann sich immerhin im Durchschnitt behaupten, die meisten Landkreise werden unterdurchschnittlich oder stark unterdurchschnittlich bewertet, womit sie das typische Bild der ostdeutschen Bundesländer zeigen: Im Osten und im Norden sind die Arbeitsmarkt-

bedingungen schlechter, wie auch das Arbeitsmarktkapitel über Brandenburg dokumentiert.

Bei den demographischen Rahmenbedingungen werden der Anteil an Kindern und Jugendlichen, die Familienwanderung und die Geburtenrate berücksichtigt. Hier erreichen Havelland, Oberhavel und Teltow-Fläming überdurchschnittliche Werte im Bundesvergleich, die anderen an Berlin angrenzenden Landkreise immerhin durchschnittliche Werte, während Brandenburg, Frankfurt, Elbe-Elster, Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz besonders schlecht abschneiden.

■ 7.8.6 Zusammenfassende Bewertung

Der Familienatlas der Bundesregierung setzt mit diesen Indikatoren Standards für die Bewertung von Familienfreundlichkeit. Er macht keine Aussagen zur Arbeitsteilung in der Familie oder zu den Geschlechterverhältnissen in Familien, mit Ausnahme der Frauenerwerbsquote. Brandenburg hat, was die Partizipation von Männern an der Familienarbeit betrifft, als ostdeutsches Bundesland recht gute Voraussetzungen, denn hier beteiligen sich Männer anteilig stärker an der Familienarbeit als in Westdeutschland (Statistisches Bundesamt 2003). Die Erwerbssituation und Einkommenssituation in Partnerschaften ist egalitärer, das heißt die familiären Binnenverhältnisse in Ostdeutschland sind andere als in Westdeutschland. Solche Aspekte sollte Brandenburg als Kriterium an die Bundesregierung herantragen, damit die Stärken der Familien im Land Brandenburg deutlicher werden als in dem bisherigen Ranking. Gleichzeitig bietet der Familienatlas aber sehr gute Voraussetzungen, um Handlungsmöglichkeiten für die Stärkung der Familienpolitik zu identifizieren.

Der Familienatlas der Bundesregierung bewertet die Bildungssituation, das Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche und die Wohnsituation in Brandenburg als nicht optimal, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dagegen bekam sehr gute Werte. Im gesamtdeutschen Vergleich liegt Potsdam in Familienfreundlichkeit auf dem Spitzenplatz, und im Land Brandenburg gibt es keinen Landkreis, der familienpolitisch in das untere Drittel fällt. Allerdings bewegen sich mehrere Landkreise nur im mittleren Drittel, manche stellen sogar gefährdete Regionen dar. Brandenburg als Bundes-

land ist im ostdeutschen Vergleich in keinem der Handlungsfelder führend, vor allem im Bildungsbereich sind die Ergebnisse relativ schlecht.

Insgesamt ist damit in der Familienpolitik des Landes Brandenburg erheblicher Handlungsbedarf gegeben, der sich nicht in isolierten sozialen Unterstützungsmaßnahmen für Familien und Signalen an die Wirtschaft, wie sie das audit berufundfamilie® oder die lokalen Netzwerke darstellen, erschöpfen darf. Familienpolitik und Frauenpolitik müssen im Sinne eines Mainstreaming weiter und verstärkt aktiv, prioritär und machtvoll in die Bildungs- und Jugendpolitik, Kulturpolitik, Stadtentwicklung, Verkehrspolitik und Arbeitsmarktpolitik integriert werden, und zwar auf landespolitischer Ebene und in den Regionen.

■ 7.9 Handlungsfelder

Haushaltsstrukturen und Familienformen sind in Brandenburg stark im Wandel. Frauen und Männer sind in unterschiedlichem Umfang an dieser Entwicklung beteiligt und von ihr betroffen. Diese Geschlechteraspekte müssen berücksichtigt werden, wenn Familienpolitik erfolgreich dazu beitragen will, dass mehr Menschen in Brandenburg ein Leben mit Kindern verwirklichen können und dass alte Menschen in ihren Familien Rückhalt finden. Gelingen kann dies nur, wenn Familienpolitik und Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgaben umgesetzt werden. Dies schließt für beide Politikfelder von vornherein aus, dass sie durcheinander ersetzt werden könnten oder die eine unter die andere Politikaufgabe subsumierbar wäre.

Die Entwicklung von Mehr- zu Einpersonenhaushalten verläuft in Brandenburg mit höherer Dynamik als in anderen Bundesländern und der EU. Vor allem ältere Frauen und jüngere Männer leben allein. Viele jüngere Männer gründen keine Familien oder leben nicht mit ihren Kindern zusammen. Der großen Zahl alleinstehender junger Männer stehen sowohl alleinerziehende Frauen als auch die Abwanderung junger Frauen gegenüber.

Im Interesse der Stärkung familiärer Strukturen gilt es besonders bei **jüngeren Männern, sowohl deren Bereitschaft als auch die objektiven Rahmenbedingungen des Zusammenlebens mit Partnerinnen und Kindern zu verbessern**. Dazu zählt der Abbau einseitiger, allein auf Job, Karriere und Freizeit aus-

gerichteter rollenspezifischer Einstellungen bei jungen Männern, denn viele junge Männer wünschen sich keine Kinder. Ebenso bedarf es einer Förderung der Bereitschaft ausbildender Einrichtungen und Unternehmen, für Männer Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Auch Mütter benötigen in Brandenburg Unterstützung bei der Erwerbstätigkeit. Eine Flexibilität in Unternehmen, die Spielraum lässt für die Vereinbarkeit der Erwerbstätigkeit mit elterlichen Pflichten. Vor allem benötigen Mütter Arbeitsplätze.

Speziell ältere Frauen sind zu einem größeren Teil nicht mehr unmittelbar in das solidarische System funktionierender Familienbeziehungen eingebunden. Dies erscheint aus gesellschaftlicher Sicht wenig wünschenswert. Vor allem mit Sicht auf eine Entlastung der Sozialsysteme sowie einer **stärkeren sozialen Einbindung älterer Frauen** erscheint es sinnvoll, künftig noch größeres Gewicht auf die Unterstützung von sogenanntem Mehrgenerationenwohnen zu legen.

In Verbindung mit dem Wandel der Familienformen ist eine weitere Zunahme des Anteils von Frauen an den **Alleinerziehenden** zu verzeichnen. Damit sind es in dieser Familienform auch aktuell vor allem Frauen, die sich in wesentlich stärkerem Umfang als Männer mit Erziehungsaufgaben und finanziellen sowie zeitlichen Belastungen konfrontiert sehen. Gerade für jüngere, ledige alleinerziehende Frauen bestehen besondere Risiken bei der Ausbildung und dem erfolgreichen Berufseinstieg. Alleinerziehende verfügen über ein erheblich geringeres Einkommen als Paare, in ihren Haushalten leben aber in der Regel genauso viele Kinder wie in Paarhaushalten. Hier besteht somit ein extrem hohes Armutsrisiko für Eltern, insbesondere Mütter, und Kinder. Alleinerziehende benötigen daher eine an den Kindern ausgerichtete Unterstützung, zusätzlich zu Hilfen auf dem Arbeitsmarkt.

Die repräsentative Befragung gibt einen Hinweis darauf, dass Mütter in Lebensgemeinschaften in noch größerer **wirtschaftlicher Abhängigkeit** von ihren Partnern leben als verheiratete Mütter. Vor dem Hintergrund der in Brandenburg wachsenden Zahl der in Lebensgemeinschaften organisierten Familien sollte im Interesse der Frauen geprüft werden, ob und inwieweit eine Benachteiligung von Lebensgemeinschaften oder Ehen mit Kindern existiert und wie diese ggf. zu beseitigen ist. Ansatzpunkte liegen hier im Sozial- und



Steuerrecht, aber auch in der Arbeitsmarktpolitik, die vorrangig keine Landesregelungen sind. Hier gilt es die **Bundesregelungen aus der Landesperspektive vor dem Hintergrund anderer Geschlechter- und Familienverhältnisse in Brandenburg kritisch zu bewerten.**

Die im Bundesvergleich geschlechtergerechte Entwicklung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Verhältnisse basiert auch darauf, dass in Brandenburg Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besondere Beachtung finden und untersetzt werden. Allerdings verliert das gesellschaftliche und individuelle Werte- und Normensystem ein Leben mit Kindern zunehmend aus den Augen: Arbeitgeber grenzen offenbar Mütter zunehmend stärker aus. Viele junge Menschen, Frauen wie Männer, planen kein Leben mit Kindern. Daher sind **Maßnahmen, die diesen Wertewandel aufhalten**, ebenso erforderlich wie der Ausbau konkreter, auf Familien und ihre Bedürfnisse ausgerichtete Angebote in allen politischen Bereichen, besonders aber ein stärkerer **Schwerpunkt in Bildung, Ausbildung, Wohnen und Freizeitangeboten, und ein quantitativer Erhalt und qualitativer Ausbau der Kinderbetreuung.**

Die Zukunft des Landes Brandenburg wird wesentlich bestimmt von der Bevölkerungsentwicklung. Die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme hängen ab von einer leistungsfähigen Gesellschaft (vgl. Staatskanzlei, Landesregierung Brandenburg 2005). Für die demographische Entwicklung und die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft sind die Geschlechterverhältnisse entscheidend, denn sie bestimmen hauptsächlich über die Geburtenentwicklung, und es bestehen wesentliche Geschlechterunterschiede bei der Lebenserwartung und den Wanderungsbewegungen. Im Folgenden wird zunächst die allgemeine Bevölkerungsentwicklung geschlechterdifferenziert betrachtet, dann die Geburtenentwicklung, die Lebenserwartung und die Zu- und Abwanderung. Eine geschlechtervergleichende Analyse der subjektiven Perspektive von Frauen und Männern gibt Aufschluss über die hinter den Wanderungsbewegungen stehenden Motive. Daraus werden Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

■ 8.1 Allgemeine Entwicklung der weiblichen und männlichen Bevölkerung

Das Land Brandenburg hatte im Zeitraum von 2000 bis 2005 einen Rückgang der Bevölkerung um 1,6 Prozent zu verzeichnen. Bei den Frauen war dieser Rückgang erheblich stärker mit –2 Prozent als bei den Männern mit –1,3 Prozent (vgl. Tabelle 36).

Tabelle 36
Prozentuale Veränderung der Bevölkerung im europäischen Vergleich, Zeitraum 2000–2005

	Frauen	Männer	Gesamt
Land Brandenburg	–2,0	–1,3	–1,6
Neue Bundesländer	–3,3	–2,3	–2,8
Alte Bundesländer	0,9	1,2	1,0
Deutschland	0,1	0,6	0,3
Tschechische Republik	–0,6	–0,1	–0,4
Spanien	7,2	8,4	7,8
Frankreich	3,2	3,3	3,3
Italien	2,7	3,2	2,9
Schweden	1,5	2,1	1,8
Großbritannien	1,8	2,7	2,3
EU 27	1,8	2,1	1,9

Quelle: Eurostat-Online Angebot sowie Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam und eigene Berechnungen

Die Entwicklung in Brandenburg ist im Vergleich aller neuen Bundesländer gut, denn dort ging die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um –3,3 Prozent bei den Frauen und –2,3 Prozent bei den Männern zurück. Hier profitiert das Land Brandenburg von der Verflechtung mit Berlin. Deutschland insgesamt hat einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Auch in den meisten europäischen Ländern nimmt die Bevölkerung zu (vgl. Tabelle 37). So erhöhte sich die europäische Bevölkerung in den EU-27-Ländern im Zeitraum 2000 bis 2005 um rund 1,9 Prozent, wobei der Anstieg bei der männlichen Bevölkerung mit mehr als 2 Prozent höher ausfällt als bei der weiblichen Bevölkerung (1,8 Prozent). Spanien weist eine Zuwachsrate von rund 8 Prozent auf (Frauen: 7,2 Prozent, Männer: 8,4 Prozent) und Frankreich einen Zuwachs von rund 3 Prozent (Frauen: 3,2 Prozent, Männer: 3,3 Prozent). Dieses Wachstum der europäischen Bevölkerung ist hauptsächlich auf Zuwanderung zurückzuführen, oder in Ausnahmefällen wie Frankreich auf eine hohe Geburtenrate (Eurostat 2006:1).

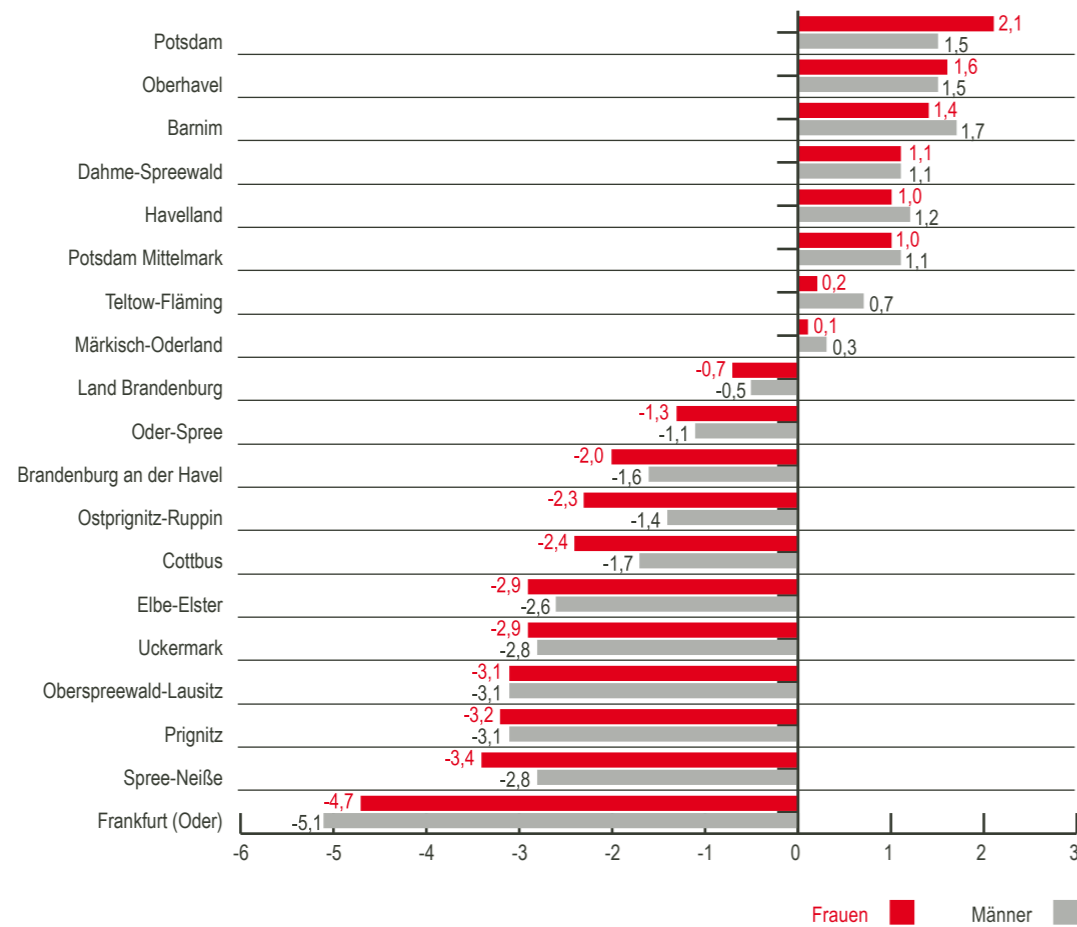
Innerhalb des Landes Brandenburg zeigen sich sehr starke Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung. Der engere Verflechtungsraum wächst, während im äußeren Entwicklungsraum die Bevölkerungszahlen sinken (vgl. Diagramm 23). Die negative Bevölkerungsentwicklung trifft seit Jahren alle nicht an Berlin angrenzenden Regionen Brandenburgs und stellt diese vor besonders hohe Herausforderungen (vgl. Tabelle 37).

In Brandenburg ist, ähnlich wie in der Bundesrepublik insgesamt, eine deutliche Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung zu verzeichnen. Ausschlaggebend dafür sind mehrere Faktoren: Der extrem starke Geburtenrückgang nach der Wende hat zu einem besonderen Rückgang bei den jüngeren Jahrgängen geführt. Die positive Entwicklung der Lebenserwartung erfasst nach 1990 zunächst die Frauen stärker und nun auch die Männer. Mit einer Lebenserwartung von 74,9 Jahren bei Männern und 81,2 Jahren bei Frauen existiert hier noch immer eine deutliche Geschlechterdifferenz von mehr als 6 Jahren (vgl. dazu Tabellen 6 und 7 im Anhang). Die Forschung geht heute davon aus, dass diese Geschlechterdifferenzen nicht biologisch, sondern gesellschaftlich bedingt sind: Die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern,



Diagramm 23

Prozentualer Rückgang/Anstieg der weiblichen und männlichen Bevölkerung in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg, Vergleich 2003 zu 2005



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), GII/ISA, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

Tabelle 37

Entwicklung der weiblichen und männlichen Bevölkerung im Land Brandenburg, Zeitraum 2000–2005

Jahr	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
2000	1.318.530	50,7	1.283.432	49,3	2.601.962	100,0
2001	1.312.548	50,6	1.280.492	49,4	2.593.040	100,0
2002	1.306.234	50,6	1.276.145	49,4	2.582.379	100,0
2003	1.301.523	50,6	1.272.998	49,4	2.574.521	100,0
2004	1.297.357	50,5	1.270.347	49,5	2.567.704	100,0
2005	1.292.551	50,5	1.266.932	49,5	2.559.483	100,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Potsdam, Internetangebot des LDS (<http://www.statistik.brandenburg.de/sixcms/detail.php/lbm1.c.222998.de>) und eigene Berechnungen

aber auch das Gesundheitsverhalten bestimmen über die Lebenserwartung (vgl. Geppert, Kühn 2006). Hier muss die Gesundheitspolitik geschlechterbezogen ansetzen, um älteren Menschen ein würdevolles Altern zu erleichtern, aber auch um die Kranken- und Pflegekassen nicht unnötig zu belasten. Für die Rentenkassen wird diese Entwicklung eine besondere Herausforderung, aber auch für die soziale Infrastruktur des Landes. Der Rückgang der Geburtenzahlen hatte einen massiven Umbau der Bildungs- und Kinderbetreuungsstrukturen zur Folge, eine bedarfsgerechte und damit auch geschlechtergerechte Gesundheits- und Sozialinfrastruktur für die ältere Bevölkerung zu gewährleisten, erfordert ebenfalls umfangreiche Anstrengungen von Politik und Gesellschaft.

Im Zusammenhang mit der sozialen Sicherung im Alter ist das Problem der Altersarmut geschlechterdifferenziert zu betrachten, denn bisher schützte die hohe Erwerbsbeteiligung und Einkommensgleichheit in der DDR die Frauen in Brandenburg vor der in Westdeutschland typischen Altersarmut von Frauen.

Bei der Altersstruktur der Bevölkerung im Jahr 2005 fällt auf, dass in der Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen, die für die Geburt von Kindern besonders relevant ist, der Frauenanteil nur 45,9 Prozent beträgt, was in Bezug auf die künftige Bevölkerungsentwicklung, aber auch für damit zusammenhängende gesellschaftliche Entwicklungen als dysfunktional zu werten ist (vgl. Tabelle 8 im Anhang). Die Ursache liegt in der verstärkten Abwanderung junger Frauen

8.2 Geburtenentwicklung und Sterbefälle

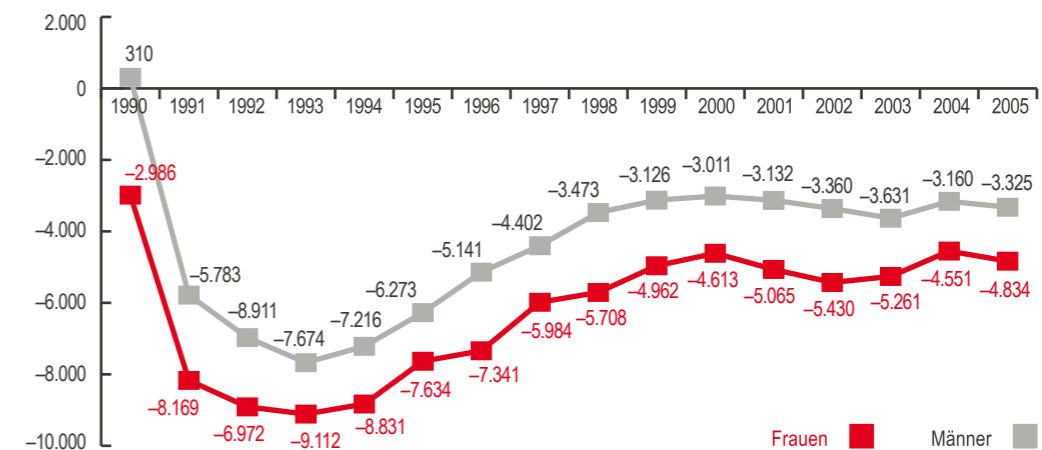
Auch ein Blick auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung unterstreicht, wie wichtig es für das Land Brandenburg ist, speziell für jüngere Frauen eine Verbesserung der Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen zu erreichen und ein Leben in Brandenburg damit für sie attraktiver zu machen.

Die Zahl der Lebendgeborenen sank im Land Brandenburg nach der Wende drastisch, stieg dann wieder leicht an und stabilisiert sich seit 1999 um die 18.000 Geburten pro Jahr (vgl. Diagramm 24).

Wissenschaftliche Erklärungen für die sinkenden Geburtenzahlen weisen darauf hin, dass die objektiven Rahmenbedingungen für die Gründung von Familien und die Erziehung von Kindern, besonders die ökonomische Sicherheit für ein Leben mit Kindern, gegeben sein müssen. Diese wird gewährleistet durch Erwerbsarbeit, aber auch durch das Steuer- und Sozialsystem. Die Daten zur Erwerbstätigkeit, zur sozialen Lage und zur Situation von Familien zeigen, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen für ein Leben mit Kindern in Brandenburg nicht optimal sind. Dies ist durch die Wirtschaftsentwicklung nach der Wiedervereinigung bedingt, aber auch durch das bundesdeutsche Sozial- und Steuersystem, das die Lebensverhältnisse in Brandenburg und insgesamt in den ostdeutschen Bundesländern nicht angemessen berücksichtigt und ein Leben mit Kindern zum Armutsrisiko macht.

Diagramm 24

Entwicklung der Geburten im Land Brandenburg, Zeitraum 1990–2005



Quelle: Statistisches Bundesamt, Genesis-Online-Datenbank



Neben den ökonomischen Rahmenbedingungen haben sich die Wertestrukturen sowie die Bedürfnis- und Interessenlagen von potenziellen Müttern und Vätern stark verändert (vgl. Claus, Gruner 2006a; Schmitt 2004). Dabei sind es nicht in erster Linie Frauen, die bewusst auf Kinder verzichten, sondern eher Männer, die aufgrund der Belastungen, sowohl ökonomisch als auch sozial, eine geringere Orientierung auf Familie und Kinder aufweisen.

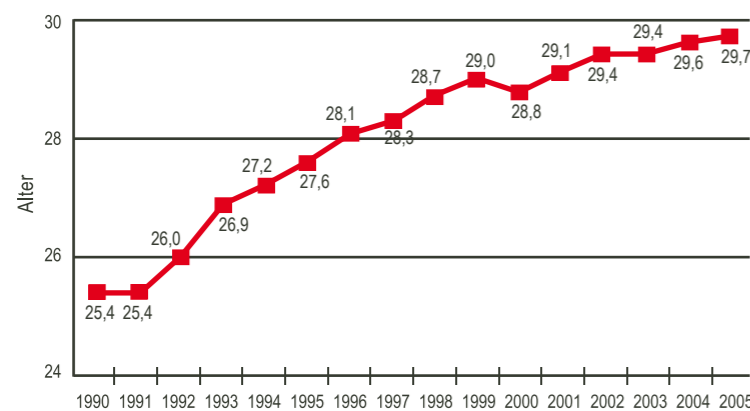
Die Veränderungen in den ökonomischen Rahmenbedingungen und in der Werteorientierung führen dazu, dass das Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes von 25,4 Jahren 1990 auf mittlerweile 29,7 Jahre im Jahre 2005 anstieg (vgl. Diagramm 25).

Interpretiert man diese Daten vor dem Hintergrund der vorangehenden Kapitel, so fallen bei Frauen negativ wirkende objektive Rahmenbedingungen stärker ins Gewicht als bei Männern: Ihre Ausbildungschancen im Land sind erheblich schlechter als die von Männern und ihre wirtschaftliche Situation ist unsicherer, Mütter haben wenig attraktive Erwerbschancen. Frauen verschieben daher die Entscheidung über die Mutterschaft in die Zeit nach dem erfolgreichen Erwerbseinstieg. Männer werden aufgrund ihrer besseren ökonomischen Situation in die Rolle der „Familienernährer“ gedrängt, was zu Ungleichgewichten in den Partnerschaften führt, die beide Geschlechter nicht wollen.

Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass Brandenburgerinnen bei der Geburt ihres ersten Kindes zu den „älteren Müttern“ gehören. Nur in Großbritannien sind Frauen bei der Geburt des ersten Kindes noch älter (vgl. Diagramm 26). In Polen, Island und in der Tschechischen Republik leben die jüngsten Mütter.

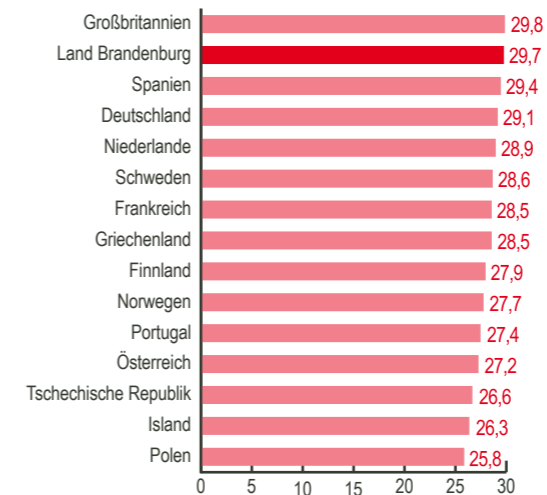
Beachtlich ist, dass das Durchschnittsalter beim Vergleich der Jahre 1990 und 2005 im Land Brandenburg um 4,3 Jahre zunahm, während in anderen europäischen Staaten mit relativ hohem Alter von Müttern wie Spanien (Zunahme um 2,6 Jahre) Schweden (Zunahme um 1,4 Jahre) und Niederlande (Zunahme um 1,3 Jahre) die Entwicklung weniger rasant verlief. Hier zeigt sich, wie schnell und tiefgreifend sich die brandenburgische Gesellschaft in den letzten Jahren entwickelt hat. Der europäische Vergleich zeigt, dass die Entwicklung der Geburtenrate in Brandenburg sich nicht einfach langsam an westdeutsche oder europäische Verhältnisse angeglichen hat, sondern dass die Bedingungen für eine frühe Familiengründung in Brandenburg besonders schlecht sind und junge Frauen fehlen, da sich die Abwanderung ganz erheblich auswirkt. Damit sind konkrete geschlechterdifferenzierte Ansatzpunkte für demographisch und familienpolitisch relevante Politikinterventionen gegeben.

Diagramm 25
Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes im Land Brandenburg, Zeitraum 1990–2005



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Potsdam, Internetangebot des LDS (<http://www.statistik.brandenburg.de/sixcms/detail.php/lbm1.c.364746.de>)

Diagramm 26
Durchschnittsalter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes im europäischen Vergleich, 2005



Quelle: Eurostat-Online-Angebot sowie Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam

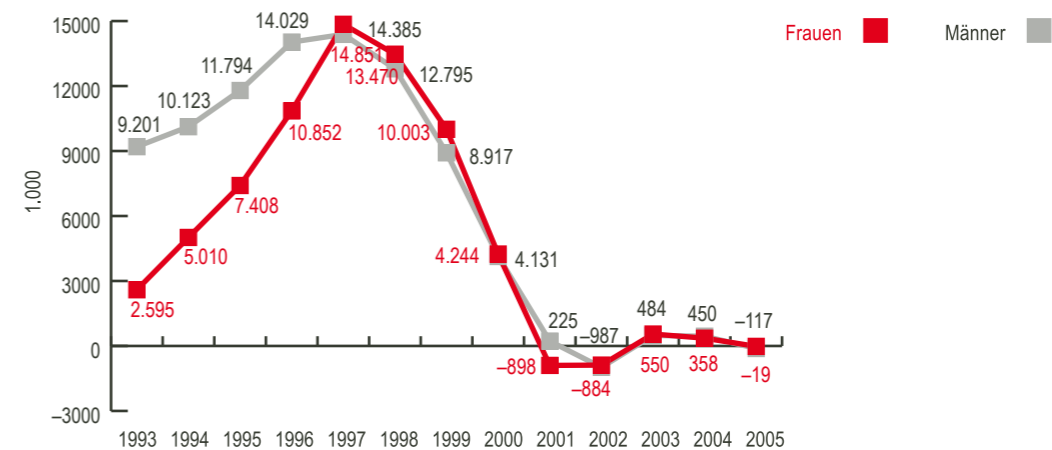
Im engeren Verflechtungsraum waren auch in der Zeit von 2003 bis 2005 ausschließlich weiter gewachsene positive Wanderungssalden zu beobachten, während der äußere Entwicklungsraum negative Wanderungssalden aufwies. Während mehr Frauen als Männer von außerhalb des Landes in den engeren Verflechtungsraum zuwanderten, verließen mehr Frauen als Männer den äußeren Entwicklungsraum. Dabei wanderten auch mehr Frauen als Männer aus dem äußeren Entwicklungsraum in den engeren Verflechtungsraum. Vor allem im äußeren Entwicklungsraum leben anteilig sehr wenige junge Frauen, so dass dort viele der verbleibenden jungen Männer gar keine Familien gründen können, weil ihnen potenzielle Partnerinnen fehlen (vgl. Diagramm 5 im Anhang). Das führt zu dysfunktionalen Entwicklungen, die über das Geburtengeschehen hinausgehen, zum Beispiel in Bezug auf die Gesundheit der Bevölkerung, das Wahlverhalten oder die Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit.

Bei der Altersstruktur der ein- bzw. auswandernden Frauen und Männer zeigen sich ausschließlich in jüngeren Altersgruppen bis unter 30 Jahre negative Wanderungssalden. In der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen verliert Brandenburg als Land insgesamt weiterhin vor allem junge Frauen. Die bereits für das Jahr 2003 innerhalb der „Brandenburger Fachkräftestudie“ (vgl. MASGF 2005a:12) in ähnlicher Weise konstatierte Entwicklung setzte sich damit auch im Jahr 2005 fort. Junge Frauen wandern ab, um in anderen Bundesländern eine Ausbildung oder ein Studium zu absolvieren und suchen sich im Anschluss dort einen

8.3 Wanderungsbewegung

Die Bevölkerungszahl wird wesentlich durch Wanderungsbewegungen bestimmt. Aufgrund der Nähe zu Berlin war die Situation Brandenburgs – ganz im Unterschied zu anderen neuen Bundesländern – bis zum Jahr 2000 durch hohe Wanderungsgewinne sowohl bei Frauen als auch Männern geprägt. Brandenburg verzeichnete erstmals im Jahr 2001 und dann wieder im Jahr 2005 vergleichsweise leichte Wanderungsverluste (vgl. Diagramm 27a).

Diagramm 27a
Wanderungssaldo der Gesamtbevölkerung im Land Brandenburg, Zeitraum 1993–2005 (Personen)



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Potsdam, „Wanderungen im Land Brandenburg“ und eigene Berechnungen



Arbeitsplatz. Junge Männer absolvieren erst eine Ausbildung oder ein Studium in Brandenburg, finden hier oft einen Berufseinstieg und suchen sich bei Arbeitsmarktproblemen oder fehlenden Entwicklungsperspektiven einen Arbeitsplatz außerhalb Brandenburgs. Dies erklärt die gegenüber Frauen größeren Wanderungsverluste bei Männern in der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen. Die Entwicklung von bedarfsorientierten Ausbildungsplätzen bietet ein hohes Potenzial als „Bindungsfaktor“ speziell für junge Frauen.

Dass dies insbesondere für den äußeren und eher ländlich geprägten Entwicklungsraum gilt, wird unterstrichen, wenn man berücksichtigt, dass auch die Binnenwanderung von dort in den engeren Verflechtungsraum eine ähnliche Struktur wie die gesamte Wanderung über die Landesgrenzen hinaus aufweist. Auch hier sind es vor allem die Jüngeren, die den äußeren Entwicklungsraum verlassen. In der Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen überwiegen bei der Abwanderung die jungen Frauen, in der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen die Männer (vgl. Tabelle 38). Der äußere Entwicklungsraum ist der räumliche Schwerpunkt, der die meisten staatlichen Interventionen benötigt.

■ 8.4 Frauen und Männer mit Migrationshintergrund

Brandenburg profitiert mit einem Anteil von Ausländerinnen und Ausländern in Höhe von unter 2 Prozent in äußerst geringem Umfang von internationaler Zuwanderung.²⁴ Im Jahr 2005 lebten in Brandenburg insgesamt 48.509 Ausländerinnen und Ausländer. Darunter befinden sich mit 55,5 Prozent deutlich mehr Männer

als Frauen (44,5 Prozent). Die Gründe dafür, dass verstärkt Männer aus dem Ausland zuwandern, sind vielfältig. Neben historisch gewachsenen soziokulturellen Barrieren, die Frauen in ihren Heimatländern verstärkt daran hindern, diese zu verlassen, sind es die Bedingungen im Zielland der Migration, hier also in Brandenburg, denn Migrantinnen haben ein gegenüber ausländischen Männern deutlich höheres Arbeitsmarktrisiko. Insgesamt gleicht sich die Repräsentanz von Frauen und Männern ausländischer Nationalität in Brandenburg langsam an (vgl. Tabelle 39)

Auffällig ist dabei, dass der Anteil ausländischer Frauen an der Gesamtbevölkerung im engeren Verflechtungsraum deutlich höher ausfällt (2,5 Prozent) und mit einer größeren Dynamik wuchs als im äußeren Entwicklungsraum, in dem er sich im Jahr 2005 sogar auf 1,85 Prozent verringerte. Dies deutet darauf hin, dass ausländische Frauen in Brandenburg, besonders im äußeren Entwicklungsraum, keine Beschäftigungsperspektiven haben (vgl. Tabellen 16, 17 im Anhang).

²⁴ Daten und Fakten zu Ausländerinnen und Ausländern werden im Bundesgebiet sowohl durch die offizielle Landesstatistik als auch das Ausländerzentralregister erfasst. Dass zwischen beiden Differenzen auftreten, ist bekannt. Im Verlauf der Studie wurde jedoch festgestellt, dass die Gesamtzahl der Ausländerinnen und Ausländer in beiden Erfassungssystemen erheblich differierte. So wies das Ausländerzentralregister, an dem sich die Ausländerbeauftragte und damit auch der vorliegende Bericht orientiert, mit 48.509 Ausländerinnen und Ausländern gegenüber 67.029 in der offiziellen Statistik einen um insgesamt 27,6 Prozent geringeren Wert aus.

Tabelle 38

Wanderungen zwischen äußerem Entwicklungsraum und engerem Verflechtungsraum – Angaben für äußeren Entwicklungsraum, Land Brandenburg 2005

Altersgruppe	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
0 bis unter 18	477	446	592	577	-115	-131
18 bis unter 25	612	671	1.071	917	-459	-246
25 bis unter 30	375	414	521	616	-146	-202
30 bis unter 50	679	1.047	872	1.113	-193	-66
50 bis unter 65	231	282	256	284	-25	-2
65 und älter	279	157	384	184	-105	-27
Insgesamt	2.653	3.017	3.696	3.691	-1.043	-674

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam – Sonderauswertung

Bei den Arbeitsmarktdaten konnte gezeigt werden, dass ausländische Männer und Frauen, die keine EU-Staatsangehörigkeit haben, in Brandenburg keine guten Beschäftigungsperspektiven haben, insbesondere Frauen können ihren Lebensunterhalt kaum selbst bestreiten. Gleichzeitig sind ausländische Frauen, aber auch ausländische Männer oft höchst qualifiziert, ihre Bildungsabschlüsse werden aber oft nicht adäquat anerkannt. Dadurch haben sie schlechtere Beschäftigungsperspektiven (Färber u. a. 2007). Ebenso bestehen Vorurteile bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern gegen ausländische Frauen, zum Beispiel aus dem türkischen, arabischen oder afrikanischen Kulturkreis (Färber u. a. 2007). Deutschland insgesamt hat mit 8,7 Prozent der Männer und 7,7 Prozent der Frauen einen erheblich höheren Anteil an ausländischer Bevölkerung als Brandenburg.

Eine Hauptsäule der Zuwanderung nach Brandenburg sind die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die statistisch nicht als Migrantinnen und Migranten erfasst sind. Es ist davon auszugehen, dass fast 6 Prozent der brandenburgischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben.

Die überwiegende Mehrheit der Migrationsbevölkerung kommt aus osteuropäischen Ländern und aus Vietnam. In den letzten Jahren hat durch Familienzusammenführung die Zuwanderung von Frauen stark zugenommen. Insgesamt ist die prekäre Arbeitsmarktsituation in Brandenburg kein begünstigender Faktor für die Zuwanderung und Integration von Migrantinnen und Migranten. Es wäre wünschenswert, dass alle Statistiken des Landes, zum Beispiel in Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Situation, aber auch auf die Bildung, den Migrationshintergrund über die Staatsbürgerschaft

hinaus ausweisen würden. Dann könnten bessere geschlechterdifferenzierte Analysen durchgeführt und zielgruppenorientierte Unterstützungsmaßnahmen entwickelt werden.

■ 8.5 Wanderungsabsichten

Für die Bevölkerungsentwicklung spielen sogenannte „Bindungs- und Haltefaktoren“ zur Vermeidung von Wanderungsverlusten eine zentrale Rolle. Aussagen zur Wanderungsabsicht sowie ihre Analyse in Hinblick auf Zusammenhänge mit Indikatoren zur Lebenssituation von Frauen und Männern liefern dabei Erklärungen der Entwicklung des Wanderungsgeschehens sowie Ansatzpunkte für Maßnahmen, um künftig Abwanderungsverluste zu vermeiden.

Bei der repräsentativen Erhebung im März 2007 war die Gruppe jener, die konkrete Wanderungsabsichten äußerten bzw. darüber nachdachten, das Land Brandenburg zu verlassen, mit knapp 10 Prozent aller Befragten recht groß. Tabelle 40 zeigt, dass gerade junge Frauen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren Wanderungsabsichten haben: Fast 40 Prozent der 18- bis 20-Jährigen Frauen und über 20 Prozent der 20- bis 30-Jährigen Frauen äußerten die konkrete Absicht, Brandenburg zu verlassen.

Nimmt man diejenigen dazu, die über eine Abwanderung nachdenken, so sind über die Hälfte der unter 20-Jährigen Frauen und fast 40 Prozent der unter 30-Jährigen Frauen nicht fest in Brandenburg verankert. Bei den jungen Männern sind die Abwanderungsabsichten weniger stark.

Vor allem Frauen, die eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen wollen, haben vor, das Land zu verlassen.

Tabelle 39

Zahl der Ausländerinnen und Ausländer im Land Brandenburg, Zeitraum 2000–2005

Jahr	Frauen		Männer		Gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
2000	17.414	35,7	31.390	64,3	48.804	100,0
2001	18.269	37,6	30.292	62,4	48.561	100,0
2002	19.937	39,3	30.850	60,7	50.787	100,0
2003	21.217	40,7	30.852	59,3	52.069	100,0
2004	21.335	43,5	27.751	56,5	49.086	100,0
2005	21.569	44,5	26.885	55,4	48.509	100,0

Quelle: Ausländerzentralregister Land Brandenburg und eigene Berechnungen



Mehr als jede Dritte hegt konkrete Abwanderungsabsichten, fast jede Vierte denkt darüber nach, zusammen sind das fast 60 Prozent. Auch bei den arbeitslosen Frauen ist die Abwanderungsabsicht hoch (vgl. Diagramm 27b).

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen der Wanderungsabsicht und der Zufriedenheit mit der Bildungs- und Ausbildungssituation im Land Brandenburg, so zeigt sich, dass diejenigen, die konkrete Abwanderungsabsichten haben, unzufrieden sind mit der Bildungs- und Ausbildungssituation von Frauen. Bei denen, die darüber nachdenken, gibt es sowohl Unzufriedene als auch Zufriedene, erwartungsgemäß sind die Zufriedenen die mit den geringsten Abwanderungsabsichten (vgl. Tabelle 41).

Grundsätzlich sind damit die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation von Frauen durch ein

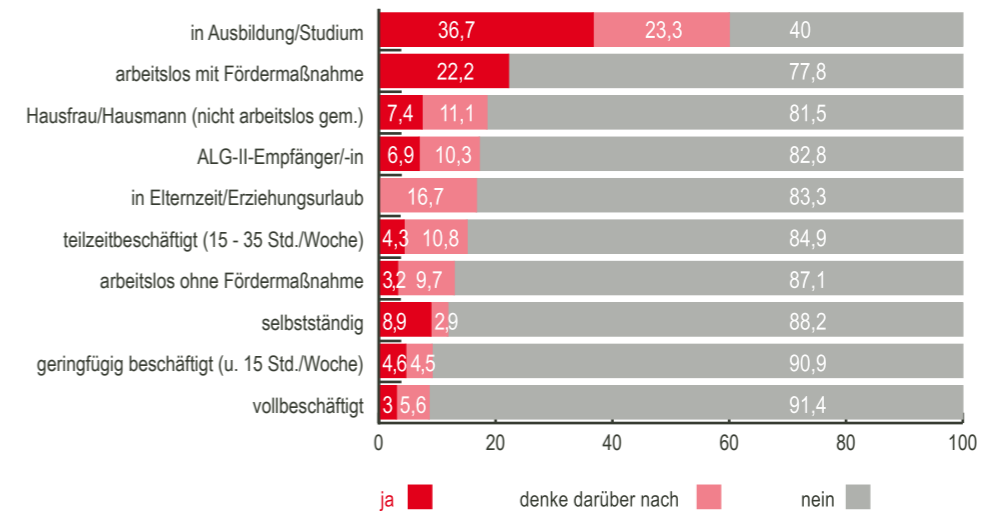
besseres Studienangebot und bessere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt sowie auf dem Arbeitsmarkt als zentrale Schwerpunkte benannt, an denen Landespolitik ansetzen muss, um jüngere Frauen an das Land zu binden.

8.6 Bewertung der Ergebnisse und Handlungsfelder

Die Bevölkerungsverluste vor allem im äußeren Entwicklungsraum zählen zu den zentralen Problemen des Landes Brandenburg. Sie resultieren aus stagnierenden Geburtenzahlen und einem negativen Wanderungssaldo, vor allem bei jungen Frauen. Vor allem junge Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren verlassen das Land und stehen in Brandenburg trotz ihrer hervorragenden Bildungsabschlüsse nicht für den Arbeitsmarkt zur Verfügung und werden hier auch keine Familien gründen.

Diagramm 27b

Zusammenhang zwischen einem möglichen Wegzug aus dem Land Brandenburg in den nächsten 2 Jahren und dem Beschäftigungsverhältnis, 2007 – Frauen (Angaben in Prozent)



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/IS/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

Tabelle 40

„Haben Sie vor, in den nächsten 2 Jahren aus Brandenburg fortzuziehen?“ 2007 (Altersgruppen, Angaben in Prozent)

Altersgruppe	Frauen			Männer		
	ja	denke darüber nach	nein	ja	denke darüber nach	nein
18 b. u. 20 Jahre	38,5	15,4	46,2	9,1	27,3	63,6
20 b. u. 30 Jahre	22,2	16,0	61,7	13,9	19,4	66,7
30 b. u. 40 Jahre	4,4	9,6	86,0	1,4	7,0	91,5
40 b. u. 50 Jahre	2,4	7,9	89,7	4,1	6,2	89,7
50 b. u. 60 Jahre	1,9	1,9	96,3	3,8	2,8	93,4
60 b. u. 70 Jahre	2,1	-	97,9	-	2,5	97,5
70 Jahre und älter	-	-	100,0	-	1,2	98,8
Gesamt	5,8	6,3	88,0	3,9	6,5	89,7

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/IS/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

Tabelle 41

Zusammenhang zwischen einem möglichen Wegzug aus dem Land Brandenburg in den nächsten 2 Jahren und der Zufriedenheit mit der Bildungs- und Ausbildungssituation in Land Brandenburg, 2007 (Angaben in Prozent)

Wegzug	Zufriedenheit mit der Bildungs- und Ausbildungssituation Frauen					
	sehr zufrieden	zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	unzufrieden	sehr unzufrieden
ja	0,0	3,8	2,9	7,5	8,8	11,3
denke darüber nach	20,0	5,6	3,4	5,8	12,7	3,2
nein	80,0	90,6	93,7	86,7	78,5	85,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/IS/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

Um dem Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken, hat das Land eine Reihe politischer Strategien und Maßnahmen aufgelegt, die an exponierter Stelle auch die besondere Rolle junger Frauen berücksichtigen. Es gilt dabei, diese Maßnahmen auf die konkreten Bedürfnisse und Interessenlagen junger Frauen zuzuschneiden. Dies ist bisher noch nicht in ausreichendem Maß gelungen, denn in der repräsentativen Befragung äußern gerade die 18- bis 25-Jährigen Frauen eine stark ausgeprägte Wanderungsabsicht. Empfohlen wird vor diesem Hintergrund eine Evaluation der bislang genutzten Maßnahmen hinsichtlich ihres Zielerreichungsgrades in Bezug auf Frauen unter 30 Jahren und eine an den Interessen junger Frauen ansetzende Gender-Mainstreaming-Strategie in allen für die Landesentwicklung wichtigen Bereichen, vor allem aber in den Bereichen Hochschule, Ausbildung, Arbeitsmarkt und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei ist es wichtig, die Politik nicht nur auf die Geburtenentwicklung zu fixieren. Die Verringerung des „Zeitfensters“ für die Geburt von Kindern bzw. die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen biologischen und sozialen Möglichkeiten, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, liegt neben einem Wandel von Wertestrukturen auch an den veränderten Ausbildungs- und

Karrierewegen. Die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es bereits während der Ausbildung und dem Studium erleichtern, Kinder zu bekommen, ist allein nicht geeignet, um einen Anstieg der Geburtenzahlen zu initiieren. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die meisten Frauen die Geburt ihrer Kinder nach einem erfolgreichen Berufseinstieg planen.

Es ist demnach zum Beispiel wichtig, dass z. B. Hochschulen eine Vereinbarkeit von Familie und Studium oder Familie und wissenschaftlicher Karriere fördern, aber es ist noch wichtiger, dass sie ihre Studienfächer stärker auf die Interessen und Arbeitsmarktchancen von Frauen ausrichten. Es ist wichtig, Maßnahmen für junge Mütter ohne Berufsausbildung anzubieten, aber es ist auch wichtig, sicherzustellen, dass Frauen gleiche Ausbildungschancen in Brandenburg erhalten und einen gleichberechtigten Übergang in den Arbeitsmarkt haben wie Männer.

Vor diesem Hintergrund wächst objektiv die Anforderung an die Landespolitik, familienpolitische Zielstellungen wie die Erhöhung der Kinderzahl unter Bezug auf den Zusammenhang zwischen Bedürfnislagen und objektiven Lebensbedingungen von Frauen als Querschnittsaufgabe in sämtliche Politikfelder zu integrieren.



Da Frauen und Männer jeweils sehr unterschiedliche Wertestrukturen sowie Lebenswirklichkeiten aufweisen, die differenziert auf den Kinderwunsch sowie dessen Realisierung wirken, ist ein geschlechterdifferenziertes Vorgehen erforderlich. Es bedarf einer Ausrichtung aller Fachpolitiken des Landes auf vernetzte Maßnahmen, die es gerade jüngeren Frauen erleichtern, in Brandenburg zu bleiben und hier ihren Kinderwunsch ohne Angst vor Armut realisieren zu können. Es ist Aufgabe der Frauenpolitik in Brandenburg, mögliche blinde Flecken in den verschiedenen Fachpolitiken aufzuzeigen, Gender Mainstreaming in den Fachpolitiken einzufordern und solche vernetzten Maßnahmen über die Ressortgrenzen hinweg und in die Regionen hinein zu koordinieren.

Das eigene Zuhause ist in Bezug auf gewaltsame Übergriffe der unsicherste Raum für Frauen. Die Studie des Bundesfrauenministeriums zu „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ (Müller, Schöttle 2005) zeigt beeindruckend auf, dass 71 Prozent der Frauen, die bereits Opfer von Gewalt wurden, diese Übergriffe in der Wohnung erlebt haben, 9,7 Prozent vor der eigenen Wohnung. Auch die Wohnungen anderer Personen sind oft der Tatort. An öffentlichen Orten haben nur 26 Prozent der Frauen Übergriffe erlebt (Müller, Schöttle 2005:50).²⁵

Häusliche Gewalt umfasst gemäß der Definition des Landesaktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen „die Formen der physischen, sexuellen, psychischen, sozialen und emotionalen Gewalt, die zwischen erwachsenen Personen stattfindet, die in nahen Beziehungen zueinander stehen oder gestanden haben. Das sind in erster Linie Erwachsene in ehelichen oder nichtehelichen Lebensgemeinschaften, aber auch in anderen Verwandtschaftsverhältnissen.“ Darüber hinaus sind Kinder sehr oft Opfer häuslicher Gewalt, auch sie werden mit geschlechterspezifischen Gewaltmustern konfrontiert.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen geschieht meist in der Privatsphäre durch Partner, Verwandte oder Bekannte. Der Partner wird dabei von 50 Prozent der betroffenen erwachsenen Frauen als Täter genannt, ein weiteres Familienmitglied zu 30 Prozent, Unbekannte dagegen zu 20 Prozent (Müller, Schöttle 2004:46).

Geschlechtsspezifische Analysen des Bedrohungspotenzials sowie der Straftaten und Strafverfolgung zählen dabei zu den Grundlagen, um eine zielgruppenorientierte Prävention und Intervention zu ermöglichen.

²⁵ Bei der Frage waren Mehrfachantworten möglich, deshalb addiert sich die Summe nicht auf 100 Prozent.

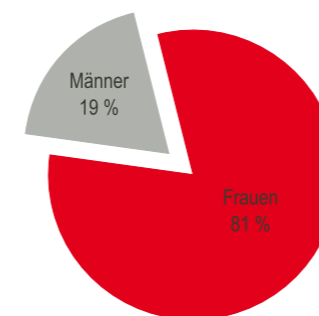
■ 9.1. Ausprägung häuslicher Gewalt

Häusliche Gewalt wird im öffentlichen Bewusstsein vielfach verdrängt und in ihrer Bedeutung unterschätzt. Die für Deutschland repräsentative Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ stellt zum Ausmaß häuslicher Gewalt fest, dass „mindestens jede 4. Frau im Alter von 16 bis 85 Jahren, die in einer Partnerschaft gelebt hat, körperliche (23 Prozent) oder – z. T. zusätzlich – sexuelle (7 Prozent) Übergriffe durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner mindestens ein- oder auch mehrmals erlebt hat.“ (Müller, Schöttle 2004:28 f.).

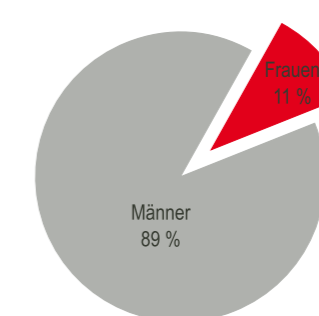
In Brandenburg sind seit 2002 Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik zur häuslichen Gewalt möglich. Die Daten werden vom Landeskriminalamt vor allem aus den Straftatgruppen „Rohheitsdelikte“, „Straftaten gegen die persönliche Freiheit“, „Körperverletzung“, „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“

Diagramm 28
Opfer und Tatverdächtige häuslicher Gewalt im Land Brandenburg, 2005

Opfer häuslicher Gewalt



Tatverdächtige häuslicher Gewalt



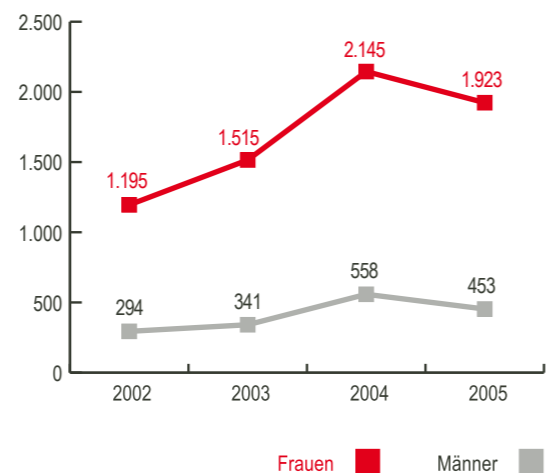
Quelle: Landeskriminalamt Brandenburg – Lagebild Häusliche Gewalt 2006

und „Straftaten gegen das Leben“ zusammengefasst. Häusliche Gewalt umfasst dabei aus kriminalstatistischer Sicht alle Formen physischer, sexueller und/oder psychischer Gewalt, die gegenüber Personen stattfindet, gegebenenfalls auch mittelbar durch Gewalt gegen Sachen, die in enger persönlicher Beziehung zum Gewaltanwender stehen oder gestanden haben (LKA Brandenburg 2005:2). Der Bericht von Juli 2007 zeigt auf, dass im Jahr 2006 vor allem vorsätzliche, leichte Körperverletzungen als Delikt erfasst wurden (62 Prozent), Bedrohungen machten 12 Prozent aus, und der Anteil der gefährlichen und schweren Körperverletzung lag bei 10 Prozent (LKA Brandenburg 2007:6). Der Anteil von Frauen an der Gruppe von Opfern häuslicher Gewalt betrug im Jahr 2005 81 Prozent (vgl. Diagramm 28). Bei den Tatverdächtigen beträgt der Männeranteil 89 Prozent. In beiden Gruppen sind Kinder und Jugendliche mit einbezogen.

Der größte Teil aller Opfer häuslicher Gewalt gehört der Gruppe Erwachsener an, bei den Frauen und Mädchen sind 85,6 Prozent der Opfer erwachsen, bei Männern und Jungen 64,5 Prozent. Bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden überwiegt in der Kriminalstatistik des Landes Brandenburg der Anteil männlicher Opfer häuslicher Gewalt (vgl. Tabelle 9 im Anhang), so dass insgesamt in der Statistik des Landes aufgrund der Integration Minderjähriger in die Statistik der Jungenanteil bei den Opfern deutlich wird. Wenn Frauen und Mädchen als Opfer in der brandenburgischen Kriminalstatistik geführt werden, dann zu 19 Prozent, weil sie Opfer häuslicher Gewalt wurden, während das bei nur 3 Prozent der männlichen Opfer der Fall ist. Häusliche Gewalt ist für Frauen und Mädchen eine ernste Bedrohung (vgl. Diagramm 29).

Eine Übersicht zu den erfassten Fällen nach Polizeibereichen bringt räumliche Differenzen zum Vorschein. So waren es im Jahr 2005 die Polizeibereiche Uckermark, Prignitz und Elbe-Elster, in denen gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung die meisten Opfer häuslicher Gewalt zu beklagen waren. Die geringste Zahl mit 4,9 erfassten Fällen je 10.000 der Bevölkerung wies der Polizeibereich Barnim auf (vgl. Tabelle 10 im Anhang). Die Schwankungen der Daten zwischen den Landkreisen im Land Brandenburg lassen sich eventuell erklären durch Verzerrungen aufgrund geringerer

Diagramm 29
Opfer/Geschädigte häuslicher Gewalt in Brandenburg, Zeitraum 2002–2005



Quelle: Landeskriminalamt Brandenburg – Lagebild häusliche Gewalt 2006

Fallzahlen in der Kriminalitätsstatistik. Allerdings bildet die Kriminalitätsstatistik nur einen Teil der häuslichen Gewalt ab. Die bundesweite Studie belegt eine hohe Dunkelziffer, immer wieder geben Frauen an, keine Anzeige erstattet zu haben, zum Beispiel aufgrund von Angst vor Rache. Darüber hinaus wird deutlich, dass das Verhalten der Polizei entscheidend dazu beiträgt, ob häusliche Gewalt zu Anzeigen führt. Eine hohe Zahl von Anzeigen kann deshalb darauf hinweisen, dass ein größeres Bewusstsein über häusliche Gewalt besteht, der Polizei mehr Vertrauen geschenkt wird und gute Unterstützungsstrukturen für Gewaltopfer bestehen. Häusliche Gewalt kann jede Frau treffen. Die bundesweite Untersuchung zu häuslicher Gewalt stellt fest, dass 25 Prozent aller befragten Frauen ab dem Alter von 16 Jahren von Gewalt in Paarbeziehungen betroffen sind. Die Erhebung dieser Daten ist kompliziert, die Kriminalstatistik bildet hier nur die Spitze des Eisbergs ab. So schwanken die Ergebnisse von Studien, die in verschiedenen europäischen Ländern häusliche Gewalt erheben, zwischen den Ländern. Wahrscheinlich liegen die meisten Schwankungen an den Erhebungsmethoden und an der unterschiedlich starken kulturellen Tabuisierung häuslicher Gewalt. Finnische Frauen berichten zu 32 Prozent, in ihrem Leben schon Opfer häuslicher Gewalt gewesen zu sein, dänische

Frauen zu 13 Prozent. Frauen in Schweden berichten, dass sie zu 11 Prozent von ihrem aktuellen und zu 35 Prozent von früheren Partnern Gewalt erleben mussten. Die Daten für die Schweiz zeigen 21 Prozent der Frauen als Opfer, Irland dagegen 10 Prozent. Eine europäische Vergleichsstudie wird hier künftig bessere Daten liefern.

Es ist davon auszugehen, dass in Brandenburg ebenso wie in den neuen Bundesländern insgesamt die Ausprägungen häuslicher Gewalt nicht wesentlich anders sind als in Gesamtdeutschland.

Die bundesweite Studie kommt nur an einem Punkt zu einem signifikanten Unterschied zwischen Ost und West: In Ostdeutschland werden seltener Fälle sexueller Belästigung berichtet. So gaben 14 Prozent der befragten Frauen in Ostdeutschland und 21 Prozent der Frauen in Westdeutschland an, in den vergangenen 12 Monaten mit sexueller Belästigung konfrontiert worden zu sein. Diese Ergebnisse werden auf zwei verschiedene Ursachen zurückgeführt. Einmal vermuten die Autorinnen der Studie, dass es in Ostdeutschland weniger Alltagssexismus geben könnte, andererseits vermuten sie in Ostdeutschland ein weniger ausgeprägtes Bewusstsein über sexuelle Belästigung. Dem kann als dritte Interpretationsmöglichkeit hinzugefügt werden, dass sexuelle Belästigung dann besonders demütigend wirkt, wenn auch ansonsten starke Geschlechterhierarchien und ökonomische Abhängigkeit bestehen, was in Ostdeutschland durch die egalitärere Beschäftigungs- und Einkommensstruktur seltener der Fall ist (Müller, Schöttle 2004:102 f.).

Häusliche Gewalt ist für die Opfer eine schwerwiegende Bedrohung. Sie stellt für eine erhebliche Zahl von Frauen und Kindern eine häufig dauerhaft anhaltende, oft lebensbedrohliche Gefahr dar. Die Betroffenen werden nicht nur physisch und psychisch beeinträchtigt, sondern in nahezu allen Lebensbereichen stark eingeschränkt. Die bundesweite Studie belegt die Folgen von Gewalt gegen Frauen. Viele Frauen erleben Verletzungsfolgen, 74 Prozent der Opfer erlitten mittlere bis schwere Gewalt oder hatten Angst vor ernsthaften, lebensgefährlichen Verletzungen (Müller, Schöttle 2004:236 f.).

In Bezug auf die Täter gab es keine Unterschiede nach Schicht oder Bildungsstand. Arbeitslosigkeit der Männer führt zu etwas höherer Gewalttätigkeit gegen Frauen, aber auch erwerbstätige Männer schlagen ihre Frauen. Ob die erhöhten Werte in der Kriminalstatistik für einige Landkreise in Brandenburg mit der erhöhten Arbeitslosigkeit zusammenhängen, kann aufgrund der statistischen Daten nicht belegt werden. Gewalt gegen Frauen betrifft vielmehr alle Bevölkerungsgruppen.

9.2 Aktionsplan der Landesregierung „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“

Aktivitäten gegen häusliche Gewalt sind ein zentrales Feld der Frauenpolitik in Brandenburg, in Deutschland und international. Ziel ist dabei die Entwicklung geeigneter Präventions- und Interventionsangebote für die von häuslicher Gewalt bedrohten oder davon betroffenen Frauen und Kinder, eine angemessene Bearbeitung bei Polizei, Justiz und Medizin sowie die Unterstützung von Frauen und Kindern nach Gewalt-erlebnissen.

Die im 2. Frauenreport des Landes Brandenburg im Jahr 1999 dargestellte Situation zur Gewalt gegen Frauen und Kindern und die daraus abgeleiteten Handlungsbedarfe bildeten den Ausgangspunkt für den Beschluss von Eckpunkten für einen landesweiten Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im Jahr 2001. Im Jahr 2004 wurde die weitere Umsetzung des Aktionsplans als ein konkretes politisches Ziel benannt (vgl. Landesregierung Brandenburg 2004), der Maßnahmenkatalog zum Landesaktionsplan wurde am 15.11.2006 aktualisiert (Land Brandenburg 2006). Wichtige Schwerpunkte des Maßnahmenkatalogs, der im Rahmen des Aktionsplans entwickelt wurde, sind Prävention, Hilfsangebote, Opferschutz, Umgang mit Tätern, Kooperation mit nichtstaatlichen Organisationen, Menschenhandel und Öffentlichkeitsarbeit.²⁶

²⁶ <http://www.gewalt-gegen-frauen.brandenburg.de/images/massnahmekatalog06.pdf>



Maßnahmen im Bereich der Prävention setzen zum Beispiel bei der Familienbildung, Schule, Kinder- und Jugendhilfe an.

Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder werden erhalten, entwickelt und vernetzt. Es besteht eine Qualitätssicherung der Frauenhausarbeit unter Berücksichtigung der gesetzlichen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen. Es wird eine Zuflucht- und Beratungsstatistik aufgebaut.

Gesundheitsmaßnahmen für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder werden aufgebaut. So wird das Thema häusliche Gewalt in die Aus- und Fortbildung, in die Rahmen- bzw. Ausbildungspläne der Gesundheitsberufe aufgenommen und in der Ausbildungspraxis sowie in der Weiterbildung der Ärztinnen, Ärzte und des medizinischen Personals verankert.

Maßnahmen zum Opferschutz: Die Polizei ergreift Maßnahmen gegen häusliche Gewalt, z. B. durch Umsetzung des fortgeschriebenen Opferschutzkonzepts der Polizei. Die Justiz hat das Thema häusliche Gewalt bei der Opferberatung und bei der Hilfe für Opfer und Zeugen von Straftaten verankert.

Maßnahmen im Umgang mit Tätern bei häuslicher Gewalt bilden einen Punkt des Aktionsplans.

Die **Kooperation staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen** wird z. B. durch die Zusammenarbeit im Begleitgremium zum Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gefördert.

Maßnahmen bei Gewalt gegen Migrantinnen und gegen Frauenhandel werden gefördert, z. B. durch Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Sicherstellung der Arbeit von Bella Donna, einer Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Gewalt in der Prostitution, hier wird der Opferschutz verbessert. Dieser Bereich berührt das Thema häusliche Gewalt, bietet aber ein eigenständiges Handlungsfeld im Bereich sexualisierte Gewalt gegen Frauen.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Das Land Brandenburg führt Kampagnen und Fachtagungen sowie weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen durch.

■ 9.3 Handlungsfelder und Bewertung der Maßnahmen

Diese Maßnahmen können hier in ihrer Struktur bewertet werden, der Umsetzungsprozess und die Wirkung können nur durch eine eigene Evaluationsstudie beurteilt werden.

Der Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die mit ihm verbundenen Maßnahmen bilden eine sehr gute Struktur. Viele Qualitätsindikatoren für Interventionen gegen häusliche Gewalt werden berücksichtigt (vgl. BMFSFJ 2005c:10). Das Begleitgremium bildet eine Struktur, die eine verbindliche, innovationsfähige und bedarfsgerechte Kooperation staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen ermöglicht. Es institutionalisiert die Kooperation zwischen an der Intervention und Unterstützung beteiligten Institutionen und Einrichtungen.

Über die Umsetzung einzelner Qualitätsindikatoren ergab das Expertinnengespräch mit den frauenpolitischen Akteurinnen wichtige Ergebnisse, die Bundesstudie liefert wichtige weitere Anhaltspunkte:

Die Praxis ist an Sicherheitsfragen orientiert, was ein wichtiges Qualitätskriterium darstellt (BMFSFJ 2005c). Die befragten frauenpolitischen Expertinnen hoben hervor, dass der Landesaktionsplan eine hohe Sensibilisierung bei der Polizei bewirkt habe. Die Bundesstudie ergab, dass bundesweit das Auftreten der Polizei in Fällen häuslicher Gewalt von den Opfern in den letzten Jahren zunehmend positiver bewertet wurde, viele Opfer sind inzwischen mit den Interventionen der Polizei zufrieden, was früher nicht der Fall war (Müller, Schöttle 2004:198).

Spezialzuständigkeiten in Institutionen für die Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt, die als zentral für wirksame Interventionen gelten (BMFSFJ 2005c), bestehen bei den Opferschutzbeauftragten der Polizei. Bei den Jugendämtern oder im Bereich der medizinischen Versorgung sehen die frauenpolitischen Expertinnen keine ausreichende Verankerung. Die Bundesstudie zeigt, wie wichtig das medizinische Personal bei der Entdeckung und Behandlung von Gewaltfolgen ist, dass dem Personal aber über den medizinischen Aspekt hinaus auch die Funktion der Ansprechperson in Fällen häuslicher Gewalt zukommt. Gewaltopfer brauchen hier Unterstützung (Müller, Schöttle 2004:159, 165), die offenbar in Brandenburg noch nicht ausreicht. In der Bundesstudie zeigt sich auch ein Problem bei

der Bearbeitung der Fälle häuslicher Gewalt in der Justiz (Müller, Schöttle 2004:199 ff.), die frauenpolitischen Akteurinnen bewerten die Praxis in Brandenburg nicht positiv. Hier bedarf es wie im medizinischen Bereich einer systematischen Implementierung, die Polizei kann hier als Vorbild dienen.

Notwendig sind **spezifische und bedarfsgerechte Schutz- und Unterstützungsangebote für von häuslicher Gewalt Betroffene** (BMFSFJ 2005c). Brandenburg verfügt über 17 Frauenhäuser, eine Frauenberatungsstelle, drei Frauenberatungsstellen mit integrierter Schutzwohnung und fünf Frauenschutzwohnungen. In der Uckermark und in der Prignitz bestehen jeweils zwei Anlaufstellen, das sind Prenzlau und Schwedt bzw. Wittenberge und Pritzwalk. Der Landkreis Elbe-Elster verfügt nur über eine Adresse für Frauen in Finsterwalde. Die kreisfreien Städte verfügen über Einrichtungen. Die Frauenhäuser arbeiten in einem Netzwerk der Frauenhäuser zusammen. Diese Strukturen sind sehr wichtig für Opfer häuslicher Gewalt, die Bundesstudie zeigt die Bedeutung von frauenspezifischen Einrichtungen gerade bei Opfern sexueller häuslicher Gewalt (Müller, Schöttle 2004:175). Die frauenpolitischen Akteurinnen sehen Handlungsbedarf beim Ausbau ambulanter Beratungsstellen und wünschen sich eine Koordinierungsstelle für die Frauenhäuser sowie deren finanzielle Sicherung und stärkere Unterstützung durch Verwaltungskräfte, aber es wird auch ein Fachkräftemangel festgestellt. Notrufeinrichtungen und Bereitschaftsdienste sollen verstärkt und professionalisiert werden. Die Frauenpolitikerinnen sehen Bedarf bei sehr jungen Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt werden. Diese brauchen betreutes Wohnen. Insgesamt kritisieren die frauenpolitischen Akteurinnen, dass die Facharbeit der Unterstützungsangebote oft unterbezahlt oder sogar ehrenamtlich geleistet werden muss. Zur wirksamen Intervention bei häuslicher Gewalt gehören **eigenständige Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche**, die im Kontext häuslicher Gewalt leben (BMFSFJ 2005c). Hier sehen die frauenpolitischen Akteurinnen Handlungsbedarf, es fehlt ihres Erachtens im Kontext häuslicher Gewalt an sozialpädagogischen Fachkräften für Kinder und einer guten Kooperation mit den Jugendämtern.

Angebote der Verhaltensänderung für Gewalttäter sind Bestandteil der Nachsorge (BMFSFJ 2005c), hierüber lagen für diese Evaluation keine Daten vor, Anti-

aggressionstrainings werden jedoch als Handlungsfeld benannt. Im Bereich häuslicher Gewalt ist es wichtig, die Kompetenz der beteiligten Akteurinnen und Akteure kontinuierlich zu entwickeln und zu erweitern (BMFSFJ 2005c:29 f.). Der Landesaktionsplan setzt hier an, bisher wird vor allem die Wirkung bei der Polizei positiv hervorgehoben. Es bedarf, so die frauenpolitischen Akteurinnen, besserer Supervisions- und Fortbildungsangebote für die Akteurinnen in den psychosozialen Beratungsstellen, aber auch einer besseren Fortbildung in Medizin und Justiz.

Im Bereich der **Öffentlichkeitsarbeit** liegt ein wichtiges Handlungsfeld (BMFSFJ 2005c). Die Bundesstudie zeigt, dass vielen Frauen die zur Verfügung stehenden Hilfs- und Beratungsangebote nicht bekannt sind (Müller, Schöttle 2004:172). Die frauenpolitischen Akteurinnen in Brandenburg sehen hier ebenfalls weiteren Handlungsbedarf.

Eine Unterarbeitsgruppe des Begleitgremiums zur Qualitäts- und Aufgabenentwicklung in der Frauenhausarbeit arbeitet an den Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich. Die Landkreise und kreisfreien Städte tragen – regional unterschiedlich – rund die Hälfte der Kosten der Hilfsangebote im Bereich häuslicher Gewalt. Der Bildungs- und Jugendbereich wurde verstärkt in das Thema eingebunden. Der Landesaktionsplan, sein Begleitgremium und die beteiligten Ministerien haben sich hier eine innovative und transparente Struktur geschaffen, mit der Defizite aufgedeckt und weiter bearbeitet werden können.



■ 9.4 Handlungsempfehlungen

Die Handlungsfelder sind durch die Forschungsarbeiten des Bundesfrauenministeriums vollständig aufgezeigt. Der Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen im Land Brandenburg bieten eine sehr gute Struktur für die erfolgreiche Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt. Es wird empfohlen, die Professionalisierung der frauenbezogenen Beratungsangebote zu stärken und in allen Regionen auf eine engagierte Beteiligung der Kommunen hinzuwirken. Dem landesweiten Netz entsprechend sollten regionale Netze zur Prävention und Intervention gegen häusliche Gewalt aufgebaut werden. Die Kinder- und Jugendpolitik, die Justiz und die medizinischen Versorgungseinrichtungen sollten stärker in diese Netzwerke eingebunden werden. Sie sollten Spezialzuständigkeiten für häusliche Gewalt einrichten und durch breite Information aller Fachkräfte für das Thema sensibilisieren und qualifizieren.

Politische Partizipation und Engagement im gesellschaftlichen Leben zeigen die soziale Integration der Geschlechter und ihre Möglichkeiten, gesellschaftliche Verhältnisse ihren Interessen entsprechend zu prägen. Partizipation ist für ein funktionierendes Gemeinwesen von elementarer Bedeutung. Bei den Schwerpunktsetzungen zur Wichtigkeit von Werten stand in der Repräsentativbefragung der Stellenwert politischer Beteiligung weit hinten, auch das Für-andere-Dasein wurde nicht besonders hochrangig bewertet. Das folgende Kapitel stellt die Teilhabe von Frauen am Prozess der politischen Willensbildung in den Mittelpunkt, geht auf ehrenamtliches Engagement ein und behandelt die institutionalisierte Frauenpolitik im Land Brandenburg.

■ 10.1 Politikbeteiligung

Frauen in Brandenburg nutzen verschiedene Formen und Ebenen der Einflussnahme auf das politische System im engeren Sinne. Betrachtet werden zu diesem Zweck die Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung von Frauen, ihre Mitgliedschaft in Parteien, die Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit sowie durch Frauen ausgeübte politische Führungsämter. Die Teilhabe von Frauen an Politik wird zunächst in Zahlen abgebildet, dabei wird auch auf die Repräsentanz von Frauen in Gremien eingegangen. Im Anschluss werden die Daten zur politischen Partizipation aus der Repräsentativbefragung präsentiert und beides zusammen einer gemeinsamen Bewertung unterzogen.

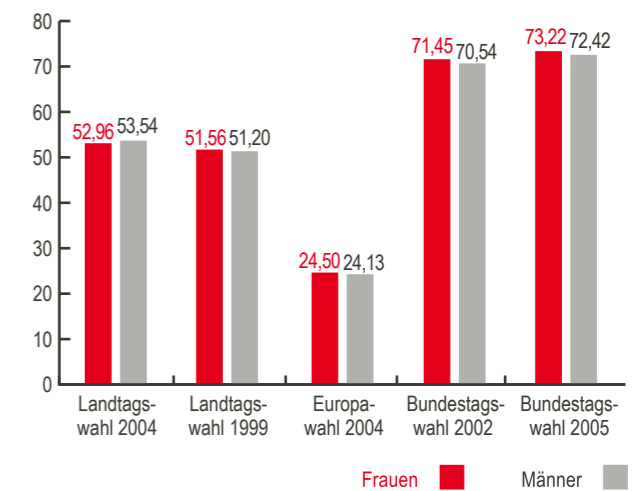
■ 10.1.1 Wahlbeteiligung

Wahlen sind in der Demokratie wichtige und gleichzeitig die einfachste Form politischer Beteiligung (vgl. Korte 2000). Für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sind sie die einzige Form der direkten Teilnahme am politischen Prozess. Alle anderen Arten von Partizipation sind mit einem deutlich höheren Aufwand verbunden.

In Brandenburg fällt die Beteiligung an verschiedenen Wahlen recht unterschiedlich aus. So liegt z. B. die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen bedeutend höher als bei Landtags- bzw. Europawahlen. Während sich an Landtagswahlen lediglich ca. 50 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung beteiligen, sind es bei Bundestagswahlen rund 70 Prozent. Bei den letzten

Europawahlen hingegen wählten nur 24 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung (Diagramm 30). Im Jahr 2003 lag die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen bei nur ca. 46 Prozent. Im Unterschied dazu lag die Wahlbeteiligung 1998, als die Kommunalwahl zusammen mit der Bundestagswahl stattfand, bei 78 Prozent. Zwischen den Geschlechtern sind hinsichtlich der Wahlbeteiligung keine signifikanten Unterschiede auszumachen, aber Frauen gingen in Brandenburg etwas häufiger zur Wahl als Männer.

Diagramm 30
 Wahlbeteiligung an verschiedenen Wahlen im Land Brandenburg (Angaben in Prozent)



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam; Repräsentative Wahlstatistiken Bundestagswahl 2005, Europawahl 2004, Landtagswahlen 1999 und 2004

Ein Vergleich nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Landtagswahl 2004 in Brandenburg zeigt allerdings, dass vor allem in den jüngeren Altersgruppen wenige Personen ihr Recht auf politische Partizipation in Anspruch nehmen. Dies gilt vor allem für junge Frauen unter 25 Jahren, die sich in geringerem Umfang an Wahlen beteiligen.

Ein bundesweiter Vergleich der Wahlbeteiligung verdeutlicht die niedrige Wahlbeteiligung in den neuen Ländern. Das Land Brandenburg liegt sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern auf einem der hinteren Plätze. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt weisen noch geringere Quoten auf (vgl. Tabelle 42).



Tabelle 42
Wahlbeteiligung in den Ländern, Bundestagswahl
2005 (Angaben in Prozent)

Bundesland	Frauen	Männer
Schleswig-Holstein	80,0	79,4
Niedersachsen	79,8	80,0
Saarland	79,4	80,5
Berlin	79,3	77,3
Rheinland-Pfalz	79,3	79,4
Hessen	79,1	79,7
Nordrhein-Westfalen	78,9	79,3
Baden-Württemberg	78,5	80,2
Hamburg	78,4	78,5
Bayern	77,9	79,2
Bremen	75,9	76,6
Sachsen	75,9	76,5
Thüringen	75,9	75,9
Brandenburg	75,8	74,8
Mecklenburg-Vorpommern	72,5	70,6
Sachsen-Anhalt	71,4	71,4
Deutschland	78,1	78,5

Quelle: Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Heft 4, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen

Die vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung in Brandenburg kann verschiedene Ursachen haben. In der Literatur gilt sie vielfach als Ausdruck von Parteien- und Politikverdrossenheit, Unzufriedenheit mit dem politischen System oder Ausdruck sozialer und wirtschaftlicher Unzufriedenheit (vgl. Korte 2000).

Auch bei der Wahlentscheidung sind Differenzen zwischen den Geschlechtern auszumachen. So wählten häufiger Frauen als Männer SPD, während sich Männer zahlreicher für CDU und PDS (heute: Die Linke) entschieden. Dass die DVU seit 2004 wieder im Landtag von Brandenburg vertreten ist, resultiert vor allem daraus, dass es ihr gelang, eine beunruhigend hohe Anzahl junger Männer für sich zu mobilisieren. So wählten in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen 17,5 Prozent aller Männer mit der DVU eine ausländerfeindliche, rechtsextreme und undemokratische Partei. Je älter die Männer, desto geringer fällt der Prozentsatz der DVU-Wähler aus, beispielsweise entschieden sich in der Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren gerade einmal 3,2 Prozent für die DVU. Unter den Frauen erreichte die DVU insgesamt zwar nicht die Fünf-Prozent-Marke, aber unter den Frauen bis 45 Jahren

hätte die DVU es mit über 5 Prozent Stimmenanteil in den Landtag geschafft. Die jüngeren Wählerinnen, vor allem aber auch die jüngeren Wähler haben mit dieser Wahlentscheidung dokumentiert, dass sie mit der großen Koalition und den Verhältnissen in Brandenburg unzufrieden sind (vgl. Tabellen 11 und 12 im Anhang). Bisher sind Drittstaatenangehörige in Brandenburg vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen, die Partizipationsmöglichkeiten gerade auch ausländischer Frauen könnte über ein kommunales Wahlrecht gestärkt werden.

10.1.2 Parteimitgliedschaft

Frauen sind in deutlich geringerem Umfang in Parteien vertreten als Männer. Eine Betrachtung der Mitgliedschaft der Parteien Brandenburgs zeigt, dass Frauen – gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung – in allen Parteien unterrepräsentiert sind. Den höchsten Frauenanteil weist „Die Linke“ auf mit 44,7 Prozent. Bei Bündnis 90/Die Grünen sind 35,4 Prozent der Mitglieder weiblich, bei der SPD 28,4 Prozent, in der CDU 26,7 Prozent und in der FDP 21,3 Prozent, von der DVU wurden keine Angaben vorgelegt²⁷ (vgl. Tabelle 13 im Anhang). Frauen sind damit in den politischen Parteien des Landes Brandenburg erheblich unterrepräsentiert. Insgesamt ist die Mitgliedschaft in politischen Parteien in Brandenburg, wie insgesamt in den ostdeutschen Bundesländern, nicht so hoch ausgeprägt wie in den alten Bundesländern, nur die Linke hat durch die SED-Nachfolge in Ostdeutschland höhere Mitgliederzahlen als im Westen.

10.1.3 Repräsentanz in Parlamenten

Neben der Wahlbeteiligung gilt die Repräsentanz in parlamentarischen Ämtern als zentrale Form der politischen Einflussnahme bzw. Machtausübung. Parlamentarische Aktivitäten werden auf verschiedenen Ebenen realisiert. Als zentrale Formen sind im Anschluss die Parlamente auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene hinsichtlich der Beteiligung brandenburgischer Volksvertreterinnen im Überblick dargestellt.

²⁷ Die Daten wurden durch die jeweiligen Landesverbände der einzelnen Parteien zur Verfügung gestellt.

Kreistage

Im Zuge der Kommunalwahl im Jahr 2003 wurden insgesamt 936 Mandate vergeben. Auf Männer entfielen 727 Mandate und auf Frauen 209 Mandate. Das entspricht einem Frauenanteil von 22,3 Prozent (vgl. Tabelle 14 im Anhang). Der Frauenanteil in den Kreistagen liegt damit ganz erheblich unter dem Frauenanteil in den politischen Parteien. Weibliche Parteimitglieder haben entsprechend seltener Zugang zu kommunalen Funktionen. Offenbar ist eine rege politische Beteiligung in kommunalen Strukturen im Land Brandenburg noch nicht so breit verankert, dass Frauen hier selbstverständlich integriert werden. Hierfür könnten männerdominierte Netzwerke oder Interessenlagen in den Kommunen verantwortlich sein, die Frauen ausgrenzen, und zwar schon bei den Kandidaturen. Die meisten Parteien verfügen über Quoten für die Aufstellung von Wahllisten.

Landtag

Der Anteil von Frauen im Landtag von Brandenburg beläuft sich auf 43 Prozent und weist damit bundesweit einen Spitzenwert gegenüber Landtagen anderer Bundesländer auf. In sämtlichen Fraktionen des Brandenburgischen Landtags sind weniger Frauen als Männer vertreten. Den höchsten Frauenanteil weisen die Partei „Die Linke“ mit 48,3 Prozent und die SPD mit 45,5 Prozent auf, bei der CDU sind 35 Prozent Frauen, bei der DVU 33,3 Prozent (vgl. Diagramm 6 im Anhang). Der Frauenanteil im Landtag liegt insbesondere in der SPD, aber auch in der CDU weit über dem Anteil von Frauen bei den Parteimitgliedern. Hier kommt die Frauenquote dieser Parteien deutlich sichtbar zum Tragen.

Bundestag

Im Deutschen Bundestag sind insgesamt 21 Abgeordnete des Landes Brandenburg vertreten, darunter 10 Frauen und 11 Männer. Mit 47,6 Prozent ist damit der Frauenanteil an den brandenburgischen Abgeordneten im Deutschen Bundestag damit der höchste unter sämtlichen Volksvertretungen, in die Brandenburgern und Brandenburger gewählt wurden. Kein anderes Bundesland erreicht einen annähernd adäquaten Frauenanteil bei seinen Bundestagsabgeordneten, insgesamt sind im Bundestag mit 194 Frauen und 419 Männern 32 Prozent Frauen vertreten (www.bundestag.de/abgeordnete/).

Europäisches Parlament

Im Europäischen Parlament ist unter den insgesamt 4 Abgeordneten des Landes Brandenburg lediglich eine Frau zu finden. Insgesamt liegt der Frauenanteil im Europaparlament bei 30,4 Prozent, das entspricht auch dem Frauenanteil der deutschen EU-Volksvertretung.

10.1.4 Repräsentanz in politischen Führungspositionen

Besondere Möglichkeiten der politischen Partizipation verbinden sich mit der Übernahme politischer Führungspositionen. Ihre Besetzung durch Frauen ist im Folgenden dargestellt:

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Im Land Brandenburg sind derzeit insgesamt 423 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tätig, darunter 12 Prozent Frauen und 88 Prozent Männer. Bundesweit liegt Brandenburg damit weit über dem Durchschnitt von 5 Prozent bei Frauen im Bürgermeisterinnenamt. Eine Differenzierung nach dem Status zeigt, dass der Frauenanteil an den ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit 12,8 Prozent höher ausfällt als bei den Hauptamtlichen (10,7 Prozent) (vgl. Tabelle 15 im Anhang). Der Frauenanteil bei den Bürgermeisterämtern liegt damit erheblich unter dem Frauenanteil in den Kreistagen und unter den Parteimitgliedern. Hier kommen Frauen benachteiligende Strukturen in der Politik zum Tragen. Bei den Oberbürgermeistern stellten Frauen in Brandenburg 25 Prozent – durch die Oberbürgermeisterin in Brandenburg an der Havel.

Landräte

Im Land Brandenburg sind derzeit insgesamt 14 Landräte tätig, darunter keine Frau.

Ministerinnen und Minister

An der Spitze der Landesregierungen in sämtlichen deutschen Bundesländern stehen ausschließlich Männer. Heide Simonis war bisher die einzige Frau an der Spitze eines Bundeslandes. In Brandenburg sind von insgesamt 9 Ministerämtern (ohne Ministerpräsident) drei mit Frauen besetzt, davon zwei Ministerinnen von der CDU und eine Ministerin von der SPD. Mit einem Frauenanteil von 33 Prozent ist Brandenburg damit im Ländervergleich unter den führenden Bundesländern.



Staatssekretärin

Zum Zeitpunkt dieser Studie hat das Land Brandenburg elf Staatssekretäre und keine Staatssekretärin.

Bewertung der Repräsentanz in politischen Funktionen

Insgesamt zeigt sich, dass Frauen auf der kommunalen Ebene und in politischen Führungsfunktionen erheblich unterrepräsentiert sind. Im deutschen Vergleich hat Brandenburg eine hohe Repräsentanz von Frauen in der Politik aufzuweisen, von Gleichstellung kann aber keine Rede sein. Frankreich hat eine Quote für die Beteiligung von Frauen in den Kommunalparlamenten gesetzlich verankert und so den Frauenanteil in der Politik auf kommunaler Ebene erhöht. Auch Brandenburg sollte aufgrund der geringen Frauenbeteiligung gesetzliche Fördermaßnahmen ergreifen.

10.1.5 Repräsentanz bei Gremienvertretungen des Landes

Neben der Wahrnehmung politischer Ämter und Funktionen gibt auch die Beteiligung von Frauen an Gremien des Landes Auskunft über die Möglichkeiten ihrer demokratischen Mitwirkung. Die im 4. Landesgleichstellungsbericht des Landes Brandenburg ausführlich untersuchte Gremienstruktur²⁸ zeigt die höchsten Frauenanteile in Gremien im Bereich der unmittelbaren Landesverwaltung (36 Prozent), während die niedrigsten Anteile für den Bereich der Gremien außerhalb der Landesverwaltung (14 Prozent) ausgewiesen werden. Im Einzelnen zeigen sich die folgenden Ergebnisse:

Unmittelbare Landesverwaltung

Insgesamt waren zum Untersuchungszeitraum 283 Personen in den Gremien vertreten, darunter 102 Frauen, was einem Frauenanteil von 36 Prozent entspricht.

Mittelbare Landesverwaltung

In den Gremien der mittelbaren Landesverwaltung engagieren sich insgesamt 610 Mitglieder, darunter 135 Frauen (22 Prozent). Im Gegensatz zum Bereich der unmittelbaren Landesverwaltung waren in allen Gremien Frauen vertreten.

Gremien außerhalb der Landesverwaltung

In den Gremien außerhalb der Landesverwaltung fiel der Frauenanteil am geringsten aus. In 22 Aufsichtsgremien, an denen das Land Brandenburg beteiligt ist, saßen insgesamt 223 Mitglieder, darunter aber nur 32 Frauen (14 Prozent).

In 83 Gremien wurden Mandate des Landes per Kabinettsbeschluss besetzt. Insgesamt wurden 139 Personen entsandt, darunter 34 Frauen (24,5 Prozent).

Als Gründe für die geringe Beteiligung von Frauen in Gremien wurden im Bericht benannt (vgl. MASGF 2006c:36 f.):

1. Für eine Mitgliedschaft in den Gremien kommt nur eine Führungskraft (mindestens Referatsleiterin oder Referatsleiter) in Frage. Hier wirkt sich der geringe Frauenanteil in dieser Ebene negativ aus.
2. Bei Neubesetzungen wurde im Interesse einer kontinuierlichen Arbeit an den bisherigen Mitgliedern festgehalten. Dies waren häufiger Männer.

Insgesamt ist zu erkennen, dass auch hier Frauen im geringen Umfang an Entscheidungsprozessen beteiligt sind.

²⁸ Insgesamt wurden Gremien im Bereich der unmittelbaren und der mittelbaren Landesverwaltung sowie Gremien außerhalb der Landesverwaltung, in die das Land entsenden kann, untersucht. Im Bereich der unmittelbaren Landesverwaltung wurden 14 und im Bereich der mittelbaren Landesverwaltung 23 Gremien einer näheren Betrachtung unterzogen (MASGF 2006c).

10.1.6 Bürgerschaftliches Engagement

Frauen leisten in ganz erheblichem Aufwand bürgerschaftliches Engagement. Die Entwicklung der Freiwilligenarbeit in Brandenburg zwischen den Jahren 1999 und 2004 zeigt erhebliche Unterschiede zwischen dem ehrenamtlichen Engagement von Frauen und Männern (TNS Infratest 2006). So sank das Engagement der Männer leicht von 36 auf 35 Prozent, während Frauen ihr Engagement von 21 Prozent im Jahr 1999 auf 30 Prozent im Jahr 2004 steigerten (TNS 2006:6, 40). Insgesamt liegt Brandenburg in Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement damit unter dem Bundesdurchschnitt, aber an der Spitze der neuen Bundesländer (TNS 2006:26). Frauen haben den Bundesdurchschnitt von 32 Prozent fast erreicht, Männer liegen um vier Prozentpunkte auch nur knapp zurück (TNS 2006:40). Gerade bei jungen Frauen in Brandenburg hat sich das Engagement verstärkt, es war 1999 besonders niedrig (TNS 2006:40).

Männer und Frauen engagieren sich in unterschiedlichen Bereichen: Frauen sind eher im Bereich Schule und Kindergarten, im Sozialen und in der Kirche engagiert, Männer eher im Sport und im Bereich Katastrophenschutz. 46 Prozent der freiwilligen Aktivitäten bei Frauen und 35 Prozent der freiwilligen Aktivitäten von Männern sind in Brandenburg auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche ausgerichtet (TNS 2006:32).

Tabelle 43
Bereiche ehrenamtlichen Engagements nach Geschlecht (Angaben in Prozent)

Frauen	Männer
11,5 % Schule/Kindergarten	11,5 % Sport u. Bewegung
7,0 % Sport u. Bewegung	6,0 % Schule/Kindergarten
5,5 % Sozialer Bereich	4,5 % Feuerwehr/Rettungsdienste
4,0 % Freizeit u. Geselligkeit	4,5 % Freizeit u. Geselligkeit
3,5 % Kirche u. Religion	4,5 % Kultur u. Musik

Quelle: TNS 2006:41

Seit dem Jahr 1999 hat der Anteil der engagierten Männer im Bereich Sport und Geselligkeit abgenommen, im Bereich Kindergarten und Schule zugenommen. Frauen in Brandenburg sind stärker als Frauen im ostdeutschen Vergleich im Bereich Schule und Kindergarten sowie Sport und Bewegung engagiert.

Die Untersuchung von TNS Infratest folgert: „Sehr vereinfachend gesagt stehen Männer noch immer ver-

mehrt im Dienst an der Sache, Frauen mehr im Dienst am Menschen.“ (TNS 2006:42) Die vermeintliche Sachorientierung der Männer ist schwer in den Daten zu erkennen. Eher haben Männer verstärkt Leitungs- und Vorstandsfunktionen inne und nehmen damit prestigeträchtigere und politisch einflussreichere Aufgaben wahr als Frauen. Frauen sind im Jahr 2004 noch seltener als 1999 in Wahlämtern vertreten. Männer sehen in ihrer Tätigkeit entsprechend eher ein „Ehrenamt“, Frauen eher „Freiwilligenarbeit“ (52 Prozent der Frauen und nur 37 Prozent der Männer bevorzugen für ihre Tätigkeit diese Bezeichnung) (TNS 2006:42). Frauen sind seltener als Männer in Vereinen engagiert, aber häufiger in Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen sowie Kirchen. Schule und Kindergarten spielen als staatliche oder kommunale Einrichtungen, an denen freiwilliges Engagement ausgeübt wird, eine zentrale Rolle. Das Engagement in Initiativen, Projekten und Gruppen erfolgt oft gezielt zur Unterstützung bestimmter Themen, demnach gerade in Hinsicht auf eine hohe Sachorientierung.

Frauen sind für freiwillige Tätigkeiten anders motiviert als Männer. Es ist ihnen wichtiger als Männern, anderen Menschen zu helfen und einen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten (TNS 2006:58), sie sehen insgesamt einen breiteren Nutzen als Männer im ehrenamtlichen Engagement. Sie nehmen sich viel vor und fühlen sich zu fast einem Viertel (23 Prozent) gelegentlich in ihrer Freiwilligenarbeit überfordert, Männer seltener, mit 17 Prozent weniger als jeder Fünfte. Männer sind öfter als Frauen durch eigene Erlebnisse zum Ehrenamt motiviert, und sie werden öfter von leitenden Personen in Organisationen zum Ehrenamt motiviert, Frauen fühlen sich durch hauptamtliche Mitarbeiter von Organisationen, in denen sie ehrenamtlich tätig sind, schlechter unterstützt als Männer (TNS 2006:66), sie kennen auch weniger Möglichkeiten der Weiterbildung (33 Prozent Frauen gegenüber 42 Prozent der Männer) und wünschen sich häufiger als Männer eine unbürokratische Kostenerstattung (TNS 2006:70).

Die Förderung des Engagements von Frauen gilt als eines der wichtigsten Entwicklungsfelder des Freiwilligensektors in Brandenburg, insbesondere auch in Bezug auf die Unterstützung des Engagements von Frauen, es soll stärker auf die Erwartungen von Frauen eingegangen werden (TNS 2006:12).



Für das Jahr 2006 liegen über die Auswertung für Brandenburg Daten für die neuen Bundesländer vor, die zeigen, dass 66 Prozent der Männer und 63 Prozent der Frauen in Vereinen und Verbänden aktiv sind. Männer sind mit 48 Prozent häufiger in Vereinen repräsentiert als Frauen mit 38 Prozent, vor allem in Sportvereinen ist die Geschlechterdifferenz erheblich mit 25 Prozent der Männer und 17 Prozent der Frauen als Mitgliedern. In Kleingartenvereinen sind je 14 Prozent der Frauen und Männer engagiert. Dies ist im Übrigen die einzige Vereinsform, in der Arbeitslose sich stärker engagieren als Erwerbstätige. Frauen sind besonders unterrepräsentiert in Gewerkschaften mit 11 Prozent gegenüber 20 Prozent der Männer. In den Religionsgemeinschaften dagegen sind Frauen stärker engagiert (Winkler 2006).

Die Beteiligung von Frauen und Männern an politischen Organisationen war in der repräsentativen Befragung relativ hoch: 12 Prozent der befragten Frauen und 16 Prozent der befragten Männer waren Mitglied einer Gewerkschaft oder Partei, wobei angesichts des Organisationsgrades der verschiedenen Institutionen wohl erheblich mehr Personen, vor allem bei den Frauen, Mitglieder einer Gewerkschaft sind. Eine Mitgliedschaft in anderen Organisationen, Verbänden oder Vereinen gaben 32 Prozent der Frauen und 46 Prozent der befragten Männer an, was einen signifikanten Geschlechtsunterschied darstellt (Kontingenz 0,000). Genauso stark ist der Zusammenhang auf der Basis des Geschlechts bei der Mitgliedschaft in einem Führungsgremium einer politischen Organisation, eines Verbandes oder Vereins: 7 Prozent aller befragten Frauen und 13 Prozent aller befragten Männer hatten eine ehrenamtliche Führungsfunktion inne.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sind gleichermaßen bereit, sich zukünftig ehrenamtlich zu engagieren, dies gaben 58 Prozent der befragten Frauen und 63 Prozent der befragten Männer an. In Brandenburg gibt es demnach ein großes Potenzial für ehrenamtliches Engagement, das vor allem bei Frauen wenig erschlossen ist. Das kann daran liegen, dass Frauen zu wenig in Führungsverantwortung eingebunden sind und die Organisationen daher nicht nach ihren Vorstellungen gestalten und prägen können. Hier sollte die Landesregierung ansetzen und die ehrenamtliche Führungsverantwortung von Frauen stärken.

10.2 Subjektive Reflexion der politischen Partizipation

Befragt nach der Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen im Land Brandenburg, äußerten sich insgesamt 36,7 Prozent aller befragten Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs „unzufrieden“. Frauen (38,0 Prozent) sind dabei etwas unzufriedener als Männer (35,3 Prozent). Innerhalb einer Skala der Zufriedenheit mit verschiedenen Modalitäten der Lebenssituation rangiert die Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen – bei starker Korrelation mit der allgemeinen Lebenszufriedenheit sowie der Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen und Arbeitsmarktsituation – auf einem der letzten Plätze.

Das „Interesse an Politik“ ist in der Befragung – gemessen an Daten für Gesamtdeutschland – vergleichsweise hoch. Frauen in Brandenburg, von denen sich mit 65,3 Prozent ca. zwei Drittel an Politik interessiert zeigen, bringen ihr dabei signifikant weniger Interesse entgegen als Männer (82,1 Prozent). Männer weisen im Vergleich zu Frauen ein stärkeres Interesse an konventioneller, institutionalisierter Politik, die oft als Politik im Allgemeinen angesehen wird, auf. So gaben 12,9 Prozent aller befragten Männer und 5,5 Prozent aller befragten Frauen in der Repräsentativerhebung an, an Politik sehr stark interessiert zu sein. Ähnliche Tendenzen werden für Deutschland schon seit mehreren Jahren ermittelt (vgl. BMFSFJ 2005a). Die Frage spezifizierte nicht, was unter „Politik“ verstanden wird. Das Interesse von Frauen an nicht institutionalisierter Politik oder an großen politischen Zielen wie dem Frieden in der Welt wird nicht angemessen abgebildet (vgl. u. a. Färber 1990, Geißel/Penrose 2003; Sauer 1994 und Westle 2001).

Zwischen der Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in Brandenburg und dem Politikinteresse besteht dabei ein signifikanter Zusammenhang, der bei Frauen und Männern unterschiedlich ausfällt. Während bei Frauen das politische Interesse in Verbindung mit einer wachsenden Zufriedenheit steigt, sind es bei den Männern jeweils die Extrempole, d. h. sowohl eine starke Zufriedenheit als auch eine hohe Unzufriedenheit, die mit einem größeren Politikinteresse korrelieren.

Auffällig ist zudem, dass bei Frauen das Politikinteresse anders als bei Männern in den höheren Altersgruppen sehr stark zunimmt. Gerade junge Frauen sehen sich offenbar als politikfern (vgl. Tabelle 44).

Eine Ursache für dieses eher geringe Interesse an Politik kann bei jungen Frauen darin gesehen werden, dass sie deutlich stärker als Ältere der Meinung sind, dass Politik ihre persönlichen Interessen nicht in ausreichendem Maß vertritt. Insgesamt sind jeweils mehr als die Hälfte aller Frauen (54,9 Prozent) und Männer (51,7 Prozent) dieser Auffassung. Frauen sind mit 7,4 Prozent in der unzufriedensten Gruppe erheblich stärker repräsentiert als Männer mit 3,2 Prozent (Diagramm 31).

Diese Werte weisen eine starke Nähe zur Zahl der Nichtwählerinnen in Brandenburg auf. Damit erklärt die Einschätzung, die Politik orientiere sich nicht an den eigenen Bedürfnissen, teilweise die geringe Wahlbeteiligung.

Frauen sind etwas weniger zufrieden mit den Möglichkeiten zur persönlichen Mitwirkung als Männer (Diagramm 32).

Darüber hinaus gibt es aber auch andere Erklärungsmöglichkeiten für die Distanz zur Politik, die in dieser Studie nicht erhoben wurden. So schätzen Frauen ihre Wirkungsmöglichkeiten in Bürgerinitiativen, Projekten oder in der Elternvertretung an Schulen und Kindergär-

Diagramm 31
In welchem Ausmaß vertritt die Politik die eigenen persönlichen Interessen?
Land Brandenburg 2007 (Angaben in Prozent)

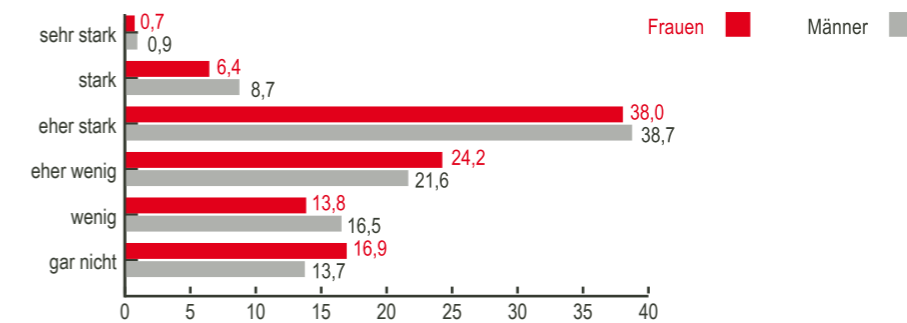
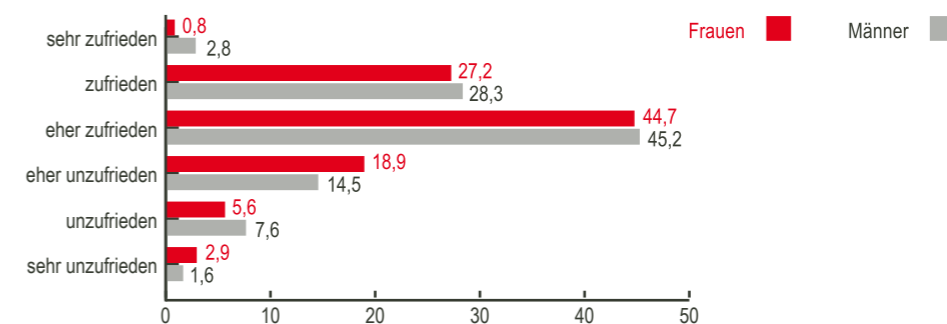


Diagramm 32
Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Mitwirkung im Land Brandenburg, 2007 (Angaben in Prozent)



Quelle Diagramm 31 u. 32: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), GII/ISA, Gender-Institut Sachsen-Anhalt



Tabelle 44

Interesse an Politik nach Altersgruppen im Land Brandenburg, 2007 (Angaben in Prozent)

Altersgruppen	Frauen				Männer			
	sehr stark	stark	gering	kein Interesse	sehr stark	stark	gering	kein Interesse
18 b. u. 20 Jahre	7,7	15,4	61,5	15,4	36,4	36,3	18,2	9,1
20 b. u. 30 Jahre	3,7	45,7	42,0	8,6	16,7	58,3	19,4	5,6
30 b. u. 40 Jahre	4,3	52,2	36,5	7,0	12,7	71,8	11,3	4,2
40 b. u. 50 Jahre	15,1	56,4	21,4	7,1	16,5	58,6	15,2	9,7
50 b. u. 60 Jahre	15,9	58,9	18,7	6,5	26,4	53,8	14,1	5,7
60 b. u. 70 Jahre	14,7	59,0	20,0	6,3	22,5	71,2	6,3	0,0
70 Jahre und älter	23,2	46,4	24,6	5,8	41,7	48,8	9,5	0,0
Gesamt	12,4	53,0	27,5	7,1	22,9	59,2	13,0	4,9

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt (stark = stark + eher stark)/(gering = gering + eher gering)

ten höher ein als in politischen Parteien (Färber 1990). Sie beteiligen sich eher an unkonventionellen, direkt-demokratischen oder projektbezogenen Aktivitäten als an Parteipolitik und politischen Mandaten. Mit dem hohen Anteil nichtwählender junger Frauen und rechtsextrem wählender junger Männer liegt in Brandenburg ein erhebliches Problem für die Demokratie vor.

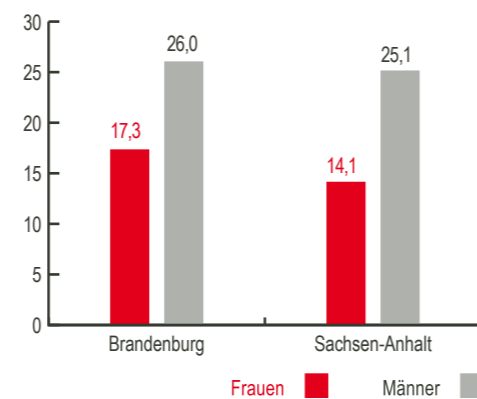
10.2.1 Bereitschaft zur Übernahme politischer Mandate

Dass die Wahrnehmung der Interessen von Bürgerinnen und Bürgern einen starken Zusammenhang mit ihrem politischen Engagement aufweist, bestätigt die Bereitschaft, selbst ein politisches Mandat zu übernehmen bzw. sich wählen zu lassen, wie Diagramm 33 im Vergleich zwischen Brandenburg und Sachsen-Anhalt zeigt.

Jeder vierte Brandenburger und jede sechste Brandenburgerin sind damit bereit, ein politisches Amt zu übernehmen. Die Geschlechterdifferenzen bei der Bereitschaft zur Übernahme politischer Ämter sind damit nicht so hoch wie in der Kommunalpolitik oder bei den anderen in dieser Studie untersuchten Funktionen. Die politischen Parteien schöpfen dieses Potenzial nicht aus, weil nicht genug Ämter zur Verfügung stehen, aber auch weil die demokratischen Parteien und die potenziell engagierten Bürgerinnen und Bürger nicht richtig zueinanderfinden. Unter dem Gesichtspunkt der Erhöhung der Repräsentanz von Frauen zeigt sich hier

Diagramm 33

Bereitschaft sich wählen zu lassen oder ein pol. Mandat oder Amt zu übernehmen im Vergleich der Bundesländer Sachsen-Anhalt (2006) und Brandenburg (2007) – Angaben für „ja“ und in Prozent



Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Brandenburg (2007) und Sachsen-Anhalt (2006), G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt

jedenfalls ein sehr erfreuliches Potenzial. Zwar interessieren sich mehr Männer als Frauen für die Übernahme politischer Ämter, aber die Differenz zwischen den Geschlechtern liegt in Brandenburg bei der Bereitschaft nur bei 8,7 Prozentpunkten und damit niedriger als bei den Parteimitgliedschaften. Damit stehen viele Frauen für politische Ämter zur Verfügung.

10.3 Frauenpolitik im Land Brandenburg

Die Gleichstellung von Frauen und Männern hat für die Bevölkerung von Brandenburg, und zwar für Frauen wie für Männer, einen hohen Stellenwert. Männer geben der Gleichstellung der Geschlechter den 10., Frauen den 12. Rangplatz bei den Werten. Die absolute Bewertung ist hier noch aussagekräftiger als die relative Position: Gleichstellung ist fast so wichtig wie Kinder haben, für andere Menschen da sein oder eine gesunde Lebensweise und wichtiger als Erfolg im Beruf sowie erheblich wichtiger als materieller Wohlstand oder die Freizeitgestaltung. Die Gleichstellung der Geschlechter wird insgesamt in Ostdeutschland hoch bewertet und als staatliche Aufgabe angesehen (Arzheimer, Klein 2000). Brandenburg hat ein fortschrittliches Landesgleichstellungsgesetz. In den Kommunen und Hochschulen sind Gleichstellungsbeauftragte verankert. Das Land Brandenburg hat sich zur Umsetzung von Gender Mainstreaming verpflichtet und prüft alle Kabinettsvorlagen auf deren Gleichstellungswirkung.

10.4 Maßnahmen zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen und der Frauenpolitik

Das Mentoringprogramm der Landesverwaltung „Gemeinsam erfolgreicher“ hat das Ziel, die Chancengleichheit von Frauen in der Landesverwaltung zu erhöhen. Damit zielt das Programm auch auf die Besetzung von Gremien mit Frauen.

In anderen Bundesländern, so in Rheinland-Pfalz, in Niedersachsen und Baden-Württemberg, bestehen Mentoringprogramme für Frauen in der Politik, die teilweise über die Landeszentralen für politische Bildung organisiert werden. In Berlin haben Parlamentarierinnen mit der Überparteilichen Fraueninitiative eine wirkungsvolle parteiübergreifende Lobby etabliert, die auf die Frauenbewegung sowie auf das Engagement der Landesfrauenbeauftragten zurückgeht und eine langjährige Tradition hat. Einige Parteien lassen sich auf Bundesebene oder Landesebene von der europäischen Akademie für Frauen in Wirtschaft und Politik unterstützen, die Kurse und Einzelcoachings für Politikerinnen anbietet. Die Frauenorganisationen der Parteien sind auch im Land Brandenburg seit zwei Jahren als überparteiliche Fraueninitiative über die Arbeit im frauenpolitischen Rat hinaus in einem Gesprächsverbund organisiert.

Frauenpolitik ist in der Landesverwaltung nicht mehr auf der Ebene der Ministerinnennamen vertreten, eine im Bundesvergleich unübliche Struktur.²⁹ Es besteht keine eigene Gleichstellungsabteilung mehr, sondern nur eine Stabsstelle, die ähnlich wie im Freistaat Bayern im nationalen Vergleich personell denkbar knapp ausgestattet ist. In Brandenburg werden frauenpolitische Verbände und Organisationen gefördert wie eine Vernetzungsstelle für Mädchenprojekte (KUKMA) und der Frauenpolitische Rat.

²⁹ In neun Bundesländern tragen die zuständigen Landesstellen den Titel „Frauen“, davon in fünf zusammen mit „Familie“. Nur zwei Bundesländer, und zwar neben Brandenburg Hamburg, tragen nur „Familie“ im Namen. Fünf Bundesländer subsumieren Gleichstellung und Familie unter „Soziales“.



■ 10.5 Bewertung der Ergebnisse und Handlungsfelder

Die dargestellten Daten zur politischen Partizipation verdeutlichen, dass hinsichtlich der Integration von Frauen in politische Prozesse im Land Brandenburg erhebliche Reserven bestehen. Parteipolitik ist in Brandenburg vor allem auf kommunaler Ebene eine Männerdomäne.

Als mögliche Ursachen für diese Entwicklung sind trotz der relativ eng fokussierten Betrachtung vor allem zwei sich gegenseitig verstärkende Entwicklungstendenzen auszumachen, die einerseits in strukturell bedingten Ausschlussmechanismen (z. B. Gremienbesetzung) und andererseits in einer mehr oder weniger bewussten Abkehr von politischen Prozessen zu sehen sind (z. B. Wahlbeteiligung).

Beides verweist auf übergreifende Probleme im System der politischen Beteiligung, von denen Frauen stärker betroffen sind als Männer.

Um hier Fortschritte im Sinne einer elementaren Verbesserung der Situation von Frauen zu erzielen, bedarf es demzufolge auch größerer struktureller Veränderungen. Konkrete Maßnahmen können dabei zwar unterstützen, sind jedoch wenig geeignet, Demokratiedefizite, die sich in der geringen Wahlbeteiligung, dem hohen Anteil von Wählern, aber auch Wählerinnen einer rechtsextremen Partei äußern, nachhaltig abzubauen.

Geprüft werden sollte daher, wie die Landesregierung die politischen Organisationen und Institutionen dabei unterstützen kann, Programme zur Förderung von Frauen in der Politik zu unterstützen. Frauenquoten für die Repräsentanz von Frauen wären ein geeignetes Steuerungsinstrument, das auch die Demokratisierung des Landes voranbringen und die Politikdistanz von jungen Frauen aufbrechen helfen könnte. Gerade in diesem Zusammenhang ist die Verankerung von Frauenpolitik und von Mädchenpolitik, von frauenpolitischen Gremien und Institutionen besonders wichtig.

Mit Blick auf die Aktivierung des subjektiven Aktivitäts- und Beteiligungspotenzials von Frauen (und Männern) sollte stärker die Erkenntnis berücksichtigt werden, dass ein wachsendes und verhaltenswirksames Interesse an Politik immer dann entsteht, wenn Politik die Interessen der Bürgerinnen und Bürger wirksam berücksichtigt (vgl. u. a. Meyer 1992).

Orientiert an diesen Leitgedanken, können Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Frauen motivieren

und es ihnen objektiv ermöglichen, sich in größerem Umfang politisch zu beteiligen und so auf verschiedenen Ebenen spezifische Interessen zur Geltung zu bringen und selber umzusetzen.

Die befragten Brandenburgerinnen sind zu fast 60 Prozent zufrieden mit den vorhandenen Angeboten für Frauen im Land, allerdings waren auch 20 Prozent der Befragten die Angebote nicht bekannt.

Die gesetzlichen Änderungen in der Kommunalverfassung führten zu einer veränderten Bemessung für die Hauptamtlichkeit von Gleichstellungsbeauftragten. Insgesamt wurde dadurch die Zahl der hauptamtlichen Frauenbeauftragten im Land Brandenburg von 93 auf 28 auf unter ein Drittel drastisch reduziert. Trotz des Begriffs der „Hauptamtlichkeit“ wird eine Mehrfachbeauftragung praktiziert, so dass eine Person für vielfältige Benachteiligungsdimensionen zuständig erklärt wird, von Geschlecht über Behinderung bis zu Migrationshintergrund. Geschlechterbezogene Aspekte werden dadurch strukturell vernachlässigt. Damit wurde der zeitliche Umfang für die institutionalisierte Frauenpolitik in ungeheurem Ausmaß reduziert. Weiter besteht das Problem, dass viele Kommunen noch nicht einmal nebenamtliche Gleichstellungsbeauftragte bestellt haben, obwohl sie gesetzlich dazu verpflichtet sind. Hier sollte die Kommunalaufsicht die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durchsetzen. Die Ausstattung der Gleichstellungsbeauftragten mit Sachmitteln ist oft schlecht. Manche verfügen noch nicht einmal über Internetanschluss, um sich mit den Kolleginnen der Nachbarkommunen, den Beratungsstellen und den arbeitsmarktpolitischen Akteurinnen und Akteuren oder dem Landesministerium zu vernetzen. Hier sollte dringend eine verbesserte Ausstattung rechtlich vorgesehen werden, darüber hinaus sollte das Land die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen durchsetzen.

Die Verankerung von Gleichstellung in der Facharbeit (Gender Mainstreaming) ist in wenigen Fachpolitiken im Land Brandenburg weit fortgeschritten. So ist nur die Arbeitsmarktpolitik des Landes systematisch unter Gleichstellungsgesichtspunkten gestaltet, sie wird geschlechtervergleichend gesteuert und setzt mit besonderen Förderungen zielgruppengenau und geschlechterdifferenziert an. Das Land Brandenburg hat einen der deutschlandweit ersten geschlechtervergleichenden Gesundheitsberichte erstellt. Der Bericht geht unter dem Titel „Zwei Geschlechter – Zwei Gesund-

heiten“ (MASGF 2003) auf spezielle Gesundheitsanforderungen von Frauen und Männern ein. Gleichzeitig besteht ein großer weiterer Handlungsbedarf, denn die gesundheitsbezogenen Basisdaten, die im Indikatorensetz für die Ländergesundheitsberichterstattung festgelegt sind, sind in Brandenburg anders als beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern nicht annähernd geschlechterdifferenziert erschlossen. Hier könnte auf einer guten Grundlage ein systematisches Gender Mainstreaming in der Gesundheitsberichterstattung entwickelt werden. Positiv zu Gender Mainstreaming ist auch festzuhalten, dass in der Hochschulpolitik Frauen in Brandenburg in Führungsfunktionen sehr gut vertreten sind, Brandenburgs Hochschulen sind national Spitzenreiter im Frauenanteil an den Professuren. Die einzelnen Landesministerien führen Pilotprojekte zur Erprobung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes durch. Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung beispielsweise hat über eine gleichstellungsbezogene Betrachtung von Planfeststellungsverfahren im Straßenbau die Initiative ergriffen, die landesgesetzlichen Grundlagen gleichstellungsbezogen umzugestalten, und damit international Standards gesetzt.

Die Entwicklung der Frauen- und Gleichstellungspolitik im Land Brandenburg ist nicht durchgängig von Zuwachs, sondern auch von Abbau gekennzeichnet. Das Land Brandenburg hat, zusammengefasst, große Erfolge in der Frauen- und Gleichstellungspolitik vorzuweisen. Der teilweise Rückbau frauenpolitischer Strukturen erfolgte trotz der weiter bestehenden und teilweise neuen Probleme von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, in den Familien und bei einer erheblichen Unterrepräsentanz in politischen und gesellschaftlichen Führungsfunktionen. Es fehlt an frauenpolitischen Impulsen, beim Gender Mainstreaming und beim Gender Budgeting besteht in den meisten Politikfeldern erheblicher Nachholbedarf. Neben den auf Basis der Bedürfnis- und Interessenlagen von Frauen in Brandenburg als prioritär herausgearbeiteten Handlungsfeldern der Gleichstellungspolitik und des Gender Mainstreaming bedürfen besonders wichtige Zukunftsaspekte der Landesentwicklung einer geschlechterdifferenzierten und an den Lebenslagen und Interessen von Frauen ausgerichteten Betrachtung. Dies betrifft insbesondere das Anliegen, ein Leben mit Kindern so attraktiv zu machen, dass in Brandenburg mehr Kinder geboren werden, und Maßnahmen gegen die Abwanderung,

die prioritär auf qualifizierte junge Frauen zielen müssen. Bei Frauenpolitik geht es daher um eine kritische gleichstellungsbezogene Bewertung aller Politikfelder, nicht nur um spezifische frauenbezogene Themen. Dies ermöglicht die Strategie des Gender Mainstreaming. Die europäische Gleichstellungspolitik verbindet eine engagierte Frauenpolitik mit der Integration der Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter in alle politischen Entscheidungen. Diese Doppelstrategie erfordert eine kompetente Umsetzung der Gleichstellungspolitik in allen Ministerien, und sie erfordert Maßnahmen gegen die Benachteiligungen von Frauen und Mädchen sowie von Jungen und Männern. Damit sind aber gleichstellungspolitische Institutionen nicht weniger wichtig als zuvor, im Gegenteil: Gender Mainstreaming bedarf einer Koordinierung, denn viele Gleichstellungsanliegen sind nur ressortübergreifend zu lösen. Dies zeigt die Vernetzung zur Bekämpfung häuslicher Gewalt: Frauenpolitik, Innenpolitik, Rechtspolitik und Gesundheitspolitik wirken hier zusammen. Auch in anderen Politikfeldern ist eine solche Kooperation erforderlich: Die geschlechtergerechte Förderung von Jungen und Mädchen berührt die Familienpolitik, die Bildungspolitik und die Jugendpolitik und umfasst die Frauenpolitik, aber auch die Infrastrukturpolitik des Landes. In der Ausbildung wirken Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik und Sozialpolitik zusammen, die Berücksichtigung der Interessen junger Frauen erfordert hier eine frauenpolitische Perspektive.



■ 10.6 Handlungsempfehlungen zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen

Folgende Maßnahmen werden empfohlen, um die politische Partizipation von Frauen in Parteien und politischen Ämtern zu erhöhen:

1. Entwicklung politischer Netzwerk- und Kooperationsstrukturen für und mit Frauen: Das Land Brandenburg sollte Mentoring-Programme für Frauen in der Politik fördern, Kommunal- und Landespolitikerinnen aktiv vernetzen und den Frauenpolitischen Rat als parteiübergreifende Institution stärken. Die Landesregierung und die Landeszentrale für politische Bildung sollten geeignete Programme und Veranstaltungen etablieren.
2. Politik sollte die Interessen von jungen Frauen stärker berücksichtigen, dies bedeutet, dass ein erheblich größerer Schwerpunkt als bisher auf Bildung und Ausbildung, Studium und familienfreundliche Lebens- und Arbeitsbedingungen gelegt werden muss. Frauen sollten unter Bezugnahme auf ihre konkreten Bedürfnisse und Interessen angesprochen werden.
3. Gesetzliche Regelungen zur Repräsentanz von Frauen in Gremien und politischen Funktionen sollten konsequent umgesetzt und erweitert werden. Es wird empfohlen, gesetzlich eine Quote zur Repräsentanz von Frauen in Kommunalparlamenten einzuführen.
4. Politische Organisationen sollten vom Land dabei unterstützt werden, Zugangsbarrieren bei politischen Interessenvertretungen abzusenken, die beispielsweise durch Ämterhäufung entstehen. Das Potenzial von Frauen, die politische Ämter übernehmen würden, ist in Brandenburg in jedem Fall vorhanden.
5. Frauen sollten gut erreichbare Angebote erhalten, sich gezielt für politische Ämter und Führungsfunktionen, auch im Ehrenamt, zu qualifizieren, denn es ist möglich, dass Frauen höhere Ansprüche an das eigene politische Engagement stellen als Männer und sich entsprechend qualifizieren möchten.

Die Frauenpolitik im Land Brandenburg sollte weiter gestärkt werden durch:

1. Ausbau und Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen und Kreisen durch eine bessere Stellung in der Kommunalverfassung und bessere Kontrolle durch die Kommunalaufsicht.
2. Ausbau der frauenpolitischen Strukturen in der Landesverwaltung.
3. Stärkung der frauenpolitischen Netzwerke und Verbände.
4. Ausbau des Gender Mainstreaming.

Innerhalb der Landesregierung bietet Gender Mainstreaming, wenn es mit den frauenpolitischen Strukturen verbunden wird, sehr gute strategische Chancen zur weiteren Verbesserung der Situation von Frauen im Land Brandenburg. Durch diese systematische Strategie werden blinde Flecken in der Gleichstellung aufgedeckt, wie beispielsweise die Studienfachstruktur des Landes oder die schlechten Promotionsquoten. Für die Steuerung der Landesfinanzen unter Gendergesichtspunkten (Gender Budgeting) kann die Implementierung des Europäischen Sozialfonds ein gutes Beispiel sein, das Gleichstellung finanziell als Querschnitt und als eigene Säule verankert. Es sollte systematisch ausgebaut und auf andere Bereiche ausgeweitet werden. Alle Ressorts können von einer systematischen und durchgängigen Integration der Perspektive der Gleichstellung von Frauen und Männern profitieren. Starke und angemessen ausgestattete frauenpolitische Strukturen können diesen Prozess initiieren, mit Ideen beleben und koordinieren und so die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern, die die Bevölkerung von der Landespolitik erwartet, wirkungsvoll umsetzen. Empfohlen wird, die Steuerung des Gender-Mainstreaming-Prozesses im Land Brandenburg mit einer landesweiten Geschäftsstelle zu unterstützen.

Die vorliegende Studie stellt die Daten der offiziellen Statistik zur Lebenssituation von Frauen und Männern den Erfahrungen und Einschätzungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger aus einer Repräsentativerhebung gegenüber, unterzieht die bisherigen gleichstellungspolitischen Maßnahmen einer Bewertung und gewinnt so neue Einsichten in die gleichstellungspolitischen Erfordernisse in wichtigen Politikfeldern im Land Brandenburg.

Als **Bewertungsmaßstab** werden einerseits gleichstellungspolitische Qualitätsindikatoren an die Politikfelder angelegt: Gibt es geschlechtervergleichende Daten zu genderrelevanten Lebenslagen? Liegen Genderanalysen der Daten vor? Wird Gender in Programmen und Maßnahmen berücksichtigt? Werden Frauen ermutigt und beteiligt? Gibt es gendersensitive Evaluationsinstrumente? Andererseits wird die Zufriedenheit der Bevölkerung, die in der Repräsentativbefragung erhoben wurde, zur Bewertung herangezogen.

Die Studie geht zunächst der Frage nach, was Frauen und Männern in Brandenburg wichtig ist und ob sie andere politische Prioritäten setzen. Die **Wertorientierungen** sind in Brandenburg besonders homogen, Frauen und Männer haben sehr ähnliche Ziele. Ganz oben rangiert bei Frauen wie Männern die Erhaltung des Friedens. Wichtig sind die privaten Werte wie auf Platz 2 die glückliche Familie oder Partnerschaft, auf Platz 6 Liebe und Zuneigung und auf Platz 9 Kinder haben. Wichtig ist auch Arbeit, vor allem ein sicherer Arbeitsplatz (Rang 3), gute Bildung und Ausbildung (Rang 5), sinnerfüllte Arbeit (Rang 7) und finanzielle Unabhängigkeit (Rang 8). Den Brandenburgerinnen und Brandenburgern ist der Schutz vor Gewalt und Kriminalität mit Rang 4 relativ wichtig. Zwischen den Rangplätzen 10 bis 13 gibt es leichte Geschlechterdifferenzen. Frauen ist es hier relativ wichtiger, für andere Menschen da zu sein und gesund zu leben. Das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht bei Frauen mit einem hohen Wert von 1,58 Rang 12, bei Männern mit einer Bewertung von 1,63 Rang 10. Hier zeigt sich, dass insgesamt alle abgefragten Werte für Frauen eine größere Bedeutung haben, die sich in einer wichtigeren Bewertung ausdrückt, als für Männer. In Brandenburg weniger wichtig eingeschätzt wird Erfolg im Beruf und materieller Wohlstand, das Leben zu genießen und die Freizeit sinnvoll zu gestalten. Beson-

ders wenig Gewicht hat es, sich politisch zu engagieren und Einfluss zu nehmen und nach religiösen Werten zu leben. Die eigenständige Existenzsicherung ist damit Frauen in Brandenburg ebenso wichtig wie Männern, beide Geschlechter legen einerseits großen Wert auf Familie und Partnerschaft und wollen sich andererseits in den Arbeitsmarkt einbringen.

Befragt danach, wie zufrieden sie mit ihrer persönlichen Lebenssituation sind, überwiegt in Brandenburg mit über drei Viertel die Zufriedenheit, was sehr positiv einzuschätzen ist. Ein Warnsignal ist allerdings, dass Frauen bei den sehr Unzufriedenen mit 4,3 Prozent einen deutlich höheren Anteil aufweisen als Männer mit 2,3 Prozent. Ein weiteres Problem in Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse ist, dass die Zufriedenheit mit zunehmender Kinderzahl abnimmt. Je schlechter die Bewertung der Lebensbedingungen ausfällt, desto weniger sind vor allem Frauen bereit, sich gesellschaftlich zu engagieren. Problematisch ist auch, dass die erwarteten Lebensbedingungen in 5 Jahren schlechter gesehen werden als aktuell oder vor 5 Jahren. Die höchste Zufriedenheit im Land Brandenburg herrscht hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern im Land mit über 85 Prozent bei den Frauen und 92 Prozent bei den Männern. Mit vielen Lebensbedingungen sind die Brandenburgerinnen und Brandenburger zu mehr als 70 Prozent zufrieden, vor allem mit den Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten, der persönlichen Lebenssituation, der medizinischen Versorgung und dem Schutz vor Kriminalität und Gewalt sowie den Möglichkeiten der politischen Mitwirkung. Über drei Viertel sind dagegen mit der Arbeitsmarktsituation unzufrieden. 58 Prozent der Frauen sind mit der Bildungs- und Ausbildungssituation unzufrieden, aber nur 42 Prozent der Männer. Auch die Unterstützung von Familien wird unterschiedlich bewertet, Frauen sind hier zu 35 Prozent unzufrieden, Männer nur zu 25 Prozent. Legt man die Wertorientierungen und die Zufriedenheit zugrunde, so ist es wichtig, für Frauen in Brandenburg Arbeit zu schaffen, die Existenzsicherung von Frauen zu verbessern, bessere Bedingungen für Familien zu schaffen, Bildung und Ausbildung für Frauen zu verbessern, die politische Mitbestimmung von Frauen zu fördern, den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten und die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter konsequent zu fördern.



Brandenburg ist in einigen Politikfeldern führend, was die Gleichstellung von Frauen und Männern betrifft, dies gilt vor allem auf dem Arbeitsmarkt und in der Schulbildung. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Einkommensgleichheit zwischen Frauen und Männern sind im europäischen Vergleich vorbildlich. Dennoch haben Frauen Probleme auf dem Arbeitsmarkt, im Oktober 2007 waren 15,3 Prozent der Frauen und 14,4 Prozent der Männer in Brandenburg arbeitslos, zusätzlich lag die Nichterwerbspersonenquote bei Frauen im Jahr 2005 bei fast 27 Prozent, bei Männern nur bei knapp 21 Prozent. Besonders der Anteil der Frauen unter den Langzeitarbeitslosen ist hoch. Die arbeitsmarktpolitische Ursache liegt nicht in den Frauen selbst, die in Brandenburg sehr gut ausgebildet sind und eine sehr hohe Erwerbsorientierung haben, sondern bei den Arbeitgebern, die das Potenzial der Frauen in Brandenburg zu wenig nutzen. Viele Unternehmen unterschätzen das Potenzial der sehr gut gebildeten und leistungsbereiten Frauen. Die Beschäftigung von Frauen in Betrieben hat nicht mehr dieselbe Selbstverständlichkeit wie früher. Frauen werden häufiger in Teilzeit oder geringfügige Beschäftigung abgedrängt. Die Betriebe kommen besonders Müttern nicht genug entgegen, was das Erfordernis der Existenzsicherung und eine an den Bedürfnissen der Kinder orientierte Flexibilität der Arbeitszeiten betrifft. Die arbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg hat sich entsprechend der hohen Priorität der Bevölkerung die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Erwerbsarbeit zum Ziel gesetzt. In der arbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg liegen hervorragende geschlechterdifferenzierte Daten, Handlungsstrategien und Evaluationinstrumente vor. Das Land hat die Aufgabe, bei den Betrieben für mehr Gleichstellung zu werben und Frauen arbeitsmarktpolitisch gezielt zu unterstützen, angenommen und verfolgt sie mit Priorität. Das Gender Mainstreaming der arbeitsmarktpolitischen Strategien, Programme und Maßnahmen sollte weiter systematisch und konsequent ausgebaut werden. Dabei gilt es in Zukunft, eine Verschlechterung der Perspektiven von Frauen auf dem Arbeitsmarkt weiter konsequent abzuwehren. Das ist besonders wichtig, weil Männer vom Wirtschaftsaufschwung der jüngeren Jahre arbeitsmarktpolitisch in Brandenburg mehr profitieren konnten als Frauen. Daher ist es erforderlich, arbeitsmarktpolitisch die Nichterwerbspersonen besonders zu mobili-

sieren sowie für die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten, die sich in der Regel eine existenzsichernde und sinnerfüllte Arbeit wünschen, bessere Perspektiven zu eröffnen. Fördermaßnahmen für Arbeitslose wirken bisher zu wenig auf die Selbstwirksamkeitserwartung und die subjektiv wahrgenommene Perspektive von Frauen, sie sollten daher stärker auf ein Empowerment von Frauen ausgerichtet werden, auch durch gezieltere Vernetzungsmaßnahmen. Frauen sollten als Unternehmerinnen bei der Existenzgründung weiter gezielt gefördert werden. Unternehmen sollten gestärkt werden, Frauen und Mütter als Beschäftigte zu fördern. Die Arbeitsmarktperspektiven von Frauen mit Migrationshintergrund sollten weiter verbessert werden, hier ist auch die geschlechterdifferenzierte Arbeitsmarktstatistik wesentlich zu verbessern. Die arbeitsmarktpolitischen Akteurinnen und Akteure im Land sollten durch die Landesregierung stärker unter dem Gesichtspunkt der Gleichstellung von Frauen und Männern vernetzt werden.

In Bezug auf ihre **wirtschaftliche Situation** sind Frauen auch in Brandenburg erheblich schlechter gestellt als Männer. Obwohl im Europavergleich hohe Einkommensgleichheit vorliegt, sind Frauen in den Einkommensklassen bis 900 Euro monatlich erheblich überrepräsentiert, ab 900 Euro drastisch unterrepräsentiert. Brandenburgische Frauen sind aber besonders auf ihr Erwerbseinkommen angewiesen. Im Bundesvergleich bestreiten die Frauen in Brandenburg am häufigsten ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit, im Jahr 2005 waren das 37,7 Prozent der Frauen. Die brandenburgischen Männer haben zu 44,7 Prozent ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit bestritten und damit im Bundesvergleich nur Rang 6 erreicht. Frauen sind im Land Brandenburg, so wie überall in Deutschland, stärker als Männer von Armut gefährdet, das Armutsrisiko beider Geschlechter ist in Ostdeutschland besonders groß, in Nordbrandenburg höher als in Südbrandenburg. Frauen sind anders als Männer in allen Altersgruppen von Armut gefährdet. Entsprechend sind Frauen mit ihrer eigenen finanziellen Situation unzufriedener als Männer. Besonders problematisch ist die Einschätzung, wofür das eigene Geld reicht. Nur 31 Prozent der in der Repräsentativerhebung befragten Frauen, aber 47 Prozent der befragten Männer können von ihrem Einkommen ihren Lebensunterhalt bestrei-

ten und auch etwas für besondere Anschaffungen zurücklegen. 42 Prozent der Frauen und 39 Prozent der Männer können von ihrem Einkommen leben, aber kein Geld sparen. Nur 12,7 Prozent der Männer, aber mit 23 Prozent fast jede vierte Frau, sind auf Unterstützung anderer angewiesen. 4,4 Prozent der Frauen und 2,1 Prozent der Männer gaben an, sich verschulden zu müssen, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Frauen leben demnach in Brandenburg in erheblich prekäreren Verhältnissen als Männer. Handlungsmöglichkeiten in Hinblick auf die soziale Sicherung liegen in erster Linie beim Bund, nicht bei dem Land. Es ist davon auszugehen, dass steuerrechtliche Regelungen wie das Ehegattensplitting die wirtschaftliche Situation von Frauen in Brandenburg erheblich schwächen. In Hinblick auf Eigenständigkeit ist auch das Subsidiaritätsprinzip in den Bedarfsgemeinschaften nicht förderlich. Auch sind Kinder, insbesondere für alleinerziehende Frauen, ein besonderes Armutsrisiko. Zu empfehlen ist die Einführung eines Mindestlohns, um für typisch schlecht bezahlte „Frauenbranchen“ Mindeststandards zu sichern. Hier kann das Land teilweise bei der Auftragsvergabe eigenständig agieren. Sozialleistungen sollten direkt an Frauen gezahlt und Absenkungen für Bedarfsgemeinschaften abgeschafft sowie Eltern finanziell bessergestellt werden. Es sollte erwogen werden, analog der Altersteilzeit eine subventionierte Elternteilzeit einzuführen. Ein geschlechterdifferenziertes, regional differenziertes Monitoring der wirtschaftlichen Situation von Frauen und Männern in regelmäßigen Lebenslagenberichten fehlt im Land Brandenburg bisher und ist erforderlich.

Bildung und Ausbildung haben für Frauen in Brandenburg, wie die Umfrage zeigt, besonders hohe Priorität. Die jungen Frauen in Brandenburg erreichen im Bundesvergleich ganz hervorragende Schulleistungen, sie sind sehr bildungsbereit und mobil. Im Jahr 2006 lag der Anteil der Mädchen an der Schülerschaft der Gymnasien mit 57,3 Prozent auf dem ersten Platz bundesweit. 41,2 Prozent der jungen Frauen in Brandenburg verließen im Jahr 2004 die Schule mit Abitur, das ist die höchste Abiturientinnenquote im Bundesvergleich. Leider erreichten nur 25,3 Prozent der Schüler in Brandenburg das Abitur, in Deutschland damit immerhin noch Platz 7. Innerhalb Brandenburgs ist der Mädchenanteil mit Abitur vor allem im äußeren Entwicklungsraum sehr

hoch, so dass der Erhalt der gymnasialen Oberstufen im ländlichen Raum für Mädchen besonders wichtig ist. Betrachtet man das untere Ende der Bildungsskala, so wird deutlich, dass bei den Absolventinnen und Absolventen ohne Schulabschluss die Jungen in den Landkreisen zwischen 63 und 81 Prozent stellen, also erheblich häufiger als die jungen Frauen zu den Verlierern des Schulsystems gehören. In der Schulstruktur wurden im Land Brandenburg erhebliche Veränderungen vorgenommen, das Lehrpersonal wurde allein von 2000 bis 2005 um 19 Prozent abgebaut. Geschlechterverhältnisse in der Schulbildung wurden bis 2007 wenig thematisiert, hauptsächlich mit Fokus auf Jungen, während die naturwissenschaftliche Ausbildung und die Berufsorientierung der Mädchen bisher zu wenig thematisiert wird. Der schulinterne Bildungserfolg ist vor allem ein Indikator für die Bildungsanstrengungen, dagegen sind die Perspektiven der weiteren Bildung und Ausbildung für Frauen in Brandenburg problematisch. Brandenburgische junge Frauen können ihre großen Bildungserfolge in der Schule nicht in eine angemessene Ausbildungs- und Studienbeteiligung im Land Brandenburg umsetzen und suchen deshalb häufig noch in der Ausbildungs- und Studienphase eine Perspektive außerhalb des Landes. Die Studierendenquoten bei Frauen sind in Brandenburg nicht dem hohen Frauenanteil bei der Hochschulzugangsberechtigung angemessen. Nur ca. 60 Prozent der Abiturientinnen des Landes studieren, aber über 70 Prozent der Abiturienten. Die Studienstruktur ist in Brandenburg vorrangig an Fächern ausgerichtet, die Männer interessieren, das gilt vor allem für Südbrandenburg. Insgesamt sind 26 Prozent der befragten Frauen mit der Bildungs- und Ausbildungssituation in Brandenburg sehr unzufrieden, gegenüber 17 Prozent der Männer. Weitere 32 Prozent der Frauen und ein Viertel der Männer sind eher unzufrieden. 45 Prozent der Befragten, die die Hochschulbildung in Brandenburg schlecht bewerten, denken über einen Wegzug aus Brandenburg nach. Besonders im Raum Cottbus sind junge Frauen mit der Hochschulbildungssituation unzufrieden. Das Land muss sein Studienangebot daher besser an die Bedürfnisse von Frauen anpassen, es ist nicht ausreichend an den Interessen der brandenburgischen Abiturientinnen orientiert. Nach dem Studium haben Frauen in Brandenburg erheblich schlechtere Perspektiven an Hochschulen als Männer. Unter den Promotionen beträgt der Frau-



enanteil nur knapp 29 Prozent und liegt 11 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Studienstruktur und Fachstruktur müssen daher gleichstellungsbezogen reformiert werden. Das Land Brandenburg unternimmt große Anstrengungen bei der Förderung der Ausbildung, es gibt allen Ausbildungswilligen und -befähigten eine Ausbildungsgarantie. Der Übergang in das Studium und das Ausbildungssystem ist aber noch sehr stark von Geschlechterrollenvorstellungen geprägt. Der Ausbildungsmarkt zerfällt in typische Männer- und Frauenberufe, wobei Frauen besonders schlechte Übernahmekancen nach der Ausbildung haben. Festzustellen ist, dass die Schulen Mädchen unzureichend auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, dass aber auch die einstellenden Betriebe Frauen benachteiligen. Ausbildung, Studium und anschließende Erwerbsperspektiven für Frauen, vor allem für Mütter, müssen in Brandenburg verbessert werden, denn viele junge Frauen kehren sonst dem Land den Rücken.

Die demographische Entwicklung zeigt die Abwanderung junger Frauen, den Rückgang von **Familien** sowie im Gegenzug die Zunahme Alleinerziehender und allein Lebender.³⁰ 2004 lebten in Brandenburg durchschnittlich 2,11 Personen in einem Haushalt, weniger als in Deutschland oder der EU. Zwischen 2000 und 2005 stieg in Brandenburg die Zahl der Einpersonenhaushalte um 16 Prozent, die der Mehrpersonenhaushalte mit mehr als drei Personen ging um 13 Prozent zurück. 16 Prozent der Bevölkerung leben allein in ihrem Haushalt, das ist 1 Prozent unter dem deutschen Durchschnitt und 5 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Männer und Frauen leben in unterschiedlichen Altersgruppen allein: Vor allem Männer zwischen 20 und 45 und Frauen ab 65 leben allein. Die mit dem Singledasein verbundenen Freiheiten und Risiken sind auf Frauen und Männer damit unterschiedlich verteilt, soziale Desintegration droht in unterschiedlichen Lebensphasen. Es ist Aufgabe der Politik, neue Formen von gesellschaftlicher Solidarität für Männer im jungen und mittleren Lebensalter und

³⁰ Alleinerziehende werden hier verstanden als erwachsene Personen, die mit Kind(ern) und ohne weitere Erziehungsperson im Haushalt leben. Allein Lebende sind Personen, die nicht mit anderen Personen zusammen in einem Haushalt leben (Singles). Der Familienbegriff ist weit gefasst und schließt alle Personen, die mit Kindern leben, ein.

für Frauen im höheren Lebensalter zu fördern. Um die Situation von allein lebenden Frauen im höheren Lebensalter zu verbessern, sollte auf ihre stärkere soziale Einbindung geachtet werden, Mehrgenerationenwohnen sollte weiter stark unterstützt werden. Im Land Brandenburg sind die Familienformen für das Leben mit Kindern besonders im Wandel, der Anteil der Ehepaare liegt bei 62,4 Prozent und damit 11 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Lebensgemeinschaften machen 13,3 Prozent aus, alleinerziehende Mütter 21,2 Prozent und alleinerziehende Väter 3 Prozent. Alle diese Lebensformen liegen über dem Bundesdurchschnitt, vor allem die nichtehelichen Lebensgemeinschaften (+7 Prozentpunkte) und die alleinerziehenden Mütter (+5 Prozentpunkte). Vor allem das monatliche Nettoeinkommen der Familien von Alleinerziehenden ist gering, mehr als 28 Prozent hatten im Jahr 2005 weniger als 900 Euro zur Verfügung. 48,1 Prozent der Lebensgemeinschaften und 63,2 der Ehepaare verfügten über ein Nettoeinkommen von mehr als 2000 Euro monatlich für ihre Familien. Die Erwerbstätigkeit von Müttern ist in Brandenburg hoch, aber geringer als die von Vätern. Die höchste Erwerbsquote hatten im Jahr 2005 Ehefrauen ohne Kinder mit 92 Prozent, gefolgt von Lebenspartnerinnen ohne Kinder mit 91,4 Prozent, wenn Kinder da sind sinkt die Erwerbstätigenquote auf 85 Prozent bei den Ehefrauen und 86 Prozent bei den Lebenspartnerinnen. Bei alleinstehenden Frauen, die in Brandenburg zu 84 Prozent erwerbstätig sind, sinkt die Erwerbsbeteiligung mit Kindern auf 73 Prozent. Bei alleinstehenden Männern ist das Verhältnis umgekehrt. Ohne Kinder sind sie zu 73 Prozent erwerbstätig, mit Kindern zu 84 Prozent. Auch bei Ehemännern steigt die Erwerbstätigkeit mit Kindern an, während sie bei Lebenspartnern leicht sinkt, insgesamt sind Männer in Lebenspartnerschaften zu 4 Prozent seltener erwerbstätig als Ehemänner, wenn sie Kinder haben, ohne Kinder beträgt die Differenz 0,2 Prozent. Dies lässt darauf schließen, dass die Geschlechterverhältnisse in den Lebenspartnerschaften egalitärer gelebt werden. Bei Ehepaaren lag die erwerbstätige Wochenarbeitszeit der Ehefrauen deutlich unter derjenigen der Ehemänner, sie arbeiteten im Jahr 2005 zu 46 Prozent 40 Stunden und mehr, die Männer zu 72 Prozent. Mit ihrer familiären Situation sind die Brandenburgerinnen und Brandenburger weit überwiegend zufrieden, unter den sehr Unzufriedenen finden sich keine Männer,

aber immerhin 1,2 Prozent Frauen. Mehr als jede dritte Frau, aber nur jeder vierte Mann, ist mit der Unterstützung von Familien im Land Brandenburg unzufrieden. Der Kinderwunsch ist bei Frauen und Männern unterschiedlich ausgeprägt und über die Altersgruppen ungleichzeitig. 49 Prozent der Frauen zwischen 20 und 30 Jahren, aber nur knapp 27 Prozent der gleichaltrigen Männer wünschen sich Kinder, während Frauen unter 20 Jahren sich keine Kinder wünschen, Männer aber zu 18 Prozent. Nach 40 wünschen sich kaum noch Frauen Kinder, aber 9 Prozent der Männer. Hier liegt ein Problem: Paare bleiben zunehmend kinderlos, weil Paare, insbesondere die Männer, sich zu spät für Kinder entscheiden. Die Familienpolitik ist wichtig für die Gleichstellung und zentral für die demographische Entwicklung. Das Land Brandenburg hat ein familien- und kinderpolitisches Programm aufgelegt, das mit Gleichstellungspolitik Hand in Hand geht, und in diesem Rahmen ein Maßnahmenpaket verankert. Wichtige Bewertungsmaßstäbe neben der Bewertung der Bevölkerung gibt hier der familienpolitische Leistungskatalog, an dem die Bundesregierung die Länder und Landkreise misst. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Betrieben und gute Kinderbetreuung, Bildung und Jugendfreizeitförderung durch Land und Kommunen sind Meilensteine für Gleichstellung. Das Land Brandenburg schneidet bei dem bundesweiten Familienranking im Wesentlichen gut ab, Potsdam ist die Top-Region für Familien in Deutschland. In Hinblick auf Familienfreundlichkeit wird aber die brandenburgische Bildungs- und Jugendpolitik im Bundesvergleich, gerade auch im ostdeutschen Vergleich, nicht gut bewertet, bedarf also eines quantitativen und qualitativen Ausbaus. Auch einzelne Landkreise und Städte haben besondere Probleme, zum Beispiel beim Wohnen und Wohnumfeld. Grundsätzlich schlägt sich die im Vergleich zu Süddeutschland schlechte Arbeitsmarktsituation auf die ökonomische Lage der Familien in Brandenburg negativ durch. Integrierte familienpolitische Maßnahmen, wie sie im familienpolitischen Programm angelegt sind, sind wichtig, um Frauen und Familien im Land zu halten und zu unterstützen. Die Verankerung als Querschnittziel in allen Fachpolitiken sollte systematisch weiter ausgebaut werden. Immer mehr Männer, aber auch Frauen, planen ein Leben ohne Kinder oder mit wenigen Kindern. Es gilt daher, sowohl den Kinderwunsch als auch das Zusammenleben beider Eltern mit

ihren Kindern zu fördern, denn die zunehmende Zahl männlicher Singles spiegelt sich teilweise im hohen Anteil alleinerziehender Frauen. Die soziale Situation von Eltern, vor allem von alleinerziehenden Frauen, aber auch von Lebensgemeinschaften, sollte gestärkt werden, denn ökonomische Ängste beeinflussen den Kinderwunsch negativ, vor allem bei denen, die Arbeit haben, aber nichts sparen können. Die finanzielle Abhängigkeit von Müttern von staatlichen Subventionen oder von ihren Partnern sollte erheblich reduziert werden, hierbei sollten Bundesregelungen wie das Ehegattensplitting oder die Bedarfsgemeinschaft aus Landesperspektive auf den Prüfstand gestellt werden. Um die Familienfreundlichkeit zu erhöhen, sollte in Brandenburg stärker in Bildung und Ausbildung, Wohn- und Wohnumfeldverbesserungen gerade in Stadtteilen und Gemeinden mit vielen Kindern, Jugendfreizeitangebote sowie einen quantitativen Erhalt und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung investiert werden.

Das Land Brandenburg hat im Zeitraum zwischen 2000 und 2005 insgesamt einen **Rückgang der Bevölkerung** um 1,6 Prozent zu verzeichnen, bei den Frauen um –2 Prozent stärker als bei den Männern mit –1,3 Prozent. Diese Entwicklung ist für Brandenburg neu, hatte es bis zum Jahr 2000 doch erhebliche Wandergewinne gegeben, vor allem durch Suburbanisierungsprozesse im Berliner Umland. Die Abwanderung liegt damit unter dem Schnitt der ostdeutschen Bundesländer, während die westdeutschen Bundesländer, aber auch die EU insgesamt, eine Zuwanderung erfahren. Innerhalb Brandenburgs wandern nur in Potsdam und Oberhavel mehr Frauen als Männer zu, der innere Verflechtungsraum gewinnt zwar Bevölkerung, aber überwiegend an Männern. Der äußere Entwicklungsraum verliert Bevölkerung, und nur in Frankfurt an der Oder ist der Verlust bei Frauen geringer als bei Männern. Die Geburtenentwicklung, die zwischen 1990 und 1993 wendebedingt drastisch einbrach, stabilisiert sich seit 1999 bei 18.000 Geburten im Jahr und damit unter dem Vorwendeniveau. Das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes stieg von 1990 bis 2005 in Brandenburg von 25,4 auf 29,7 Jahre, was auf Vereinbarkeitsprobleme sowie ökonomische Unsicherheit in der Bildungs-, Ausbildungs- sowie Berufseinstiegsphase schließen lässt. Nur in Großbritannien sind im europäischen Vergleich 2005 die Mütter älter



als in Brandenburg. In der Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen betrug der Frauenanteil in Brandenburg nur knapp 46 Prozent. Den Abwanderungsmotiven junger Frauen kommt eine Schlüsselrolle für die Bevölkerungsentwicklung zu. In der repräsentativen Befragung war der Anteil der Befragten, die Abwanderungsabsichten äußerten, mit 10 Prozent relativ hoch. Fast 40 Prozent der 18- bis 20-Jährigen und 20 Prozent der 20- bis 30-Jährigen Frauen äußerten, dass sie vorhaben, in den nächsten zwei Jahren aus Brandenburg wegzuziehen. Weitere 16 Prozent jeder dieser Altersgruppen dachten darüber nach. Bei den Männern ist die konkrete Wanderungsabsicht mit 9 bzw. 14 Prozent in diesen Altersgruppen erheblich geringer, in Erwägung ziehen immerhin 27 Prozent der 18- bis 20-Jährigen und 19 Prozent der 20- bis 30-Jährigen Männer eine Abwanderung. Die für Frauen schlechte betriebliche Ausbildungssituation und das ihnen Interessen nicht ausreichend entsprechende Studienangebot sowie die im Anschluss schlechten Beschäftigungsperspektiven führen bei vielen jungen Frauen dazu, dass sie Brandenburg frühzeitig verlassen. 37 Prozent derjenigen, die ihren Wegzug planen, und 23,3 Prozent derjenigen, die einen Wegzug erwägen, sind noch im Studium oder in der Ausbildung. Bei denjenigen, die konkret aus Brandenburg wegziehen werden, ist die Zufriedenheit mit der Bildungs- und Ausbildungssituation besonders schlecht: 11 Prozent der sehr Unzufriedenen planen wegzuziehen, aber 0 Prozent der sehr Zufriedenen. Es ist wichtig, gerade junge Frauen im Land zu halten und diejenigen, die im Land bleiben, beim Berufseinstieg und der ökonomischen Sicherung, zum Beispiel bei der Gründung von Unternehmen, der Suche nach einem Arbeitsplatz und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weiter stark zu unterstützen. Lebensplanung und ökonomische Perspektiven für Frauen im Land Brandenburg sollten stärkere Bestandteile des Schulunterrichts werden.

Zu den Schattenseiten der Geschlechterverhältnisse gehört die häusliche Gewalt. **Häusliche Gewalt** ist für Frauen das größte Sicherheitsrisiko, 81 Prozent der Opfer häuslicher Gewalt sind Frauen und Mädchen, aber 89 Prozent der Täter sind männlich. Von den weiblichen Opfern sind 14 Prozent Kinder, von den männlichen Opfern 37 Prozent. Das Land Brandenburg hat hier sehr gute Strukturen geschaffen, die Frauen

und Kinder engagiert unterstützen und schützen, das Thema im öffentlichen Bewusstsein verankern und Betroffenen Zuflucht gewähren. Das Thema „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ ist durch den Aktionsplan breit in der Landesregierung und in den Regionen verankert, es hat insofern auch von der strategischen Platzierung eine Vorbildfunktion für andere Bereiche der brandenburgischen Frauenpolitik. Eine Weiterentwicklung im Bereich der Justiz und der Unterstützung der Beraterinnen in den Frauenhäusern ist erforderlich.

Frauen und Männer sind in Brandenburg unterschiedlich in der **Politik** engagiert und an Politik interessiert. Frauen sind in den kommunalen Parlamenten und den Kreistagen, dort mit 22 Prozent, stark unterrepräsentiert. Im Landtag Brandenburgs dagegen stellen weibliche Abgeordnete 43 Prozent und damit mehr als in den Landtagen aller anderen Bundesländer. Die Repräsentanz von Frauen ist in den Fraktionen unterschiedlich, im Landtag erzielen die Linke und die SPD überdurchschnittliche, CDU und DVU unterdurchschnittliche Werte. Von den 423 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Land Brandenburg sind 12 Prozent Frauen, bei den Hauptamtlichen ist der Frauenanteil mit 12,8 Prozent höher, es gibt eine Oberbürgermeisterin, was zu 25 Prozent in dieser Amtskategorie führt. Dagegen gibt es keine Landrätin in Brandenburg. Brandenburg ist bei den Bürgermeisterämtern zwar in Deutschland Spitzenreiter, aber der Frauenanteil in diesen Ämtern ist viel zu gering und liegt erheblich unter dem Anteil weiblicher Parteimitglieder und Abgeordneter. Frauen sind zu 36 Prozent in Gremien der unmittelbaren Landesverwaltung und zu 14 Prozent in Gremien außerhalb der Landesverwaltung vertreten und damit erheblich unterrepräsentiert. Wichtig für den Einfluss von Frauen auf Politik und Gesellschaft im Land Brandenburg ist auch ihr bürgerschaftliches Engagement. Frauen in Brandenburg sind gesellschaftlich und politisch inzwischen sehr engagiert, ihr Engagement stieg von 21 Prozent im Jahr 1999 auf 30 Prozent im Jahr 2004. Aber Frauen haben zu wenig Einfluss in politischen und ehrenamtlichen Führungsfunktionen. Dabei sind sie den Ergebnissen der Repräsentativerhebung zufolge fast ebenso bereit wie Männer, sich ehrenamtlich und auch in politischen Ämtern in die Gesellschaft einzubringen, und zwar zu 58 Prozent gegenüber 63 Prozent bei den Männern. Männer werden in ehrenamtlichen

Strukturen, sowohl von Führungspersonen als auch von Hauptamtlichen, jedoch besser gefördert. Hier liegt ein großes Handlungsfeld für die Zukunft: Frauen sollten durch das Land gezielt im Ehrenamt, vor allem in Führungsfunktionen und Wahlämtern, gefördert werden. Gerade in der Politik liegen hier wichtige Handlungsfelder, beispielsweise bei der Repräsentanz in Kommunalparlamenten.

Eine aktive Umsetzung der Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe, die in allen Fachpolitiken mit Priorität versehen wird, ist in Brandenburg noch am Anfang. **Frauen- und Gleichstellungspolitik** ist vor allem verankert im Zuständigkeitsbereich des für Frauenpolitik zuständigen Ministeriums und strahlt bisher zu wenig über dessen Zuständigkeitsbereich hinaus. Gender Mainstreaming und Gender Budgeting sind in Brandenburg mit Ausnahme der EU-Förderung und der Arbeitsmarktpolitik unzureichend verankert. Nur dort sind die eingangs aufgestellten Qualitätskriterien für integrierte Gleichstellungspolitik von der Datenerhebung über die Datenanalyse über eine systematische Integration von Gleichstellungsperspektiven ex ante, das Empowerment von Frauen und die Evaluationsinstrumente durchgängig und systematisch verankert. Das Themenfeld häusliche Gewalt steht beispielhaft für die vernetzte Bearbeitung eines besonders genderrelevanten Aspekts der Sicherheitspolitik. Hier wirkt die kontinuierliche, vernetzende Facharbeit aus dem ehemaligen Frauenministerium besonders positiv in andere Ressorts hinein, was sonst zu selten gelingt. Die frauen- und gleichstellungspolitischen Strukturen wurden im Land Brandenburg in den letzten Jahren zurückgebaut statt weiterentwickelt, obwohl die Arbeitsmarktsituation von Frauen, der unzureichende Studienübergang und die schlechte betriebliche Ausbildungssituation von Frauen, die prekäre soziale Lage von Frauen und die Abwanderung von jungen Frauen sowie die Unterrepräsentanz von Frauen in gesellschaftlichen Führungsfunktionen für Brandenburg große Probleme darstellen. Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten haben zu wenig Kapazität, und es besteht keine starke frauenpolitische Ausstattung, wie eine Frauenabteilung sie bieten kann. Das Land Brandenburg sollte Gender Mainstreaming systematisch aufbauen, die Frauenpolitik gezielt stär-

ken und durch frauen- und familienpolitische Landesprogramme und Maßnahmen den Frauen bessere Perspektiven im Land eröffnen.



Tabelle 1

Entwicklung der Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in den Regionen Brandenburgs, 2003–2005

Merkmal	engerer Verflechtungsraum		äußerer Entwicklungsraum		Land Brandenburg	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Erwerbspersonen						
2003	252,4	277,6	401,4	460,4	653,8	738,0
2004	254,6	286,2	390,5	450,3	645,1	736,5
2005	252,7	298,6	383,7	433,9	636,4	732,5
Erwerbsquote						
2003	76,8	81,5	73,4	79,8	74,8	80,4
2004	75,4	82,2	73,8	79,5	74,5	80,5
2005	72,9	80,8	73,7	78,5	73,4	79,4
Erwerbstätige						
2003	219,9	234,9	302,7	351,8	522,6	586,7
2004	219,7	240,3	292,9	338,8	512,6	579,1
2005	223,2	260,4	298,0	337,0	521,2	597,4
Erwerbslose						
2003	32,5	42,7	98,7	108,6	131,2	151,3
2004	34,9	45,9	97,6	111,5	132,5	157,4
2005	29,5	38,2	85,7	96,9	115,2	135,1
Erwerbslosenquote						
2003	12,9	15,4	24,6	23,6	20,1	20,5
2004	13,7	16,0	25,0	24,8	20,5	21,4
2005	11,7	12,8	22,3	22,3	18,1	18,4
Nichterwerbspersonen						
2003	74,4	63,1	145,4	116,7	219,8	179,8
2004	82,8	62,0	138,5	116,4	221,3	178,4
2005	94,0	70,9	136,9	119,0	230,9	189,9

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt und eigene Berechnungen

Tabelle 2

Auszubildende nach Ausbildungsbereichen in Brandenburg, 2005

Ausbildungsbereiche	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
Industrie und Handel	11.884	39,8	17.977	60,2	29.861	100,0
Handwerk	2.982	21,1	11.173	78,9	14.155	100,0
Landwirtschaft	769	28,0	1.974	72,0	2.743	100,0
Hauswirtschaft	583	88,2	78	11,8	661	100,0
Freie Berufe	2.149	93,5	149	6,5	2.298	100,0
Öffentlicher Dienst	918	57,4	681	42,6	1.599	100,0
gesamt	19.285	37,6	32.032	62,4	51.317	100,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte BII5-j/05; BII7-j/05 und eigene Berechnungen

Tabelle 3
Bevölkerung nach Familienstand in Brandenburg, Mikrozensus 2005

Familienstand	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
ledig	428,0	44,2	541,4	55,8	969,4	100,0
verheiratet	608,3	50,0	608,1	50,0	1.216,4	100,0
verwitwet	102,0	55,5	81,9	44,5	183,9	100,0
geschieden	156,5	81,3	36,1	18,7	192,6	100,0
gesamt	1.294,8	50,5	1.267,5	49,5	2.562,3	100,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte AV12-j05, AV14-j05 und eigene Berechnungen

Tabelle 4
Ehepaare nach Beteiligung am Erwerbsleben im Land Brandenburg 2005 (Angaben in 1.000)

Beteiligung am Erwerbsleben des Mannes	Insgesamt	Beteiligung am Erwerbsleben der Frau								Erwerbslose	Nichterwerbspersonen
		Erwerbspersonen									
		Zusammen	Erwerbstätige								
			Zusammen	darunter aktiv Erwerbstätige mit einer üblicherweise geleisteten Wochenarbeitszeit von ... bis unter ... Stunden							
		unter 21	21-32	32-36	36-40	40 u. mehr					
Insgesamt	587,3	355,7	290,2	43,4	53,2	21,3	39,8	132,6	58,8	231,7	
Erwerbspersonen	364,7	312,8	257,3	38,3	47,4	19,9	35,2	116,6	50,1	51,9	
Erwerbstätige	315,8	271,6	231,9	34,2	42,2	18,2	32,1	105,2	34,9	44,2	
darunter aktiv Erwerbstätige	309,9	267,3	229,4	33,8	41,7	18,0	31,7	104,2	34,3	42,6	
Wochenarbeitszeit (von ... bis unter ... Std.)											
unter 21 Stunden	14,7	9,7	7,0	/	/	/	/	/	/	/	
21 bis unter 32 Std.	7,5	6,0	5,0	/	/	/	/	/	/	/	
32 bis unter 36 Std.	8,3	6,8	5,5	/	/	/	/	/	/	/	
36 bis unter 40 Std.	48,0	40,9	34,4	/	6,3	/	8,1	13,0	5,7	7,1	
40 Stunden u. mehr	231,4	203,8	177,6	25,7	31,9	13,2	21,7	85,1	23,7	27,6	
Erwerbslose	48,9	41,2	25,4	/	5,2	/	/	11,3	15,2	7,7	
Nichterwerbspersonen	222,7	42,9	34,1	32,9	5,1	5,9	/	16,1	8,7	179,8	

Tabelle 5
Lebensgemeinschaften nach Beteiligung am Erwerbsleben im Land Brandenburg 2005 (Angaben in 1.000)

Beteiligung am Erwerbsleben des Mannes	Insgesamt	Beteiligung am Erwerbsleben der Frau								Erwerbslose	Nichterwerbspersonen
		Erwerbspersonen									
		Zusammen	Erwerbstätige								
			Zusammen	darunter aktiv Erwerbstätige mit einer üblicherweise geleisteten Wochenarbeitszeit von ... bis unter ... Stunden							
		unter 21	21-32	32-36	36-40	40 u. mehr					
Insgesamt	106,2	87,7	73,6	70,7	8,1	11,6	/	12,7	33,5	14,1	18,5
Erwerbspersonen	94,4	83,3	70,3	67,6	7,8	10,8	/	12,2	32,1	13,0	11,1
Erwerbstätige	80,2	72,0	64,7	62,4	6,6	9,8	/	11,7	30,1	7,2	8,2
darunter aktiv Erwerbstätige	78,5	70,2	63,6	61,5	6,5	9,5	/	11,6	29,7	6,6	8,2
Wochenarbeitszeit (von ... bis unter ... Std.)											
unter 21 Stunden	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
21 bis unter 32 Std.	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
32 bis unter 36 Std.	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
36 bis unter 40 Std.	11,0	10,1	9,3	8,8	/	/	/	/	/	/	/
40 Stunden u. mehr	60,5	54,5	49,6	48,1	/	8,5	/	/	25,2	/	6,0
Erwerbslose	14,2	11,3	5,6	5,2	/	/	/	/	/	5,8	/
Nichterwerbspersonen	11,8	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/

Tabelle 6
Durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener im Land Brandenburg, Zeitraum 1991/1993-2003/2005

Zeitraum	weiblich	männlich
1991/1993	76,9	69,0
1997/1999	79,8	72,6
1998/2000	80,2	73,2
1999/2001	80,5	73,7
2000/2002	80,7	74,0
2001/2003	80,9	74,3
2002/2004	81,1	74,6
2003/2005	81,2	74,9

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

Tabelle 7
Durchschnittliche Lebenserwartung in den Bundesländern bei Geburt, Zeitraum 2003/2005

Bundesland	weiblich	männlich
Baden-Württemberg	82,69	77,64
Bayern	82,12	76,78
Sachsen	82,00	75,58
Hessen	81,97	76,74
Niedersachsen	81,71	76,04
Hamburg	81,68	76,41
Schleswig-Holstein	81,53	76,29
Rheinland-Pfalz	81,36	76,11
Berlin	81,28	75,84
Nordrhein-Westfalen	81,26	75,80
Bremen	81,24	75,05
Thüringen	81,21	74,97
Brandenburg	81,20	74,86
Mecklenburg-Vorpommern	81,09	74,03
Sachsen-Anhalt	80,96	74,21
Saarland	80,49	75,01
Deutschland	81,78	76,21

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2006

Tabelle 8
Weibliche und männliche Bevölkerung nach Altersgruppen im Land Brandenburg, 2005

Alter von ... bis unter ... Jahren	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
0-10	91.445	48,6	96.542	51,4	187.987	100,0
10-20	127.074	48,5	134.725	51,5	261.799	100,0
20-30	138.016	45,9	162.898	54,1	300.914	100,0
30-40	156.834	48,2	168.364	51,8	325.198	100,0
40-50	227.176	48,4	242.073	51,6	469.249	100,0
50-60	170.491	49,2	175.972	50,8	346.463	100,0
60-70	182.612	52,1	167.896	47,9	350.508	100,0
70-80	127.566	57,4	94.801	42,6	222.367	100,0
80-90	57.954	73,6	20.787	26,4	78.741	100,0
90 Jahre und älter	13.383	82,3	2.874	17,7	16.257	100,0
Gesamt	1.292.551	50,5	1.266.932	49,5	2.559.483	100,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg und eigene Berechnungen

Tabelle 9
Tatverdächtige häuslicher Gewalt nach Alter in Brandenburg, 2005

Alter	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
Kinder	1	0,5	2	0,1	3	0,2
Jugendliche	9	4,2	25	1,5	34	1,8
Heranwachsende	11	5,1	83	4,9	94	4,9
unter 21 Jahre	21	9,8	110	6,4	131	6,8
Erwachsene	194	90,2	1.597	93,6	1.791	93,2
Gesamt	215	100,0	1.707	100,0	1.922	100,0

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Brandenburg 2005 – Sonderauswertung

Tabelle 9a
Opfer/Geschädigte häuslicher Gewalt nach Alter in Brandenburg, 2005

Alter	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
Kinder	71	3,7	66	14,6	137	5,8
Jugendliche	74	3,8	61	13,5	135	5,7
Heranwachsende	132	6,9	34	7,5	166	7,0
Erwachsene	1.646	85,6	292	64,5	1.938	81,6
Gesamt	1.923	100,0	453	100,0	2.376	100,0

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Brandenburg 2005 – Sonderauswertung

Tabelle 10
Erfasste Fälle häuslicher Gewalt nach Polizeibereichen in Brandenburg, 2005

Polizeibereich	Fälle	
	absolut	je 10.000 der Bev.
Brandenburg	233	10,7
Potsdam	234	11,4
Barnim	86	4,9
Dahme-Spreewald	92	5,7
Elbe-Elster	136	11,0
Havelland	130	8,4
Märkisch-Oderland	162	8,4
Oberhavel	216	10,9
Oberspreewald-Lausitz	131	9,8
Oder-Spree/Frankfurt/Oder	246	9,6
Ostprignitz-Ruppin	61	5,6
Prignitz	108	12,0
Cottbus/Spree-Neiße	129	5,2
Teltow-Fläming	95	5,9
Uckermark	185	13,1
Gesamt	2.244	8,7

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Brandenburg 2005 – Sonderauswertung

Tabelle 11
Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 2004 in Brandenburg (in Prozent)

Partei	Frauen		Männer		insgesamt	
	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen
SPD	32,06	36,61	27,35	29,56	29,74	33,13
PDS	29,40	25,19	31,87	28,07	30,62	26,61
CDU	21,70	18,81	23,88	20,81	22,78	19,80
DVU	x	3,97	x	8,40	x	6,16
GRÜNE/B 90	4,47	3,61	3,42	3,21	3,95	3,41
FDP	5,14	3,47	5,20	3,65	5,17	3,56
FAMILIE	x	3,31	x	1,38	x	2,36
Sonstige	7,24	5,02	8,28	4,92	7,75	4,97

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte BVII2-5/04

Tabelle 12
Wahlentscheidung nach Altersgruppen bei der Landtagswahl 2004 in Brandenburg (Angaben in Prozent)

Alter von ... bis unter ... Jahre	Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf							
	SPD	PDS	CDU	DVU	GRÜNE/B 90	FDP	FAMILIE	Sonstige
weiblich								
18-25	25,4	25,6	15,1	8,6	6,8	6,5	6,5	5,5
25-35	26,6	21,1	20,6	7,5	5,4	5,0	9,2	4,7
35-45	29,7	25,5	19,0	5,2	5,4	3,7	5,6	6,0
45-60	34,4	27,8	18,3	3,7	3,7	3,7	2,2	6,2
60 u. älter	47,2	24,0	19,3	1,7	1,4	2,2	0,7	3,5
Gesamt	36,6	25,2	18,8	4,0	3,6	3,5	3,3	5,0
männlich								
18-25	24,5	22,7	15,6	17,5	4,7	6,5	2,2	6,3
25-35	22,3	22,0	21,4	14,8	4,4	5,6	3,6	5,7
35-45	25,0	23,7	23,7	10,9	4,7	4,2	2,1	5,7
45-60	26,7	32,2	20,3	7,5	3,6	3,3	1,0	5,5
60 u. älter	38,8	30,7	20,4	3,2	1,1	2,3	0,3	3,3
Gesamt	29,6	28,1	20,8	8,4	3,2	3,6	1,4	4,9
gesamt								
18-25	24,9	24,0	15,4	13,5	5,7	6,5	4,1	5,9
25-35	24,4	21,6	21,0	11,2	4,9	5,3	6,4	5,2
35-45	27,3	24,6	21,3	8,0	5,1	3,9	3,9	5,9
45-60	30,5	30,0	19,3	5,6	3,6	3,5	1,6	5,9
60 u. älter	43,3	27,1	19,8	2,4	1,2	2,3	0,5	3,4
Gesamt	33,1	26,6	19,8	6,2	3,4	3,6	2,4	5,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte BVII2-5/04

Tabelle 13
Mitgliedschaft in den Parteien Brandenburgs, 2005/2006

Partei	weiblich		männlich		gesamt		Stand
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	
CDU	1.800	26,7	4.948	73,3	6.748	100,0	31.10.06
SPD	1.915	28,4	4.830	71,6	6.745	100,0	31.12.05
Die Linkspartei.PDS	4.550	44,7	5.627	55,3	10.177	100,0	31.12.05
FDP	329	21,3	1.214	78,7	1.543	100,0	30.11.06
Grüne/B90	230	35,4	417	64,3	649*	100,0	30.11.06

Quelle: Landesverbände der Parteien in Brandenburg,
*bei 2 Personen keine Geschlechterzugehörigkeit ausgewiesen.

Tabelle 14
Mandate in Kreistagen im Land Brandenburg, Kommunalwahl 2003

Landkreis/kreisfreie Stadt	Frauen		Männer		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
Brandenburg an der Havel	13	28,3	33	71,7	46	100,0
Cottbus	11	22,0	39	78,0	50	100,0
Frankfurt (Oder)	14	30,4	32	69,6	46	100,0
Potsdam	18	36,0	32	64,0	50	100,0
Barnim	9	16,1	47	83,9	56	100,0
Dahme-Spreewald	11	19,6	45	80,4	56	100,0
Elbe-Elster	10	20,0	40	80,0	50	100,0
Havelland	14	25,0	42	75,0	56	100,0
Märkisch-Oderland	14	25,0	42	75,0	56	100,0
Oberhavel	8	14,3	48	85,7	56	100,0
Oberspreewald-Lausitz	8	16,0	42	84,0	50	100,0
Oder-Spree	18	32,1	38	67,9	56	100,0
Ostprignitz-Ruppin	9	18,0	41	82,0	50	100,0
Potsdam-Mittelmark	15	26,8	41	73,2	56	100,0
Prignitz	5	10,9	41	89,1	46	100,0
Spree-Neiße	9	18,0	41	82,0	50	100,0
Teltow-Fläming	15	26,8	41	73,2	56	100,0
Uckermark	8	16,0	42	84,0	50	100,0
Land Brandenburg	209	22,3	727	77,7	936	100,0

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte BVIII-3/03 und eigene Berechnungen

Tabelle 15
Ehrenamtliche und hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Land Brandenburg, Kommunalwahl 2003

Landkreis/kreisfreie Stadt	Frauen		Männer		gesamt	
	hauptamtlich	ehrenamtlich	hauptamtlich	ehrenamtlich	hauptamtlich	ehrenamtlich
Brandenburg an der Havel	1	0	0	0	1	0
Cottbus	0	0	1	0	1	0
Frankfurt (Oder)	0	0	1	0	1	0
Potsdam	0	0	1	0	1	0
Barnim	0	2	7	17	7	19
Dahme-Spreewald	0	3	13	22	13	25
Elbe-Elster	2	2	9	20	11	22
Havelland	0	4	10	12	10	16
Märkisch-Oderland	1	3	12	30	13	33
Oberhavel	1	0	13	5	14	5
Oberspreewald-Lausitz	1	3	7	14	8	17
Oder-Spree	1	5	11	21	12	26
Ostprignitz-Ruppin	1	1	6	15	7	16
Potsdam-Mittelmark	3	3	11	21	14	24
Prignitz	1	1	6	18	7	19
Spree-Neiße	0	2	8	21	8	23
Teltow-Fläming	2	0	11	3	13	3
Uckermark	2	6	6	20	8	26
Land Brandenburg	16	35	133	239	149	274

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte BVIII-3/03 und eigene Berechnungen

Tabelle 16
Ausländerinnen und Ausländer im engeren Verflechtungsraum und äußeren Entwicklungsraum, Land Brandenburg 2003–2005

Merkmal	Anzahl		Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	
	engerer Verflechtungsraum	äußerer Entwicklungsraum	engerer Verflechtungsraum	äußerer Entwicklungsraum
weiblich				
2003	11.563	14.919	2,33	1,85
2004	11.981	14.987	2,39	1,88
2005	12.583	14.734	2,51	1,85
männlich				
2003	15.617	25.506	3,23	3,23
2004	15.373	24.881	3,14	3,19
2005	15.822	23.890	3,23	3,06

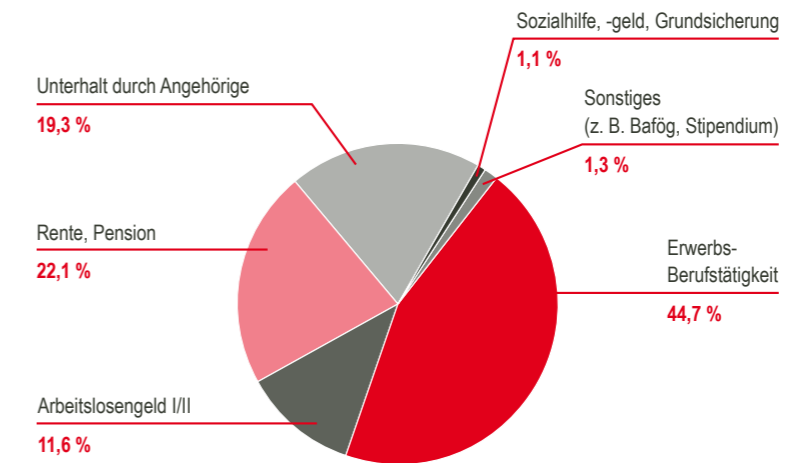
Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Berichte A I 4-j/03-05 und eigene Berechnungen

Tabelle 17
Ausländerinnen und Ausländer nach Verwaltungsbezirken im Land Brandenburg

Verwaltungsbezirk	weiblich		männlich		gesamt	
	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%	absolut	Zeilen-%
Brandenburg an der Havel	859	3,1	1.211	3,0	2.070	3,1
Cottbus	1.844	6,8	2.610	6,6	4.454	6,6
Frankfurt (Oder)	1.471	5,4	1.568	3,9	3.039	4,5
Potsdam	3.592	13,1	4.630	11,7	8.222	12,3
Barnim	1.884	6,9	2.398	6,0	4.282	6,4
Dahme-Spreewald	1.680	6,2	2.602	6,6	4.282	6,4
Elbe-Elster	714	2,6	1.430	3,6	2.144	3,2
Havelland	1.161	4,3	1.382	3,5	2.543	3,8
Märkisch-Oderland	1.661	6,1	2.512	6,3	4.173	6,2
Oberhavel	1.777	6,5	1.793	4,5	3.570	5,3
Oberspreewald-Lausitz	1.139	4,2	2.274	5,7	3.413	5,1
Oder-Spree	2.289	8,4	3.921	9,9	6.210	9,3
Ostprignitz-Ruppin	709	2,6	1.481	3,7	2.190	3,3
Potsdam-Mittelmark	2.080	7,6	2.661	6,7	4.741	7,1
Prignitz	435	1,6	620	1,6	1.055	1,6
Spree-Neiße	1.376	5,0	2.291	5,8	3.667	5,5
Teltow-Fläming	1.406	5,1	2.064	5,2	3.470	5,2
Uckermark	1.240	4,5	2.264	5,7	3.504	5,2
Kreisfreie Städte	7.766	28,4	10.019	25,2	17.785	26,5
Landkreise	19.551	71,6	29.693	74,8	49.244	73,5
Land Brandenburg	27.317	100,0	39.712	100,0	67.029	100,0

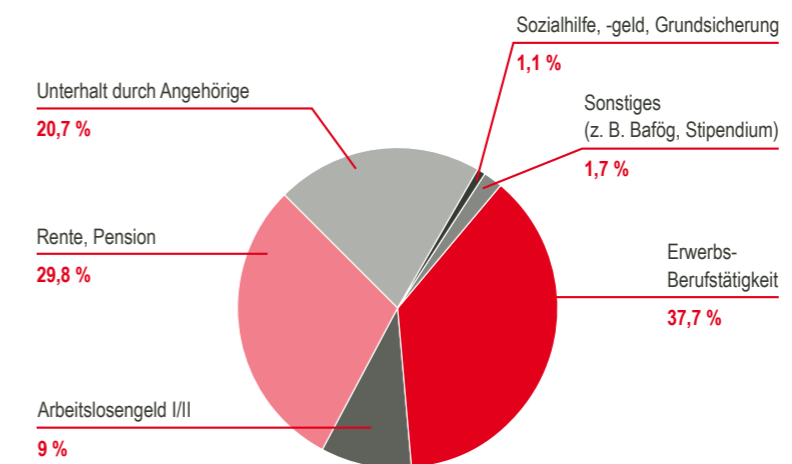
Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik und eigene Berechnungen

Diagramm 1
Männliche Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt im Land Brandenburg, Mikrozensus 2005



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte A VI 2-j/05; A VI 4-j/05 und eigene Berechnungen

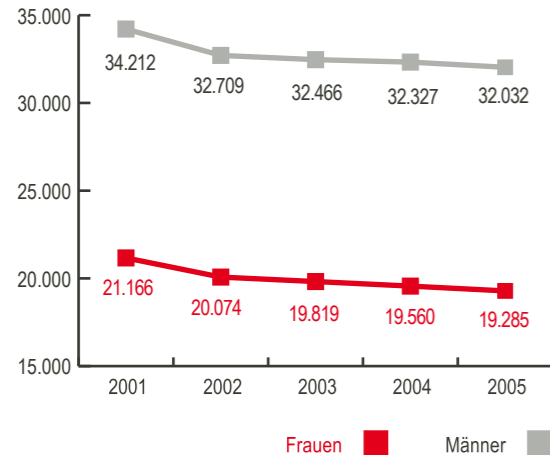
Diagramm 2
Weibliche Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt im Land Brandenburg, Mikrozensus 2005



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte A VI 2-j/05; A VI 4-j/05 und eigene Berechnungen

Diagramm 3

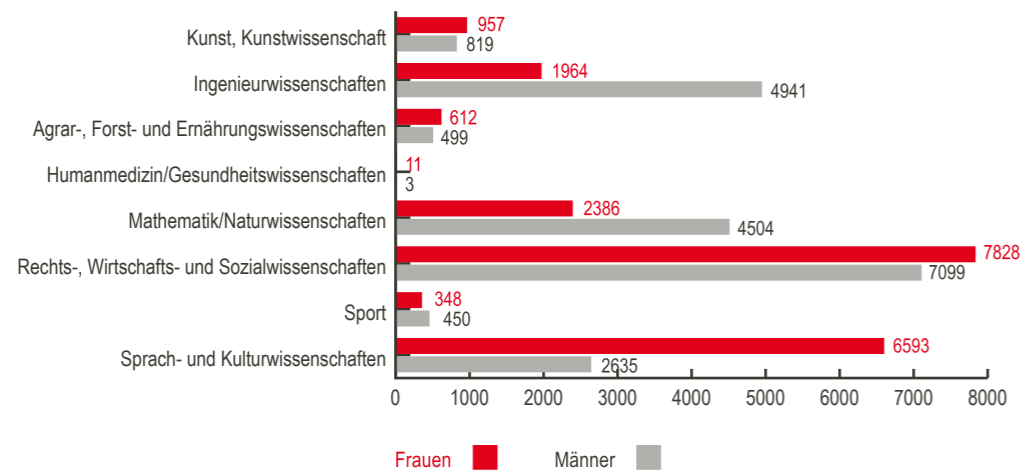
Auszubildende im Land Brandenburg, Zeitraum 2001–2005



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte B II 5 -j / 05; B II 7 -j / 05

Diagramm 4

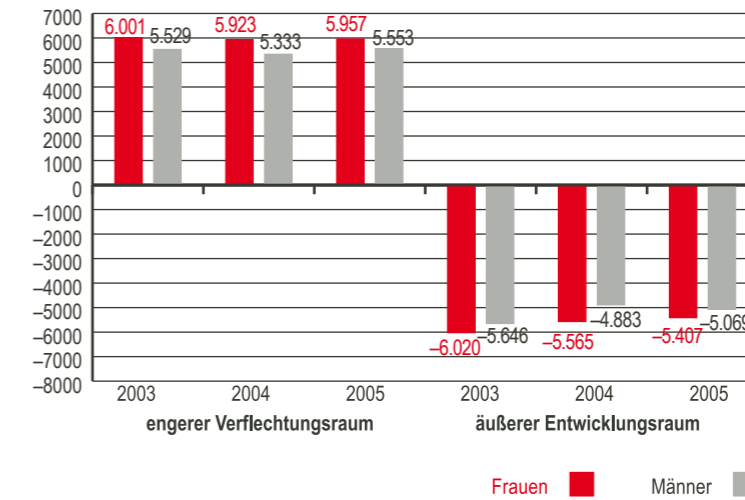
Studierende an Hochschulen nach Fächergruppen im Land Brandenburg, Wintersemester 2005/2006



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte B III 1 / 2 -j / 05

Diagramm 5

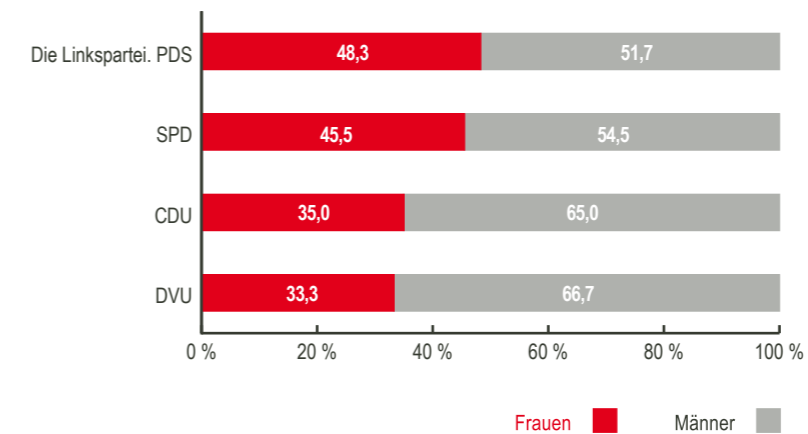
Wanderungssaldo der Gesamtbevölkerung über die Landesgrenze im engeren Verflechtungsraum und äußeren Entwicklungsraum im Land Brandenburg, 2003–2005 (Personen)



Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, Statistische Berichte A III 1 -j / 05 und eigene Berechnungen

Diagramm 6

Abgeordnete im Landtag Brandenburg nach Parteien, Stand Dezember 2006



Quelle: Brandenburgischer Landtag und eigene Berechnungen

■ Literaturverzeichnis

Achatz, Juliane (2005):

Individuelle und betriebliche Komponenten der geschlechtsspezifischen Entlohnung – eine Skizze empirischer Ergebnisse. Vortrag auf einer Konferenz der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem DGB: „Strategien der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ 20./21. Januar 2005 in Berlin.

Allinger, H. J. (2003):

Geschlechtsspezifische Einkommensdifferenzierung und -diskriminierung. Theoretische und empirische Untersuchungen über den Einfluss von Präferenzen, Produktivität und Diskriminierung auf das individuelle Arbeitseinkommen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 278, Nürnberg 2003.

Arzheimer, Kai; Klein, Markus (o. D.):

Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellung im Ost-West-Vergleich, www.poliluni-mainz.de/kai.arzheimer/werte-ost-west-2000/Aufsatz.pdf (abgerufen 8.10.2007)

Bothfeld, S.; Klammer, U.; Klenner, C.; Leiber S.; Thiel, A.;

Ziegler, A. (2005):

WSI FrauenDatenReport 2005 – Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen. Edition sigma. Berlin.

Bundesagentur für Arbeit (2005a):

Frauen am Arbeitsmarkt. In: IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 22/24.11.2005. Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2006):

Arbeitsuche von Migranten. In: IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 25/18.12.2006. Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2007):

Spätaussiedler mit höherer Bildung sind öfter arbeitslos. In: IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 8/2.4.2007. Nürnberg.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006):

Bildung in Deutschland. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001):

Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern. Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006a):

Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Siebter Familienbericht. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend (2006b):

Pressemitteilung „Gender Pay Gap neu auf der Agenda“ vom 19.12.2006. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend (2007):

Familienatlas 2007. Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005):

Fragen an die Bundesregierung im Monat März 2005, Fragen Nr. 341 und 342, Schreiben des Staatssekretärs Hr. Adamowitsch vom 11.4.2005. Berlin

Claus, Thomas (2001):

Studie zur Situation von Familien und Kindern in Sachsen-Anhalt. Magdeburg.

Claus, Thomas; Gruner, Manja (2006a):

Familie im Kontext von Werten und Bedürfnissen – Ergebnisse einer empirischen Erhebung in Sachsen-Anhalt, Magdeburg.

Claus, Thomas; Gruner, Manja (2006b):

Gender-Report Sachsen-Anhalt 2006 – Daten und Fakten zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt. docupoint-Verlag, Magdeburg.

Dienel, Christiane; Dienel, Antje Gerloff (2003):

Geschlechtsspezifische Besonderheiten der innerdeutschen Migration für Sachsen-Anhalt. In: Claus, Thomas (2003): Gender-Report Sachsen-Anhalt 2003. Oschersleben: Dr. Ziethen-Verlag, S. 47–64.

Eggen, Bernd (2005):

Alleinerziehende – Vielfalt einer Familienform. In: Statistischen Monatsheft 6/2005 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Stuttgart.

Eurostat (2006):

Newsrelease – Arbeitskräfteerhebung 2005 vom 11. September 2006. Luxemburg.

Färber, Christine (1990):

Gibt es ein frauenspezifisches Partizipationsverhalten? Mainz.

Färber, Christine; Arslan, Nurcan; Köhnen, Manfred;

Parlar, Renée (2008):

Migration, Arbeit, Geschlecht. Opladen: Barbara Budrich.

Färber, Christine; Dohmen, Dieter; Parlar, Renée; Köhnen, Manfred (2007):

Machbarkeitsstudie Gender Budgeting. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Geißel, Brigitte/Penrose, Virginia (2003):

Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung (www.fu-berlin.de/gpo/pdf/geissel_penrose/geissel_penrose.pdf v. 26.04.2004).

Geppert, Jochen; Kühn, Annette (2006):

Lebenserwartung und Geschlecht. Bielefeld: Kleine.

Häuser, Gerda (2007):

Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflege – ein Thema mit vielen Facetten. In: MASGF (2007b) Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflegeaufgaben in der Familie. Dokumentation der Fachtagung 16. November 2006, Potsdam.

Heine, Christoph; Lörz, Markus (2007):

Studierbereitschaft in Brandenburg. Hannover.

Jasper, Gerda (2007):

Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflege – ein Thema mit vielen Facetten. In: MASGF (2007b) Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflegeaufgaben in der Familie. Dokumentation der Fachtagung 16. November 2006, Potsdam

Klein, Doreen (2006):

Zum Kinderwunsch von Kinderlosen in Ost- und Westdeutschland. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB), Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Heft 119. Wiesbaden.

Korte, Karl-Rudolf (2000):

Wahlen in Deutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung: „Politik kurzgefasst“. Bonn.

Land Brandenburg (2007):

Entwicklung von Betrieben und Beschäftigten in Brandenburg. Ergebnisse des 11. Betriebspanels. Potsdam.

Land Brandenburg (2006b):

Operationelles Programm des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007 bis 2013. Version 3 vom 8. Mai 2007. Potsdam.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

Land Brandenburg (2003):

Daten + Analysen Frauen in Brandenburg. Potsdam.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

Land Brandenburg (2005):

Daten + Analysen Familien in Brandenburg. Potsdam.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

Land Brandenburg (2006a):

Definition Familien – In: Mikrozensus Familie 2005. Potsdam.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

Land Brandenburg (2006b):

Bevölkerung und Erwerbsleben im Land Brandenburg – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Potsdam.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

Land Brandenburg (2006c):

Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Land Brandenburg. Potsdam.

Landeskriminalamt Brandenburg (2005):

Lagebild „Häusliche Gewalt“ Land Brandenburg.

Landeskriminalamt Brandenburg (2007):

Lagebild „Häusliche Gewalt“ Land Brandenburg.

Landesregierung Brandenburg (2005):

Antwort auf eine kleine Anfrage Nr. 443. Drucksache 4/1257 vom 21.4.2005

Landesregierung Brandenburg (2004):

Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 4. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2004 bis 2009. Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Brandenburg und Christlich-Demokratische Union Deutschlands Landesverband Brandenburg.

Maier, G. (2000):

Erwerbstätigkeit und Frauen in der zweiten Lebenshälfte. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Volume 33, Nr. 4. O. A.

Meyer, Birgit (1992):

Die unpolitische Frau – Politische Partizipation von Frauen oder Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik?

In: Aus Politik und Zeitgeschichte B17, S. 39–45. o. A.

Meyer, Thomas (1996):

Die Sozialstruktur Deutschlands. München.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

des Landes Brandenburg (2003):

Zwei Gesundheit – Zwei Geschlechter? Potsdam.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

des Landes Brandenburg (2005a):

Brandenburger Fachkräftestudie. Potsdam.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

des Landes Brandenburg (2005b):

Pressemitteilung zum 3. Zukunftstag für Mädchen und Jungen am 28. April 2005 vom 19.04.2005. Potsdam.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

des Landes Brandenburg (2005c):

Die Brandenburger Entscheidung: Familien und Kinder haben Vorrang! Programm für Familien- und Kinderfreundlichkeit. Potsdam.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

des Landes Brandenburg (2006a):

Bericht über den Arbeitsmarkt des Landes Brandenburg im Jahr 2005. Potsdam.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (2006b):

Entwicklung von Betrieben und Beschäftigten in Brandenburg – Ergebnisse der zehnten Welle des Betriebspanels Brandenburg. Potsdam.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (2006c):

10 Jahre Rückblick. 4. Landesgleichstellungsbericht. Potsdam.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (2007a):

Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“, Internet: [www.http://www.masgf.brandenburg.de](http://www.masgf.brandenburg.de). Potsdam.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (2007b):

Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflegeaufgaben in der Familie. Dokumentation der Fachtagung 16. November 2006. Potsdam.

Müller, Ursula; Schöttle, Monika (2004):

Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Nauenburg, Ricarda (2002):

Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen. In: Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (2002): Datenreport 2002 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn. S. 453–463.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik in Zusammenarbeit mit dem Gender-Institut Sachsen-Anhalt (2006):

Evaluation der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission – Arbeitspaket 1, Modul 1f – Verbesserung der beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen und Makrowirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Essen.

Sauer, Birgit (1994):

Was heißt und zu welchem Zweck partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung, in: Biester, Elke; Holland-Cunz, Barbara; Sauer, Birgit (Hrsg.): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion, Politik der Geschlechterverhältnisse, Bd. 3, Frankfurt/Main, S. 99–130.

Schmitt, Christian (2004):

Kinderlose Männer in Deutschland – Eine sozialstrukturelle Bestimmung auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Berlin.

Statistisches Bundesamt (2003):

Wo bleibt die Zeit? Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006a):

Leben in Deutschland – Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006b):

Leben in Europa. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (2006c):

Datenreport 2006 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Staatskanzlei, Landesregierung Brandenburg (2005):

Demografischer Wandel in Brandenburg. Rahmenbedingungen, Konzepte, Handlungsempfehlungen – Werkstattbericht. Potsdam. TNS Infratest (2006): Freiwilliges Engagement in Brandenburg. 1999–2004 im Trend, München.

Westle, Bettina (2001):

Politische Partizipation und Geschlecht. In: Koch, Achim; Wasmer, Martina ; Schmidt, Peter (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 6. Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. S. 131–168.

Winkler, Gunnar et al. (2006):

Sozialreport 2006 – Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin.

Ziegler, Dagmar (2005):

Rede der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg, Dagmar Ziegler auf der Jahresabschlussveranstaltung des Deutschen Juristinnenbundes, Landesverband Brandenburg, 7. Dezember 2005

■ Internetquellen

Aktionsplan der Landesregierung Brandenburg

zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen:

www.gewalt-gegen-frauen.brandenburg.de

Bundesagentur für Arbeit:

www.arbeitsagentur.de

Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg:

www.arbeitsagentur.de

EDS Europäischer Datenservice:

www.eds-destatis.de

EUROSTAT:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu>

Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA) Brandenburg GmbH:

www.lasa-brandenburg.de

Landesärztekammer Brandenburg:

www.laekb.de

Landesregierung Brandenburg:

www.brandenburg.de/de/buerger

Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg:

www.lds-bb.de / www.statistik-berlin-brandenburg.de

■ Abkürzungsverzeichnis

BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
ESF	Europäischer Sozialfonds
LDS	Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg
LKA	Landeskriminalamt
MASGF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familien des Landes Brandenburg
OP	Operationelles Programm

Herausgeber

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Familie des Landes Brandenburg

Öffentlichkeitsarbeit
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
www.masgf.brandenburg.de

Gestaltung
Runze & Casper Werbeagentur GmbH Berlin
Kerstin Peick

Bildnachweis
Big Cheese/vario images

Druck
Offsetdruckerei Holga Wende Berlin

Auflage
1.500

Juni 2008

